



DER BÜRGER IM STAAT

48. Jahrgang **Heft 1** 1998

Indien



Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

DER BÜRGER IM STAAT

48. Jahrgang **Heft 1** 1998

Herausgegeben von der
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Schriftleiter
Prof. Dr. Hans-Georg Wehling
Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Fax (07 11) 2 37 14 96

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1	Clemens Jürgenmeyer Hindu, Hindustan, Hindutva	46
Jürgen Clemens Indiens geographische Grundlagen. Ein Überblick	2	Diethelm Weidemann Indien und seine Rolle in der Welt	54
Dietmar Rothermund Die Macht der Geschichte	15	Jürgen Lütt Deutschland, Indien und das deutsche Indienbild	60
Hans Christoph Rieger Indiens Wirtschaft im Umbruch	20	Baden-Württemberg im Zahlenbild	U 3
Clemens Jürgenmeyer und Jakob Rösel Das Kastensystem	25		
Jakob Rösel Demokratie unter scheinbar aussichtslosen Bedingungen	33		
Jakob Rösel Aufstieg und Niedergang der Congress-Herrschaft	37		

Einzelbestellungen und Abonnements bei der
Landeszentrale (bitte schriftlich)

Impressum: Seite 19

Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel
mit dem Verlag Ihre auf der Adresse aufgedruckte
Kunden-Nr. an.

Indien

ist nach Fläche und Gestalt ein Halbkontinent, mit seiner nahezu einer Milliarde Menschen nach China der bevölkerungsreichste Staat der Welt. Fast dreimal so viele Menschen leben hier wie in der Europäischen Union. Von seinen Potentialen her, nicht zuletzt auch seinem potentiellen Humankapital, ist Indien eine künftige Großmacht, eine Wirtschaftsmacht und ein Markt der Zukunft.

Mehr noch: Indien gilt als die größte Demokratie der Welt, von erstaunlicher Stabilität. Und das, obwohl beinahe alle Bedingungen, von denen die moderne Politikforschung als Voraussetzung für Demokratie ausgeht, eigentlich dagegen sprechen. So ist Indien ethnisch-kulturell von äußerster Vielfalt, ja Gegensätzlichkeit, eine Vielzahl von Sprachen wird gesprochen; erst die britischen Kolonialherren haben Indien in seiner heutigen Gestalt überhaupt als eine politisch-administrative Einheit geschaffen. Der Hinduismus als die dominierende Religion stellt im Grunde eine Vielzahl von Einzelreligionen unterschiedlichster Art dar, für die es nur einen kleinen gemeinsamen Nenner gibt. Hinzu kommt, daß die Moslems – auch nach der Abspaltung des islamischen Pakistans mit den Flüchtlingsströmen und Vertreibungen in ihrem Gefolge – nach wie vor mit ca. 11 Prozent eine beachtliche Minderheit im Lande darstellen. Analphabetismus und Armut sind weit verbreitet, die sozialen Gegensätze sind ausgeprägt und durch das Kastensystem religiös legitimiert. So warnte denn auch Winston Churchill vor der Unabhängigkeit Indiens, es für unfähig zur Selbstregierung erklärend und Mord und Totschlag beschwörend. Und er stand mit seiner Meinung nicht allein da: In der Tradition des „utilitaristischen“ Indienbildes in Großbritannien dachten nahezu alle so, zumindest die Politiker, Kolonialbeamten, Kolonialoffiziere und Missionare, die nicht müde wurden, die Rückständigkeit Indiens hervorzuheben. Die britisch erzogene indische Elite unterschied sich in ihrem Denken und Urteilen nur wenig davon, gewann daraus aber den Antrieb, den neuen Staat so zu gestalten, daß Demokratie und Stabilität dauerhaft etabliert werden konnten. Das geschah im Rahmen des All India Congress, der indischen Unabhängigkeitsbewegung, die als Congress-Partei das politische Leben bestimmte, ja mehr noch: die auch die Grundlagen des Staates gestalten konnte. Dazu gehörte auch die territoriale Gestaltung durch Einteilung nach Sprachprovinzen, wodurch ethnische Konflikte minimiert werden sollten: Das Beispiel Balkan stand, damals schon, warnend vor Augen! Säkularismus und Sozialismus wurden die Prinzipien der Partei wie des Staates, wobei beide westlichen Prinzipien geschickt mit der indischen Tradition verbunden wurden und Säkularismus in erster Linie erst einmal religiöse Toleranz bedeutete. Der Aufbau der Congress-Partei wurde so gestaltet, daß sie eine Art Mikrokosmos Indiens darstellte, in dem alle Partikularismen und alle sozialen Gruppen ihre Chance hatten; der Kompromiß, die friedliche Einigung unter einem einheitlichen Dach war das Erfolgsrezept. In Gestalt von Nawarhalal Nehru fanden Partei und Staat einen herausragenden Staatsmann, der die Geschicke des Landes über Jahrzehnte hinweg bestimmen konnte. Indien kann somit ein Vorbild abgeben für Demokratie und Demokratisierung in einem Entwicklungsland.

Die Dominanz des Congress ist dahin, zum Teil von Nehrus Nachfolgern aus der eigenen Familie mit ihren dynastischen Neigungen verspielt, zu einem guten Teil aber auch, weil die indische Gesellschaft sich modernisiert und weiter differenziert hat. In Gestalt der Hindunationalisten ist eine neue politische Kraft entstanden, die auf das Hindutum baut und von daher die Mohammedaner für ihr Feindbild braucht, eine gefährliche Entwicklung angesichts der starken islamischen Minderheit im Lande: Die Erstürmung und Zerstörung der Moschee in Ayodhya war ein Fanal.

Doch die Stabilität der Demokratie ist geblieben. Zwar bekamen die Hindunationalisten bei den jüngsten Wahlen 1998 starken Zulauf, aber ihr Führer gilt als gemäßiger Politiker. Zudem ist der Hinduismus eine zu heterogene Religion, als daß sich daraus eine fundamentalistische Bewegung mit Anspruch auf Mehrheitsformen ließe: Es gibt keinen Propheten und kein heiliges Buch wie im Islam. Neben dem Congress stehen die Hindunationalisten politisch in Konkurrenz zu einer Vielzahl von Regionalparteien, die sich auf nationaler Ebene immer wieder zu Bündnissen zusammenschließen und als Dritte Kraft auftreten. Bei der Analyse der jüngsten Wahlen fällt auf, daß das Wahlverhalten spiegelbildlich ist: Wo in den Einzelstaaten die Hindunationalisten an der Macht sind, haben sie kräftig verloren, wo sie in Opposition sind, haben sie dazugelegt. Die Wähler haben Demokratie also längst begriffen.

In der internationalen Politik hat Indien immer eine bedeutende konstruktive Rolle gespielt, die Unabhängigkeitsbewegungen fördernd, friedensstiftend, ausgleichend. In der Zeit der Spaltung der Welt in zwei Blöcke hat es die Gruppe der Nichtgebundenen angeführt und die Verwicklung in Konflikte sorgsam vermieden. In der eigenen Region hingegen besteht ein Trauma von der Überlegenheit Indiens. Es hat hier auch militärische Auseinandersetzungen gegeben: mit China und natürlich mit Pakistan, aufgezehrt am Kaschmir-Konflikt. Im Fall Pakistan liegen die Konfliktursachen nicht zuletzt in der Teilung des indischen Subkontinents begründet und sind hochgradig ideologisch besetzt, damit sind sie vernünftigen Regelungen nur schwer zugänglich. Insgesamt jedoch stellt der indische Subkontinent keinen Konfliktherd auf dieser Welt dar.

Indien war – und ist vielfach immer noch – das geliebte Land und das „Gelobte Land“ der Deutschen. Seit der Romantik wird Indien wahrgenommen als das Land, dessen Menschen in Einklang mit Natur und Kosmos leben, mit einer hohen Kultur, als das Land der Weisen. In keinem anderen Land der Welt – Indien ausgenommen – gibt es so viele Lehrstühle, die sich mit indischer Kultur befassen, wie in Deutschland. Dem steht das eher abwertende, „utilitaristische“ Indienbild gegenüber, das in Großbritannien vorherrscht: Indien als das Land der Rückständigkeit, der Armut und des Elends. Dahinter stehen unterschiedliche Geschichtsbilder bzw. unterschiedliche Einstellungen zu Fortschritt und Moderne. Ob man also eher dem Indienbild Hermann Hesses anhängt oder dem von Günter Grass, sagt im Zweifelsfall mehr über die jeweilige Person aus als über das Indien von heute.

Der Bevölkerung nach der zweitgrößte Staat der Welt

Indiens geographische Grundlagen

Ein Überblick

Von Jürgen Clemens

Diplom-Geograph Jürgen Clemens arbeitet am Institut für Wirtschaftsgeographie der Universität Bonn und ist Mitarbeiter des Südasienbüros in Essen sowie der Redaktion der Zeitschrift „Südasien“.

Indien ist ein Subkontinent, nach Größe wie nach Vielfalt seiner naturräumlichen Bedingungen und kulturellen, von Menschen geschaffenen Gegebenheiten. Von bestimmender Bedeutung ist der Monsun, insbesondere der Sommermonsun: Er liefert den notwendigen Niederschlag, kann aber auch Überschwemmungen bringen; verspätet er sich, hat das verheerende Folgen für die Landwirtschaft und die Ernährung der Menschen. – Nach wie vor ist Indien ein Agrarstaat, auch wenn – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – das Produzierende Gewerbe inzwischen gleichgezogen hat: Immerhin sind aber noch zwei Drittel der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft beschäftigt. Der Anbau von Nahrungsgütern konnte mit dem hohen Bevölkerungswachstum Schritt halten, dank der „Grünen Revolution“, deren Auswirkungen allerdings kontrovers diskutiert werden. – Trotz dem gewaltigen Anwachsens der „Megalopolen“ ist Indien ein Land der Dörfer geblieben. Die Bevölkerungsentwicklung ist gebremst, wird mit verändertem Heiratsverhalten und steigender Bildung auch weiterhin an Tempo verlieren. – Entsprechend der Größe und Vielfalt des Landes ist die Entwicklungsdynamik Indiens je nach Region sehr unterschiedlich. Red.

Größer als die EU bei dreifacher Bevölkerungszahl

Ein Überblick der geographischen Grundlagen kann aus der Vielfalt räumlich relevanter Aspekte und Prozesse des indischen Subkontinents und Kulturerteils nur eine begrenzte Auswahl aufgreifen. Dieser Beitrag greift nach den naturräumlichen Grundlagen schwerpunktartig die für Indien weiterhin bedeutende Landwirtschaft, die demographische Entwicklung und Urbanisierung sowie die regionalen Entwicklungsunterschiede auf. Die Dimensionen dieser nach Kriterien der Weltbank und Vereinten Nationen „armen“ Nation mit „geringer menschlicher Entwicklung“ erreichen wiederholt Superlative, etwa als „größte Demokratie“ oder „größtes Entwicklungsland“ der Welt, wobei auch die Spannbreite der regionalen und sozialen Entwicklungsunterschiede extreme Ausmaße einnimmt. Schon die räumliche Ausdehnung des weltweit siebtgrößten Flächenstaates mit etwa 3200 (Nord-Süd) oder 2900 Kilome-



tern (West-Ost) sowie die Vielfalt der Naturlandschaften von den feuchten Tropen bis zu Wüsten und Hochgebirgsgletschern läßt keine einfachen generalisierenden Darstellungen zu. So ist das indische Staatsgebiet größer als das der Europäischen Union (EU), und die weltweit zweitgrößte Bevölkerung übertrifft die der EU um nahezu das Dreifache. Alleine der bevölkerungsreichste Bundesstaat Indiens, Uttar Pradesh, müßte als selbständiger Staat weltweit auf Rang sieben, noch vor dem Nachbarstaat Pakistan, eingestuft werden. Aufgrund der Vielschichtigkeit von Natur, Kultur, Ökonomie und Politik, oftmals als „Einheit in der Vielfalt“ zitiert,

ist die synthetische Behandlung Indiens eine besondere Herausforderung, die in der deutschsprachigen geowissenschaftlichen Literatur nach den fünfziger (Alsldorf 1955; Krebs 1939/65) und siebziger Jahren (Blenck/Bronger/Uhlig 1977) erst wieder Mitte der neunziger Jahre aufgegriffen wurde. In der Zwischenzeit wurden in Fachzeitschriften wohl Themenhefte publiziert (z.B. *Geographische Rundschau* 1984, 1989, 1993), zu Aspekten, die auch wiederholt Einzug in Erdkunde-Schulbücher gefunden haben, wie die „Bevölkerungsexplosion“ und „Slum-Problematik“ oder die „Grüne-Revolution“ (z.B. *Bronger/v.d. Ruhren* 1986; *DIERCKE* 1996).

Nach 50 Jahren der politischen Unabhängigkeit und zahlreichen Publikationen mit landeskundlichen Inhalten (z.B. v. Schweirin 1988; Rothermund 1994; Schweizer 1995) oder solche in populären Medien (z.B. GEO Special) hat die wissenschaftliche Darstellung Südasien und vor allem Indiens offensichtlich wieder eine Renaissance erfahren. Neben dem Indien-Handbuch (Rothermund 1995a) und dem Indien-Länderprofil (Bronger 1996b) sind weitere geographische Länderkunden in Vorbereitung (Stang; Kreuzmann).

Drei Großräume: die Halbinsel ...

Nach geologischen und geomorphologischen Kriterien läßt sich der Subkontinent Südasien in drei Großräume gliedern, die tektonisch enge Verbindungen aufweisen: die weitgehend eingerumpfte Dekhan-Scholle der Halbinsel im Süden als Bestandteil der geologisch ältesten Landmassen der Erde, dem im Mesozoikum zerbrochenen „Gondwana-Land“, die flachen nordindischen Ebenen als jüngste Großeinheit sowie junge alpidische Faltengebirge im Norden mit einem sehr differenzierten Relief. Die in Abbildung 1 aufgezeigten Großlandschaftseinheiten orientieren sich

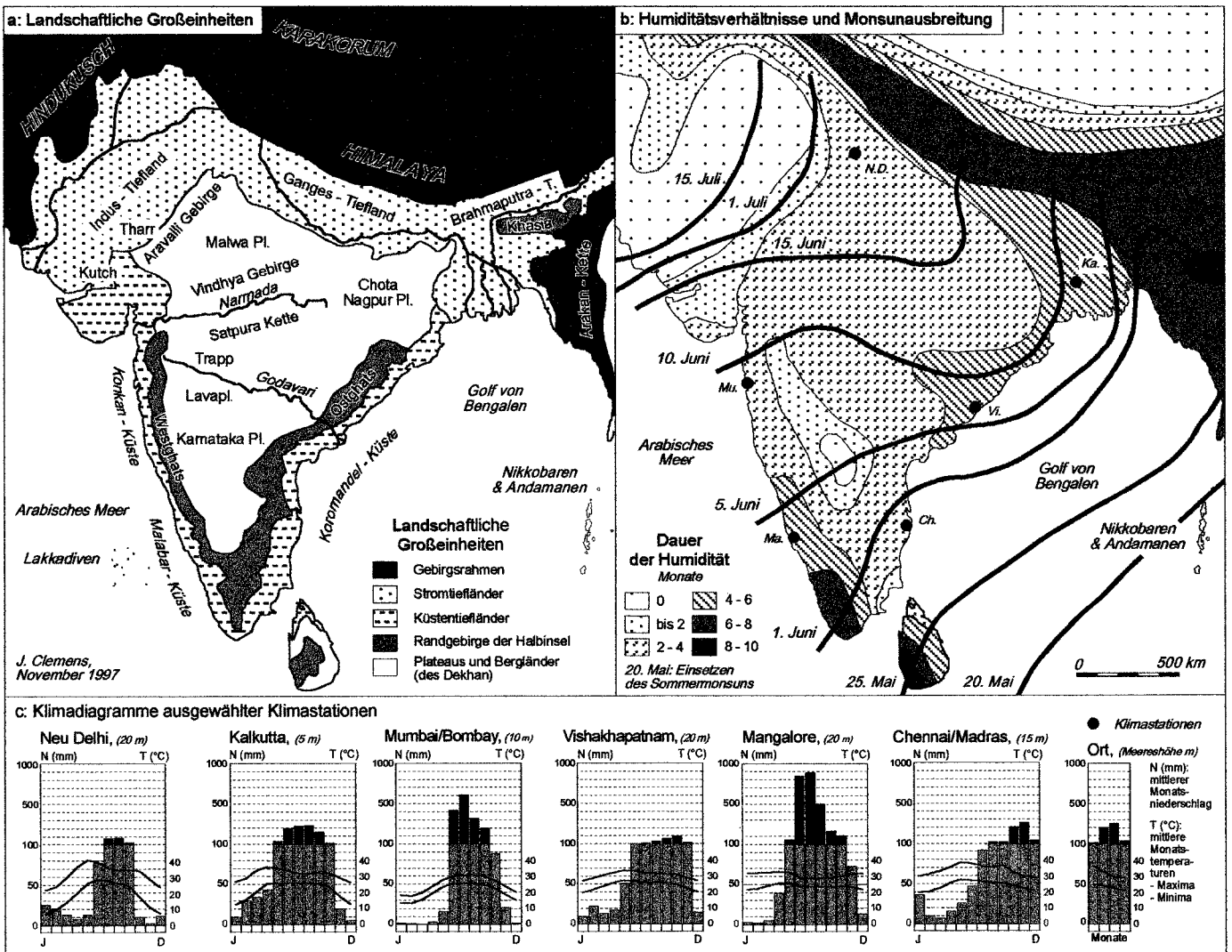
an Uhlig (1977), während andere naturräumliche Gliederungen diese Großeinheiten sehr viel stärker differenzieren (vgl. die auf Herresthal basierende Karte in Bohle 1995: 24 f. oder Johnson 1979).

Vom gebirgigen Süden, mit Gebirgsblöcken von bis zu 2700 Metern verlaufen die küstenparallelen Westghats (ghats, d.h. Stufe, Böschung) als steiler Abfall der schräggestellten Dekhan-Scholle, die nach Osten nur sanft abfällt. Vielfach sind auch Inselberge mit ihren steil über das Flachrelief aufragenden Flanken als typische Form der wechselfeuchten Tropen vorzufinden. Die Ostghats bilden den östlichen Rand des Dekhan und erreichen Höhen von mehr als 1500 Metern. Sie sind im Gegensatz zu den Westghats keine geschlossene Bergkette, sondern in einzelne mittelgebirgige Gruppen gegliedert und werden meist als Eastern Hills bezeichnet. Auf der Halbinsel bilden große, von den West- und Ostghats umfaßte Granit- und Gneis-Plateaus die wichtigsten morphologischen Einheiten. Im Süden schließen sich gewellte Rumpfflächenlandschaften über den archaischen Gesteinen des Dekhan an. Daneben sind im Westen die Schichtstufenlandschaften des vulkanischen Dekhan-Hochlandes bestimmend, und nörd-

lich der Grabenbrüche von Narmada und Son schließen sich Schichtstufen, Plateaus und Ebenen des geologisch und geomorphologisch stärker differenzierten, zentralindischen Berglandes an. Das Aravalli-Gebirge bildet den Abschluß nach Nordwesten zum Industriefeld, während die Gangesebene den Dekhan nach Norden begrenzt. Der Küstensaum der Halbinsel, vom Runn of Kutch über das Kap Kanyakumari (Cape Comorin) bis zum Ganges-Brahmaputra-Delta, weist einen recht ausgeglichenen Verlauf auf. Ausläufer der Westghats reichen in den schmalen Küstensaum, und die Malabar-Küste im Süden wird durch küstenparallele Düngürtel und Lagunen gegliedert. Die Ausgleichsküste der Ostküste weist teilweise schon verlandete Haffs auf, und ausgedehnte Küstenebenen greifen im Bereich der großen Flußdelten buchtartig ins Binnenland. Südlich der Orissa-Küste erreichen die Ostghats nahezu das Meer, und weiter nördlich schließen sich Gezeitensümpfe und Mangrovenwälder im Delta von Ganges und Brahmaputra an. Das Drainagenetz der Halbinsel ist aufgrund einer pultförmigen Hebung asymmetrisch, einzig die Flüsse Tapi und Narmada münden ins Arabische Meer. Im

Abbildung 1: Der Naturraum Südasien.

Entwürfe: J. Clemens. (a): verändert nach Uhlig (1977: 56); (b): verändert nach: Diercke Weltatlas (1996: 144, Karte 4); (c): Quelle: Länder und Klima (1982: 67-72).



Süden verläuft die Wasserscheide entlang des Grates der Westghats, und die tief eingeschnittenen Flüsse der Westabdachung erreichen nach nur kurzem Lauf das Meer. In der indischen Literatur werden diese *coastal rivers* von den *inland rivers* mit weitverzweigten Einzugsgebieten unterschieden (Vij/Shenoy 1968), die den größten Teil der Halbinsel zum Golf von Bengalen entwässern. Sie bilden an der Ostküste ausgedehnte, fruchtbare Mündungsdeltas, und ihre Abflußregime sind wegen der Monsunniederschläge im Jahresverlauf sehr unausgeglichen.

... das Stromtiefland mit Indus, Ganges und Brahmaputra ...

Mit den Strömen von Indus, Ganges und Brahmaputra erstreckt sich das Stromtiefland der nordindischen Ebenen zwischen dem Dekhan und dem nördlichen Gebirgsrahmen und reicht auch nach Pakistan und Bangladesch. Im Westen schließt das Tiefland auch das Trockengebiet der Tharr sowie die Salzsümpfe des Kutch ein. Das Ganges-Einzugsgebiet umfaßt etwa ein Viertel des indischen Territoriums und wird überwiegend von Flüssen aus dem Hohen und Vorderen Himalaya gespeist, die nach dem Austritt aus dem Gebirge rasch an Gefälle verlieren, mäandrieren und ihre Mündungen verschleppen. Über weite Strecken fließen sie parallel zueinander und bilden große Zwischenstromplatten aus Flußsedimenten (*doabs*, Land zwischen zwei Wassern).

Entlang der Südabdachung des Himalaya-Systems stehen durchlässige Schotter-, Kies- und grobe Sandablagerungen auf Schwemmfächern der Gebirgsflüsse an, und kleinere Flüsse fallen in der Trockenzeit meist trocken. Im tiefer gelegenen, feuchten *Terai* treten die Sickerwässer über tonigen Schichten wieder aus. Dessen sumpfiges Wald- und Savannenland konnte aufgrund der Malariaverbreitung erst nach intensivem Insektizideinsatz dauerhaft besiedelt werden.

Der Brahmaputra fließt in westsüdwestlicher Richtung durch das Tiefland von Assam, biegt in das Bengalische Tiefland ab und bildet mit dem Ganges ein weitverzweigtes Delta. Dieses Tiefland liegt überwiegend unter 50 Metern Meereshöhe und wird periodisch von beiden Strömen überschwemmt. Im südlichsten Teil des Deltas hat sich die junge, amphibische Landschaft der *Sunderbands* mit Gezeitensümpfen und Mangrovenwäldern gebildet.

Das Abflußverhalten dieser Flüsse wird durch die frühsummerliche Gletscherschmelze sowie die hohen Monsunniederschläge bestimmt, und die saisonalen Abflußschwankungen erreichen sehr hohe Werte. Für den Unterlauf des Ganges werden bei Farakka durchschnittliche Abflußmengen von 12 500 Kubikmetern pro Sekunde angegeben, die jedoch zwischen 1568 und 59 500 Kubikmetern pro Sekunde schwanken (Vij/Shenoy 1968).

... und der Hochgebirgsgürtel

Neben dem Himalaya-System zählen die westlichen und östlichen Gebirgsketten des Hindukusch, Karakorum und die Bir-

mesischen Randketten zum, von der Oberkreide bis ins Teritär gefalteten, alpidischen Faltengebirge und bilden einen trapezförmigen Rahmen um den Subkontinent. Vor allem an den Rändern des Gebirgszuges wird die rezente andauernde, starke Hebung durch häufige Erdbeben begleitet. Die Dekhan-Scholle galt demgegenüber lange als erdbebensicher, bis 1993 ein starkes Erdbeben in Maharashtra eintrat.

Der Hochgebirgsgürtel Südasiens im engeren Sinne reicht vom Indus-Durchbruch, nördlich des Nanga Parbat (8126 m) im Westen bis zum Durchbruch des Brahmaputra (Tsangpo), östlich des Namche Bawar (7756 m). Zum indischen Staatsgebiet gehören Teile des Karakorum, des West-Himalaya sowie, durch Nepal und Bhutan getrennt, Teile des östlichen Himalaya. In seiner Nordwest-Südoesterstreckung wird das Himalaya-System gegliedert in die Hauptkette des Hohen Himalaya mit zehn Gipfeln über 8000 Meter Höhe. Auch der Vordere Himalaya (bis zu 4700 m) ist stark zerschnitten und besitzt ein hochgebirgstypisches Relief, deshalb übersetzt Uhlig (1977) den englischen Begriff *Lesser Himalaya* nicht mit „Niederer Himalaya“, wie es in den älteren Länderkunden von Krebs (1939/65) und Alsdorf (1955) üblich ist. Die Gletscher des gesamten Hochgebirgsraums, im Himalaya etwa acht bis zwölf, im Karakorum bis zu 28 Prozent der Fläche, bieten nach den Polregionen das weltweit größte natürliche Süßwasserreservoir und sind die „Wassertürme“ der ausgedehnten Bewässerungskulturen in den Stromtiefländern (Uhlig 1977).

Im Süden ist das Vorgebirge der Siwaliks (600 bis 1200 m) vorgelagert, das jedoch im östlichen Himalaya fehlt. Senkrecht zu den Birmesischen Randketten springt das Khasia-Bergland um etwa 200 Kilometer nach Westen vor, drängt den Brahmaputra ab und staut die monsunalen Luftmassen trotz seiner eher geringen Höhe von bis zu 1960 Metern.

Monsunklima

Indien hat von den Tropen über die Subtropen bis hin zu vergletscherten Hochgebirgsregionen und Wüsten Anteil an den verschiedensten Klimazonen, wobei der Niederschlag das wichtigste Klimatelement ist: absolute Menge, Zuverlässigkeit und Jahresverlauf sind von entscheidender Bedeutung für das Ausmaß der Ernten, insbesondere im Regenfeldbau.

Indiens Klima wird gemeinhin als Monsunklima bezeichnet und ist durch einen jahreszeitlichen Wechsel der Windrichtungen und der damit verbundenen Niederschläge bestimmt. Auf arabische Seefahrer, die diese Winde bei ihren Handelsfahrten über das Arabische Meer nutzten, geht die Bezeichnung *mausim* (d. h. Jahreszeit) zurück. Im indischen Sprachgebrauch wird der Begriff „Monsun“ abweichend von den Fachwissenschaften allgemein nur für den sommerlichen Südwestmonsun benutzt, der für die meisten Landesteile die ergiebigsten Niederschlagsmengen bringt. Die großräumige Monsunzirkulation ist ein Bestandteil der allgemeinen planetarischen Zirkulation, und der indische Som-

mermonsun ist demnach auf die jahreszeitliche Verlagerung der planetarischen Windgürtel und Strahlströme (*jetstream*) zurückzuführen. Er wird maßgeblich durch drei Drucksysteme über dem eurasischen Kontinent beeinflusst: ein „Monsuntief“ ab Mai, durch die starke Aufheizung der Landmassen über Belutschistan und Sindh (Südpakistan (Weischet 1988); ein Tiefdruckgebiet über dem mehr als 4000 Meter hohen tibetischen Plateau mit einer darüberliegenden Höhenantizyklone in der oberen Troposphäre; sowie der „Monsuntrog“ vom „Monsuntief“ im Westen bis zur östlichen Gangesebene mit einem beständigen Hitzetief in der unteren Troposphäre (Lauer 1993). Infolge der in Südasien im Sommer außerordentlich weit nach Norden reichenden Verlagerung der innertropischen Konvergenzzone (ITC) (bis etwa 30° N), schwenken die Südostpassate von der Südhalbkugel über den Äquator zur Nordhalbkugel und werden durch die Corioliskraft nach Nordosten abgelenkt. Die zuvor sehr stabil geschichtete Passatströmung wird nach der Querung des Äquators aufgrund der Flächenkonvergenz zunehmend labiler (Weischert 1988).

Der indische Sommermonsun teilt sich in zwei Hauptzweige über dem Arabischen Meer und über dem Golf von Bengalen auf. Sein westlicher Zweig trifft nahezu rechtwinklig auf die Konkan-Küste und erreicht später die Gangesebene. Ein südlicher Teil dieses Zweiges streicht über die Malabar-Küste und verbindet sich an der Südostküste mit dem Monsunzweig über dem Golf von Bengalen. Dieser kann schon zuvor durch Pulsationen über Assam und dem Khasia-Bergland zu Niederschlägen führen. Er streicht zunächst über das Mündungsgebiet von Ganges und Brahmaputra nach Norden, bevor er vom Himalaya abgelenkt wird. Im Ganges-tiefland vereinigen sich die beiden Hauptzweige, und die feuchten Luftmassen ziehen mit abnehmender Intensität gangesaufwärts.

Indien unterliegt im Winter und Frühjahr dem Nordostpassat (Nordostmonsun), dessen trockenen kalte Luftmassen aus einem großräumigen Hochdruckgebiet über Sibirien, Tibet und dem Himalaya stammen. Sie werden durch einen Föhneffekt entlang der Himalayasüdabdachung erwärmt und führen somit über dem größten Teil Indiens zu Trockenheit. Im Winter verlagert sich der westliche Strahlstrom nach Süden und wird dabei durch das Gebirgsmassiv des Himalaya geteilt. Sein südlicher Zweig, der „Subtropenjet“, führt entlang des Himalayasüdendes mediterrane Störungen mit Winterniederschlägen in den Nordwesten Indiens. Zudem sind diese Niederschläge für die Schnee- und Eisbedeckung des nordwestlichen Himalaya verantwortlich.

Vom *Indian Meteorological Department* wird der klimatologische Jahresverlauf, basierend auf dem Witterungsverlauf in Nord- und Zentralindien, in vier Jahreszeiten unterteilt: Winter- oder *Nordostmonsun* von Januar bis Februar, *Vormonsun* von März bis Mai, *Sommer- oder Südwestmonsun* zwischen Juni und September, und *Nachmonsun* oder *Monsunrückzug*

von Oktober bis Dezember. Die durchschnittlichen Temperaturen des trockenkühlen Wintermonsuns liegen deutlich über denen anderer asiatischer Stationen in vergleichbarer Breitenlage und erreichen in Nordindien etwa zwölf bis 20 °C, im Süden etwa 24 °C. Im Nordwesten wie auch in höheren Bergregionen des Südens sind durchaus Fröste möglich. Die Koromandel-Küste profitiert vom Überstreichen des Golf von Bengalen, wobei der Nordostpassat Feuchtigkeit aufnimmt und über dem Festland abregnet. Darüber hinaus erhalten die südlichen Gebirgsländer sowie Assam und das Chota Nagpur-Plateau noch nennenswerte Winterniederschläge durch einzelne Ausläufer des äquatorialen Tiefdruckgürtels. Zwischen Ende Februar und Anfang März setzt die trockenheiße Vormonsunperiode ein. Die Lufttemperaturen steigen rasch an, und generell ist der Mai die heißeste Zeit Indiens (Abb. 1c).

Die „hocherotische Zeit“ des Sommermonsuns

Anfang Juni beginnt, nach einzelnen sporadischen Nordverlagerungen der ITC, die eigentliche Regenzeit des Sommermonsuns und reicht bis in den September. Große Teile Indiens erhalten in dieser Periode im Mittel mehr als 80 Prozent ihres Jahresniederschlags, im Landesmittel etwa 850 Millimeter in der Monsunzeit. Für die weitgehend auf die Monsunzeit ausgerichtete Landwirtschaft ist jedoch nicht nur die absolute Niederschlagsmenge von entscheidender Bedeutung für die Feldbestellung und den Ernteertrag, sondern auch das rechtzeitige Einsetzen des Monsuns. Dieser, oftmals von heftigen Gewittern und Stürmen begleitete „Ausbruch“ des Monsuns wird von den Menschen sehnsüchtig erwartet, wie *Krebs* (1939/65: 28 f.) sehr eindrücklich schildert:

„Die letzten Wochen vor dem Ausbruch des Sommermonsuns sind unerträglich infolge der zunehmenden Bewölkung und Windstille. Sehnsüchtig blickt alles nach dem südlichen Himmel, an dem sich die Wolkentürme aufbauen (...) Der Durchbruch des Monsun wird begleitet von heftigen elektrischen Entladungen und Wolkenbrüchen. (...) Riesige Wasserfluten stürmen die Berge herab, die Flüsse schwellen in einer Nacht um mehrere Meter an; aber das vordem so kahle Land begrünt sich in wenigen Tagen. Wo kurz vorher dürre Steppe geherrscht, steht weithin das Wasser über den Fluren, aus denen sich bald smaragdgrüne Reisfelder entwickeln. (...) Die Temperaturen gehen mit dem Beginn der Regen zurück, die Luftfeuchtigkeit steigt auf 80–95 %, aber der die Regen begleitende Wind macht die Arbeit erträglicher als einen Monat vorher. Allerdings gibt es mehrfache Unterbrechungen im Regen; dann ist die Luft schwül und drückend.“

In der Beschreibung seiner „Reise mit dem Monsun“, die der Ausbreitung des Sommermonsuns in Indien folgt (Abb. 1b), schildert *Frater* (1997) diese Regenzeit in ihren zahlreichen Facetten des Alltagslebens zudem als „eine hocherotische Zeit“, in der „für Indien die Zeit der Feste, der

Liebe und der Musik“ beginnt, „Regen-Ragas“ zitiert werden, aber auch vielfältige Erschwernisse wie durch Schlamm oder Hochwasser zu ertragen sind. *Frater* (1997: 277 f.) zitiert die Probleme des Monsuns u.a. aus einem Brief des Vizekönigs, *Lord Curzon* vom 17. 7. 1901, an dessen Frau:

„(...) wir hatten diese Woche seltsames Wetter. Nachdem der Monsun vor acht Tagen ernsthaft begonnen zu haben schien, ließ er plötzlich nach; wir hatten ganze Tage ohne Regen, und besorgte Telegramme strömten aus allen Teilen Indiens herein. Jetzt, (...) hat es eben wieder zu regnen begonnen, und die letzten Berichte sind etwas ermutigender. Wenn es nur keine Hungersnot gibt. Mich schaudert es beim bloßen Gedanken daran.“

Die Monsunregen setzen meist um den 1. Juni im Süden der Halbinsel ein (Abb. 1b), um den 10. Juni wird Bombay und erst Anfang Juli auch der Westen Rajasthans erreicht. Bei gleicher Breitenlage setzt der Monsun im Nordosten aufgrund einzelner Vorstöße wesentlich früher ein, insbesondere in Assam. Später verharrt die Monsunfront längere Zeit über Bengalen, bevor sie von den Himalayaketten umgeleitet wird.

Im August und September treten häufiger Monsunpausen auf, meist zwischen fünf und sieben Tagen. In extremen Fällen mit länger anhaltenden Monsunpausen und einem verfrühten Monsunrückzug können große Teile des Landes niederschlagsfrei bleiben, und das Ernterisiko steigt entsprechend. Der mit der Südverlagerung der ITC einhergehende Rückzug des Südwestmonsuns beginnt invers zum Vorstoß ab Mitte September über Nordwestindien und setzt sich nach Süden fort: in Karnataka und Andhra Pradesh etwa Anfang November, an der Südspitze Indiens etwa Anfang Dezember.

Die Temperaturen erreichen aufgrund der nachlassenden Bewölkung oftmals mit 27 bis 29 °C ein zweites Maximum, erst ab Oktober sinken die Werte bis zum Jahresende kontinuierlich ab. Mit Ausnahme Süd- und Südostindiens entlang der Koromandel-Küste herrscht in den größten Landesteilen eine ausgeprägte Trockenheit. Tamil Nadu erhält jedoch durch „Herbstregen“ die größten Niederschlagsmengen des Jahres nach zyklonalen Störungen aus dem südlichen Golf von Bengalen (Madras, Abb. 1c).

Die klimaräumliche Differenzierung Indiens

Die räumliche Verteilung der Jahresniederschläge wird in besonderem Maße von der Entfernung zum Meer (Maritimität/Kontinentalität) sowie der Exposition zur Monsunströmung (Luv-/Lee-Lage) bestimmt. Außerordentlich hohe Niederschläge (über 3000 mm) verzeichnen der Bereich der windexponierten Westghats und der südlichen Bergländer – an der Malabar- und Konkan-Küste fallen alleine von Juni bis September 1500 bis 2500 Millimeter Niederschlag – sowie der Nordosten Indiens. Über dem vorgelagerten Khasia-Bergland kommt es zu den weltweit höchsten Niederschlägen: In Cherrapunji fallen von Juni bis Septem-

ber 8017 und im Jahresmittel 11 419 Millimeter. Ein breites Band hoher Niederschläge zieht sich darüber hinaus entlang der Südabdachung des Himalaya, und auch die Plateaus im Nordosten der Halbinsel erhalten reichliche Niederschläge (1200–2000 mm). Den reichlich beregneten Gebieten stehen die *ariden* Teilgebiete Indiens mit weniger als 400 Millimeter Jahresniederschlag gegenüber, wie die *Tharr*, *Kutch* und Regionen von Kaschmir und Ladakh jenseits des Himalaya-Hauptkamms. Die trockenste Region, der Jaisalmer-Distrikt in Rajasthan, erhält lediglich 150 Millimeter Monsunniederschlag, der mehr als 90 Prozent des mittleren Jahresniederschlags ausmacht. Die extreme Trockenheit im gesamten Nordwesten Indiens wird auf trockenwarme kontinentale Luftmassen zurückgeführt, die keilförmig von Iran und Afghanistan nach Nordwestindien reichen.

Aufgrund der hohen *Verdunstungsraten* sind selbst Regionen mit 400 bis 800 Millimeter Niederschlag als Trockengebiete zu bezeichnen, sie ziehen sich in einem breiten Streifen von Rajasthan und Gujarat über den westlichen Dekhan bis zum Süden. Nach *Domrös* (1977) liegt für Indien erst ab etwa 1500 Millimetern Jahresniederschlag eine positive Wasserbilanz vor. Die Humiditätskarte (Abb. 1b) bietet mit der Darstellung der Dauer „humider“ Monate, d.h. feuchter Monate mit mehr Niederschlag als der potentiellen Verdunstung, eine Synthese der regionalen und saisonalen Niederschlagsverteilung, sie wird zudem um ausgewählte Klimadiagramme ergänzt.

Zahlreiche Sonderfälle und oftmals extreme Abweichungen von langjährigen Mittelwerten erschweren eine komprimierte und dennoch aussagekräftige Darstellung des indischen Klimas. *Johnson* (1979: 56 f.) entwarf eine solche Klassifikation, die ausgewählte, für die Landwirtschaft besonders relevante Aspekte wie Temperatur, Niederschlagsmenge sowie Dauer und zeitliches Auftreten der Regenbeziehungsweise Trockenperioden miteinander kombiniert. Danach lassen sich die Niederschlagsverhältnisse Indiens wie folgt typisieren: Grundtyp ist der zentralindische Typ, dessen Feuchteperiode im Juni beginnt und vier Monate anhält, das übrige Jahr bleibt trocken. Beim nordindischen Typ setzt die Feuchteperiode erst im Juli ein und dauert drei Monate (Neu Delhi, Abb. 1c). Im Bengalen-Orissa-Typ dauert die Feuchteperiode etwa ein halbes Jahr (Kalkutta, Abb. 1c). Beim Assam-Typ setzen die Feuchtmomente früher ein, die nur relativ trockene Periode umfaßt zwei bis vier Wintermonate, für den Osthimalaya ist eine lediglich zweimonatige Trockenperiode typisch. Südwestlich des zentralindischen Typs schließt sich der Kerala-Karnataka-Typ an (Mangalore, Abb. 1c), mit einer dem Bengalen-Orissa-Typ ähnlichen Charakteristik, wobei die Monsunniederschläge jedoch höher ausfallen. Der Tamil Nadu-Typ ist für die südöstlichen Teilgebiete im Regenschatten der Westghats kennzeichnend (Madras, Abb. 1c), die Hauptniederschläge fallen zwischen August und November.

Tabelle 1: Monsunniederschläge (Juni bis September).
Quelle: *Stat. Outline 1996–97* (S. 59).

Jahr	Monsunniederschläge der meteorologischen „Sub-Divisions“ Indiens			Distrikte mit normalem bzw. Überschußniederschlag
	normal/ überschüssig	knapp/ defizitär	Summe	
	No.	No.	No.	%
1981	28	7	35	69
1987	14	21	35	43
1988	32	3	35	88
1989	29	6	35	72
1990	32	3	35	84
1991	27	8	35	68
1992	32	3	35	65
1993	31	4	35	78
1994	25	10	35	76
1995	33	2	35	79

Dürren und Hochwasser oder die Bedeutung der Wettervorhersagen

Bei den Niederschlägen führen erhebliche Abweichungen von den zuvor dargestellten „normalen“ Verhältnissen, hinsichtlich der Ergiebigkeit (Tab. 1) und Dauer, zu Dürren oder Überschwemmungen mit katastrophalen Folgen für die betroffenen Landstriche. Eine Karte der Niederschlagsvariabilität (z.B. *Dömrös 1977: 54*) zeigt nahezu ein Spiegelbild der Verteilungskarte der Jahresniederschläge (z.B. *Bohle 1995: 32*). Regionen mit den höchsten Jahresniederschlägen und den längsten Niederschlagsperioden weisen die niedrigsten prozentualen Abweichungen vom langjährigen Mittel auf (der Nordosten und die Westghats), aride und semiaride Gebiete, mit zudem nur kurzen Regenzeiten, demgegenüber mit 25 bis 30 oder gar mehr als 30 Prozent die größten Schwankungen. Während der für die Feldbestellung wichtigen Phasen des Monsunbeginns und -endes ist die Variabilität und somit die Unzuverlässigkeit der Niederschläge mit landesweit 22 bis 86 Prozent im Juni und 26 bis 108 Prozent im September nochmals höher als im Juli und August (19–73 %).

Dürrejahre, wie etwa das von 1987 (Tab. 1), sind oftmals auf das verspätete Einsetzen oder den verfrühten Rückzug des Monsuns zurückzuführen. Die Ausweisung dürregefährdeter Gebiete erfolgt durch die indische Regierung, wenn der spezifische Jahresniederschlag wenigstens einmal in fünf Jahren das langjährige Mittel um mindestens 25 Prozent unterschreitet. Als extrem dürregefährdet gelten die Trockengebiete Rajasthans und Gujarats, dort werden etwa alle drei Jahre Ernteeinbußen von 50 Prozent erwartet (*Nitz 1977*). Gebiete hoher Dürregefährdung erstrecken sich im nordwestlichen Dekhan mit dominierendem Regenfeldbau sowie im Regenschatten der Westghats. Ein Bereich mäßiger Dürregefährdung verläuft im Süden durch Karnataka und Maharashtra, in Teilen Gujarats im Westen sowie als schmaler Streifen nach Osten über Bihar bis Südwest-Bengalen. Die Dürregefährdung und Ernteeinbußen werden darüber hinaus durch menschliches Fehlverhalten, wie „Abholzung“, „exzessive Ausbeutung

des Grundwassers“, „Desertifikation“ oder „nicht angepaßte Praktiken in der Landwirtschaft“ verstärkt und flächenhaft ausgebreitet.

In der Regenzeit können demgegenüber die meisten Flüsse die innerhalb weniger Stunden anfallenden Wassermassen nicht bewältigen und treten großflächig über die Ufer. In Nordindien geschieht dies während des Sommermonsuns, wenn Gletscher- und Schneeschmelze im Himalaya mit starken Monsunregen im Tiefland zusammentreffen. Die großen Ströme haben als „Dammuferflüsse“ ihre Flußbetten durch Aufschüttungen ständig erhöht und bei Hochwasser besteht die Gefahr großflächiger Überschwemmungen, wenn die natürlichen Seitendämme durchbrochen werden. Auf der Halbinsel führen die Flüsse erst zum Ende des Sommermonsun Hochwasser, dabei kommt es vor allem in den Mündungsgebieten zu Überschwemmungen.

Besonders betroffen ist darüber hinaus die Küste im Golf von Bengalen. Diese Gefahr wird durch die Auswirkungen zyklonaler Störungen verschärft, die oftmals zu den gefürchteten tropischen Wirbelstürmen führen. Sie treten überwiegend in den Übergangsperioden vom Winter- zum Sommermonsun und umgekehrt auf, wandern mit hohen Windgeschwindigkeiten nach Norden und führen an den Küsten Orissas und Bengalens sowie dem bengalischen Tiefland mit Sturzregen, hohen Flutwellen und Überschwemmungen zu schweren Verwüstungen. Aufgrund der Bedeutung der Monsunniederschläge für die indische Landwirtschaft werden schon seit der britischen Periode Versuche zu deren Vorhersage unternommen. Die Prognosen des *Indian Meteorological Department* berücksichtigen die Winter- und Frühjahresschneebedeckung im Himalaya sowie eine Vielzahl meteorologischer Variablen auf dem Subkontinent und von angrenzenden Erdteilen.

Ziel dieser Bestrebungen ist, den Landwirten *Entscheidungshilfen für Aussaattermine und Saatgutauswahl* zu bieten. Für die Prognosen wird der gesamt-indische Mittelwert der Monsunniederschläge (850 mm) mit ‚100‘ indiziert und der Prognosewert als Prozentanteil hiervon angegeben. Ein „normaler“ Monsun

weicht maximal um zehn Prozentpunkte von diesem Mittelwert ab. Zwischen 1983 und 1992 lagen die effektiven und prognostizierten Niederschläge für Indien zwischen minus sechs und plus sechs Prozentpunkten auseinander, und einzig im Jahr 1991 wurde ein sehr viel niedrigerer Monsunniederschlag als der tatsächliche vorausgesagt (65 zu 91%) (*Business India*, 21.6.–4.7.1993), auch die Dürre von 1987 wurde recht zuverlässig prognostiziert. Doch nicht allein die Vorhersage der absoluten Niederschlagsmengen, sondern auch die der regionale Verbreitungswahrscheinlichkeit von Dürren soll zukünftig zur Vermeidung von Hungerkatastrophen verbessert werden. In den indischen Medien findet dieses Thema deshalb eine große Beachtung (z.B.: *Rainfall Forecast and Kharif Foodgrains in 1997*, ‚Economic and Political Weekly‘, 6. 9. 1997; *Studying the Monsoon*, ‚Frontline‘, 17. 10. 1997).

Im Gegensatz zur potentiellen natürlichen Vegetation ist Indien ausgesprochen waldarm

Schätzungen zufolge erlaubt das Klima Indiens auf etwa 90 Prozent der Fläche als potentielle Vegetation zumindest tropische, sommergrüne oder laubabwerfende Wälder und nur der trockene Nordwesten wäre waldfrei (*Cambridge Encyclopaedia*). Neben den absoluten Jahresniederschlägen ist insbesondere die Dauer der Trockenperiode entscheidend für die Differenzierung der Vegetationstypen, und die zonale, polwärtige Abfolge von immergrünen Feuchtwäldern zu laubabwerfenden Trocken- oder Koniferenwäldern wird in Indien durch das Relief sowie die Monsunreichweite variiert.

Die natürliche Vegetation des Subkontinents ist arm an endemischen Pflanzenarten, vielmehr überlagern sich benachbarte Florenregionen, und junge Florenelemente sind dominierend. Charakterpflanzen sind nur für einzelne Vegetationstypen zu benennen, wie etwa *Sal* für tropische laubwerfende „Monsunwälder“ in den nördlichen Teilen der Halbinsel und im Terai, *Teak* im zentralen und westlichen Dekhan oder Sandelholz im Süden. „Monsunwälder“ gelten unter kommerziellen Gesichtspunkten als die wichtigsten Waldareale Indiens und unterliegen einer intensiven Rodung und Degradation. In Trockengebieten sind Dattelpalmen und Akazien sowie Laubbäume wie *Neem* und *Shisham* bedeutend.

Natürliche Graslandschaften sind weitgehend auf die Hochgras-Savannen des feuchten Terai beschränkt, ansonsten haben sich Graslandschaften meist als Degradationsformen der Waldvegetation entwickelt. Sie erstrecken sich, ähnlich wie Dornwälder, über weite Gebiete im indischen Westen und Nordwesten sowie im Lee der Westghats. Somit tritt die natürliche Vegetation meist hinter die ausgedehnten Kulturlandschaften zurück und wird durch Sekundärvegetation geprägt.

Das Staatsgebiet Indiens ist im Vergleich zur potentiell möglichen natürlichen Bewaldung, aber auch im internationalen

Vergleich, sehr waldarm. Zwar sind 23 Prozent (770 000 km²) des Landes offiziell als „Wald“ erfaßt, doch zählen hierzu auch Areale mit Buschland oder degradierte Flächen. Wälder im eigentlichen Sinne, mit einer Kronendichte von mehr als 40 Prozent, haben einen Flächenanteil von knapp zwölf Prozent (385 000 km²) (Daten für 1993, *Stat. Outline* 1996–97).

Die Forstwirtschaft hat nur geringe Anteile am Nettoinlandsprodukt, und Bestrebungen zur Selbstversorgung hatten bislang keinen Erfolg; Indien ist Nettoimporteur von Holz- und Holzprodukten sowie von Papier. Die Waldnutzung hat jedoch eine große ökonomische Bedeutung als Grundstoff der weiterverarbeitenden Industrie sowie für die Dorf- und Stammesbevölkerung. Neben der Bau- und Brennholzversorgung sind dabei auch die Viehwirtschaft sowie das Sammeln von Wild- und Heilpflanzen von Bedeutung, den sogenannten Forstnebenprodukten (*minor forest products*).

Maßnahmen der kolonialen und indischen Forstpolitik haben primär die kommerziellen Aspekte der Bauholzversorgung betont und trotz vielfacher Aufforstungsprogramme bislang kaum nachhaltige Erfolge gezeigt. Das Ziel, ein Drittel der indischen Landfläche mit Wald zu bestocken, ist noch unerreicht. Vor allem unmittelbar nach der Unabhängigkeit wurden große Flächen zur Ackerlandgewinnung gerodet und weiterhin hält die Entwaldung für industrielle Projekte sowie aufgrund des Bevölkerungswachstums an (Tab. 2). Oftmals wird dieser Prozeß der „Waldvernichtung“ (vgl. A. Bronger 1996) auch als ein vermeintlich unaufhaltbarer Teufelskreis der Degradation herausgestellt, insbesondere wenn die Hochgebirge behandelt werden.

Tabelle 2: Rückgang der Waldbestände zwischen 1951 und 1976 und dessen Ursachen. Quelle: *Kulkarni* (1993), nach: *Gadgil & Guha* (1992): *This fissured land, an ecological history of India*. Delhi.

Ursachen	Rückgang der Waldfläche	
	in 1.000 ha	in Prozent
Staudämme	479,1	11,6
Landwirtschaft	2.506,9	60,6
Straßenbau	57,1	1,6
Industrieanlagen	127,2	3,1
Sonstige	965,4	23,3
Summe	4.135,7	100,0

Selbst als sozial und partizipativ deklarierte Programme schlugen oftmals fehl, sofern die beteiligte Landbevölkerung keine dauerhaften Nutzungs- oder gar Eigentumsrechte an den von ihnen angepflanzten Waldflächen zugesprochen bekam. Demgegenüber sind private Nutzholzplantagen vielfach sehr erfolgreich, da die Hektarerlöse dieser *cash crops* die anderer Ackerfrüchte übertreffen und oftmals den Ersatz der Nahrungsmittelproduktion bewirken. Im Fall der Eukalyptus-Monokulturen für die alleinige Holzgewinnung werden jedoch negative Auswirkungen auf den Bodenwasserhaushalt und die Bodenqualität befürchtet.

Oftmals ist die menschliche Nutzung unangepaßt

Die Landschaften Indiens unterliegen durch die oftmals unangepaßte menschliche Nutzung Eingriffen, welche die natürlichen Prozesse der Morphodynamik verstärken. Nach *Seuffert* (1989) ist die intensivste Landschaftsdegradation in semiariden Regionen zu verzeichnen, für die er vier großräumige „Badlandregionen“ ausweist: in Gujarat, das nördliche Vorland der Aravallis, die Südabdachung der Siwaliks sowie das Bergland von Chota Nagpur. Dort kommt es zu einer intensiven Reliefzerschneidung, da die Felder zu Beginn der Regenzeit meist vegetationsfrei sind und die heftigen Regengüsse die Bodenkrume fortspülen können. Aufgrund der teilweise sehr starken Bodenerosion mit der Gefahr „katastrophaler Auswirkungen“ auch für die Landwirtschaft (A. Bronger 1996) sind besondere Bodenschutzprogramme erforderlich. Terrassenkulturen und Wälle gelten hinsichtlich des Erosionsschutzes als günstige Praktiken, ebenso die verstärkte Verwendung von Tierdung zur Anreicherung der Böden mit organischer Substanz.

Die natürlichen Anbaubedingungen der Landwirtschaft ...

Zum Verständnis der vielfältigen Landwirtschaft Indiens sind die natürlichen Anbaubedingungen, insbesondere die Klima- und Bodenverhältnisse, wichtig, sie haben einen entscheidenden Einfluß auf das jeweilige Anbauprogramm sowie auf die Ernteerträge. Die Temperaturen erlauben potentiell in ganz Indien den ganzjährigen Anbau mit zwei oder teilweise auch drei Ernten, ein-

zig in Nordindien sowie in den Bergregionen ist die winterliche Abkühlung hinderlich. Tropische und subtropische Kulturpflanzen mit einem hohen Wärmebedarf, wie Reis, Hirse, Baumwolle oder Erdnüsse, können in Südindien ganzjährig und in den übrigen Landesteilen zumindest im Sommer angebaut werden. Im Norden werden daneben Arten der gemäßigten Breiten als Winterfrüchte angebaut, wie Weizen, Linsen oder Kartoffeln. Der keilförmig bis Mysore (Karnataka) reichende Weizenanbau im Dekhan-Hochland ist somit ein Übergangsgebiet zwischen diesen beiden Zonen. Ganzjähriger Anbau ist jedoch nur unter günstigen edaphischen und hydrologi-

schen Bedingungen möglich, und nur in wenigen Teilgebieten Indiens genügen die Niederschlagsmengen und deren jahreszeitliche Verteilung für einen gesicherten Regenfeldbau. Solche Gebiete mit mehr als 1000 Millimeter Jahresniederschlag sowie mindestens 75 Regentagen pro Jahr sind die traditionellen Naßreisbauggebiete an der Westküste bis etwa Bombay, im nördlichen Orissa, Bengalen und Assam sowie entlang der Himalayavorgebirge. Gebiete hoher Niederschlagsvariabilität oder mit semiariden bis ariden Bedingungen sind agrarklimatische Ungunst- oder sogar Risikogebiete. In großen Teilen des Landes wird die Abhängigkeit von den unregelmäßigen Monsunregen durch die künstliche Feldbewässerung aufgehoben, um beispielsweise den Anbau ertragreicherer Früchte oder einer Zweitfrucht zu ermöglichen.

In den Plateaus und Becken der Halbinsel sind nährstoffarme und wasserundurchlässige sowie für Regenfeldbau ungeeignete Roterden (*Ferralsole*, *Domrös* 1997) vorherrschend, die mit zusätzlicher Bewässerung durch Stauwehre und -teiche (*tanks*) vor allem mit Naßreis bestellt werden. Schwarzerden (*Vertisole* oder *Regur* bzw. *black cotton soil*) im Trappgebiet der Dekhan-Lava sowie in benachbarten Regionen sind demgegenüber aufgrund ihres Wasserhaltevermögens ideal für den Regenfeldbau mit Weizen und Baumwolle und können meist auch im trockeneren Winter bestellt werden. Fruchtbare Alluvialböden (*Fluvisole*) in den Stromtiefländern, und Flußdelten stellen mit etwa 43 Prozent Flächenanteil die bedeutendste Anbauregion, ihre Bewässerungsmöglichkeiten sind günstig und bei zusätzlicher Düngung sind bis zu drei Ernten möglich. Die indischen Kornkammern in den Tiefländern gründen auf oftmals schon jahrhundertalten Kanalsystemen.

Ungunstgebiete im ariden Rajasthan sowie die nur durch aufwendige Ackerterrassen nutzbaren Bergländer und Hochgebirge fallen demgegenüber zurück, günstige Anbaubedingungen sind auf kleinräumige Areale begrenzt, wie geschützte Beckenlagen in den Gebirgen oder Oasen der Trockengebiete. Solche Zusammenhänge zwischen Bodenbedingungen und Wasserverfügbarkeit sind wichtige Determinanten der indischen Landwirtschaft, und insbesondere die Wasserverteilung oder -knappheit gilt in vielen Regionen als ein Entwicklungshemmnis. Die tatsächlichen Anbausysteme werden jedoch in mindestens gleichem Umfang durch die sozio-ökonomischen Verhältnisse der Landwirtschaft bestimmt.

... und die sozio-ökonomischen Anbauverhältnisse

Der Feldbau wird maßgeblich durch die Monsunperioden geprägt. Ausgehend vom Sommermonsun sind *kharif* (Sommeranbau) und *rabi* (Winteranbau) die wichtigsten Anbauperioden. *Kharif*-Früchte werden zu Beginn des Sommermonsuns ausgesät, in der kühleren Jahreszeit erfolgt der *rabi*-Anbau. In Teilgebieten ist zudem eine dritte Ernte (*said*) möglich, die

jedoch in den offiziellen Statistiken nicht separat aufgeführt wird (vgl. *Econ. Survey* 1995–96).

Seit der Unabhängigkeit erfuhr die „Anbaufläche“, d. h. die im jeweiligen Berichtsjahr tatsächlich ackerbaulich genutzte Fläche, eine deutliche Expansion: von 1950–51 bis 1960–61 um etwa zwölf Prozent, bis 1970–71 um weitere fünf Prozent, während bis in die 1990er Jahre nur noch geringe Steigerungen erfolgten. Die tatsächlichen Anbauflächen variieren zudem mit dem Ausmaß der Monsunregen. Demgegenüber hat die Entwicklung der „Ernteflächen“, d. h. die Summe aller auch mehrfach pro Jahr genutzten Flächen, stärker zugenommen und wurde bis 1990–91 mehr als verdreifacht. Neben dieser *Anbauintensivierung* wurde zudem die *Bewässerungslandwirtschaft* ausgebaut: gegenüber rund 18 Prozent (1960–61) wird seit Ende der achtziger Jahre etwa ein Drittel der Erntefläche bewässert. So ging die gesamte Pro-Kopf-Erntefläche von 1950–51 bis 1990–91 von 0,37 auf 0,22 Hektar zurück, während die bewässerte Pro-Kopf-Erntefläche um etwa 16 Prozent zunahm (*Stat. Outline* 1996–97).

In den Strom- und Küstentiefländern wird mehr als vier Fünftel der Gesamtfläche ackerbaulich genutzt, während dieser Anteil in den ariden und gebirgigen Regionen unter 20 Prozent liegt. Auch die Verteilung des Mehrfachtanbaus zeigt signifikante Unterschiede: der Index des Mehrfachtanbaus liegt in ganz Indien bei durchschnittlich 1,3mal pro Jahr, mit signifikant höheren Werten im feuchtwarmen Westbengalen (1,6) sowie im nördlichen Tiefland (Punjab 1,8; Haryana 1,7; Uttar Pradesh 1,4), Minimalwerte unter 1,16 weisen neben den niederschlagsarmen Staaten Rajasthan und Gujarat auch Maharashtra und Karnataka sowie der äußerste Nordwesten auf (*Indian Agriculture in Brief*).

Getreide und Hülsenfrüchte

Die Bedeutung der Landwirtschaft für die Ernährungssicherung findet ihren Ausdruck in den Flächenanteilen der Nahrungsmittel an der gesamten Erntefläche. Nach Regierungsquellen (vgl. *Stat. Outline* 1996–97) nehmen zu Beginn der neunziger Jahre die als *foodgrains* bezeichneten Nahrungsmittel (Getreide wie Reis, Weizen und Hirse sowie Hülsenfrüchte) mehr als drei Viertel der Gesamterntefläche ein, gegenüber mehr als 83 Prozent im Jahr 1950–51. Die Abnahme der Flächenanteile erfolgte jedoch parallel zur Ausweitung der jährlichen Ernteflächen, so daß die *foodgrain*-Erntefläche von 1950–51 bis 1994–95 um 36,8 auf 123,5 Millionen Hektar zunahm.

Der Nahrungsmittelanbau wird eindeutig durch *Getreide*, insbesondere Reis und Weizen sowie Hirse, dominiert. Reis und Weizen nehmen seit den achtziger Jahren zusammen mehr als die Hälfte der jährlichen Nahrungsmittel-Ernteflächen ein, 1994–95 etwa 55 Prozent (34,2 bzw. 20,7%), gefolgt von Hülsenfrüchten (18,8%) und Hirse (17,7%) sowie Mais (4,9%). Der *Reisanbau* überwiegt in Indien insbesondere in Regionen mit mehr als

2000 Millimetern Jahresniederschlag: das westliche Küstentiefland, Flußdelten der Ostküste, Bergländer und Plateaus der Halbinsel sowie insbesondere das bengalische Tiefland, das Brahmaputra-Tal und große Teile der südöstlichen Gangesebene. Bei künstlicher Bewässerung ist Reis auch in trockeneren Gebieten häufig die Hauptanbaufucht, und im Zuge der „Grünen Revolution“ wurden die Bewässerungsgebiete des Punjab und Haryanas zur wichtigsten Reisüberschußregion Indiens.

Große Teile Indiens sind für den *Weizenanbau* zu warm oder auch zu feucht, und die Anbaumöglichkeiten sind nach Süden und Osten eingeschränkt. Das Verteilungsmuster der Hauptanbauggebiete ist somit invers zu dem des Reisanbaus: Weizen wird überwiegend in Gebieten mit weniger als 1000 Millimetern Jahresniederschlag bei zusätzlicher Bewässerung angebaut, der Regenfeldbau beschränkt sich auf Teile des Dekhan mit tiefgründigen Schwarzerden sowie auf einen schmalen Saum am Fuß des Himalaya. Schwerpunkte des Weizenanbaus sind im Punjab, im südwestlichen Himachal Pradesh sowie auf dem Malwa-Plateau, wo Weizen jeweils mehr als 30 Prozent der Anbaufläche einnimmt; weitere bedeutende Anbauggebiete sind die Gangesebene bis ins westliche Bihar sowie weite Teile von Maharashtra.

Der Weizenanteil an der Gesamterntefläche wurde von 1950–51 bis 1994–95 auf etwa 21 Prozent verdoppelt, und die Erntemengen stiegen zeitgleich von 6,5 Millionen auf das Zehnfache. Parallel hierzu verlief der Ausbau der Feldbewässerung von 54 Prozent der Weizenanbaufläche (1970–71) auf 84 (1994–95). Noch rascher erfolgte die Ausbreitung von Hohertragsaatgut nach der Einführung mexikanischer Sorten ab 1965 als Teil der „Grünen Revolution“: von 1970–71 bis 1994–95 stieg ihr Anteil von 36 auf 92 Prozent der Weizenfläche. Die Einführung von rascher reifenden Neuzüchtungen bot darüber hinaus die Möglichkeit, den Weizenanbau in zuvor ungünstige Regionen auszudehnen. Weizen ist mittlerweile eine der wichtigsten Marktfrüchte Indiens, und infolge der gesteigerten Weizenproduktivität konnte der Selbstversorgungsgrad Indiens angehoben werden. Für die Selbstversorgung der ländlichen Bevölkerung sind die verschiedenen in Indien angebauten *Hirsearten* weiterhin von großer Bedeutung, noch bis in die 1990er Jahre übertrafen die gesamten Ernteflächen der drei wichtigsten Hirsearten die des Weizens. Hirsen stellen keine besonderen Bodenansprüche und sind sehr trockenheitsresistent, sie werden im Regenfeldbau über weite Gebiete mit Jahresniederschlägen zwischen etwa 500 und 1000 Millimetern angebaut; Rohrkolbenhirse wird in Rajasthan selbst an der agronomischen Trockenheitsgrenze angebaut. In trockeneren Teilgebieten der Halbinsel ist Hirse weiterhin das Hauptnahrungsmittel und nimmt den größten Teil der Anbauflächen ein. Der Hirseanbau erfolgt oftmals als *mixed cropping* gemeinsam mit anderen Feldfrüchten, um das niederschlagsbedingte Ertragsrisiko

zu minimieren. Doch selbst in traditionellen Hirseanbauregionen hat dieses Getreide mittlerweile nicht nur relativ sondern auch absolut an Bedeutung verloren; auf Bewässerungsland wird zunehmend Weizen angebaut, und im Regenfeldbau sind Erdnüsse als Marktfrüchte lukrativer.

Neben den Hirsen zählt *Mais* noch zu den wichtigsten Nahrungsmitteln Indiens, dessen Anbaufläche wurde bis 1970–71 fast verdoppelt und liegt seither bei etwa sechs Millionen Hektar. Zeitgleich wuchs die Erntemenge jedoch auf mehr als das Fünffache, nachdem mehr als ein Fünftel der Anbaufläche bewässert und über 55 Prozent mit Hohertragsaatgut bestellt wird. Als Sommerfrucht (*kharif*) ist die Verbreitung des Mais auf Teilgebiete mit moderaten Niederschlägen zwischen etwa 500 und 1000 Millimeter konzentriert. Besondere Bedeutung hat der Maisanbau neben Schwerpunkten in Karnataka, Haryana und Punjab in den Bergländern erreicht, wo Mais ein wichtiges Brotgetreide ist und oftmals anstelle von Trockenreis oder Hirse angebaut wird.

Hülsenfrüchte wie Kichererbsen, Straucherbsen, Bohnen und Linsen, sind zur Sicherstellung der Eiweißversorgung bedeutend. Diese Leguminosensorten sind wegen ihrer stickstoffanreichernden Funktion für den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit wichtig und werden oftmals gemeinsam mit Weizen oder an den Rändern von Reisbeeten ausgesät (*mixed cropping*). Ihr Anbau erfolgt fast ausschließlich im Regenfeldbau, sodaß die Erträge niederschlagsabhängig sind, nur rund zehn Prozent der Anbaufläche wird bewässert. Die Gesamtproduktion der Hülsenfrüchte wurde von 1950–51 bis 1994–95 nur um etwa 67 Prozent gesteigert, so daß die Pro-Kopf-Versorgung der Bevölkerung seit 1965 das Niveau der fünfziger Jahre nicht mehr erreicht hat (Abb. 2).

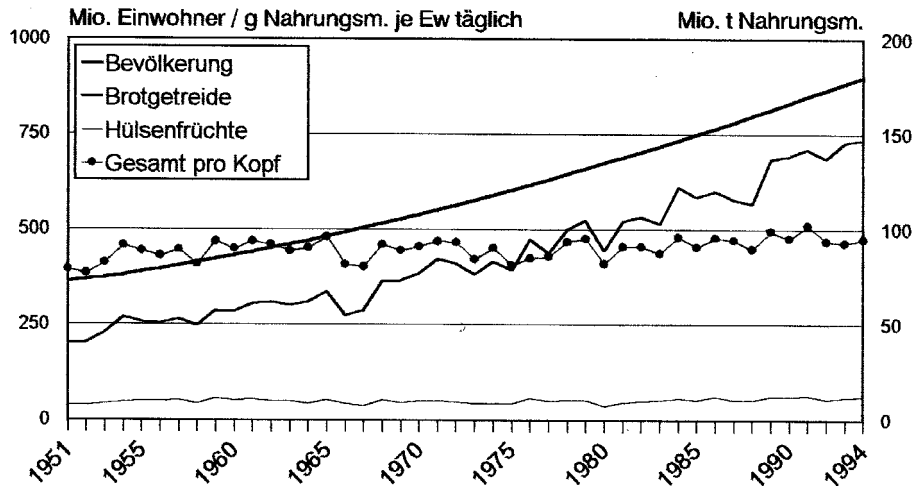
In der länderkundlichen Literatur werden die Anbauverhältnisse oftmals in Verbreitungskarten der einzelnen Anbaufrüchte (z. B. *Nitz* 1977: 181 ff.) oder zusammenfassend als Anbauregionen (z. B. *Nitz* 1977: 190; *Bohle* 1995: 36 nach *Nitz*; oder *D. Bronger* 1996b: 156) dargestellt. Die Darstellung in solchen Karten stellt jedoch aufgrund der Vielfalt der Anbaufrüchte und -techniken (u. a. *mixed cropping*) einen „Kompromiß und (...) nur einen sehr begrenzten Teil der Wirklichkeit dar“ (*D. Bronger* 1996b: 157).

Marktfrüchte – cash crops

Zuckerrohr zählt zu den wichtigsten indischen Marktfrüchten, deren Bedeutung allein durch die Anbaufläche nur unzureichend wiedergegeben wird, sie wurde bis 1994–95 auf rund 3,8 Millionen Hektar mehr als verdoppelt (*Econ. Survey* 1995–96). Insbesondere im Einzugsgebiet von Zuckerfabriken überwiegt der marktorientierte, oft großflächige Anbau, wie etwa im traditionellen *cane belt* im nordindischen Tiefland sowie in Südindien. Anbau und Produktion wurden seit der Unabhängigkeit aufgrund der hohen Binnennachfrage erheblich ausgeweitet – die Zuckerproduktion wurde etwa verzweifacht und übertrifft mittlerweile den Bin-

Abbildung 2: Bevölkerungswachstum, Getreideproduktion und Pro-Kopf-Nahrungsmittelverfügbarkeit Indiens, von 1951 bis 1994.

Entwurf: J. Clemens. Quellen: *Econ. Survey 1995–96* (Tabellenanhang), *Stat. Outline 1996–97* (S. 54), vgl. *Brongerl.v.d. Ruhren 1986*.



nenverbrauch –, und der Zuckerrohranbau wurde aufgrund der hohen Erlöse für marktorientierte Bauern sehr lukrativ.

Indien gehört zwar zu den weltweit wichtigsten Produzenten von *Ölfrüchten*, kann jedoch den wachsenden Bedarf an Speiseöl nur durch Importe decken. Ölfrüchte, wie Erdnüsse, Raps und Senfsaaten, Sesam sowie Kokosnüsse können nahezu in ganz Indien als Sommer- (*kharif*) oder Winterfrüchte (*rabi*) angebaut werden und dienen sowohl der Ernährung wie auch der gewerblichen und industriellen Weiterverarbeitung, sie sind somit wichtige *cash crops*. Ihre Erntefläche, insbesondere die von Erdnüssen, wurde seit der Unabhängigkeit mehr als verdoppelt.

Gewürze besaßen lange Zeit eine überragende Stellung im Welthandel und waren oft Anlaß zu Entdeckungsfahrten sowie für die Anlage von europäischen Handelsniederlassungen. Ihre herausragende Bedeutung in der indischen Exportstatistik haben sie jedoch eingebüßt. An der Westküste südlich von Goa hat der Gewürzbanbau mit Ingwer, Kardamon und Schwarzem Pfeffer jedoch weiterhin eine größere Bedeutung, die Küste Keralas galt arabischen Händlern schon im Altertum als „Pfefferküste“ (Nitz 1977). Der Pfefferanbau benötigt feuchtheiße Klimabedingungen und konzentriert sich nahezu vollständig auf die Küstenregion Keralas. Aufgrund der nachgelagerten handwerklichen und industriellen Weiterverarbeitung und deren hohen Exporterlösen ist *Baumwolle* die wichtigste Marktf Frucht Indiens. Sie wird vorwiegend in Gebieten mit 500 bis 1000 Millimetern Jahresniederschlag angebaut, in den Tiefländern erfolgt der Anbau mit künstlicher Bewässerung, und im Punjab und in Haryana werden mit dem Doppelten der indischen Durchschnittswerte die höchsten Hektarerträge registriert. Die wichtigsten Anbauregionen sind jedoch die Schwarzerdegebiete des Dekhan, des Malwa-Plateaus und in Gujarat mit ihrem *black cotton soil*.

Mitte des 19. Jahrhunderts etablierte sich mit der Baumwollverarbeitung der erste Industriezweig auf dem Subkontinent,

nachdem der amerikanische Bürgerkrieg zu Produktionsausfällen im britischen Kolonialreich geführt hatte. Dies ging einher mit der Einführung langfaseriger amerikanischer Baumwollsorten, die insbesondere für hochwertige Textilien und den Export von Bedeutung sind und noch bis in die siebziger Jahre nach Indien importiert werden mußten. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit war die Ausgangssituation jedoch sehr ungünstig, da Pakistan 1947 die Anbauebene langfaseriger Baumwollsorten im Punjab und Sindh zugesprochen wurden. Die Anbaufläche Indiens wurde seit 1950–51 um rund 30 Prozent erweitert, die Rohbaumwollerten sogar nahezu vervierfacht (*Econ. Survey 1995–96*), wobei langfaserige Sorten mittlerweile auf rund einem Drittel der Erntefläche angebaut werden. Mit Ausnahme weniger Jahre ist Indien etwa seit Mitte der achtziger Jahre Nettoexporteur von Rohbaumwolle und Baumwollprodukten. Neben den Feldfrüchten sind *Plantagen* für einige Agrarprodukte von besonderer Bedeutung. Tee und Kaffee haben durch ihre Exporterlöse eine wichtige Funktion als Marktf Früchte, sie wurden schon in der Kolonialzeit gefördert. Mittlerweile haben die Exporterlöse von Tee gegenüber Kaffee und anderen Agrarprodukten jedoch deutlich an Bedeutung verloren, auch wenn die exportierten Mengen seit den sechziger Jahren nahezu verachtfacht wurden (*Stat. Outline 1996–97*).

Unbefriedigende Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft

Indien wird gemeinhin als Agrarstaat bezeichnet (vgl. *D. Bronger 1996b*; *Domrös 1997*), und seine Landwirtschaft ist weiterhin ein wichtiger Wirtschaftsbereich, auch wenn ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 56 (1950–51) auf unter 30 Prozent (1994–95) gefallen ist und mittlerweile gleichauf mit dem der Industrie liegt (*Stat. Outline 1996–97*). Dieser Wert liegt deutlich über denen anderer asiatischer Staaten wie Pakistan (26 %), China (21 %) oder Indonesien (17 %) (*Fischer Weltalmanach*). Zudem sind rund zwei Drittel aller regi-

strierten Arbeitskräfte unmittelbar in der Landwirtschaft beschäftigt (1981: 66,6 %; 1991: 64,8 %; *Stat. Outline 1996–97*), deutlich mehr als in anderen Entwicklungsländern, wie Indonesien (50 %), Pakistan (48 %) oder Ägypten (33 %) (*Fischer Weltalmanach*).

Ihre zentrale Bedeutung liegt in der Nahrungsmittelproduktion für die zunehmende Bevölkerung. So konnte die Produktion von Getreide und Hülsenfrüchten von 51 (1950–51) auf 191 Millionen Tonnen (1994–95) gesteigert werden (Abb. 2; *Stat. Outline 1996–97*), und die Selbstversorgung wurde somit verbessert. In den sechziger Jahren mußten etwa acht bis zehn Prozent und zum Ende der achtziger Jahre etwa zwei Prozent der Nahrungsmittel, v.a. Weizen, importiert werden (*Länderbericht Indien*), während seit den frühen neunziger Jahren neben Reis auch Weizen exportiert wird (*Stat. Outline 1996–97*). Dies gelang vor allem durch eine Intensivierung der Produktion, da kaum noch Land für die Ausweitung des Anbaus verfügbar ist.

Der landwirtschaftliche Anteil an den Exporterlösen sank trotz absoluter Zuwächse von 44 (1960–61) auf rund 17 Prozent (1994–95), wobei sich zusätzlich die Gewichte der exportierten Agrarprodukte deutlich verändert haben. Während Tee bis in die sechziger Jahre fast die Hälfte der agraren Exporterlöse erzielte, haben inzwischen Produkte wie Reis, Garnelen und Fische, oder Ölkuchen, verarbeitete Früchte und Gemüse sowie Kaffee eine größere Bedeutung (*Stat. Outline 1996–97*).

Von zentraler Bedeutung ist die Landbesitzproblematik mit ihrer seit Jahrzehnten anhaltenden Besitzersplitterung (Tab. 3). Selbst mehrere Landreformen und landesweite Entwicklungsprogramme konnten die feudalen und kolonialen Strukturen des meist absentistischen Großgrundbesitzes nicht aufheben. Solche Maßnahmen, die u.a. Landbesitzobergrenzen festlegten und „Überschußland“ an Kleinbauern und Landlose verteilen sollten, wurden vielfach von Großgrundbesitzern (*landlords*) unterlaufen (vgl. *Zingel 1995*; *D. Bronger 1996b*). So änderte sich die Besitzkonzentration, gemessen am „Gini“-Koeffizienten, ein Indexwert von null bis eins (d.h. keine bzw. vollständige Gleichverteilung), zwischen den Volkszählungen von 1970–71 und 1990–91 nur geringfügig (Tab. 3). Die hier verwendeten offiziellen Daten vermitteln jedoch nur einen qualitativen Eindruck dieser Problematik, da ihre Erhebung oftmals fehlerhaft ist (*D. Bronger 1996b*) und der zugrundeliegende Begriff *landholding* nicht alleine Landeigentum sondern auch Pachtland einschließt. Jedoch hat sich das Problem der Kleinbauern mit weniger als einem Hektar (ca. 59 % der *holdings*) und vor allem das der Landlosen und Landarbeiter verschärft. Häufig wandern die Tagelöhner saisonal je nach Arbeitsbedarf beispielsweise in Zuckerrohr- oder Baumwollanbauebenen oder auch in die Großstädte ab. In Extremfällen sind sie und ihre Familien in „Schuldknechtschaftsverhältnissen“ (*bonded labourer*) faktisch als Leibeigene an einzelne Großgrundbesit-

Tabelle 3: Entwicklung der Betriebsstrukturen der indischen Landwirtschaft.
 Quellen: *Stat. Outline 1996-97* (S. 59), *Länderbericht Indien* (S. 65), *Brongerl v.d. Ruhren* (1986: 50).

		1953-54	1960-61	1970-71	1976-77	1980-81	1990-91
Anzahl der Betriebe	1.000	44.354	49.824	70.493	81.500	88.900	105.300
Wirtschaftsfläche	Mio. ha	134,9	132,4	162,1	163,2	163,8	165,6
Durchschnittsgröße	ha	3,0	2,7	2,3	2,0	1,8	1,6
Betriebe kleiner 1 ha	%	39,1	39,9	50,7	54,6	56,4	59,0
– Anteil an der Wirtsch.fl.	%	5,5	6,8	9,0	10,7	12,0	14,9
Betriebe größer 10 ha	%		4,6	3,9	2,9	2,5	1,6
– Anteil an der Wirtsch.fl.	%		29,8	30,9	26,2	23,0	17,4
Besitzkonzentration (Gini-Koeff.)	0 bis 1			0,618		0,605	0,578

zer gebunden, auch wenn dies in den siebziger Jahren gesetzlich aufgehoben wurde.

Ein Ergebnis dieser Entwicklung ist eine anhaltende Armut, sowohl im städtischen wie auch im ländlichen Bereich, die zwar nach offizieller Lesart seit den siebziger Jahren absolut und relativ von 291,5 Millionen Menschen oder 51,5 Prozent der Bevölkerung (1972–73) auf 168,6 Millionen oder 19 Prozent (1993–94) abgenommen haben soll (*Stat. Outline 1996–97*, nach Angaben der staatlichen *Planning Commission*). Doch diese Angaben zur Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze (gemessen an den notwendigen Ausgaben für eine angemessene Ernährung) sind politisch umstritten, und regierungsunabhängige Institute kritisieren die Methodik der staatlichen Statistik als verfallend. Sie schätzen den tatsächlichen Anteil der Armen rund zehn Prozentpunkte höher ein (für 1987–88: 39,3 statt 29,9 %; *Dogra 1997*), der Bericht zur menschlichen Entwicklung in Südasien weist für Indien 1993 sogar 46 Prozent und insgesamt 416 Millionen Menschen aus (*Haq 1997*).

Die „Grüne Revolution“

Anstelle der fehlgeschlagenen Reformen wurden ab Mitte der sechziger Jahre wachstumsorientierte Ansätze der Agrarpolitik verfolgt, nachdem dürrebedingte Mißernten die Versorgungslage verschärft hatten. Der Einsatz von neugezüchteten Hohertragsorten für Weizen und Reis wurde gefördert, da weder die Expansion der Anbauflächen genügte, noch die zeitweise hohen Getreideimporte politisch mit dem Autarkieziel vertretbar waren. Die nach Testergebnissen in Mexiko (Weizen) und später in Manila (Reis) zu erwartenden Ertragssteigerungen der „Grünen Revolution“ waren jedoch nur zu erreichen, wenn in einem Maßnahmenbündel gleichzeitig auch Düngung und Bewässerung verbessert wurden. Der Einsatz solcher „Hohertragsorten“ (*high yielding varieties*, HYV) wird deshalb auch als „Saatgut-Düngemittel-Technologie“ oder „Paketansatz“ (*package programme*) bezeichnet. Ertragssteigerungen bei Weizen zwischen 25 und 100 Prozent führten zu dessen raschen Übernahme (Tab. 4) und zur Entwicklung von Hybridsorten, die den indischen Anbaubedingungen besser angepaßt sind. Insbesondere mit rasch reifenden Sorten konnte der Weizenanbau insgesamt weiter ausgedehnt werden.

Hohertragsorten für Reis wurden etwa zeitgleich eingeführt, fanden jedoch aufgrund der niedrigeren Bewässerungsanteile eine geringere Verbreitung (Tab. 4). Die für die angestrebten Produktionssteigerungen erforderlichen Düngermengen konnten einzig durch den Einsatz von *industriellem Handelsdünger* bereitgestellt werden, da Viehdung und Ernterückstände statt dessen als häuslicher Brennstoff oder als Viehfutter verwendet wurden und werden. Der drastisch angestiegene Verbrauch konnte einzig durch umfangreiche Importe befriedigt werden, die mittlerweile jedoch auf unter 30 Prozent des Jahresbedarfs gedrosselt werden konnten. Die Verbreitung der „Grünen Revolution“ ging einher mit der Ausweitung des Bewässerungslandes und insbesondere der Installation von Brunnen und mechanisierten Pumpen, die mittlerweile mehr als die Hälfte des Bewässerungslandes bewässern (Tab. 5). Die traditionelle Bewässerungstechnik auf dem Subkontinent basiert entweder auf manuell betriebenen Brunnen oder kleineren Stauweiern (*tanks*), dar-

über hinaus haben Feudal- und Kolonialherren umfangreiche Kanalsysteme in den Stromtiefländern und Flußdelten errichtet. Nach der Unabhängigkeit verfügte Indien über rund 21 Millionen Hektar Bewässerungsland, ein Großteil der Bewässerungskulturen fiel an Pakistan, doch konnten die Bewässerungsflächen Indiens mittlerweile (1991–1992) auf rund 49 Millionen Hektar erweitert werden, bei Berücksichtigung der Mehrfachernten sind dies 64 Millionen Hektar oder mehr als ein Drittel der gesamten Erntefläche (*Stat. Outline 1996–97*). Mit der Einführung von Diesel- und Elektropumpen hat dies eine neue Dimension erreicht, da deren Einsatz flexibler ist und tiefere Grundwasserschichten erschließt. Zwischen 1981 und 1996 stieg die Anzahl der Elektropumpen von 4,3 auf mehr als elf Millionen (*Stat. Outline 1996–97*), und einige Autoren bezeichnen die „Grüne Revolution“ als eigentliche „Pumpenrevolution“ (vgl. *Bohle 1989*).

Agrartechnologische Verbesserungen müssen mit politischen Reformen Hand in Hand gehen

Die agrartechnische Modernisierung im Rahmen der „Grünen Revolution“ wurde insbesondere in den siebziger und achtziger Jahren sehr kontrovers diskutiert. Im wesentlichen konzentrierte sich diese Kontroverse auf die Auswirkungen auf Kleinbauern und landlose Landarbeiter und inwieweit diese tatsächlich an den erwarteten *trickle-down*-Effekten, d.h. an den Wohlfahrtsverbesserungen, teilhatten oder ob die bestehenden Einkommensdisparitäten nicht vielmehr noch verstärkt wurden. Die These, daß reiche Bauern und Großgrundbesitzer signifikant größere Vorteile durch die Modernisierung erhielten als

Tabelle 4: Einsatz von Hohertragsorten für Weizen und Reis im Überblick.
 Absolute Flächenangaben und Prozentanteile der gesamten Ernteflächen.
 Quellen: *Stat. Outline 1996-97* (S. 60); *Econ. Survey 1995-96* (S. 137 & S-22).
 Eigene Berechnungen.

Jahr	Weizen		Reis	
	Mio. ha	%	Mio. ha	%
1966-67	0,5	3,9	0,9	2,6
1970-71	6,5	37,7	5,6	14,9
1975-76	13,5	65,9	12,4	31,4
1980-81	16,1	72,2	18,2	45,4
1985-86	19,1	83,0	23,5	57,2
1990-91	21,0	86,8	27,4	64,2
1994-95	23,2	90,6	31,0	73,5

Tabelle 5: Entwicklung der Feldbewässerung nach Bewässerungsarten.
 Quelle: *Stat. Outline 1996-97* (S. 57).

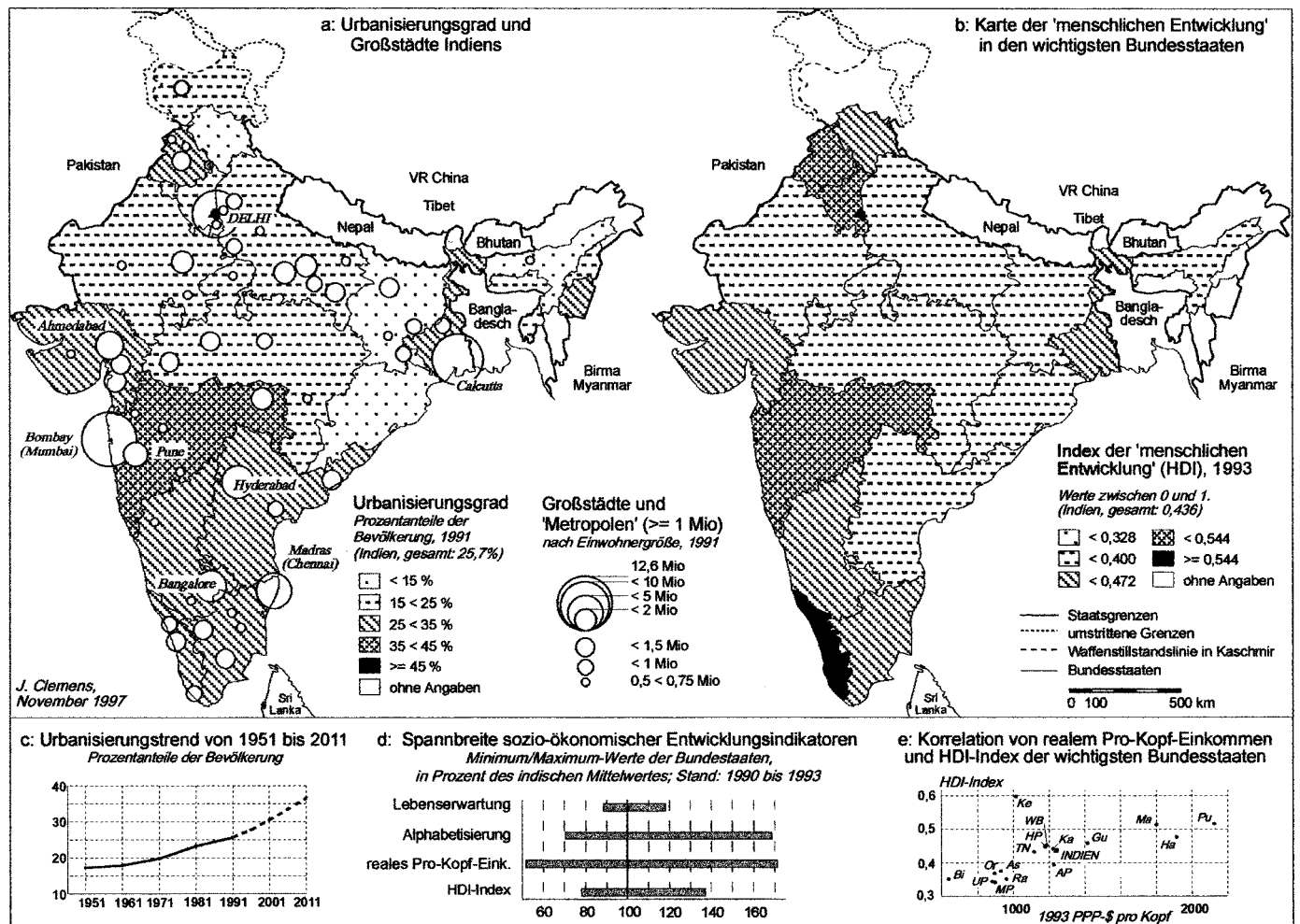
	1970-71		1980-81		1990-91	
	Mio. ha	%	Mio. ha	%	Mio. ha	%
Regierungskanäle	12,0	38,5	14,5	37,4	16,5	34,5
private Kanäle	0,9	2,9	0,8	2,1	0,5	1,0
Stauteiche (tanks)	4,1	13,1	3,2	8,2	3,3	6,9
Brunnen & Pumpen	11,9	38,1	17,7	45,6	24,3	50,8
Andere	2,3	7,4	2,6	6,7	3,1	6,5
Bewässerte Fläche	31,2	100	38,8	100	47,8	100

Kleinbauern und Landarbeiter, wurde von *Bohle* (1989) als „(landwirtschaftliches) Wachstum ohne (ländliche) Entwicklung“ zusammengefaßt. Dies wird jedoch von anderen Autoren (vgl. *Hazell/Ramasamy* 1991; *Blanckenburg* 1993) als „frühe Kritik“ bezeichnet, da die zur Versorgung der wachsenden Bevölkerung erforderlichen Produktionssteigerungen sowie die Importsubstitution außer Acht gelassen worden seien. Zudem nutzten auch Kleinbauern die prinzipiell betriebsgrößenunabhängigen modernen Input-Programme (Saatgut und Dünger) und könnten auf ihren kleinen Feldern oftmals intensiver wirtschaften und somit höhere Erträge erzielen. Nach jüngeren Untersuchungen mußten jedoch zahlreiche Kleinbauern aufgrund ihres Kreditbedarfs Land verkaufen oder Pächter wurden von den *landlords* aus den Pachtverträgen entlassen und als Landarbeiter weiterbeschäftigt, nachdem der marktorientierte Anbau lukrativer wurde als das passive Abschöpfen der Landrenten. *Beck* (1995) spricht in diesem Zusammenhang von *trickle-up*-Effekten und verstärkten Einkommensdisparitäten. Die Modernisierung wurde vielmehr „evolutionär“ zur Festigung bestehender sozialer Strukturen genutzt und führte letztlich zur „partiellen Verarmung“ aufgrund der unterproportionalen Wohlfahrtssteigerung der

Kleinbauern und Landarbeiter (*Beck* 1995; *Freebairn* 1995). Daneben profitierten von dieser Entwicklung einige Regionen überproportional. So verweist *D. Bronger* (1996b) darauf, daß die Anzahl der Bundesstaaten mit rückläufiger Pro-Kopf-Produktion von Nahrungsmitteln stark zugenommen hat. Die Produktions- und Produktivitätszuwächse konzentrierten sich insbesondere auf die Bundesstaaten Punjab, Haryana, Uttar Pradesh, Andhra Pradesh und Maharashtra, sodaß sowohl interregionale Disparitäten, vor allem zwischen dem Nordwesten und dem Osten Indiens, wie auch intraregionale, zu Gunsten der jeweiligen agro-ökologischen Gunsträume, verstärkt wurden. Festzuhalten bleibt die landesweite Produktionssteigerung, so daß die durchschnittliche Ernährungslage – 1990 kcal. (1961–63); 2230 (1988–90) und 2395 täglich (1992) – das von der Welternährungsorganisation (FAO) angestrebte Bedarfsdeckungsniveau erreicht hat (*Handb. d. Welternährung*; UNDP 1997). Chronische Mangelernährung ist aufgrund der verbreiteten ländlichen Armut aber weiterhin ein drängendes Problem, und Indien wird in FAO-Statistiken in der Ländergruppe „mit mittlerer Nahrungssicherheit“ eingestuft, da nur rund drei Viertel aller Haushalte ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt sind (*Handb. d. Welt-*

ernährung). Seit dem Einsetzen der „Grünen Revolution“ sind landesweite akute Hungersnöte jedoch ausgeblieben. Paradoxerweise hat somit die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln auf den privaten oder den subventionierten öffentlichen Märkten zugenommen, ohne daß große Teile der marginalisierten Bevölkerung, Kleinbauern, Pächter, Landlose und Handwerker, über das nötige Einkommen verfügen, um diese auch kaufen zu können (*Currie* 1992). Als Skandal wird zudem gewertet, wenn im Zuge der liberalisierten Außenhandelspolitik zunehmend Nahrungsmittel exportiert oder Ackerflächen für die exportorientierte Garnelenzucht oder Schnittblumenproduktion umgewidmet werden und somit das Verteilungsproblem weiter verschärft wird (v. *Dillen/Weber* 1997). Die indische Agrarpolitik wird auch weiterhin von der Prämisse geleitet, durch Produktionssteigerungen die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Hierbei werden im Rahmen einer „neuen“ oder „zweiten“ „Grünen Revolution“ gentechnische Züchtungsstrategien verfolgt, um eine höhere Krankheits- und Schädlingsresistenz sowie eine größere Toleranz gegenüber ungünstigen Anbaubedingungen zu erreichen (FAO 1995). Diese „Gen-Revolution“ wird von kritischen Entwicklungsforschern aufgrund der befürchte-

Abbildung 3: Urbanisierung und sozio-ökonomische Entwicklung Indiens. Entwürfe: J. Clemens. Quellen: (a): *D. Bronger* (1996b: 473f.), *Stat. Outline 1996–97* (S. 34); (b): *Haq* (1997: 116); (c): *Stat. Outline 1996–97* (S. 37; 43); (d): *Haq* (1997: 116); (e): *Haq* (1997: 116), zu den Abkürzungen der Bundesstaaten vgl. Tab. 7.



ten Dominanz transnationaler Konzerne und patentrechtlicher Bedenken jedoch weitgehend abgelehnt (vgl. *Bohle* 1989). Neue Strategien, die durchaus im Konzept der „neuen Grünen Revolution“ aufgegriffen werden, müßten demgegenüber verstärkt Kleinbauern integrieren und Verbesserungen im Regenfeldbau aufgreifen, wie etwa *dry farming*-Techniken oder *watershed management*-Projekte zur kleinräumigen Verbesserung des Bodenwasserhaushaltes. Neben der Weiterentwicklung trockenheitsresistenter Feldfrüchte sind hierbei sowohl „ökosystem-“ wie auch „kultur-spezifische“ Maßnahmen erforderlich, um mit Einbeziehung des traditionellen Agrarwissens der lokalen Bevölkerung die vorhandenen natürlichen Ressourcen nachhaltig zu nutzen (vgl. *Bohle* 1989; *Manshard/Mäckel* 1995). Mit solchen Strategien wird jedoch nicht die Rückkehr zur Subsistenzwirtschaft angestrebt, sondern vielmehr ein integrierter Ansatz von technologischen Verbesserungen und, zuvor vernachlässigten, politischen Reformen, d.h. Landumverteilung (*Freebairn* 1995). Insbesondere von arbeitsintensiver wirtschaftenden Kleinbetrieben sind bei gesicherten Besitzverhältnissen nachhaltige Einkommensverbesserung der Kleinbauern zu erwarten (*Acharya/Papaneck* 1995). Aufgrund der komparativen Produktionskostenvorteile auf dem Weltmarkt, insbesondere für Reis und Weizen, sieht *Storm* (1997) durchaus Potentiale auch für eine Handelsliberalisierung von Agrarprodukten. Hierzu sind aufgrund seiner Untersuchungen jedoch zusätzliche agrarpolitische Maßnahmen erforderlich, um Binnenmarktstörungen zu vermeiden. Dazu zählen öffentliche Infrastrukturinvestitionen, da die marginalisierten Bauern und Pächter die erforderlichen Ressourcen nicht selber, weder individuell noch in Genossenschaften, aufbringen können (*Storm* 1995). Daneben verweist er auf institutionelle Engpässe im Agrarsektor, etwa die Besitzverhältnisse oder das Kreditwesen, die dessen Entwicklung bislang behindern.

Trotz rasanter Urbanisierung ein Land der Dörfer

Die Bevölkerung Indiens konzentriert sich zusehends in Groß- und Millionenstädten, deren Bevölkerungszuwachs von 1981 bis 1991 doppelt so rasch anstieg wie der ganz Indiens, gegenüber dem landesweiten Zuwachs um 23,6 Prozent waren dies 46,9 in Groß- und 67,8 Prozent in Millionenstädten. Jedoch ist der Urbanisierungstrend gegenüber den vorherigen Dekaden sowie den Erwartungswerten geringer angestiegen (Abb. 3c). Die Anzahl der Millionenstädte, in Indien als „Metropolen“ bezeichnet, stieg von neun (1971) über zwölf (1981) auf zuletzt 23 (1991) (Abb. 3a), und bis zum Jahr 2000 werden mindestens 36 erwartet (*Krafft* 1996). Nach *D. Bronger* (1996a) wies Indien um 1990 fünf von weltweit 36 Megastädten mit mehr als fünf Millionen Einwohnern auf. Projektionen der Vereinten Nationen legen demgegenüber eine Mindestgröße von zehn Millionen Einwoh-

nern zugrunde und erwarten für das Jahr 2025 in Indien neun von insgesamt 20 Megastädten in Asien (Tab. 6). Somit zählt Südasien zu den dynamischsten Städtereigionen, auch wenn das größere absolute Bevölkerungswachstum Indiens bislang auf dem Land zu verzeichnen ist und Indien bei der niedrigen Urbanisierungsquote von 25,7 Prozent weiterhin als „ein Land der Dörfer“ zu bezeichnen ist (*Gödde* 1996). Doch selbst die derzeitige Stadtbevölkerung Indiens von rund 218 Millionen (1991) wäre nach China und Indien die weltweit drittgrößte Nation (*Töpfer* 1996). Die Struktur der Städte Indiens ist sehr heterogen, sowohl hinsichtlich ihrer Historie wie auch der jüngsten Entwicklungsdyna-

men ländliche Werte und Lebensweisen vor; die Landbevölkerung lebt in Hütten hinter den Büroblocks und, natürlich, auf der Straße.“

Auch wenn die Anteile der Wanderungsgewinne am Städtewachstum von 54 (1971–81) auf etwa 40 Prozent (1981–91) zurückgegangen sind (*Krafft* 1996), so wirken weiterhin „Push“-Faktoren und drängen zumindest Männer in die Städte, um dort den Lebensunterhalt für ihre Familien zu verdienen. So weisen Bombay, Kalkutta und Neu Delhi einen für arbeitsplatzorientierte Migrationsprozesse typischen Männerüberschuß auf, mit 827 bis 831 Frauen je 1000 Männern gegenüber dem gesamt-indischen Durchschnitt von 927 (*Stat. Outline* 1996–97).

Tabelle 6: Megastädte in Indien.

Quelle: *Asian Development Bank* (1997: 26), nach *UNDP* (1994): *World urbanization prospects*.

Stadt	Bevölkerung			Wachstumsrate
	1995	2010	2025	1995–2025
	Mio. Einwohner			% pro Jahr
Bombay (Mumbai)	15,1	24,3	33,2	2,66
Kalkutta	11,7	15,6	21,4	2,03
Neu Delhi	9,9	15,5	21,6	2,63
Madras (Chennai)	5,9	8,3	11,8	2,34
Hyderabad	5,3	9,4	13,2	3,08
Bangalore	4,8	7,3	10,2	2,58

mik. Von besonderer Bedeutung ist die koloniale Überprägung durch die Briten sowohl in Städten früherer Dynastien wie auch mit Neugründungen etwa in Kalkutta, Bombay oder auch Neu Delhi. Typisch hierfür ist die „blaupausenartige“ Anlage von Garnisonen und Verwaltungseinrichtungen in den *cantonments* und *civil lines* am Rande der indischen Altstädte, als „anglo-indische Siedlungsform“, die ein bis heute nachvollziehbares Nebeneinander von „modernen“ und muslimischen oder hinduistischen Strukturelementen bewirkt (vgl. *Blenck* 1977; *Gutschow/Pieper* 1978). Darüber hinaus weisen die indischen Städte nur wenige Gemeinsamkeiten der Stadtstruktur auf, für *Krebs* (1939/65: 140) zerfielen sie vielmehr „in einer völligen Regellosigkeit des Straßennetzes“. Für die jüngste Vergangenheit ist jedoch festzustellen, daß insbesondere die Innenstadtbzirkel der indischen Metropolen eine extreme sozio-ökonomische Polarisierung zwischen den Verwaltungs- und insbesondere Handelsfunktionen sowie der „Wohnbevölkerung“ in ausgedehnten Slumgebieten aufweisen (z.B. *D. Bronger* 1996b, *Krafft* 1996, *Clemens* 1997). Darauf weist auch ein Ingenieur der Stadtverwaltung Kalkuttas in einem Gespräch mit dem britischen Journalisten *Frater* (1997: 295 f.) hin:

„Inzwischen hat sich die Einwohnerzahl vervierfacht, und wir müssen (...) mit einem gewaltigen Strom von Flüchtlingen fertig werden – sie machen derzeit vierzig Prozent der Bevölkerung aus. Diese Flut von armen Bauern bedeutet, daß wir nur noch dem Namen nach eine Stadt sind. Selbst rings um das Geschäftsviertel herr-

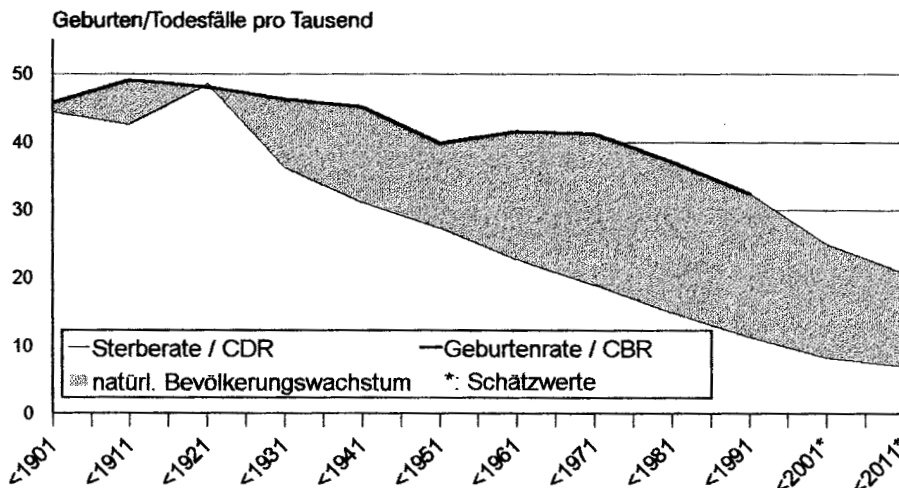
Dieser von *D. Bronger* (1996a) auch als „Megapolisierung“ bezeichnete Prozeß übertrifft mit seiner funktionalen Konzentration die intensivsten Städtewachstumsphasen Europas und Nordamerikas und führte zu krassen sozio-ökonomischen Disparitäten in Indien, sowohl hinsichtlich der Wirtschaftskraft wie auch des Humankapitals, wobei sich Stadt-Land-Gegensätze und solche zwischen Bundesstaaten überlagern.

Nach wie vor das Land mit der sprichwörtlichen Bevölkerungsexplosion?

Indien ist als weltweit zweitgrößter Staat, gemessen an der Bevölkerung, ein häufig zitiertes Beispiel einer „sprichwörtlichen Bevölkerungsexplosion“, sowohl in wissenschaftlichen Beiträgen (z.B. *D. Bronger* 1977, 1996b; *Rothermund* 1994; *Domrös* 1997) wie auch in Schulbüchern (z.B. *Bronger/v.d. Ruhren* 1986; *Diercke* 1996). Ausgehend vom hohen natürlichen Bevölkerungszuwachs (Abb. 5 & Tab. 7) von mehr als 16 Millionen Menschen pro Jahr werden düstere und schier nicht zu bewältigende Entwicklungsprobleme für deren Versorgung projiziert.

Indien hat es jedoch bislang durchweg vermocht, die Ernährungssituation zu verbessern (Abb. 2) und die demographische Entwicklung, gemessen an der jährlichen Wachstumsrate, hat sich seit etwa 1971 stabilisiert (Abb. 7). Während die Sterberaten schon zuvor rasch gesunken sind, sinkt nun die Geburtenrate überproportional, und die Wachstumsrate wird nach Schätzungen bis 2011 von 1,8 (1991–96) auf unter 1,4 Prozent sinken (*Stat. Outline* 1996–97).

Abbildung 4: Die demographische Entwicklung Indiens von 1891 bis 2011. Mittelwerte der Dekaden und Schätzungen bis 2011.
Entwurf: J. Clemens. Quellen: *Stat. Outline 1996–97* (S. 37f.), *Gans/Tyaga* (1994: 289).



(*Gans/Tyagi* 1994). Das jährliche Bevölkerungswachstum in Kerala und Tamil Nadu unterschritt schon 1991 den Projektionswert Indiens für 2011 (Tab. 7). Das derzeitige Bevölkerungswachstum wird nach statistischen Analysen insbesondere durch das Alter der Frauen bei der Hochzeit sowie den Alphabetisierungsgrad der Frauen beeinflusst, d.h. je höher diese beiden Werte sind, desto geringer fällt die Wachstumsrate aus. Die Urbanisierung oder die Frauenbeschäftigungsquote zeigten demgegenüber keine signifikanten Einflüsse. Daneben erklärt statistisch ein hoher Anteil von *purdah* praktizierenden Frauen, d.h. solche die weitgehend in familiärer Abgeschlossenheit leben, hohe Bevölkerungswachstumsraten (*Gans/Tyagi* 1994). Neben der demographischen Entwicklung wird demnach auch die Entwicklung der Wirtschaft und des Humankapitals durch sozio-kulturelle Aspekte bestimmt.

Tabelle 7: Sozio-ökonomische Disparitäten – Daten der wichtigsten Bundesstaaten Indiens. Quelle: *Haq* (1997: 116) *Rothermund* (1994: 236), *Stat. Outline 1996-97* (S. 35).

Bundesstaaten		reales Pro-Kopf-Einkommen	HDI-Index	Bevölkerungsdichte	Lebenserwartung	Alphabetisierungsquote Ew ≥ 7 Jahre	Säuglingssterblichkeit	natürliches Bevölkerungswachstum	landwirtschaftlich Beschäftigte	Frauen je 1.000 Männer
		1992	1993	1991	1990-92	1991	1994	1991	1991	1991
		1993 PPP\$	0 bis 1	Ew/km ²	Jahre	%	‰	‰	%	
Ke	Kerala	1.017	0,597	747	72	90	16	12	25,5	1.036
Pu	Punjab	2.124	0,516	401	66	58	53	21	23,8	882
Ma	Maharashtra	1.802	0,513	256	64	65	54	18	26,8	934
Ha	Haryana	1.915	0,476	369	63	56	67	25	19,0	865
Gu	Gujarat	1.416	0,458	210	60	61	64	19	22,9	934
WB	Westbengalen	1.186	0,452	766	61	58	61	19	24,6	917
HP	Himachal Pradesh	1.180	0,447	92	64	64	--	--	3,3	976
Ka	Karnataka	1.224	0,442	234	62	56	65	18	28,9	960
TN	Tamil Nadu	1.119	0,432	428	62	63	59	12	34,6	974
AP	Andhra Pradesh	1.227	0,393	241	60	44	63	16	40,9	972
As	Assam	932	0,374	284	54	53	77	19	12,1	923
Or	Orissa	896	0,368	202	55	49	103	16	28,7	971
Bi	Bihar	640	0,350	497	59	39	66	21	37,1	911
Ra	Rajasthan	961	0,350	128	58	39	84	24	10,0	910
UP	Uttar Pradesh	884	0,343	471	56	42	88	24	19,8	879
MP	Madhya Pradesh	898	0,341	149	54	44	98	22	23,5	931
Indien, gesamt		1.240	0,436	267	61	52	73	19	26,0	927

PPP\$: Purchasing Power Parity: Kaufkraftparitäten, in US-Dollar von 1993.
HDI: Human development index: Index der menschlichen Entwicklung.
Ew (km²): Einwohner (je Quadratkilometer)

Aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte Indiens (1997: 292 Ew/km²; *Domrös* 1997) und Südasiens (1997: 283 Ew/km²) gilt diese Region gemeinhin als „überbevölkert“ (*Domrös* 1997). Die Bevölkerung Indiens konzentriert sich insbesondere in den agro-ökologischen Gunsträumen, wie den Stromtiefländern vom Punjab bis in das Ganges-Brahmaputra-Tiefland, im Küstensaum der Ostküste, an der südlichen Westküste bis in die Hochländer von Karnataka sowie von Mumbai (Bombay) nordwärts nach Gujarat. Dort werden Werte von 500 bis 750 Einwohnern je Quadratkilometer, in einzelnen, auch ländlichen, Distrikten auch mehr als 1000, erreicht, während die

peripheren oder ariden Regionen in Rajasthan oder im Gebirge sehr dünn besiedelt sind (unter 10 Ew/km²; vgl. die Karten der Bevölkerungsdichte in *Bronger*, 1996b: 94, nach Verwaltungsdistrikten; sowie Karte I in *Betz* 1997). Im regionalen Vergleich zeigen sich zudem deutliche Unterschiede des Bevölkerungswachstums zwischen den Bundesstaaten (Tab. 7), wobei die höchsten Geburtenraten in den Bundesstaaten nördlich der Satpura-Ketten zu verzeichnen sind und die südlichen Bundesstaaten, insbesondere Kerala, nach dem „Modell des demographischen Übergangs“ schon mehrere Phasen durchlaufen haben

Wirtschaftliche Entwicklungsdisparitäten

Antipoden der Wirtschaftsentwicklung sind nach einer Analyse verschiedener Indikatoren durch *D. Bronger* (1996b) die Bundesstaaten Punjab und Bihar, so liegt das Pro-Kopf-Einkommen im Punjab um das 3,3fache höher als im ärmsten indischen Staat (Tab. 7). *Bronger* hebt dabei insbesondere eine starke Korrelation zwischen hoher ländlicher Bevölkerungsdichte („ländliche Überbevölkerung“) und Unterentwicklung hervor, die jedoch bei günstigen Produktionsbedingungen, d.h. Böden, Bewässerung sowie Infrastruktur-

ausstattung, nicht zwangsläufig ein Entwicklungshemmnis darstellt. Vielmehr kann dies auch als Stimulus für Agrarinnovationen, z.B. Plantagen und Marktfruchtanbau, interpretiert werden, wie etwa für Kerala, mit überdurchschnittlich kleinen Höfen und niedriger Pro-Kopf-Getreideproduktion (vgl. *Rothermund 1995b; Parayil 1996*).

Entgegen anderen Autoren bestätigt *D. Bronger (1996b)* keine eindeutigen regionalen Nord-Süd- oder West-Ost-Polaritäten. In Übereinstimmung mit *Rothermund (1995b)* stellt er jedoch Zentralindien mit angrenzenden Gebieten als Region der niedrigsten Wirtschaftsentwicklung heraus. Das sogenannte „Hindu-Herzland“ (Bihar, Madhya Pradesh, Rajasthan und Uttar Pradesh) bezeichnet *Rothermund (1995b)* mit Bezug auf den indischen Demographen *A. Bose* als „BIMARU“, wobei dieses Akronym auf die Hindi-Vokabel *bimar* (d.h. krank) verweist.

Neben diesen zwischenstaatlichen Entwicklungsdisparitäten sind die Entwicklungsvorteile der Metropolen und Megastädte von noch größerer Bedeutung. So weisen etwa Bombay und Kalkutta für 1985 Indexwerte der Wirtschaftsentwicklung von 1088 und 1036 auf, wobei der indische Durchschnitt mit ‚100‘ indiziert wurde (*D. Bronger 1996b*). Dieses Stadt-Land-Entwicklungsgefälle (*primacy*) konnte durch Maßnahmen der Regionalplanung und Dezentralisierung nicht nachhaltig aufgelöst werden, wie für das Beispiel Bombay und Maharashtra dokumentiert ist (vgl. *Clemens 1997*).

Die Sonderstellung Keralas

Nach den auf Staatenbasis publizierten Daten des „Index der menschlichen Entwicklung“ (*human development index*, HDI; UNDP 1997) liegt Indien 1994 auf Rang 138 von insgesamt 175 Staaten, fiel gegenüber dem Vorjahr um drei Plätze und nimmt verglichen mit ähnlich wohlhabenden Staaten sehr viel niedrigere HDI-Werte ein. Die nach indischen Bundesstaaten unterschiedenen Werte (*Haq 1997*) zeigen jedoch krasse Unterschiede des Entwicklungsniveaus, die sich nicht allein durch die jeweilige Wirtschaftskraft oder das Pro-Kopf-Einkommen erklären lassen (Tab. 7 & Abb. 3e). So wäre Kerala als selbständiger Staat weltweit in der mittleren Gruppe (*medium human development*) etwa auf Rang 108 einzuordnen, während es das mittlere Pro-Kopf-Einkommen Indiens deutlich unterschreitet. Die herausragende Stellung Keralas sowie von Maharashtra, Haryana und Punjab trifft neben dem HDI-Wert auch auf andere Sozialindikatoren zu, wobei deren Streuung jedoch krasser ausfallen kann (Abb. 3d). Hinsichtlich der Erklärung für die Sonderstellung Keralas variieren die Ansätze in der Literatur sehr deutlich. *Rothermund (1995b)* verweist auf die Auswanderung aus Kerala sowie die Innovationsfähigkeit der Bevölkerung. Demgegenüber wird der Entwicklungsprozess in Kerala als ein mögliches Beispiel für nachhaltige Entwicklung in Entwicklungsländern präsentiert (*Dutt/Rao 1996; Parayil 1996*). Als positiv werden neben der demographischen Entwicklung

seit 1950, von einem Bundesstaat mit sehr hohem zu dem mit dem niedrigsten Bevölkerungswachstum, auch die hier konsequenter durchgeführte Landreform sowie die Ausbildungsleistungen herausgestellt. *Parayil (1996)* warnt jedoch vor einer „Romantisierung“ dieser Entwicklung, da auch in Kerala weiterer Handlungsbedarf zur Förderung marginalisierter Gruppen, beispielsweise Fischer, bestehe. So sind auch dort Modernisierungs- und zusätzliche industrielle Fördermaßnahmen erforderlich. Mit bedürfnis-orientierten Entwicklungsansätzen sind nach *Dutt und Rao (1996)* sowohl nachhaltige Verbesserungen der regionalen Disparitäten sowie der ökologisch oftmals sehr fragilen Produktionsbedingungen möglich, so daß die vermeintlich unauflösbaren Teufelskreise von Überbevölkerung, Armut und Degradation überwunden werden können. In dem Staat Indien von subkontinentalem Ausmaß sind dabei jedoch keine allgemein gültigen Patentrezepte oder „Blaupausen“-Ansätze, sondern den regionalen Bedingungen angepaßte Strategien erforderlich.

Literaturhinweise

Acharya, S. & G.F. Papanek (1995): Explaining agricultural wage trends in India. *Development Policy Review*, 13, S. 23-39.

Aldorf, L. (1955): Vorderindien, Bharat – Pakistan – Ceylon. Eine Landes- und Kulturkunde. Braunschweig.

Asian Development Bank/ADB (1997): Annual Report 1996. Manila.

Beck, T. (1995): The green revolution and poverty in India. A case study of West Bengal. *Applied Geography*, 15, 2, S. 161-181.

Betz, J. et al (1997): Indien. Bonn. = Informationen zur politischen Bildung, 257.

Blanckenburg, P.v. (1993): Rezension zu: Hazell, P.B.R. & C. Ramasamy (1991): The green revolution reconsidered. The impact of high-yielding rice varieties in South India. Baltimore, London. Zeitschrift für ausländische Landwirtschaft, 32, 2, S. 224-225.

Blenck, J. (1977): Die Städte Indiens. In: Blenck/Bronger/Uhlig (Hrsg.): Südasien. Frankfurt. S. 145-163.

Blenck, J., D. Bronger & H. Uhlig (Hrsg.) (1977): Südasien. Frankfurt/M. = Fischer Länderkunde, 2.

Bohle, H.-G. (1989): 20 Jahre „Grüne Revolution“ in Indien. Eine Zwischenbilanz mit Dorfbeispielen aus Südindien. *Geographische Rundschau*, 41, S. 91-98.

Bohle, H.-G. (1995): Ökologische Grundlagen: Naturraum und Klima. In: Rothermund, D. (Hrsg.): Indien: Kultur, Geschichte, Politik, Wirtschaft, Umwelt. München. S. 19-37.

Bronger, A. (1996): Die naturräumlichen und landschaftsökologischen Rahmenbedingungen; sowie: Entwaldung und Bodenerosion. In: Bronger, D. (Hrsg.): Indien. Gotha. S. 51-86, sowie S. 375-379.

Bronger, D. (1977): Die Bevölkerungsproblematik der indischen Union; sowie: Entwicklungsprobleme der Agrarwirtschaft Indiens. In: Blenck/Bronger/Uhlig (Hrsg.): Südasien. Frankfurt. S. 110-121; sowie S. 306-376.

Bronger, D. (1996a): Megastädte. *Geographische Rundschau*, 48, 2, S. 74-81.

Bronger, D. (1996b): Indien. Größte Demokratie der Welt zwischen Kastenwesen und Armut. Gotha. = Perthes Länderprofile.

Bronger, D. & N. v.d. Ruhren (1986): Indien. Stuttgart. = Länder und Regionen.

Cambridge Encyclopaedia of India, Pakistan, Bangladesh, Sri Lanka, Nepal, Bhutan and the Maldives. Hrsg. v. F. Robinson. Cambridge, 1989.

Clemens, J. (1997): Bombay: Polarisierung in Indiens größter Stadt. *Wirtschaftskraft und Slums. Der Bürger im Staat*, 47, 2, S. 112-118.

Currie, B. (1992): Food crisis and prevention: an analysis in the Indian context. *Contemporary South Asia*, 1, 1, S. 93-111.

Diercke (1996): Erdkunde für Gymnasien in Nordrhein-Westfalen, 8. Braunschweig.

Diercke Weltatlas. Hrsg. v. Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig, 4. aktual. Aufl. 1996.

Dillen, S.v. & E. Weber (1997): Landwirtschaft und Ernährungssicherung in Indien von der Kolonialzeit zur Epoche der Globalisierung. Südasien, 17, 7-8, S. v-xii.

Dogra, B. (1997): Wieviele Arme leben in Indien? Südasien, 17, 2, S. 24.

Domrös, M. (1977): Das Klima des vorderindischen Subkontinents. In: Blenck/Bronger/Uhlig (Hrsg.): Südasien. Frankfurt. S. 47-55.

Domrös, M. (1997): Südasien. Das natur- und kulturgeographische Potential. *Praxis Geographie*, 27, 9, S. 4-12.

Dutt, A.K. & J.M. Rao (1996): Growth, distribution, and the environment: sustainable development in India. *World Development*, 24, 2, S. 287-305.

Economic Survey 1995-96. Hrsg. v. Government of India, Ministry of Finance. New Delhi, (o.J./1995?).

Fischer Weltatmanach 1998. Zahlen, Daten, Fakten. Hrsg. v. M. von Baratta. Frankfurt, 1997.

Food and Agriculture Organisation/FAO (1995): Lessons from the green revolution – Towards a new green revolution. Rom (provisional version, Dec. 1995).

Frater, A. (1997): Regen-Raga. Eine Reise mit dem Monsun. München. (Engl. Original: London, 1990; 1. deutsche Ausg.: Stuttgart, 1994).

Freebairn, D. (1995): Did the green revolution concentrate incomes? A quantitative study of research reports. *World Development*, 23, 2, S. 265-279.

Gans, P. & V.K. Tyagi (1994): Spatio-temporal variations in population growth in India since 1901. *Petermanns Geographische Mitteilungen*, 138, 5, S. 287-296.

GEO Special 1993, 4: Indien. Hamburg.

Geographische Rundschau 1984, 36, 2: Indien. Braunschweig.

Geographische Rundschau 1989, 41, 2: Indischer Subkontinent. Braunschweig.

Geographische Rundschau 1993, 45, 11: Südasien. Braunschweig.

Gödde, H. (1996): Erste Ergebnisse des Census von Indien 1991. *Petermanns Geographische Mitteilungen*, 140, 1, S. 43-50.

Gutschow, N. & J. Pieper (1978): Indien. Von den Klöstern im Himalaya zu den Tempelstädten Südasien. Bauformen und Stadtgestalt einer beständigen Tradition. Köln. = DuMont Kunst-Reiseführer.

Handbuch der Welternährung. Die zwei Gesichter der globalen Ernährungssituation. Hrsg. v. Deutsche Welthungerhilfe, bearb. V. Oltersdorf, U. & L. Weingärtner. Bonn, 1996.

Haq, M. ul (1997) Human Development in South Asia 1997. Islamabad.

Hazell, P.B.R. & C. Ramasamy (1991): The green revolution reconsidered. The impact of high-yielding rice varieties in South India. Baltimore, London.

Indian Agriculture in Brief. Hrsg. v. Government of India, Ministry of Agriculture. New Delhi 1992, 24th Edition.

Johnson, B.L.C. (1979): India: Resources and development. London.

Krafft, T. (1996): Delhi. Von Indraprastha zur Hauptstadt Indiens. *Geographische Rundschau*, 48, 2, S. 104-112.

Krebs, N. (1965): Vorderindien und Ceylon. Eine Landeskunde. Darmstadt. (Neudruck, Original: Stuttgart, 1939).

Kreutzmann, H.: Südasien. Stuttgart. = Teubner Studienbücher Geographie. (in Vorbereitung).

Kulkarni, S. (1993): Adwasi und die Forstwirtschaft. Gesetze gegen Menschen. *Program*, 171, S. 28-31.

Länderbericht Indien. Hrsg. v. Statistisches Bundesamt. Stuttgart, Wiesbaden, 1995.

Länder und Klima. Asien, Australien. Zusammengestellt v. G. Grünewald. Wiesbaden, 1982.

Lauer, W. (1993): Klimatologie. Braunschweig. = Das Geographische Seminar.

Manshard, W. & R. Mäckel (1995): Umwelt und Entwicklung: Naturpotential und Landnutzung in den Tropen. Darmstadt.

Nitz, J. (1977): Die agrargeographische Struktur Indiens. In: Blenck/Bronger/Uhlig (Hrsg.): Südasien. Frankfurt. S. 171-200.

Parayil, G. (1996): The „Kerala model“ of development: development and sustainability in the Third World. *Third World Quarterly*, 17, 5, S. 941-957.

Rothermund, D. (1994): Indien. In: Nohlen, D. & F. Nuscheler (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 7, Südasien und Südostasien. Bonn, 3. Aufl. S. 205-243.

Rothermund, D. (Hrsg.) (1995a): Indien: Kultur, Geschichte, Politik, Wirtschaft, Umwelt. Ein Handbuch. München.

Rothermund, D. (1995b): Regionale Diskrepanzen. In: ders. (Hrsg.): Indien. München. S. 66-73.

Schweizer, G. (1995): Indien: Ein Kontinent im Umbruch. Stuttgart.

Schwerin, K. Gräfin v. (1988): Indien. München. = Beck'sche Reihe, Aktuelle Länderkunden.

Seuffert, O. (1989): Ökomorphodynamik und Bodenerosion. *Geographische Rundschau*, 41, 2, S. 108-115.

Stang, F.: Indische Union. Darmstadt. = Wissenschaftliche Länderkunde. (in Vorbereitung).

Statistical Outline of India 1996-97. Hrsg. v. Tata Services Ltd, Department of Economics and Statistics. Bombay, 1996.

Storm, S. (1995): On the role of agriculture in India's longterm development strategy. *Cambridge Journal of Economics*, 19, 6, S. 761-788.

Storm, S. (1997): Agriculture under trade policy reform: a quantitative assessment for India. *World Development*, 25, 3, S. 425-436.

Töpfer, E. (1996): „Die drittgrößte Nation der Welt“ – Indiens Städte. Südasien, 16, 5, S. 35-36.

Uhlig, H. (1977): Bau-Relief-Böden-Vegetation. Naturräumliche Gliederung. In: Blenck/Bronger/Uhlig (Hrsg.): Südasien. Frankfurt. S. 55-78.

United Nations Development Programme/ UNDP (1997): Bericht über die menschliche Entwicklung 1997. (Deutsche Fassung: Bonn: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen).

Vij, G.K. & R.C. Shenoy (1968): Hydrology of Indian rivers. In: Law, B.C. (Hrsg.): Mountains and rivers of India. National Committee for Geography: Calcutta. 21st International Geographical Congress, India 1968. S. 258-283.

Weisheit, W. (1988): Einführung in die Allgemeine Klimatologie. Stuttgart, 4. Aufl.

Zingel, W.-P. (1995): Bodenrecht in Indien. Entwicklung + ländlicher Raum, 6/1995, S. 7-10.

Die Macht der Geschichte

Indien auf der Suche nach seiner Identität

Von Dietmar Rothermund

Prof. Dr. Dietmar Rothermund ist Direktor der Abteilung Geschichte des Südasien-Instituts der Universität Heidelberg. Zu seinen bekanntesten Veröffentlichungen gehören: „Indien. Kultur, Geschichte, Politik, Wirtschaft, Umwelt. Ein Handbuch“ (Hrsg., 1995), „Gandhi. Eine politische Biographie“ (mit Hermann Kulke, 2. Aufl., 1997), „Geschichte“ (2. Aufl. 1998).

Von Natur aus stellt Indien ein Sammelbecken verschiedenster Einflüsse und Traditionen dar, die bis heute das Land prägen. Der militärische Feudalismus der Großmoguln wurde beerbt durch die bürokratische Herrschaft der Briten. Nach der Unabhängigkeit wurde die Struktur der kolonialen Herrschaft beibehalten. Nach wie vor ist der öffentliche Dienst in Indien von besonderer Bedeutung, doppelt so viele Menschen sind hier beschäftigt wie in der Privatwirtschaft. Das hängt auch mit der Vorstellung der Eliten von einer Entwicklung von oben zusammen. Nicht zufällig ist auch das Bankenwesen Teil des öffentlichen Sektors.

Auch nach der blutigen Teilung des Landes lebt in der Diaspora eine starke islamische Minderheit von gegenwärtig 11 Prozent. Der Versuch, als indische Staatsideologie das Hindutva („Hindutva“) durchzusetzen, muß die Moslems ausgrenzen, mit der Folge gefährlicher innerer Spannungen. Bleibt zu hoffen, daß eine Rückbesinnung auf die Gedanken Mahatma Gandhis erfolgt. Red.

Die Erlangung der Unabhängigkeit war kein Bruch mit der Vergangenheit

Die „Macht der Geschichte“, die hier gemeint ist, ist kein geheimnisvolles Wesen, das den Lauf der Ereignisse vorherbestimmt. Es ist die Summe vergangener Entwicklungen, die Strukturen gebildet haben, die den Rahmen für weitere Entwicklungen setzen. Weichenstellungen, die weit zurückliegen, bleiben dabei selbst für die Gegenwart bedeutsam. Das gilt für die Lebensgeschichte des einzelnen Menschen ebenso wie für die Geschichte einer Nation. Entwicklungen, die in der Vergangenheit wurzeln, können dabei sowohl als tragendes Fundament als auch als Last und Hindernis wirken. Die Meinungen darüber, was sich zu bewahren lohnt und was überwunden werden muß, mögen dabei umstritten sein. Eine Auseinandersetzung mit der Geschichte ist in jedem Fall unvermeidlich.

Hier geht es nun um die Republik Indien, die zutiefst vom Erbe einer langen Geschichte geprägt ist. Die Erlangung der Unabhängigkeit von britischer Kolonialherrschaft im Jahre 1947 bedeutete kei-

nen Bruch mit der Vergangenheit. Die blutige Teilung des Landes war ein traumatisches Ereignis, das das Schicksal Indiens auch weiterhin bestimmt, aber in jeder anderen Hinsicht gab es keine Revolution in Indien, die die überkommenen Institutionen hinweggefegt und einen völligen Neubeginn signalisiert hätte. Es lohnt sich daher, das Erbe der indischen Geschichte näher zu betrachten und die Weichenstellungen aufzuspüren, die die Entwicklung des Landes bestimmt haben.

Von Natur aus ein Sammelbecken

Indien ist seiner Natur nach ein Sammelbecken, in das viele Einflüsse von außen einströmten, sich vermischten oder auch voneinander absetzten und eine in ihrer Art unverwechselbare Kultur hervorbrachten, die Jahrtausende überdauerte. Zumeist blieb diese Kultur auf sich selbst bezogen, doch zeigte sie in manchen Perioden auch eine erstaunliche Ausstrahlungskraft über die Grenzen Südasiens hinaus nach Zentralasien und Südostasien. Neben religiösen Bewegungen wie der des Buddhismus war diese Ausstrahlung auch der indischen Staatsform des religiös legitimierten aber zugleich pragmatisch agierenden Königtums zu verdanken. Diese Ausstrahlung erfolgte nur selten durch Eroberung, sondern weit mehr durch das Beispiel, das zur Nachahmung reizte.

In den staatlichen Gebilden des alten Indiens finden wir eine allmähliche Entfaltung der Königsmacht, die sich von Norden nach Süden ausbreitete, aber weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der autonomen Selbstorganisation überließ, wozu sowohl das Kastenwesen als auch die Händlergilden oder die Formen der lokalen Selbstverwaltung gehörten. Die Ordnung der Menschen nach Kasten ermöglichte es den aus dem Norden eindringenden Eroberern, sich gegen die von ihnen angetroffenen einheimischen Stämme und Gemeinschaften abzugrenzen, ihnen aber zugleich einen Stellenwert zuzugestehen. Indien wurde „verkastet“ und nicht vergesellschaftet. Die wichtigste Eigenschaft der Kaste war die *Endogamie*, die durch die Sitte der arrangierten Heirat gesichert wird, die auch heute noch die Grundlage des Kastenwesens ist.

Der militärische Feudalismus wurde von den Briten in eine bürokratische Herrschaft umgewandelt

Ein neues Element trat ab 1200 mit dem militärischen Überlagerungsfeudalismus islamischer Reiterkrieger auf. Es verbreitete sich rasch, weil sich auch die Hindu-Könige, wenn sie überleben wollten, dieser Struktur anpassen mußten. Die neuen

Machthaber stützten sich auf stehende Heere professioneller Reiterkrieger. Das war kostspielig, trug aber gerade deshalb zu einer Konzentration politischer Macht bei. Die Autonomie lokaler Selbstverwaltung wurde von der Herrschaft der Reiterkrieger erdrückt. Der Kavalleriehauptmann als Garnisonschef und Distriktverwalter wurde zur Leitfigur des neuen Systems. Er war meist ein Fremdling in seinem Herrschaftsbereich.

Die *Großmoguln* standardisierten dieses System. Ihr Herrschaftsapparat wurde nach dem Muster militärischer Ränge durchorganisiert. Die Abschöpfung des Mehrwerts aus der Landwirtschaft zur Erhaltung des gewaltigen militärischen Apparats des Mogulreiches wurde solange vorangetrieben, bis der strapazierte Primärsektor den enormen „Dienstleistungssektor“ nicht mehr tragen konnte. Im 18. Jahrhundert zerfiel das Reich in seine Teile, die aber die Strukturmerkmale des alten Systems bewahrten. Die miteinander streitenden Landmächte dieser Zeit waren nicht in der Lage, der Eroberung Indiens durch eine europäische Handelsgesellschaft Widerstand zu leisten, die durch ihre Seemacht einen größeren Operationsradius hatte, mit Rechenstift und Infanteriedrill einen kostengünstigeren Militärapparat aufbaute und es verstand, diese Kosten dem indischen Steuerzahler anzulasten. Der Kavalleriehauptmann wurde als Distriktbeamter vom britischen *Collector* abgelöst, dessen Titel deutlich besagte, was er zu tun hatte.

Der Herrschaftsapparat wurde „zivilisiert“, das nach Militärrängen geordnete System durch den *Indian Civil Service* (ICS) ersetzt. Die bürokratische Herrschaft war in British-Indien sogar weit besser entwickelt als in Europa, weil sie an das Mogulerbe anknüpfen konnte, das sie aber umfunktionierte, indem sie den Militärfeudalismus durch eine bürgerliche Bürokratie ersetzte, ohne dabei andere Strukturmerkmale bürgerlicher Herrschaft nach Indien zu verpflanzen.

Der indische Freiheitskampf zielte darauf ab, diese den Indern vorenthaltenen Elemente bürgerlicher Herrschaft einzufordern. Man orientierte sich an den Ideen des Nationalismus, der Volkssouveränität und der parlamentarischen Demokratie. Die britische Vorgehensweise, mit beschränkten Verfassungsreformen auf diese Forderungen zu reagieren, ohne die parlamentarische Demokratie einzuführen, verstärkte den politischen Willen der indischen politischen Elite, sich mit nichts als dem echten Parlamentarismus zufriedenzugeben. Dieses Ziel erreichte sie 1947, doch sie kam nicht auf den Gedanken, nun auch die Bürokratie abzubauen. Im Gegenteil, der mächtige Innenminister *Vallabhbhai Patel* sprach von dem *ring of service*, der Indien zusammenhalten müsse, und meinte damit den in IAS (Indian Administrative Service) umbenannten ICS.

Bürokratie als Standbein, parlamentarische Demokratie als Spielbein

Die politische Entwicklung Indiens begann 1947 mit einem hybriden Erbe. Indien stand nun sozusagen auf zwei Bei-

nen, dem Standbein der Bürokratie und dem Spielbein der parlamentarischen Demokratie. Man stärkte das Spielbein in der Folgezeit durch regelmäßige freie Wahlen, stützte sich aber auf das Standbein. Das Instrument der *President's Rule* das aus der Rüstkammer des britischen Vizekönigs stammte, der sich damit gegen das Überhandnehmen der Demokratie verteidigen konnte, wurde im Laufe der Zeit immer mehr genutzt. Unter *President's Rule* enthebt die Zentralregierung eine Landesregierung ihres Amtes, löst den Landtag auf und überträgt die Regierungsgewalt dem von der Zentralregierung ernannten Gouverneur. Innerhalb eines halben Jahres müssen Neuwahlen abgehalten werden wenn diese zu keinem guten Ergebnis führen, wird die Prozedur wiederholt.

Auf die Entwicklung von oben gesetzt

Die politische Elite Indiens setzte auf eine Entwicklung von oben. Für *Jawaharlal Nehru* war der republikanische Staat eine moralische Anstalt, in der die noch im Werden begriffene indische Nation zu einem modernen, homogenen Staatsvolk heranreifen sollte. Er dachte hierin ähnlich wie die nationalliberalen Freiheitskämpfer einer früheren Generation, mit denen er sonst nichts gemeinsam hatte. Er war von den Ideen des Marxismus geprägt und vertraute auf den planwirtschaftlichen Zugriff von oben und nicht auf die Impulse eines Wachstums von unten. Damit gab er, ohne es zu wollen, der Bürokratie Auftrieb, die nun nicht mehr nur Ruhe und Ordnung zu erhalten und die Steuern einzusammeln hatte, sondern auch die Zentren der Wirtschaft (*commanding heights of the economy*) besetzen mußte, die vor dem selbstsüchtigen Zugriff der Kapitalisten bewahrt werden sollten. *Nehru* sah nicht ein, daß Bürokrat und Unternehmer Funktionen haben, die sich nicht miteinander verbinden lassen. In einer „gemischten Wirtschaft“, in der beide zusammenwirken sollen, versucht der Bürokrat den Unternehmer zu gängeln und der Unternehmer den Bürokraten zu korrumpieren, wobei die Gängelung eine Einladung zur Korruption wird.

Nehru hätte seine planwirtschaftlichen Ambitionen gar nicht verwirklichen können, wenn nicht die Briten bereits unter dem Druck der Probleme des Zweiten Weltkriegs einen Interventionsapparat aufgebaut hätten, den er übernehmen konnte. Er nutzte diesen Apparat dazu, um die Industrialisierung Indiens durchzusetzen, und konnte auf diesem Gebiet beachtliche Erfolge verzeichnen. Ob ein wirtschaftsliberales System hier effektiver gewesen wäre, bleibt eine offene Frage. Das Beispiel des deutschen „Wirtschaftswunders“ legt es nahe, der liberalen Lösung den Vorzug zu geben. Aber man darf nicht vergessen, daß es sich in Deutschland um einen Wiederaufbau handelte, der von gut ausgebildeten Arbeitskräften getragen wurde, die in Indien fehlten. Ferner wurde Indien von einem gallopierten Bevölkerungswachstum betrof-

fen, das sich gerade durch die bescheidene Verbesserung der Lebensbedingungen nach der Erlangung der Unabhängigkeit dramatisch erhöhte.

Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum gingen Hand in Hand

Indien hatte 1947 rund 340 Millionen Einwohner, heute hat es 940 Millionen. Dabei ist es gelungen, das Prokopfeinkommen dieser so stark gewachsenen Bevölkerung annähernd zu verdoppeln. Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum gingen Hand in Hand. Es war nämlich nicht ein übergroßes Geburtenwachstum, sondern ein rasches Abfallen der Sterberate, das Indiens Bevölkerungswachstum verursacht hat. Die durchschnittliche Lebenserwartung, die 1947 rund 40 Jahre betrug, liegt heute bei über 60 Jahren. Wäre Indien verelendet, hätte sich die Sterberate erhöht. Das Wirtschaftswachstum hat bewirkt, daß die Sterberate in Indien heute der in Europa entspricht.

Die indische *Landwirtschaft* hat einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, daß die wachsende Bevölkerung ernährt werden konnte. Die Steigerung der Flächenerträge und die Ausdehnung der bewässerten Anbaufläche hat dies ermöglicht. Ein Drittel der Anbaufläche ist jetzt bewässert, 1960 waren es nur 18 Prozent. Indien hat sich weitgehend vom Monsun emanzipiert, dessen erratische Regenfälle sonst über Wohl und Wehe der Landwirtschaft bestimmten. Der Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion bedeutete freilich nicht eine entsprechende Steigerung der Produktivität der Arbeitskräfte. Noch sind zwei Drittel der Arbeitskräfte Indiens in der Landwirtschaft tätig, erbringen aber nur ein Drittel des Sozialprodukts. Die Landwirtschaft bindet allerdings so die Arbeitskräfte, die im städtisch-industriellen Sektor keine Arbeitsplätze finden können. Die *Urbanisierung* Indiens hat einen geringeres Wachstums gezeigt als in anderen Ländern. Doch hat die Metropolisierung größere Fortschritte gemacht als die Urbanisierung insgesamt. Mit zusammen rund 45 Mill. stellen die sechs größten Städte rund ein Fünftel der gesamten städtischen Bevölkerung von 218 Mill.

Hohe Analphabetenrate bei gleichzeitig hohem Stand der Universitäten

Die große Zahl der ländlichen Bevölkerung bedingt den hohen Anteil von Analphabeten in Indien (ca. 45 Prozent), denn auf dem Lande sind weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung Analphabeten. Dabei ist der Anteil der Frauen bei den Analphabeten doppelt so groß wie bei den Männern. Früher war der elementare Bildungsstandard noch niedriger. Die Kolonialherren hatten nichts für die Grundschulziehung getan, und so konnten nach 1947 nur langsam Fortschritte auf diesem Gebiet gemacht werden. Die Verhältnisse in der Landwirtschaft bewirken, daß Schulkinder immer wieder zur Arbeit auf dem Lande herangezogen wer-

den und dabei wenig Zeit für einen geordneten Schulbesuch bleibt. Die offiziellen Statistiken, die von diesem Phänomen keine Notiz nehmen, zeigen freilich ein positiveres Bild.

Am oberen Ende der Bildungsskala ist dagegen ein enormes Wachstum zu verzeichnen. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Briten Colleges in Indien gründeten, die das Personal für die unteren Ränge der Verwaltung ausbildeten. Die technische Bildung wurde dabei vernachlässigt. Indien hat heute 148 Universitäten und weitere 28 Institutionen mit Universitätsstatus. Darunter gibt es nun auch bedeutende Technische Hochschulen. Bisher hat sich trotz hoher Absolventenzahlen nicht das Problem einer Schwemme arbeitsloser Akademiker ergeben. Als Sicherheitsventil bleibt die Auswanderung, die als *brain drain* kritisiert wird. Indien braucht sich aber um Nachwuchs auf diesem Gebiet keine Sorge zu machen. Eine staatlich verordnete Beschränkung der Freizügigkeit und die damit bewirkte Frustration hochbegabter Inder wäre wesentlich gefährlicher als jeder Verlust durch *brain drain*. Außerdem bringt die steigende Zahl hochqualifizierter Auslandsinder der indischen Nation auch manche Vorteile ein, die nicht unmittelbar zu Buche schlagen, aber im Zeitalter wachsender Globalisierung zunehmende Bedeutung haben werden.

Hohe Staatsquote, aufgeblähter öffentlicher Dienst

Die Tatsache, daß es nicht zu einer Arbeitslosigkeit von gut ausgebildeten Arbeitskräften gekommen ist, hängt freilich auch mit dem Wachstum der Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zusammen. Der Anteil der Ausgaben der öffentlichen Hand am Bruttosozialprodukt betrug im Jahrfünft 1971–75 ca. 26 Prozent und im Jahrfünft 1987–91 ca. 38 Prozent. Ein großer Teil dieser Ausgaben waren solche für die Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Man könnte geradezu von einer gigantischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme sprechen. Von 1961 bis 1971 war die Zahl der Arbeitnehmer in diesem Sektor von 7 auf 10,7 Mill. gestiegen, von 1971 bis 1980 wurden weitere 4,5 Mill. Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor geschaffen, der nun doppelt so viele Arbeitnehmer beschäftigte wie die private Wirtschaft. Diese hatte 1961 5 Mill. beschäftigt, 1971 6,7, 1981 7,4. Seitdem stagnierte diese Zahl und ging zeitweilig sogar zurück.

Als ein Beispiel für die Aufblähung des öffentlichen Dienstes mag hier das *verstaatlichte Bankwesen* genannt werden. Das indische Bankwesen war nach britischem Vorbild auf die Finanzierung des Handels ausgerichtet. Es gab weder Investitionsbanken noch solche, die sich um die Ersparnisse der großen Masse der Bevölkerung und um die ländlichen Gebiete kümmerten. Als *Indira Gandhi* die Banken 1971 verstaatlichte, konnte sie daher gute Argumente dafür anführen. In der Folgezeit gelang es, das Netz der Bankfilialen auf dem Lande auszudehnen und den Umfang der Spareinlagen zu vergrößern.

Um 1950 gab es in ganz Indien nur etwa 4000 Bankfilialen, um 1985 dagegen rund 50 000, von denen sich mehr als die Hälfte in den ländlichen Gebieten befanden. Damit wuchs aber auch das Heer der Bankangestellten, die keinen freien Wettbewerb mehr kannten und ihre antiquierten Arbeitsmethoden als Besitzstand verteidigten. Im Jahr 1985 hatte der öffentliche Sektor in der Sparte „Finanz, Versicherungen etc.“, zu der die Angestellten der verstaatlichten Banken zählen, rund 1 Mill. Arbeitnehmer zu verzeichnen, ein Jahrzehnt zuvor waren es etwa 460 000 gewesen. Beispiele dieses Wachstums einer parallelen Bürokratie ließen sich beliebig vermehren. Man denke nur an den staatlichen Aufkauf und Verteilung von rund 15 Prozent der indischen Getreideproduktion oder an die indische Eisenbahn, mit 1,8 Mill. Arbeitern und Angestellten der größte Arbeitgeber der Welt.

Wirtschaftliche Entwicklungen und Fehlentwicklungen

Die gigantischen Dimensionen des öffentlichen Dienstes behindern die *interne Liberalisierung*, die weit wichtiger ist als die *Außenhandelsliberalisierung*. Die Senkung von Zöllen war für den Staat leicht, zudem erbrachten Zollsenkungen rasch anwachsende Importe, die die Zolleinnahmen ansteigen ließen, die wiederum die Finanzierung der Aufblähung des öffentlichen Sektors ermöglichten. Diese Fehlentwicklung machte sich in den 1980er Jahren bemerkbar. Danach wurde versucht, sie zu korrigieren, aber das Tempo solcher Korrekturen ist der Natur der Sache nach langsam. Hier zeigt sich, daß Entwicklungen, die sich erst in jüngster Zeit vollzogen haben, schnell „geschichtsmächtig“ geworden sind und sich nun eher als Belastung denn als tragendes Fundament für die Gestaltung der Zukunft erweisen.

Liberaler Politiker und Wirtschaftswissenschaftler haben die Jahrzehnte, in denen sich Indien weitgehend vom Weltmarkt abgeschottet hatte, als verlorene Zeit bezeichnet und bedauert, daß Indien sich nicht schon viel früher dem Wettbewerb auf dem Weltmarkt gestellt hat. Doch war die *Erschließung des großen indischen Binnenmarkts* eine Aufgabe, der sich die Inder zunächst einmal selbst widmen mußten. In der langen Zeit der Kolonialherrschaft hatte Indien ja eine „offene Wirtschaft“ gehabt, die voll an den Weltmarkt angeschlossen war. Erst in jüngster Zeit wird die Offenheit wieder erreicht, die im späten 19. Jahrhundert die Regel war. Nur hat Indien damals nur Agrarprodukte und Rohstoffe exportiert. Heute exportiert es Industrieerzeugnisse von Textilien und geschliffenen Edelsteinen bis zu komplizierter Computer-Software. Die Politik der Importsubstitution um jeden Preis war sicher schädlich. Der *Protektionismus* schafft Interessen, die sich seinem Abbau widersetzen. Doch wurde die Integration des indischen Binnenmarkts unter diesem Regime vorangetrieben. Eine rasche Erneuerung der alten „kolonialen“ Offenheit hätte eher zu einer partiellen Erschließung durch aus-

ländische Unternehmer geführt. Streiten könnte man sich freilich über den Zeitpunkt, zu dem eine frühere Öffnung sinnvoll gewesen wäre. Vielleicht wären die 1970er Jahre dazu geeignet gewesen. Nach der ersten Ölpreiskrise wurde deutlich, daß sich Indien nicht erfolgreich vom Weltmarkt abschotten kann, weil es auf Importe von Erdöl und Maschinen angewiesen ist. Dazu mußte es Devisen verdienen, doch das gelang zunächst durch den Export von Arbeitskräften, deren Überweisungen die indische Zahlungsbilanz ausglich. Außerdem parkten Ausländer ihr Geld wegen der hohen Zinsen gern auf indischen Konten. Der Golfkrieg bedeutete dann eine ernste Krise für Indien. Überweisungen entfielen, und die Auslandsfischer, die einen Staatsbankrott Indiens fürchteten, zogen ihre Gelder ab und brachten damit eben diesen Bankrott nahe herbei. Die indische Regierung machte 1991 aus dieser Not eine Tugend, wertete die Währung ab, senkte Steuern und Zölle und gewährte ausländischen Investoren mehr Möglichkeiten zur Beteiligung an indischen Firmen. Nach einem Regierungswechsel setzte die neue Regierung den Liberalisierungskurs fort, wie sich an dem unlängst vorgelegten Staatshaushalt für das Jahr 1997/98 zeigt. Indien hat jetzt ein Wirtschaftswachstum von ca. 7 Prozent pro Jahr zu verzeichnen und befindet sich auf einem stabilen Wachstumspfad. Das Bevölkerungswachstum zeigt außerdem bereits einen leichten Rückgang. Damit sind die Zeiten endgültig vorbei, als bei ca. 3,5 Prozent Wirtschaftswachstum und fast 2,5 Prozent Bevölkerungswachstum das reale Wachstum nur ca. 1 Prozent pro Jahr betrug. Bei einem reduzierten Bevölkerungswachstum von 2,1 Prozent verbleiben jetzt 4,9 Prozent Wachstum.

Diese Entwicklung stellt höhere Anforderungen an das politische System. Solange es möglich war, die ständig steigende Staatsquote zum Ausbau des politischen Patronagewesens zu nutzen und damit Wähler an „systemerhaltende“ Parteien zu binden, brauchten sich die Politiker nichts Neues einfallen zu lassen. Jetzt steht das System auf dem Prüfstand.

Wird das politische System den neuen Herausforderungen gerecht?

Wird das politische System die neuen Anforderungen bewältigen können? Für seine Anpassungsfähigkeit spricht, daß mit Ausnahme von *Indira Gandhis* Notstandsregime seine Offenheit, bezeugt durch freie Wahlen und wiederholte Ablösungen von Regierungen, erhalten geblieben ist. Dringende Aufgaben, wie die Liberalisierung nach der Zahlungsbilanzkrise von 1991, sind erfolgreich bewältigt worden. Wesentliche politische Entscheidungen wurden von einem Konsensus getragen, der dafür sorgte, daß ein Regierungswechsel keine Kursänderung um 180 Grad bedeutete.

Als problematisch hat sich die Verbindung einer zentralistischen parlamentarischen Demokratie, geprägt durch das Mehrheitswahlrecht, mit einem föderalen Regierungssystem erwiesen. Für die *Kon-*

greßpartei, die nach Erlangung der Unabhängigkeit zur staatstragenden und staatsgetragenen Partei wurde, hatte sich das Mehrheitswahlrecht so ausgewirkt, daß es immer zu ihrem Sieg führte, weil sich rechte und linke Opposition gegenseitig neutralisierten und es zu keinem Zweiparteiensystem kam, dessen Heranbildung eigentlich als notwendige Konsequenz des Mehrheitswahlrechts gilt. Die Tatsache, daß die *Kongreßpartei* lange Zeit in Bund und Ländern herrschte, ließ auch den prinzipiell anti-föderalistischen Charakter der parlamentarischen Demokratie britischen Typs nicht hervortreten. Als die *Kongreßpartei* Macht verlor und die politische Willensbildung in den Bundesländern andere Wege ging, mußten Spannungen entstehen, die das politische System auf die Zerreißprobe stellen konnten, wenn es nicht gelang durch Konsensus-Management das Schlimmste zu verhüten.

Reformbedürftiger Föderalismus

Die Wahlen von 1996 haben nun ein besonders merkwürdiges Bild ergeben: Die *Kongreßpartei* blieb die einzige „nationale“ Partei, sie hat zwar die absolute Mehrheit verloren, ist aber immer noch in zehn Bundesländern präsent, die *Bharatiya Janata Partei*, die sich anheischig macht, die *Kongreßpartei* als „nationale“ Partei zu ersetzen, hat ihre Hochburgen in nur fünf Bundesländern und stützt sich vor allem auf das größte Bundesland Uttar Pradesh. Diesen beiden Parteien steht eine Gruppe regionaler Parteien gegenüber, die zusammen über so viele Sitze verfügen, daß sie als mächtige dritte Kraft auftreten können, wenn sie einig sind. Die Tatsache, daß zur Zeit regionale Parteien die indische Zentralregierung beherrschen, sollte dazu genutzt werden, dem indischen Föderalismus eine bessere Grundlage zu geben. Er hat seinen Ursprung in der letzten britisch-indischen Verfassungsreform von 1935, die dazu dienen sollte, die zentrale Kontrolle der Kolonialherren zu stärken und nur entbehrliche Aspekte staatlicher Macht an die Provinzialregierungen zu delegieren. Bei der Stärkung des Föderalismus sollte auch dafür gesorgt werden, daß die lokale Selbstverwaltung ausgebaut und mit eigenen Ressourcen ausgestattet wird. Das bedeutet freilich eine Korrektur von Verhältnissen, die vom Militärfeudalismus des späten Mittelalters über die britisch-indische Bürokratie bis heute das politische System entscheidend geprägt haben.

Mahatma Gandhi hatte stets den Aufbau des politischen Systems von unten gefordert und vor den Elitepolitikern gewarnt, die das koloniale Erbe übernehmen und die Machtpositionen der Kolonialherren besetzen wollten. Doch *Gandhis* Erbe wurde ausgeschlagen, während die Struktur des kolonialen Systems bewahrt wurde. So gesehen ist der indische Freiheitskampf nach fünfzig Jahren Unabhängigkeit immer noch unvollendet. Die Anpassungsfähigkeit des indischen politischen Systems läßt jedoch hoffen, daß Reformen möglich sind. Es handelt sich schließlich nicht um ein verkrustetes auto-

ritäres System, das brechen muß, weil es sich nicht biegen kann.

Der Hindu-Chauvinismus als Gefahr

Das politische System kann nicht nur im formalen Sinne betrachtet werden, es braucht auch eine inhaltliche Bestimmung. Die *Kongreßpartei*, die als Partei *Mahatma Gandhis* und *Jawaharlal Nehrus* das Erbe des Freiheitskampfes wahrte, sorgte lange Zeit für diese inhaltliche Bestimmung. Ein gemäßigter, säkularer Nationalismus mit sozialistischer Tendenz blieb als *Staatsideologie* lange unangefochten. Mit dem Machtverlust der Kongreßpartei wurde auch die Allgemeinverbindlichkeit dieser Ideologie infrage gestellt, und es kam eine neue Tendenz auf, die von ihren Gegnern als Hindu-Chauvinismus bezeichnet wird.

Hinduismus und Nationalismus sind bereits im 19. Jahrhundert eine Verbindung eingegangen, die in vieler Hinsicht problematisch war. Schon damals stellte sich die Frage nach der inhaltlichen Begründung eines nationalen Kampfes gegen die britische Fremdherrschaft. Die von den Briten bestrittene Behauptung, Indien sei eine Nation, mußte von indischer Seite durch die Suche nach einer brauchbaren Vergangenheit bewiesen werden. Es bot sich an, eine nationale Solidarität auf der Grundlage des Hinduismus zu konstruieren, doch die Vielfalt der Traditionen, die westliche Gelehrte auf den gemeinsamen Nenner „Hinduismus“ gebracht hatten, stand diesen Bemühungen entgegen. Das Kastenwesen schließlich war mit der Idee der nationalen Solidarität überhaupt nicht zu vereinbaren. Die modernen indischen Solidaritätstraditionalisten waren denn auch Gegner des Kastenwesens, fanden es aber schwer, ihre Landsleute, die ja alle noch in den Schranken des Kastenwesens lebten, von ihrer Meinung zu überzeugen. Oft handelten sie auch selbst gegen ihre öffentlich vorgetragenen Überzeugungen, wenn es darum ging, die eigenen Kinder zu verheiraten etc. Sie gingen diesem Problem aus dem Wege, in dem sie die große Tradition der Sanskritliteratur, der indischen Philosophie und andere Errungenschaften der alten indischen Kultur hervorhoben. Dabei fanden sie in den Werken deutscher Indologen eine hochwillkommene Unterstützung ihrer Bemühungen. Die indischen Muslims, die ja immerhin im ungeteilten Indien ein Drittel der Bevölkerung ausmachten, fühlten sich freilich von solchen Konstruktionen nicht angesprochen, ja im wachsenden Maße ausgegrenzt.

Hindus und Moslems: das Problem der Existenz zweier großer Religionsgemeinschaften

Der 1885 gegründete indische Nationalkongreß, der auch die Muslims repräsentieren wollte, konnte sich nicht mit der Konstruktion einer Hindusolidarität identifizieren und fühlte sich von vornherein dazu verpflichtet, den Säkularismus zu fördern. Dennoch mußte auch der Kongreß die Existenz zweier großer Religionsgemeinschaften zur Kenntnis nehmen

Klaus Jentzsch geht in den Ruhestand

Man kann sich noch kaum an den Gedanken gewöhnen, daß Klaus Jentzsch nicht mehr aktiv bei der Landeszentrale mit dabei ist. Anders als aktiv hat man ihn in all den langen Jahren seines Berufslebens nicht erlebt.

Er gehörte schon zum Stamm der Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat e.V.“ und leitete die Außenstelle Tübingen, bevor er das Fachreferat „Erwachsenenbildung“ in der Zentrale in Stuttgart übernahm. Seit der Strukturreform der Landeszentrale im Jahr 1991 leitet er die Verwaltungsabteilung.

Wer hat Klaus Jentzsch je zornig oder auch nur ärgerlich erlebt? Vom Scheitel bis zur Sohle ein Gentleman!

Seine ausgeglichene und freundliche Art prädestinierten ihn u.a. zum „Meister der Rhetorik“. Unzählige Leute haben bei ihm die Kunst der Rede gelernt und Mut gefaßt, das politische Leben mit eigenen Ideen anzureichern. Neben vielen anderen Projekten, die hier nicht ausgetrieben werden können, hat Klaus Jentzsch eine Marktlücke für die politische Bildung entdeckt: die politische Studienreise. Er hat inzwischen nachgewiesen, daß es möglich ist, zu wichtigen Brennpunkten der Erde kostendeckende Studienreisen zu organisieren, die bleibende Eindrücke hinterlassen und mehr Wirkung haben als „Trockenurse“ im Seminarraum.

Klaus Jentzsch wird der Landeszentrale fehlen. Sein Einsatz, der weit über die Dienstpflichten hinausging, ist nur schwer wettzumachen. Sein gewinnendes Wesen und seine vertrauensvolle Art haben der Landeszentrale gut getan. Ein Mann wie Klaus Jentzsch legt mit 65 Jahren seine Hände nicht in den Schoß. Als Präsident des Freien Deutschen Autorenverbands hat er eine Aufgabe übernommen, die viele Kräfte bindet. Die Landeszentrale ist froh, daß er auch künftig noch Rhetorikseminare anbietet und weiterhin einige Studienreisen organisiert.

Die Landeszentrale dankt Klaus Jentzsch für die langjährige engagierte Arbeit, gratuliert ihm herzlich zum 65. Geburtstag und wünscht ihm einen erfüllten Ruhestand.

Siegfried Schiele



und verabschiedete daher eine Resolution, die besagte, daß Probleme, die von der einen oder der anderen Religionsgemeinschaft für kontrovers gehalten werden, nicht zum Gegenstand von Diskussionen im Kongreß gemacht werden dürfen. Diese Grundhaltung bestimmt auch heute noch die Ideologie der Kongreßpartei. Nur ist es etwas ganz anderes, solche Konflikte in einem Freiheitskampf gegen die Fremdherrschaft auszuklammern, als dies auch in einem freien Staatswesen zu praktizieren, wie es *Jawaharlal Nehru* tat, als er zwar das Hindurecht reformierte, aber das Muslimrecht unangestastet ließ, was man ihm heute zum Vorwurf macht.

Gewisse Kreise der politischen Elite der indischen Muslims ließen sich nicht von der religiösen Neutralität des Nationalkongresses überzeugen, sondern forderten schon 1906 die Einrichtung von separaten Wählerschaften für Muslims, um einer Majorisierung durch die Hindus entgegenzuwirken. Dieses wurde ihnen von den Briten gewährt, die darin ein Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft sahen und noch nicht bedachten, daß diese schicksalhafte Maßnahme später zur Teilung Indiens führen sollte. Der Führer der Muslimliga, *M. A. Jinnah*, verkündete 1940, daß es in Indien zwei Nationen gebe, Hindus und Muslims, und verlangte die Gründung separater Staaten für die Muslim-Nation. Er sagte jedoch nicht, was mit der großen Muslim-Diaspora geschehen solle, die bei einer Teilung in Indien verbleiben mußte. Das war eine besonde-

re Ironie des Schicksals, denn *Jinnah* war bis zu diesem Zeitpunkt der Führer der Muslim-Diaspora gewesen und hatte wenig Einfluß auf die Muslimmehrheitsprovinzen gehabt, den er sich nun durch seine „Zwei-Nationen-Theorie“ sichern wollte.

Die Muslim-Diaspora

Die nach der Teilung in Indien verbliebenen Muslims der Diaspora, die immerhin ca. 11 Prozent der Bevölkerung Indiens ausmachten, konnten sich ausrechnen, daß sie im Rahmen des Mehrheitswahlrechts nie eine Chance hätten, mit einer eigenen Partei irgendwelchen politischen Einfluß zu gewinnen. Sie zogen es vor, die Kongreßpartei zu unterstützen, und *Jawaharlal Nehru* tat alles, um ihnen dort eine politische Heimat zu bieten. Deshalb ließ er auch das Muslimrecht unangestastet und unreformiert, obwohl es an sich seinen Überzeugungen entsprochen hätte, ein einheitliches Recht für alle Staatsbürger einzuführen. Hier setzt denn auch die Kritik der modernen Hindu-Nationalisten der *Bharatiya Janata Partei* (BJP) an, die behaupten, der Säkularismus der Kongreßpartei sei nur politischer Opportunismus und müsse durch einen echten Säkularismus ersetzt werden.

Die Ideologie der BJP wurde von dem radikalen Solidaritätstraditionalisten *V. D. Savarkar* begründet, der das Neuwort *Hindutva* (Hindutum) schuf, und damit keinen religiösen, sondern einen politischen Begriff meinte, der alle Staatsbürger Indi-

ens einschließen sollte. Die Muslims konnten sich aber dadurch nur ausgegrenzt fühlen. *Jinnah* schätzte übrigens *Savarkar*, weil dessen Ideologie *Jinnahs* „Zwei-Nationen-Theorie“ bestätigte. Zu seinen Lebzeiten blieb *Savarkar* eine marginale Figur in der indischen Politik, in der Gegenwart spielt der von ihm geprägte Begriff *Hindutva* jedoch eine zentrale Rolle. Radikale Anhänger der BJP halten die Majorisierung der Muslims für kein Problem und scheuen sich nicht davor, ihnen nahezu legen, nach Pakistan zu gehen, wenn es ihnen in Indien nicht gefiele. Angesichts der Tatsache, daß der heutige Staat Pakistan eine Bevölkerung hat, die der Musliminderheit in Indien in etwa gleichkommt, ist das natürlich keine Alternative. Doch als politisches Argument ist es zugkräftig, zumal Pakistan nichts dagegen vorbringen könnte, wollte es nicht seine eigene Existenzberechtigung in Zweifel ziehen. Die Macht der Geschichte als bedrohliche Belastung wird an diesem Beispiel besonders deutlich.

Individuelle Grundrechte versus Selbstbestimmungsrecht

Das Problem, das diesen Kontroversen zugrundeliegt, ist das der Grundrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die Wahrung der Grundrechte wird in den meisten modernen Verfassungen zugesichert, dabei sind diese Rechte so definiert, daß sie sich auf die Freiheit des einzelnen Staatsbürgers, nicht aber auf religiöse, ethnische oder in irgendeiner anderen Weise abgegrenzte Gruppen beziehen. Dieser Rechtsschutz bewahrt den einzelnen Bürger zugleich davor, daß er seiner Grundrechte im Namen irgendeiner Gruppensolidarität beraubt werden könnte. So hat zwar jeder Bürger das Recht auf freie Religionsausübung, aber seine religiöse Gruppe kann ihm keinen Zwang antun. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist dagegen der Natur der Sache nach ein Gruppenrecht. Bereits während des Freiheitskampfes versuchte der Nationalkongreß, Minderheitsrechte durch Betonung

Hans-Georg Wehling feierte 60. Geburtstag

Die gesamte Landeszentrale für politische Bildung beglückwünscht Hans-Georg Wehling zu seinem 60. Geburtstag. Diesen Glückwünschen schließen sich bestimmt viele an, die ihn kennen. Und wer kennt ihn nicht?

Die einen kennen ihn als langjährigen Schriftleiter der angesehenen Zeitschrift „Der Bürger im Staat“, als Betreuer der „Landeskundlichen Reihe“ der Landeszentrale und anderer Schriften, als Leiter der Abteilung „Publikationen“ der Landeszentrale – die anderen kennen eher den Honorarprofessor der Universität Tübingen, den ausgewiesenen Kommunalwissenschaftler, den Fachmann für Fragen regionaler politischer Kultur – und schließlich kennen ihn einige auch als Kenner und Liebhaber guter Weine. Reich ist das Wirken von Prof. Wehling, zahlreich seine vielfältigen Publikationen.

Keiner hat den Eindruck, daß in seinem Kopf nicht noch viele Ideen und Pläne schlummern, die nicht vermuten ließen, daß er jetzt den 60. Geburtstag begehen konnte. Möge ihm vor allem Gesundheit beschieden sein, um die Vorhaben in gewohnter Frische und Kompetenz zu realisieren.

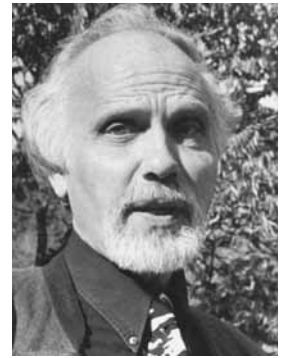


Foto: Ingeborg Kunze

der Grundrechte zu sichern, während *Jinnah* mit seiner „Zwei-Nationen-Theorie“ das Selbstbestimmungsrecht der Völker hervorhob. Als er schließlich Indien verließ, um nach Pakistan überzusiedeln, ermahnte er die Vertreter der Muslim-Diaspora, die in Indien verblieben, sie sollten nun gute Staatsbürger Indiens werden. Doch den Konflikt, den er selbst verschärft hatte, löste er damit nicht. Nun ist dieser Konflikt aber zugleich zu einer wichtigen Stütze des modernen Hindu-Nationalismus geworden. Wer eigentlich ein Hindu ist, bleibt aufgrund der Umstände, die bereits zuvor genannt wurden, weiterhin unbestimmt, aber eins ist klar: er ist kein Muslim. Daher wirkt die Muslim-Konfrontation für die Hindus solidaritätsstiftend. Die Abstraktion *Hindutva* wird durch die Kontrastfigur des Muslim lebendig und erfahrbar. Die Ideologen des Hindu-Nationalismus lassen es

freilich nicht damit bewenden, sondern knüpfen auch an die Ideen ihrer Vorläufer im 19. Jahrhundert an. Sie nehmen die Suche nach einer brauchbaren Vergangenheit wieder auf und scheuen sich nicht, in diesem Sinne die Geschichte umzuschreiben. Doch bleiben sie dabei nicht stehen, sondern wollen auch die Zukunft Indiens so gestalten, daß in ihr die Macht und Größe der Nation zur Geltung kommt. Dazu gehört ihrer Ansicht nach, daß Indien zur Atommacht wird. Es bleibt nur zu hoffen, daß dagegen die Meinungen *Mahatma Gandhis* wieder Gehör finden, der ein entschiedener Gegner der Atombombe war und Indiens Bedeutung in der Welt nicht durch Machtpolitik zur Geltung bringen wollte. Immerhin gehört *Gandhis* Wirken ebenfalls zur Geschichte Indiens, und wenn auch sein Erbe zunächst ausgeschlagen wurde, bleibt es doch eine Potenz, auf die zurückgegriffen werden kann.

Die Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ wird herausgegeben von der LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Baden-Württemberg.

Direktor der Landeszentrale: Siegfried Schiele

Schriftleiter: Prof. Dr. Hans-Georg Wehling, Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax (07 11) 23 71-496.

Herstellung: W. E. Weinmann Druckerei GmbH, Raiffeisenstraße 15, 70794 Filderstadt, Telefon (07 11) 7 78 98-0, Telefax (07 11) 7 78 98 50.

Verlag: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann mbH, Postfach 12 07, 70773 Filderstadt, Telefon (07 11) 7 00 15 30, Telefax (07 11) 7 00 15 30.

Preis der Einzelnummer: 6,50 DM, Jahresabonnement 25,- DM Abbuchung.

Die namentlich gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Wieviel Staat braucht die Wirtschaft?

Indiens Wirtschaft im Umbruch

Das Experiment einer gemischten Wirtschaft

Von Hans Christoph Rieger

Privatdozent Dr. Hans Christoph Rieger ist Mitarbeiter des Südasien-Instituts der Universität Heidelberg, Abteilung für Wirtschaftswissenschaften. Seit 1994 ist er Vorsitzender des Beirats der Deutsch-Indischen Gesellschaft.

Nach Erringung der Unabhängigkeit 1947 unternahm Indien den Versuch, zusammen mit einer westlichen Demokratie eine staatlich gesteuerte Wirtschaft einzurichten, die die wichtigsten Sektoren dem Staat vorbehielt, der Kleinindustrie ein eigenes Betätigungsfeld sicherte, den mittleren, „kapitalistischen“ Sektor strengen Kontrollen einschließlich umfangreicher Genehmigungsverfahren unterwarf. Gleichzeitig sollte die staatliche Unabhängigkeit durch die wirtschaftliche Unabhängigkeit gesichert werden, was die staatliche Einfuhrkontrolle (einschließlich der Kapitalströme), eine Substitutionspolitik für Auslandsprodukte und staatlich verordnete Wechselkurse umfaßte. Das Experiment ist mißlungen, eine Reform des Wirtschaftssystems kommt jedoch nur schleppend voran, weil sich die Interessen des Status quo fest etabliert haben und lautstark zu Wort melden können, nicht zuletzt in Gestalt einer überbordenden Bürokratie. Doch angesichts der Probleme Indiens, gerade auch im Bereich von Umwelt und Verstädterung, wird ein starker Staat weiterhin notwendig sein. Red.

Auf den ersten Blick: ärgern viel Staat

Wer in Indien einmal geschäftlich zu tun hat, wird sich über die Schwerfälligkeit und manchmal Unsinnigkeit der allgegenwärtigen staatlichen Verwaltung wundern oder aufregen. Da werden Formulare, die selbst nur schwer zu entziffern sind, mit anscheinend belanglosen Informationen unleserlich ausgefüllt und in einem System gestapelt, in dem auch bei Bedarf nichts wieder auffindbar ist. Man rennt von einem Amt zum anderen, um die nötigen Unterschriften zusammenzuholen, und fühlt sich als Postbote des Systems. In den Ämtern verstauben die Akten, die Beamten sind entweder untätig oder unfreundlich oder ineffizient und man seufzt: „Wie schön könnte doch alles funktionieren, wenn sich der Staat nicht überall einmischen würde“. Ganz ohne Staat geht es natürlich nicht. Auch die reine Marktwirtschaft erfordert staatliche Institutionen zur Durchsetzung des Rechts, zur Überwachung der Einhaltung von Verträgen, zur Legitimation des

Geldes usw. Allerdings ist das zweckmäßigste Ausmaß staatlicher Wirtschaftstätigkeiten umstritten. Manche meinen, der Staat sollte sich am besten auf die sogenannten „Nachtwächterfunktionen“ beschränken – also Recht und Ordnung im Inneren und Verteidigung nach Außen. Andere halten Eingriffe des Staates in die Wirtschaft im Interesse der Gesellschaft für erforderlich – etwa wie in der „Sozialen Marktwirtschaft“ bei uns –, und noch andere sind der Meinung, daß der Staat gerade in einem Land wie Indien nicht nur eingreifen muß, um die Wirtschaft in Gang zu bringen, sondern daß er selber in den Wirtschaftssektoren tätig werden sollte, die entweder strategische Bedeutung haben (z.B. Waffen und Munition, Kernenergie) oder in die sich private Unternehmer nicht hineintrauen (z.B. Stahlverhüttung, Schiffbau).

Heute, nachdem viele Volkswirtschaften zusammengebrochen sind, in denen der Staat alles selber machen wollte, neigen die meisten Volkswirte zu der Ansicht, daß der wirksamste Motor für eine dynamische Wirtschaft das Eigeninteresse der Individuen ist, und daß sich dieser Motor am besten in einem System einspannen läßt, das den individuellen Eigeninteressen und dem freien Unternehmertum möglichst viel Raum gibt.

Jeder Staat bzw. seine Regierung muß selber darüber entscheiden, wie die Wirtschaft in diesem Sinne organisiert werden soll. Sicherlich wird solch eine weitgehende Entscheidung in den meisten Fällen eher das Ergebnis eines langen politischen Aushandlungsprozesses zwischen unterschiedlichen Interessen und gesellschaftlichen Kräften als der Überlegung eines einzelnen Führers sein. Die sich herausbildenden Rahmenbedingungen nennen wir jedenfalls die „Wirtschaftsordnung“ des betreffenden Staates.

Der Versuch, Demokratie und staatlich gelenkte Wirtschaft miteinander zu verbinden

Der entscheidende Einschnitt, ja die Chance für einen radikalen Neubeginn und eine Neugestaltung der Wirtschaftsordnung stellte in Indien die Unabhängigkeit 1947 dar. Dabei sollte die Unabhängigkeit vom Ausland nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich verwirklicht werden. *Self reliance* (sich auf sich selbst verlassen können) war die Devise. Die bereits in den dreißiger und vierziger Jahren gemachten Überlegungen zur Gestaltung der Wirtschaft wurden von *Jawaharlal Nehru*, dem ersten Premierminister der indischen Union, entscheidend mitbestimmt. *Nehru*

war Jurist und stand in der Tradition des englischen *Fabian-Sozialismus* – einer Version des Sozialismus, die eine allmähliche, d.h. nicht revolutionäre, Vergesellschaftung der Wirtschaft anstrebte. Dabei hatte *Nehru* einerseits das vermeintlich erfolgreiche Experiment der Sowjetunion vor Augen, der es nicht nur gelungen war, eine rasante Industrialisierung zu forcieren, sondern auch die scheinbar unbezwingbare Militärmaschine Hitlerdeutschlands zu besiegen. Auf der anderen Seite widerstrebte der *brahmanischen* Führungselite der Gedanke einer Wirtschaftsordnung, die auf den Prinzipien der persönlichen Bereicherung und der Habgier aufbaute und die weder mit der Weltanschauung *Mahatma Gandhis* noch mit den alteingesessenen Kastenvorurteilen gegen Handel und Händler vereinbar war. Darüber hinaus sollte es kapitalistische Großkonzerne, die auch auf die Politik unmittelbar Macht ausüben könnten, im neuen Indien nicht geben. Im Gegenteil, der Staat selbst wollte die Feldherrenhügel, die *commanding heights* der indischen Wirtschaft besetzen.

Nehru setzte daher sich – und Indien – das Ziel, den Erhalt der freiheitlichen und demokratischen Rechte mit der „Ordnung“ und „Rationalität“ einer staatlich zentral gelenkten und geplanten Wirtschaft zu verbinden. Er wollte auf einem „dritten Weg“ das Beste aus beiden Welten in einer „gemischten“ Wirtschaftsordnung verwirklichen. Er sah dabei nicht die Gefahr, daß am Ende das Schlechteste aus beiden Welten die Oberhand gewinnen könnte.

Es ist leicht, aus heutiger Sicht dieses Unterfangen und die daraus resultierende Ordnungspolitik als verfehlt zu kritisieren, aber man darf dabei gerechterweise nicht außer acht lassen, daß das indische Experiment dem damaligen Stand der Volkswirtschaftslehre durchaus entsprach und daß die ausländischen Hilfegeber, einschließlich Weltbank, die heute eine Abkehr von der Planwirtschaft fordern, damals die Fünfjahresplanung zur Bedingung für ihre Entwicklungshilfe machten.

Die Beherrschung der Indischen Wirtschaft durch den Staat

Damit war die Wirtschaftsordnung des unabhängigen Indien von einer weitgehenden Beherrschung der Wirtschaft durch den Staat geprägt, auch wenn der „dritte Weg“ der Privatwirtschaft in vielen Bereichen Handlungsmöglichkeiten beließ. Die Beherrschung der Wirtschaft durch den Staat läßt sich folgendermaßen charakterisieren:

1. Der Staat sorgte nicht nur für die physische Infrastruktur und die Rahmenbedingungen der Wirtschaft, sondern beteiligte sich *unmittelbar* an der Wirtschaft, indem er große Bereiche für sich reservierte und dem Privatsektor den Zugang dazu verwehrte.
2. Der Staat reservierte bestimmte Wirtschaftszweige in den verbliebenen Bereichen für die *Kleinindustrie*.
3. Der Staat kontrollierte die Privatwirtschaft durch ein aufwendiges *Lizenzsystem*.

4. Der Staat ließ durch eine großzügige *Arbeitsmarktpolitik* das Entstehen einer „Arbeiteraristokratie“ der Beschäftigten im modernen Industriesektor zu.

5. Der Staat setzte auf eine Strategie der *Importsubstitution* und kontrollierte und gestaltete dabei den Außenhandel in einer *protektionistischen* Weise, die die inländischen Produzenten von der Konkurrenz auf dem Weltmarkt abschottete.

6. Der Staat sperrte sich grundsätzlich gegen *ausländische Direktinvestitionen*, bei denen ausländische Manager das Sagen haben.

Auf einen Nenner gebracht: Der Staat bewirkte insgesamt mit seiner Wirtschaftspolitik eine *Verzerrung des Preisgefüges*, so daß Produzenten, Konsumenten, Investoren und Sparer laufend „falsche“ Verhaltenssignale erhielten.

Ein großer Teil der Wirtschaft blieb für Staatsunternehmen reserviert

Bereits 1956 wurde in einer *Industrial Policy Resolution* der indischen Regierung ein großer Teil der indischen Wirtschaft für Staatsunternehmen reserviert. Dabei wurden alle *Industriezweige in drei Rubriken unterteilt*, nämlich in solche, die dem Staat vorbehalten blieben (*Schedule A*);

die, in denen der Staat allmählich die *Führungsrolle* übernehmen wollte (*Schedule B*);

sowie alle anderen, in denen die Privatwirtschaft tätig werden konnte, wobei freilich der Staat sich auch hier das Recht vorbehielt, sich zu engagieren.

Zu der Rubrik „A“ gehörten beispielsweise: Waffen und Munition; Atomenergie; aber auch Eisen und Stahl; schwere Gießerei- und Schmiedeteile aus Eisen und Stahl; Schwerindustrieanlagen und Maschinen; schwere Elektrizitätsanlagen; Stein- und Braunkohle; Erdöl; weite Bereiche des Bergbaus usw. Unter Rubrik „B“ wurden 12 weitere Industrien aufgeführt, z. B. Aluminium und Nichteisenmetalle, die nicht unter Schedule A fallen; Werkzeugmaschinen; Eisenlegierungen und Werkzeugstahl; Ausgangs- und Zwischenprodukte der chemischen Industrie wie etwa Medikamente, Farbstoffe und Kunststoffe; Antibiotika und andere wichtige Medikamente; und Düngemittel. In der Folge wurden diese Listen sowohl mehrfach ergänzt als auch durch Ausnahmen und Sondergenehmigungen durchlöchert.

Die enge Verbindung zur Politik

Ein Problem der staatlichen Unternehmungen lag in der engen Verbindung zur Politik. Politiker konnten in den Staatsunternehmen Einfluß ausüben, etwa bei der Besetzung von Stellen, bei Standortentscheidungen, bei Fragen der Preisgestaltung, aber auch bei der Bereitstellung von Fahrzeugen und anderen Vorteilen für sich bzw. für ihre Günstlinge. Die Landesregierungen konkurrierten daher miteinander, um die Ansiedlung von Prestigeprojekten in ihrem jeweiligen Bundesland durchzusetzen. Andererseits war die haushaltsrechtliche Kontrolle durch die Parla-

mente wenig flexibel, so daß Manager von Staatsunternehmen in Erwartung penibler Einzelfragen in der Regel eher risikoscheu als innovativ blieben.

Die *Verkaufspreise* für die Erzeugnisse der Staatsunternehmen wurden entweder vom Staat vorgegeben oder unter Anwendung einer *Cost-plus-Formel* ermittelt, wobei zu den gesamten Aufwendungen eine „angemessene“ Gewinnspanne addiert wurde. Diese Art der Preisbestimmung führt unweigerlich zur Vernachlässigung der Kostenseite und somit zu einer unwirtschaftlichen Verwendung knapper Ressourcen.

Machten seine Unternehmungen *Verluste*, so schoß der Staat die fehlenden Rupien aus dem Staatshaushalt zu, meist durch Bedienen der Notenpresse. Für die Staatsunternehmen blieb dabei der Anreiz gering, durch die Einführung von Neuerungen Risiken zu übernehmen, um Gewinne zu erzielen. Das Ergebnis war eine sehr niedrige Verzinsung des eingesetzten Kapitals, das im privaten Sektor viel eher gewinnbringend hätte angelegt werden können. Die unbestrittene mangelnde Rentabilität der indischen Staatsunternehmungen wurde damit gerechtfertigt, daß sie nicht nur kommerzielle, sondern auch wichtige gesellschaftliche und staatspolitische Ziele zu verfolgen hatten. Dazu gehörten die Bereitstellung von strategischen Gütern zu niedrigen Preisen, die Herstellung des sektoralen und regionalen Gleichgewichts in der Wirtschaftsstruktur, aber insbesondere auch die Schaffung von Arbeitsplätzen. Das soziale Ziel der Arbeitsplatzbeschaffung hat dazu geführt, daß viele Staatsunternehmungen in Indien mehr Personal beschäftigen als benötigt wird, was eine versteckte Form der Arbeitslosenunterstützung angesehen werden kann. Dieses sogenannte *Overmanning* wirkt aber nicht nur durch erhöhte Lohnkosten auf die Gewinn- und Verlustrechnung direkt, sondern bewirkt auch nicht selten zusätzliche indirekte Verluste. Es kommt zur Diffusion der Verantwortung im Betrieb und zu Drückebergerei, die ein indischer Kritiker als *social loafing* – soviel wie „gesellschaftlicher Müßiggang“ – bezeichnet hat.

Einzelne Wirtschaftsbereiche für die Kleinindustrie reserviert

Nehru sah im kapitalistischen Wirtschaftssystem die Gefahr der Herausbildung mächtiger Industriekonzerne, die die Politik beeinflussen und daher abhängig machen könnten. Deshalb wurde 1969 ein Antimonopolgesetz, die *Monopolies and Restrictive Trade Practices Act* (MRTP), erlassen. Es sollte die Industriekonzentration in der Privatwirtschaft eindämmen und Kartelle, Preisbindungen und andere Formen der Wettbewerbsverzerrung unterbinden. Neben der Regelung von Firmenzusammenschlüssen diente das Gesetz aber auch zur Unterteilung der Unternehmen in *drei Größenklassen*: Großindustriekonzerne (inzwischen 1163); mittlere Unternehmen; und kleine Unternehmen. Während die weitere Expansion der

Großunternehmen nur unter restriktiven Bedingungen gestattet werden sollte, wurden bestimmte Industriezweige ganz der Kleinindustrie vorbehalten. Im Interesse einer besonderen Förderung der Kleinindustrie wurden die sogenannten MRTP-Konzerne auch von verschiedenen Vergünstigungen und Liberalisierungsmaßnahmen ganz oder teilweise ausgenommen.

Die Ausschaltung der großen Privatkonzerne von Investitionen in Schlüsselindustrien durch das Antimonopolgesetz hatte zur Folge, daß nicht genügend Kapital aus der Privatwirtschaft für diese Bereiche zur Verfügung stand, denn die kleineren Firmen waren nicht in der Lage, die erforderlichen massiven Investitionsmittel aufzubringen. Die einfachste Art, dieses Gesetz zu *umgehen*, war die formale Gründung mehrerer kleiner Firmen auf dem Papier, die aber praktisch nichts anderes als Teile eines größeren Konzerns waren. Jedenfalls war das Ergebnis dieser Politik eine erhebliche Verzerrung des Preis- und Kostengefüges der industriellen Produktion.

Staatliche Genehmigungen für alle wesentlichen Investitionen und Produktionsentscheidungen

In den für die Privatwirtschaft übriggebliebenen Industriesektoren übte der Staat die Kontrolle dadurch aus, daß für alle wesentlichen Investitionen oder Produktionsentscheidungen staatliche Genehmigungen erforderlich wurden. Praktisch war alles verboten, was nicht ausdrücklich genehmigt war. Nicht nur die Gründung und Erweiterung industrieller Produktionseinheiten, sondern auch Produktänderungen, Standortwechsel und sogar Schließungen von Unternehmen durften nur mit einer staatlichen Genehmigung vorgenommen werden. Dabei wurden die Lizenzen oft mit *Auflagen*, beispielsweise in bezug auf den Standort, die minimale Größe, die Beschäftigtenzahl, die Exportleistung usw., vergeben. Die chronische Devisenknappheit der späten fünfziger und frühen sechziger Jahre führte dazu, daß alle Lizenzen für Neuinvestitionen nun auch unter dem Gesichtspunkt der Devisenverfügbarkeit geprüft werden mußten. Im Rahmen der noch zu diskutierenden Entwicklungsstrategie der Importsubstitution wurden die Importe vieler Erzeugnisse durch Einfuhrverbote unterbunden, andere durch hohe Zölle erschwert.

In der Gesamtheit verheerende Auswirkungen

All diese Entscheidungen und Kontrollmechanismen waren zweifelsohne gut gemeint und jeweils für sich betrachtet sinnvoll. In ihrer Gesamtheit hatten sie jedoch auf die dynamische Entwicklung der indischen Volkswirtschaft verheerende Auswirkungen. Während die Lizenzerteilung sicherstellen sollte, daß Investitionen dem Fünfjahresplan entsprachen, betrug die Bearbeitungszeit für größere Investitionsvorhaben oft eher Jahre als Monate. So verhinderte das Kontrollsystem selbst das

Erreichen der Planvorgaben. Die zuständigen Behörden neigten immer mehr dazu, die erteilten Lizenzen als heilig anzusehen und rügten sogar Unternehmungen, die durch zusätzliche Schichten, durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität oder durch technologische Verbesserungen die Produktion über das in der Produktionslizenz vorgegebene Niveau steigerten. Das stand im krassen Widerspruch zu dem erklärten Ziel des Lizenzsystems, nämlich die Produktion mit den knappen vorhandenen Kapitalmitteln zu maximieren.

Staatliche *Preisregulierungen* für lebenswichtige Güter des Grundbedarfs führten zu einer nachlassenden Bereitwilligkeit der Privatwirtschaft, in diesen Bereichen zu investieren, so daß die knappen Ressourcen mehr und mehr in weniger wichtige Sektoren umgeleitet wurden.

Es zeigte sich immer mehr, daß sich die mit erhabenen Zielen geschaffenen Kontrollmaßnahmen *kontraproduktiv* auswirkten. Aber anstatt das ganze System über Bord zu werfen, wurden immer wieder neue Korrekturen erdacht, um die erkannten Nachteile einzuschränken. Eine Kommission nach der anderen wurde eingesetzt, um die Arbeitsweise der Behörden bei der Lizenzerteilung zu studieren und Verbesserungsvorschläge zu machen. Doch inzwischen waren die Interessen der Bürokraten an einer Fortsetzung des Kontrollsystems so stark geworden, daß die Regierung die Reformmaßnahmen nicht oder nur unvollständig durchsetzen konnte.

Wenn der bürokratische Staatsapparat Entscheidungen über Genehmigungen und Lizenzen zu fällen hat, besteht immer die Gefahr der illegalen Einflußnahme, sprich *Bestechung*. Dabei ist nicht immer die Anstiftung zu illegalem Handeln, sondern eher die Beschleunigung der von der Verwaltung ohnehin zu leistenden Arbeiten das Hauptmotiv.

Das Arbeitsrecht begünstigt die kleine „Arbeiteraristokratie“

Zu dem ordnungspolitischen Rahmen gehört auch das bestehende *Rechtssystem*. Denn ob Eigentumsrechte respektiert werden, ob Verträge eingeklagt werden können usw., entscheidet mit darüber, ob Sparer und Unternehmer bereit sind, Ersparnisse bzw. Kapital zu investieren. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang sind die rechtlichen Bindungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie sie im Arbeitsrecht niedergelegt und in der Praxis geregelt werden. Darf der Arbeitgeber Arbeiter entlassen, und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Dürfen sich die Arbeitnehmer in Gewerkschaften organisieren und sind Streiks als Mittel des Arbeitskampfes erlaubt? In diesem Schnittbereich zwischen politischer Demokratie einerseits und wirtschaftlicher Rationalität und Effizienz andererseits sind zweckmäßige ordnungspolitische Lösungen nur schwer ermittelbar und dann oft nicht durchsetzbar.

Die Entwicklung Indiens von der britischen Kolonie zum unabhängigen Staat brachte ein Rechtssystem hervor, das weder sprachlich bzw. kulturell noch in-

haltlich dem indischen Rechtsverständnis voll entsprach. Gleichzeitig wurden die demokratischen Freiheiten und die Rechte der Arbeiterschaft aus dem britischen System weitgehend übernommen. Diese Rechte hatten sich in langen Jahren der Industrialisierung Englands herausgebildet und sich mit steigendem Entwicklungsniveau ständig verbessert. Wenn es richtig ist, daß solche Rechte dem erreichten wirtschaftlichen Entwicklungsstand angepaßt werden müssen, dann kann ihre Übernahme in einem Land, das dieses Entwicklungsniveau noch nicht erreicht hat, entwicklungshemmende Auswirkungen haben. Interessanterweise wurde das in England gewachsene Gewerkschaftssystem mittlerweile unter der Regierung *Margaret Thatcher* erheblich zurechtgestutzt.

Die politischen Parteien in Indien sehen aber in der organisierten Arbeiterschaft ein wichtiges Wählerpotential. Es haben sich daher Arbeitsgesetze herausgebildet, die dem gegenwärtigen Stand der industriellen Entwicklung Indiens weit voraus sind. Dabei ist der Kreis der so Begünstigten, nämlich die im modernen Industriesektor Beschäftigten, nur ein relativ kleiner Teil der indischen Gesamtbevölkerung. 1992 waren von knapp 900 Millionen Einwohnern Indiens nur 27 Millionen im sogenannten *organized sector* tätig, d.h. in Betrieben mit mehr als zehn Angestellten. Davon waren 19 Millionen Staatsbedienstete, so daß nicht mehr als 8 Millionen in der dem privatwirtschaftlichen organisierten Sektor gehörten. Folgerichtig ist für diese wenigen privilegierten Arbeiter der Begriff „Arbeiteraristokratie“ geprägt worden.

Tatsache ist, daß es in Indien eine Fülle miteinander konkurrierender und den einzelnen Parteien nahestehender Gewerkschaften gibt, die bisweilen auch ideologisch stark geprägt sind und über den Arbeitskampf hinaus in das politische Geschehen eingreifen. Unternehmer und Manager müssen oft mit mehreren Gewerkschaften Abschlüsse aushandeln. In dem ständigen Bestreben, neue Mitglieder zu gewinnen bzw. von anderen Gewerkschaften abzuwerben, werden von den Gewerkschaften oft extrem hohe Forderungen gestellt. Denn wer die größten Versprechungen macht, hat den größten Zulauf.

Die Entlassung von Mitarbeitern, selbst von Störenfriedern, ist schwierig und kann zur Arbeitsniederlegung der ganzen Belegschaft führen. Eingelegte Rechtsmittel sind wenig erfolgversprechend. Viele Jahre können vergehen, ehe eine höchstrichterliche Entscheidung getroffen wird, die oftmals Wiedereinstellung und Erstattung des Lohnausfalls über Jahre hinweg vorsieht. Eine Folge des übertriebenen Schutzes der im modernen Sektor Beschäftigten ist, daß die Unternehmer bei Neueinstellungen zögern und einen höheren Grad der Automatisierung bzw. Kapitalintensität bevorzugen, als es sonst der Fall wäre. Die Beschäftigung im modernen Industriesektor ist tatsächlich auch in den letzten Jahren trotz des Wirtschaftswachstums nicht gestiegen, sondern zurückgegangen.

Importsubstitution als Leitmotiv der wirtschaftlichen Außenbeziehungen

Self-reliance bedeutete für die Wirtschaft zunächst die Unabhängigkeit von ausländischen Lieferungen, sowohl von Rohstoffen als auch von Halbfertigwaren, aber insbesondere von Konsumgütern. Bisherige Importe sollten durch die Erzeugung im Land selbst ersetzt werden oder schlicht entfallen. Auch wenn die Abschottung gegenüber dem Ausland nie vollständig erreicht werden konnte, so wurde diese Politik der „Importsubstitution“ doch sehr konsequent zum Leitmotiv der wirtschaftlichen Außenbeziehungen. Freilich brachte dies die Notwendigkeit mit sich, möglichst schnell eine Industrie aufzubauen, die die Einfuhren ersetzen konnte. Mit „gesundem Menschenverstand“ und dem Rat des Statistikprofessors *Mahalanobis* ging man dabei vermeintlich logisch vor: Zuerst die Schwerindustrie (Kohle, Stahl, Zement usw.), dann die mittlere (Maschinenbau, Werkzeugmaschinen usw.) und erst später die Leichtindustrie (Konsumgüter). Heute weiß man, daß eine umgekehrte Reihenfolge im Rahmen einer internationalen Arbeitsteilung erfolgreicher gewesen wäre.

Indien hat *Zölle* erhoben, die zu den höchsten der Welt gehören. Aber darüber hinaus wurde der Import von vielen Produkten einfach verboten – oder zumindest von Sondergenehmigungen abhängig gemacht. Es handelt sich hierbei um Produkte, die in Indien selbst hergestellt werden konnten. Investoren, die hochwertige Maschinen etwa aus der Bundesrepublik Deutschland importieren wollten, mußten zunächst auf dem indischen Markt Angebote einholen. Sie hatten gegebenenfalls die Beweislast, daß die in Indien angebotenen Maschinen nicht ihren Anforderungen entsprachen. Erst wenn ein Schreiben des indischen Anbieters vorlag, daß er doch nicht den geforderten Standard liefern könne, wurde eine Einfuhrlizenz erteilt. Ein solcher Vorgang konnte mehrere Jahre in Anspruch nehmen. So ist es nicht verwunderlich, daß Investoren, die es eilig hatten, zu Methoden der Entscheidungsbeschleunigung griffen. Davon profitierten nicht nur die Bürokraten, sondern auch unter Umständen die Anbieter indischer Konkurrenzprodukte.

Das System der hohen Schutzzölle und die Verzögerungen durch die administrative Begutachtung von Importanträgen führten zu einer völligen *Isolierung* der inländischen Produktion *vom ausländischen Konkurrenzdruck*. Hinzu kam eine ungesättigte Nachfrage im inländischen Markt, so daß die Produzenten kaum einen Anreiz hatten, ihre Kosten zu senken. Die Daumenregeln der Bürokraten bei der Zuordnung von Einfuhrlicenzen gründeten sich einerseits auf Leistungen in der Vergangenheit und andererseits auf die bereits installierte Kapazität des Antragstellers. Das Ergebnis war ein Erstarren der relativen Betriebsgrößen und Marktanteile in den Industriesektoren. Kapazitäten wurden allenfalls künstlich ausgeweitet, um so erhöhte Einfuhrmengen zugesprochen zu bekommen.

Am schlimmsten wirkte sich aber aus, daß die Zollstruktur die Kapitalgüter künstlich verbilligte, so daß die Produzenten zu relativ kapitalintensiven Produktionsweisen angeregt wurden und daher weniger Arbeitskräfte einstellten, als dies bei unverzerrten Preisrelationen der Fall gewesen wäre. Die Protektion der Industrie durch die hohen Schutzzölle führte darüber hinaus zu einer künstlichen Erhöhung der Preise der von der Industrie gelieferten Zwischenerzeugnisse für den Agrarsektor – z. B. landwirtschaftliche Geräte und Werkzeuge –, und dies wirkte sich wiederum ungünstig auf die Entwicklung der Landwirtschaft aus.

Für verschiedene Rohstoffe wurde ein System der Einfuhrkanalisierung (*import canalisation*) eingeführt. Staatliche Handelsorganisationen wurden geschaffen: z. B. die *State Trading Corporation of India* (STC); die *Minerals and Metals Trading Corporation of India* (MMTC); die *Metal Scrap Trade Corporation of India Ltd.* usw. Sie alle sollten den Bedarf der einheimischen Industrie ermitteln, die benötigten Mengen auf dem Weltmarkt möglichst kostengünstig einkaufen und sie zu Festpreisen an die einheimischen Verbraucher abgeben. Da die Bedarfsmengen ein halbes Jahr im voraus angekündigt (und angezahlt) werden mußten, führte das System zu mangelnder Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, bzw. in vielen Fällen zum Horten von Rohstoffen. Da die kanalisiertem Einfuhren nicht an Handelsfirmen, sondern nur an die Firmen des tatsächlichen Endverbrauchs (*actual users*) geliefert wurden, gab es keinen einheimischen Handel dieser Güter, der zu einer größeren Flexibilität geführt hätte. Zeitweilig waren zwei Drittel der gesamten indischen Einfuhr auf diese Weise „kanalisiert“.

Schließlich hat der indische Staat auch noch den Preis für ausländische Devisen durch die Festlegung unrealistischer Wechselkurse verzerrt. Ein blühender Schwarzmarkt für Devisen sowie ein beachtlicher Warenschmuggel waren die Konsequenz, denn durch den falschen Wechselkurs erschienen den Verbrauchern ausländische Waren vergleichsweise billig, während potentielle Ausfuhr Güter im Ausland zu teuer angeboten werden mußten.

Der Zufluß ausländischen Kapitals mußte dünn bleiben

Die wirtschaftliche Abkoppelung vom Ausland blieb nicht auf den Handel mit Gütern und Dienstleistungen beschränkt, sondern bezog auch den freien Kapitalfluß mit ein. Die Investitionen ausländischer Kapitalgeber in der indischen Industrie wurden einschränkenden Bedingungen unterworfen. Die 1973 verabschiedete *Foreign Exchange Regulations Act* (FERA) regelte die Bedingungen, unter denen ausländische Firmen in Indien investieren, importieren und exportieren konnten. Beispielsweise durften Ausländer in der Regel nur bis zu 40 Prozent des Anlagekapitals einer Gesellschaft halten. Die übrigen 60 Prozent blieben einheimischen Investoren vorbehalten, die damit

auch die Kontrolle ausüben konnten. Der Kapitalfluß aus dem Ausland blieb demzufolge auch sehr dünn. Auch hier gab es viele Ausnahmen und Sonderregelungen, die im Einzelfall von den betreffenden staatlichen Stellen entschieden wurden. Die Erfahrungen anderer Länder haben aber gezeigt, daß ausländische Direktinvestitionen wertvolle Ergänzungen der einheimischen industriellen Entwicklung darstellen können. Der Technologietransfer, die Vermittlung von Managementverfahren und die Ergänzung des einheimischen Kapitalmarktes durch Bereitstellung von Investitionsmitteln der Ausländer sind positiv zu beurteilen. Obwohl es auch unbestrittene Gefahren und Probleme bei der ungehinderten Zulassung ausländischer Konzerne gibt, lassen sich diese eher bei einem starken Kapitalzustrom regeln als bei einem schwachen. Denn die ausländischen Firmen stehen dann im Wettbewerb miteinander und können die Regierung nicht so leicht erpressen oder sonst unter Druck setzen. Die indische Angst vor Überfremdung war unter diesem Gesichtspunkt daher überzogen.

Die Umorientierung der indischen Wirtschaftspolitik stieß auf lautstarke Proteste

Bedeutung und Tragweite der *Liberalisierungsmaßnahmen* der *Congress*-Regierung *Rao* vom 24. Juli 1991 und danach lassen sich auf diesem Hintergrund besser verstehen. In der Tat handelt es sich eher um die Umwandlung einer Wirtschaftsordnung von einem weitgehend staatlich dominierten System zu einem marktwirtschaftlichen als um eine bloße Anpassung an globale Veränderungen. Den sozialistischen Staaten Osteuropas hat Indien lediglich voraus, daß schon eine Privatwirtschaft besteht und daß damit ein besseres Verständnis für marktwirtschaftliche Prinzipien bei Managern, Produzenten, Konsumenten und politischen Entscheidungsträgern vorhanden ist. Andererseits hat Indien bereits sehr weit entwickelte politische Freiheiten und Rechte, so daß die einschneidenden und teils unpopulären Maßnahmen, die im Rahmen der Strukturanpassung erforderlich sind, auf lautstarken politischen und opportunistischen Widerstand stoßen. Vielfach wird bemängelt, daß die Strukturanpassung einseitig zu Lasten der Armen geht und daß nur die bereits bevorzugten Wirtschaftssubjekte von der wirtschaftlichen Liberalisierung profitieren. Dabei wird übersehen, daß die oft sehr lautstarken Proteste auf der Straße in aller Regel nicht von den eigentlichen Armen, sondern von den Lohnempfängern des organisierten Sektors, also von den bisher privilegierten Beamten und Staatsangestellten und der bereits erwähnten Arbeiteraristokratie erhoben und organisiert werden.

Die neue indische Wirtschaftspolitik wurde im wesentlichen von *Manmohan Singh* konzipiert, einem Wirtschaftswissenschaftler, der unter Ökonomenkollegen im In- und Ausland hohes Ansehen genießt. Er ist Professor der Wirtschaftswissenschaften der *Delhi School of Economics* und eher Technokrat als Politiker.

Premierminister *Rao* verließ sich in Wirtschaftsfragen ganz auf ihn. *Manmohan Singh* mußte zunächst die unmittelbare Zahlungsbilanzkrise abwenden, was durch erhebliche Wechselkurskorrekturen geschah, die die indische Rupie um mehr als 20 Prozent abwerteten. Die bestehenden Strukturprobleme der indischen Wirtschaft wurden mit den folgenden *Maßnahmen* angepackt:

1. Die für den *Staatssektor* reservierten Industriezweige wurden *reduziert*. Statt 17 verbleiben jetzt nur noch acht, die strategische oder Sicherheitsfragen berühren, ausschließlich dem Staat vorbehalten.

2. Das MRTP-Gesetz wurde geändert, so daß große Firmen nicht mehr die *Vorabgenehmigung* für Kapazitätsausweitungen oder -diversifizierung benötigen. Kleinunternehmen dürfen fortan 24 Prozent ihrer Anteile den Großunternehmen oder anderen Industrieunternehmen anbieten, so daß sie damit Zugang zu Kapital und Technologie erhalten.

3. Das System der *Industrielizenzen* wurde für alle Investitionen mit Ausnahme von 18 Industriezweigen, in denen strategische oder ökologische Gesichtspunkte wichtig sind, *abgeschafft*. Damit sind 80 Prozent der Industrie von der Lizenzierung befreit.

4. Ein *Nationaler Erneuerungsfonds* wurde geschaffen, um sicherzustellen, daß die Kosten der Umstrukturierung nicht allein den Arbeitern aufgebürdet werden. Damit soll ein Sicherheitsnetz für die Arbeiter nicht lebensfähiger Unternehmen sowie eine Finanzierung ihrer Umschulung und Wiedereingliederung geschaffen werden.

5. Das System der *Importlizenzen* wurde zunächst durch handelbare Einfuhrberechtigungen (*exim scrips*) ersetzt, die man für getätigte Ausfuhren erhielt. Inzwischen ist dieses System durch die weitgehende *Konvertibilität* der indischen Rupie abgelöst worden. Die Einfuhr von Kapitalgütern (Maschinen usw.) wurde automatisch in bestimmten Grenzen genehmigt, wenn diese durch ausländische Direktinvestitionen finanziert werden. Die Kanalisierung der Einfuhren sowie der Ausfuhren wurde stark reduziert.

6. Die Grenze für die *Anteile ausländischer Investoren* wurde in einer großen Anzahl von Industriezweigen (*priority industries*) von 40 auf 51 Prozent erhöht. Das Antrags- und Genehmigungsverfahren wurde vereinfacht. Für *ausländische Direktinvestitionen* in den anderen Industriezweigen wurde das Genehmigungsverfahren durch die Einrichtung des *Foreign Investment Promotion Board* ebenfalls vereinfacht (*streamlined*). Dabei werden auch Anträge für eine Beteiligung über 51 Prozent angenommen. Die Genehmigung des Technologieimports wurde in bestimmten Grenzen für Prioritätsindustrien automatisiert.

Schritt für Schritt wurden danach weitere Liberalisierungsmaßnahmen ergriffen, so z. B. erhebliche Zollsenkungen und die partielle Konvertibilität der indischen Rupie. Der zuvor in Indien weitverbreitete Schwarzmarkt für harte Währungen ist völlig zusammengebrochen.

Der Staatshaushalt läßt sich nur durch Umstrukturierung des Staatssektors sanieren

Doch in einem wichtigen Bereich steht die indische Regierung noch vor ihrer größten Bewährungsprobe. Das Haushaltsdefizit, das zeitweise fast ein Zehntel des indischen Nettosozialprodukts ausmachte, muß zur Erreichung der Stabilität der Wirtschaft weiter gesenkt werden. In dem Maße, wie Zölle abgebaut werden und Lizenzgebühren wegfallen, versiegt auch die wichtigste Einnahmequelle des Staates. An die Besteuerung des größten Wirtschaftszweiges, der Landwirtschaft, in der immer noch fast 70 Prozent der Beschäftigten tätig sind, haben sich die Regierung Rao und die Folgereregierungen bisher nicht herangetraut. Bei der Mehrzahl der indischen Bevölkerung ist durch direkte Besteuerung wegen der niedrigen Einkommenshöhe nicht viel zu holen. Aber auch auf der Ausgabenseite ist der politische Spielraum für einschneidende Maßnahmen gering. Wesentliche *Ausgabenposten* sind die übergroße Bürokratie, die für die Steuerung der Wirtschaft im bisherigen System erforderlich war, sowie die erheblichen Mittel, die in die Aufrechterhaltung der Staatsunternehmungen fließen. In beiden Fällen führen Kürzungen zu Entlassungen bzw. zu Versetzungen von Arbeitnehmern. Gewerkschaften und linksorientierte politische Parteien sehen hier einen Angriff auf den Besitzstand und die sozialen Errungenschaften und antworten mit Streiks und Unruhen. Mit einer Änderung des Arbeitsrechts, das bislang die Beschäftigten – im Gegensatz zu den Arbeitslosen – begünstigt, ist vorläufig nicht zu rechnen.

Die Diskussion über die notwendigen Umstrukturierungen der staatlichen Seite der Wirtschaft firmiert unter der Bezeichnung *Exit Policy*. Der Begriff *Exit* hat in der Wirtschaftswissenschaft eine präzise Bedeutung. Die Marktwirtschaft erfordert freien Zutritt (*Entry*) und auch freien Austritt (*Exit*) aus einem Industriezweig. Die Anpassung der Wirtschaft an neue Entwicklungen, an Veränderungen im Welthandel usw. vollzieht sich nur teilweise in den einzelnen Unternehmen selbst, und dieser Prozeß der ständigen internen Anpassung wird ergänzt durch die Geburt neuer Firmen und das Sterben alter. In Indien, wo die Anpassung schlecht und recht durch staatliche Planung verordnet wurde, gab es kein Sterben in diesem Sinne. Private Unternehmen, die nicht mehr lebensfähig waren, konnten nicht einfach schließen, da dafür ja eine Genehmigung erforderlich war.

Die Genehmigung zur Schließung ist seit der Unabhängigkeit Indiens höchst selten

erteilt worden. Letzten Endes mußte der Staat selbst einspringen und die „kranken Einheiten“ (*sick units*) weiterführen. Ende März 1992 gab es im kleinindustriellen Sektor 245 000 marode Firmen mit Schulden von ca. DM 1,6 Milliarden. Hinzu kamen 1336 weitere marode Firmen, die nicht zur Kleinindustrie gehören, mit Außenständen von DM 2,8 Milliarden. Nimmt man weiterhin die gefährdeten Betriebe (*weak units*) dazu, so erhält man eine Summe von 247 000 zahlungsunfähigen Unternehmen mit einem Gesamtschuldenvolumen von DM 5,8 Milliarden. Der Abbau des Bestandes maroder Industrieunternehmen gehört zu den vorrangigen aber bisher ungelösten wirtschaftspolitischen Aufgaben in Indien. Die Weltbank ist bereit, durch Bereitstellung langfristiger Kredite den Grundstock für ein Sicherheitsnetz der Beschäftigten im staatlichen und modernen industriellen Sektor zu schaffen. Leider hat aber die öffentlich geführte Diskussion der Schließung von *sick units* einen emotionalen Aspekt, so daß *Exit* als Begriff heute schon tabu ist.

Doch nach wie vor ist der Staat gefragt

Die Möglichkeit einer Liberalisierung der indischen Wirtschaft wurde in der Vergangenheit vielfach mit Skepsis beurteilt. Heute besteht eher eine Euphorie unter Wirtschaftsfachleuten, Unternehmern und Investoren, nicht nur in Indien, sondern auch in Deutschland, über die eingeleiteten Strukturveränderungen. In Indien selbst sind die Veränderungen im Leistungsangebot, in den Auswahlmöglichkeiten für den Konsumenten und in der Dynamik der Entwicklung unverkennbar. Ein Zurück kann es kaum noch geben, und Zweckoptimisten folgern daraus, der Prozeß der Entfesselung der indischen Wirtschaft werde zwangsläufig weitergehen. Es ist aber ein Szenario denkbar, bei dem der Liberalisierungsprozeß, der noch viele Schritte zu gehen hat, ins Stocken gerät und zum Stillstand kommt. Schon jetzt hat die Freigabe der Preise zu Verteuerungen geführt, die von den Empfängern fester Einkommen besonders gespürt werden. Diese sind aber erfahrungsgemäß organisiert und lautstark. Wenn sich die Liberalisierungserfolge aber erst nach und nach einstellen, könnten von den Oppositionsparteien Unruhen in den Städten geschürt werden, was eine schwache Regierung leicht zum Sturz bringen könnte. Denn die Unzufriedenheit der Wähler schlägt in Indien schnell um und auf die Stimmung der politischen Entscheidungsträger durch. Welche Zukunft erwartet Indien aber, wenn die Entwicklungsstrategie der Öffnung, Deregulierung und Privatisierung

langfristig erfolgreich fortgesetzt werden sollte? Der Drang nach privater Mobilität läßt für jeden Stadtbewohner den Traum des eigenen Motorrollers oder Autos realisierbar werden. Tatsächlich nimmt die Motorisierung in den urbanen Zentren rapide zu. Die Straßen verstopfen, Unfälle, Luftverpestung und der drohende Verkehrsinfarkt sind die Folge. Aber auch auf den Landstraßen und wenigen Autobahnen staut sich schon jetzt der Verkehr, weil der Staat in dem ihm ureigensten Bereich der Infrastruktur nicht nachkommt. Die Häfen sind ebenfalls verstopft, was die Wettbewerbsfähigkeit der indischen Industrien auf dem Weltmarkt hemmt. Umweltprobleme durch den Verkehr, aber auch durch eine auf niedrige Stückkosten angewiesene Industrie, werden immer akuter und erfordern einen starken Staat, um Regeln und Überwachungssysteme zu installieren. Das Gleiche gilt für die rasche Urbanisierung mit ihren zusammengepferchten Menschen in Slums und Squatter-Siedlungen, die durch staatliche Maßnahmen in geordnete Bahnen gelenkt werden müßte.

Die Volkswirte trauen in der Regel auf die Selbstheilungskräfte des Marktes, um diese und ähnliche Probleme in anderen Bereichen zu lösen. Aber einerseits brauchen solche Kräfte oft so lange, um sich auszuwirken, daß in der Übergangszeit viel Not und Elend in Kauf genommen werden muß. Andererseits gibt es Probleme, die grundsätzlich nicht durch Marktmechanismen allein geheilt werden können, sondern einen starken Staat erfordern. Hierzu gehören all die schwierigen Umweltprobleme, bei denen Einzelne Kosten verursachen, die die Allgemeinheit zu tragen hat. Hier ist der indische Staat gefordert, die Allgemeinheit gegenüber den Verursachern zu vertreten.

Literaturhinweise

- Das, Dilip K., 1991. Import canalisation, Sage Publications, New Delhi.
- Dhar, P. N., 1985. The political economy of development in India, *Indian Economic Review*, Vol. XXII, No. 1, 1–18.
- Economic Survey 1991–92, 1992. Hrsg. von Government of India, Ministry of Finance, Economic Division, New Delhi.1
- Jha, L. K., 1987. New Thrusts in the Indian economy, in: Ruddar Datt, Hrsg., *India's new economic policy*, S. Chand & Company (Pvt) Ltd., New Delhi, 27–37.
- Lal, Deepak, 1988. India, International Center for Economic Growth, San Francisco, California.
- McDonald, Hamish, 1991. On barren ground, *Far Eastern Economic Review*, 8 August.
- Patel, I.G., 1987. New economic policy – An assessment, in: Ruddar Datt, Hrsg., *India's new economic policy*, S. Chand & Company (Pvt) Ltd., New Delhi, 160–180.
- Rieger, Hans Christoph, 1989. Aktuelle Trends in der indischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung, in: Wemer Draguhn, Hrsg., *Indien in den 90er Jahren, Politisch-soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen*, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg 175, Hamburg 83–104.
- Sinha, Jai B.P., 1990. *Work culture in the Indian context*, Sage Publications, New Delhi.

Das Kastensystem

Hinduismus, Dorfstruktur und politische Herrschaft
als Rahmenbedingungen der indischen Sozialordnung

Von Clemens Jürgenmeyer und Jakob Rösel

Clemens Jürgenmeyer, M. A., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg i. Br., Privatdozent Dr. Jakob Rösel lehrt Wissenschaftliche Politik an der Universität Freiburg i. Br.

„Kaste“ ist ein portugiesisches Wort, mit dem eine Bezeichnung für etwas, das dem von außen Kommenden fremdartig vorkommt. Mit dem Wort wird einerseits ein Charakteristikum der Sozialordnung der indischen Agrargesellschaft benannt, mit ihren über 8000 real existierenden „jatis“: einer Kastenordnung, die sich ständig verändert und angepaßt hat. Zum andern sind mit Kasten die „varnas“ der brahmanischen Herrschaftsideologie gemeint, die die Aufteilung und Hierarchisierung der Gesellschaft in vier „Farben“ (zuzüglich der Kastenlosen außerhalb, der Unberührbaren) rechtfertigen, indem sie sie religiös begründen. Im Zuge der Modernisierung ist die indische Sozialordnung erheblich in Bewegung geraten, Kasten werden zu Interessengruppen, die von ihrer früheren Bedeutung nur noch die Funktion der Heiratsbeschränkungen und der sozialen Verkehrskreise bewahrt haben. *Red.*

Die Vielgestaltigkeit dessen, was Hinduismus heißt

Das Kastensystem bildet seit alters her eines jener Merkmale der indischen Zivilisation, die sie für fremde Beobachter ebenso wie Eroberer einzigartig, unverkennbar und schwer bestimmbar machten. Es mag deshalb als verwirrend erscheinen, daß die ohnehin schwierige Beschreibung dieser fremdartigen Sozialordnung zusätzlich mit einer Betrachtung jener religiösen, dörflichen und politischen Ordnungssysteme Indiens verknüpft wird, die gleichermaßen das Erstaunen der Europäer hervorgerufen haben. Da diese drei Ordnungssysteme aber das Kastensystem religiös legitimiert, praktisch vorausgesetzt und politisch instrumentalisiert haben, so muß diese Betrachtung diese drei zusätzlichen Ordnungsmodelle mit berücksichtigen, die sich, wie so vieles in Indien, fast ununterscheidbar wechselseitig durchdringen, begründen und stützen.

Den *Hinduismus* zeichnet seine Vielgestaltigkeit, also die enorme kulturelle Produktivität und Plastizität aus. Diese Religion muß eher als ein Prozeß, denn als eine Struktur begriffen werden, entlang weniger, charakteristischer Ordnungselemente. G.D. Sonthheimer hat fünf solcher Ordnungselemente, Einzelreligionen, hervor-

gehoben: Er unterscheidet eine von spezialisierten und hochrangigen Brahmanenpriestern hervorgebrachte und auf gesamtindischer Ebene tradierte Religion des Opfers, der Ritualistik und der philosophischen Spekulation (*Brahmanismus*). Neben ihr steht eine von Einzelgängern und Einsiedlern getragene, fast noch ältere Religion der Weltentsagung, der Meditation und Erlösungssuche (*Asketismus*). Beide stehen seit jeher einer immer weiter marginalisierten, von Familienältesten, „Medien“ oder Schamanen, getragenen Religion der Stämme gegenüber (*Animismus*). Hinzu tritt eine erst später entstandene, vom einzelnen Alltagsmenschen getragene und von volkstümlichen Sekten organisierte „pietistische“ Religion der Gottesinnigkeit, der *Bhakti* (*Mystizismus*). Diesen vier Traditionen steht schließlich eine fünfte Religion, eine „Volksreligion“, gegenüber, die nicht nur als eigenständige Struktur, sondern darüber hinaus auch als eine *Synthese* aller anderen Traditionsmuster aufgefaßt werden kann. Diese Religion wird seit der Durchsetzung des Ackerbaus und stationärer und differenzierter Dorfgemeinschaften von der Mehrheit der Inder geteilt und von der überwältigenden Masse der Brahmanen organisiert und rituell vermittelt. Von unterschiedlichsten Schichten, Regionen und Priestern getragen, zeigt sie sich vom Haushalts- und Dorfschrein, über den Palast- und Stadttempel bis hin zur großen Tempelstadt in höchst unterschiedlicher Form. Dennoch bleibt diese Skala der Differenzierung von zumindest zwei Gemeinsamkeiten geprägt: die jeweilige Gottheit ist nicht nur dauerhaft lokalisiert, sondern ihr wird in Vorstellung und Ritus eine Körperlichkeit, wenn nicht in der Form einer Figur, so doch wenigstens in der Form eines Natur- oder Kunststeins (*Lingam*) zugestanden. Dank dieser Fiktion empfängt der Stein oder die Figur eine regelmäßige Verehrung und Bewirtung von seiten eines zumeist als brahmanisch eingeschätzten Ritualisten und von seiten einer jeweiligen Kasten- oder Dorfgemeinschaft, Nachbarschaft oder Pilgerschaft.

Alle fünf Religionen haben sich über Jahrhunderte hinweg in freilich unterschiedlichem Maße wechselseitig wahrgenommen, beeinflusst und interpretiert. Jedoch unabhängig von dieser fast unvermeidbaren wechselseitigen Prägung läßt sich mit aller Vorsicht auch ein Prozeß der Neubildung und der Differenzierung ausmachen. Parallel zur Ausbildung, Ausbreitung und Konsolidierung einer Bauerngesellschaft und parallel zur Entstehung von Städten und Regionalreichen wird die Re-

ligion der Stämme zu einer Religion tribaler Peripherien. Entsprechend dieser Entwicklung lassen sich zugleich eine Religion des Brahmanismus und eine des Asketismus schärfer konzeptionell unterscheiden. Beide treten in einen Prozeß der sozialen, rituellen und intellektuellen Ausgestaltung und Differenzierung ein. Zugleich bildet sich mit Dörfern, Städten und Regionalreichen jenes Kontinuum, in dem die Vorstellung von dem im Stein oder in der Figur verkörperten Gott seinen Platz und seine Ausgestaltung findet. Es ist die jahrhundertalte Erfahrung und eine aus anderen Traditionen gespeiste Ablehnung der lokalisierten, körperhaften und tempelzentrierten Gottheit, die schließlich die Religion der Gottesinnigkeit und Volksmystik entstehen läßt.

Dieser Entstehungs- und Differenzierungsprozeß ist damit zugleich ein irreversibler Prozeß der Verdrängung und der Umwandlung der Stämme und der ihnen spezifischen Religion. Der Glaube der Inder, der künftige Hinduismus, wird im gleichen Atemzuge „zivilisierter“, vielgestaltiger und kreativer, und dieser Prozeß zeigt sich – mit der Ausnahme der Stammesreligion – sowohl innerhalb als auch zwischen jenen Religionen – des Brahmanismus, Asketismus, Mystizismus und des Volksglaubens –, die dem Hinduismus seine Vorstellungsräume, Glaubensorientierungen und Entfaltungsrichtungen vorgeben.

Die Bedürfnisse der indischen Dorfwirtschaft

Fast überall in Indien finden wir eine dominante Bauerngruppe, die gewohnheitsrechtlich den gesamten, also den kultivierten und kultivierbaren Boden kontrolliert. Sie ist „dominant“, weil sie an der Spitze einer sozialen Hierarchie und eines Systems der Arbeitsteilung steht, die beide den Anbauzyklus regulieren und die Dorfstruktur prägen. Das einzelne Dorf bzw. eine lokale Gruppe von Dörfern bildet eine weitgehend autarke, außerhalb der Geldwirtschaft stehende und deshalb sozial und funktionell hochdifferenzierte Einheit. Die für den Anbauzyklus, das Leben der Bauern und den Fortbestand des Dorfes notwendigen Werkzeuge und Materialien, Arbeits- und Dienstleistungen müssen deshalb in ihrer Mehrzahl im Dorf selbst produziert und zur Verfügung gestellt werden, von jeweils spezialisierten Gruppen, die in einem spezifischen, *Jajmani* genannten, Dienstleistungsverhältnis zu der dominanten Bauerngruppe stehen. *Jajmani* bedeutet im Kern, daß der betreffende Handwerker oder Dienstleistende die jeweiligen Versorgungswünsche der Bauern und der übrigen Dorfbewohner zu erfüllen hat; im Gegenzug steht diesem Handwerker oder Dienstleistenden ein bestimmter, nach seiner Bedeutung und seinem Rang bemessener Ernteanteil, also ein Naturaldeputat, oder aber eine Anbauparzelle zur Verfügung. Da diese zusätzlichen Arbeiten oft während wichtiger Zeremonien oder Familienfeste anfallen, so wird der Betreffende auch durch seine Beteiligung geehrt und durch Geschenke entlohnt.

Außerhalb dieses strukturell starren und zugleich im Alltags- und Jahresrhythmus flexiblen Systems dörflicher Produktion und sozialer Reproduktion stehen am oberen wie am unteren Ende dieser Rangskala zusätzliche Gruppen und Spezialisten, die von diesem System der funktionalen Inkorporation und sozialen Gradualisierung nicht integriert werden können oder sollen. Leben in dem betreffenden Dorf *Brahmanenfamilien* und verfügt es über einen von diesen versorgten Schrein, dann verfügt die Gottheit und die Brahmanenfamilie zwar über Land, das den Unterhalt der Familie und des Gottes sichert, aber die soziale Vorrangstellung eines Gottes und der Brahmanen wird es in den meisten Fällen verbieten, sie umstandslos den vorherrschenden *Jajmani*-Verhältnissen einzugliedern. Mit der Entstehung der Städte, der Regionalherrschaften und der Geldwirtschaft nimmt die Bezahlung der Grundsteuer und die Vermarktung eines wachsenden Teils der Weizen- oder Reisernte eine neue Bedeutung an. Entsprechend dieser historischen Entwicklung hat der *Geldverleiher* und *Getreidehändler* Zugang zu den indischen Dörfern gefunden. Er verkauft das Getreide und erleichtert, organisiert und garantiert die Zahlung der Bodensteuer. Seine Natural- und später Geldkredite treiben den Anbauzyklus voran, sie sichern nach Dürre oder Überschwemmungskatastrophen die Wiederaufnahme der Kultivierung, und sie halten weite Teile der Dorfbevölkerung am Leben und in Abhängigkeit.

Auch *feudale Kriegergruppen*, die im indischen Mittelalter in und bei vielen Dörfern lebten, befinden sich in einer vergleichbaren Grenz- und Mittelstellung. Manchmal in von Palisaden oder Lehmmauern geschützten Forts siedelnd, erzwangen und erhielten sie feste Ernteabgaben und Arbeitsleistungen, während sie im Gegenzug für den Schutz dieser Dörfer aufkamen und einem lokalen *Raja* (König) Gefolgschaft leisteten. Ob ursprünglich von außen eingedrungen oder durch politische und steuerliche Privilegien aus der dominanten Bauerngruppe hervorgehoben und abgegrenzt, standen sie außerhalb der Dorfwirtschaft und des ihr entsprechenden Ordnungs- und Interpretationssystems. Brahmanen, Händler und Krieger konnten und wollten nicht als untergeordnete, wenn auch sozial anerkannte Dienstgruppen einer dominanten Bauerngruppe eingeschätzt und in das *Jajmani*-System integriert werden.

Die für die landwirtschaftliche Arbeit, insbesondere für die Ernte, den Gartenbau und die Fruchtbäume zuständigen *Landarbeitergruppen* dagegen sollten und durften nicht von dem *Jajmani*-System inkorporiert und geschützt werden. Ohne diese Land- und Erntearbeiter war und ist kaum ein indisches Dorf überlebensfähig, aber parallel zu der Entstehung der indischen Dorfwirtschaft und des *Jajmani*-Systems entstand durch die Verdrängung von Stammesgemeinschaften, in Konsequenz von Verarmungsprozessen und im Rhythmus von Dürrejahren oder Kriegskatastrophen ein breites *Agrarproletariat*, das außerhalb und un-

terhalb des Arbeits- und Schutzverhältnisses des *Jajmani*-Systems steht.

Die Gruppen dieser Landarbeiter siedeln außerhalb des Dorfes, sie werden nach Arbeitsbedarf, vorrangig während der Saat- und Erntesaison angestellt und nach der Zeitdauer oder der Menge ihrer Arbeit in Naturalien entlohnt. Damit sie auch außerhalb dieser Arbeitszeiten überleben können, bleiben ihnen manchmal angrenzende Waldstücke, etwa Kokos- oder Palmyrahaine, oder die abgeernteten Felder zur Nutzung und Nachlese überlassen. In einer vergleichbaren Situation der sozialen Degradierung, kulturellen Marginalisierung und ökonomischen Verwundbarkeit stehen die niederen *Wandergewerbe*, die zumeist in einem feststehenden Rhythmus die Dörfer einer Region besuchen und sie mit bestimmten Produkten und Dienstleistungen versorgen – Korbflechten, Metallarbeiten, Ziegelbrennen.

Spezialisiert und gegeneinander isoliert

Dieses weitgehend autarke System der Produktion und Reproduktion macht die erstaunliche Selbstbehauptungsfähigkeit der indischen Dorfgesellschaft auch unter schwachen Regionalherrschern, während langer Phasen politischer Anarchie und gegenüber immer wiederkehrenden Natur- und Kriegskatastrophen erklärbar. Die Gruppen, die diese Struktur konstituieren, sind spezialisiert und zugleich durch Beruf, soziale Rangordnung und Gruppenzugehörigkeit gegeneinander isoliert: Sie betrachten sich als gegeneinander vollständig fremd und als füreinander vollständig unverzichtbar. Sie sind zugleich in eine soziale Rangfolge eingegliedert, die in einem jeweiligen Dorf oder einer jeweiligen Region, von Einzelkonflikten abgesehen, von allen akzeptiert wird. Diese Rangfolge ist vorrangig an Macht, aber auch an Einkommen und an sozialem und rituellem Prestige orientiert. Verdeutlicht wird dieses dichte Gefühl der Über- und Unterordnung in einer Vielzahl von Alltagsbeziehungen, es wird offenkundig während der Dorf- und Familienfeste, und es wird glänzend inszeniert und zugleich gerechtfertigt durch die religiösen Rituale, insbesondere durch die Opfer-, Schrein- oder Tempelzeremonien.

Es ist an dieser Stelle, daß wir den unspezifischen Begriff der „sozialen Gruppe“ zugunsten desjenigen der „Kaste“ aufgeben müssen, wollen wir jenseits der ökonomischen Rationalität dieses Gruppengefüges seine Entstehungsgründe, seine ihm innewohnende soziale Selbstverständlichkeit und Angemessenheit und am Ende seine religiöse Rechtfertigung begreifen.

„Kaste“ wie auch „Hinduismus“ sind Bezeichnungen von Außenstehenden für ihnen Fremdes

Die Bezeichnung „Kaste“ ist ebenso wie der Begriff „Hinduismus“ eine von Außenstehenden erfundene Bezeichnung, um ein zunächst rätselhaftes und vielgestaltiges soziales und religiöses System zu beschreiben. Die Portugiesen, beeindruckt

von der Bedeutung, die die Inder der *Heirat* innerhalb der sozialen Gruppe und der *rituellen Distanz* zwischen ihnen beimaßen, bezeichneten diese Gruppen als „Rasse“, „Sorte“, „Züchtung“, also auf Portugiesisch als *casta*. Sie kamen damit dem (nord)indischen Begriff der *jati*, „Geburtsgruppe“, „Sorte“, „Art“ recht nahe. Trotz seiner Bedeutungsvarianten – *jati* kann auch als Familie(nname), Frucht(sorte), Beruf(skategorie) verstanden werden – kann *jati* als ein soziales Modell beschrieben werden: dem Begriff liegt die Vorstellung zugrunde, daß ein Mensch vielleicht ohne Eltern, ohne Gottesglauben und ohne einen Staat, aber niemals ohne und außerhalb seiner sozialen Gruppe, seiner Kaste, leben kann und darf. Der einzelne Mensch wird in eine soziale Gruppe, eine *jati*, hineingeboren, und es ist diese Gruppenzugehörigkeit, durch die ihm eine selbstverständliche, totale und normalerweise unwiderrufliche Identität zugeschrieben wird. Durch seine Zugehörigkeit zu dieser *jati* ist ihm seine Berufstätigkeit und normalerweise eine künftige Berufsposition – in einem Dorf, einer Stadt, einer Tempelanlage – zugewiesen.

Nicht nur das: Die Zugehörigkeit zur *jati* weist dem einzelnen einen durch Tradition und Gewohnheitsrecht feststehenden Lebens- und Verhaltensentwurf zu, der in unterschiedlichem, aber für Außenstehende erdrückendem Ausmaß dem einzelnen seine Kleidungs-, Speise-, Freizeits- und Glaubensgewohnheiten vorzeichnet und aufzwingt. Innerhalb der *jati* werden die Hochzeiten arrangiert; nur innerhalb der *jati* wird gemeinsam gegessen und die Wasserpfeife, die *Hookah*, geraucht. Die *jati* ist damit eine Schicksals-, Lebens-, Berufs- und Heiratsgemeinschaft.

Die Zugehörigkeit zur *jati* begründet also einerseits die Rechte und Pflichten unter den *jati*-Genossen, andererseits zwischen den verschiedenen *jatis* eines Dorfes, einer Region und seines Herrschaftssystems. Angesichts der umfassenden Lebens- und Gesellschaftsordnung, die damit aus der Zugehörigkeit zu einer *jati* resultiert, nimmt es nicht wunder, daß eine entscheidende Ordnungs-, Herrschafts- und Rechtsinstanz für den einzelnen, neben dem fernen oder nahen Regionalherrscher und dem von den jeweiligen dominanten Kasten monopolisierten Dorfrat, der jeweilige Kastenrat, der *Kastenpanchayat* ist.

Das in einem Dorf entfaltete und in einer Region verankerte Kastensystem erinnert damit an eine funktional und hierarchisch hoch verdichtete multiethnische Gesellschaft, mit anderen Worten, eine Gesellschaft, in der ethnische Siedlungsgrenzen keine, aber die Grenzen der Berufs-, Heirats- und Rechtsgruppen eine umfassende Bedeutung haben.

Ein einzelner und einfacher Entstehungsgrund für dieses einerseits extrem hierarchisierte und spezialisierte, andererseits von fast ethnischer Grenzziehung charakterisierte System wird sich nicht finden lassen. Es ist parallel zur Ausbreitung und Konsolidierung einer Bauerngesellschaft über einen Subkontinent und über

mehrere Tausend Jahre entstanden: Während dieses Prozesses haben vermutlich dominante Bauernkasten Brandrodung treibende Stämme nicht nur verdrängt, sondern zu Teilen kooptiert, in spezialisierte, abhängige Tauschbeziehungen und schließlich Berufsnischen gedrängt oder zu rechtlosen Erntearbeitern und Wandergewerben verwandelt. Das hier aufgezeichnete einfache Modell bildet einerseits eine im jeweiligen Dorf als selbstverständlich und total erfahrene Lebensrealität, andererseits ist es zugleich ein *Erklärungsmodell*: Auf diese Ordnungsannahme gestützt, kann mit guten Gründen der einzelne Dorfbewohner sich ein vereinfachtes Bild von der unendlich differenzierten indischen Dorf- und Stadtgesellschaft machen, die sich jenseits seines Dorfhorizonts erstreckt. Die eigene *jati* und das im Dorf und in der Region verankerte System der *jatis* konstituieren damit gleichermaßen eine Realität, eine Erklärungsformel und ein Ideal. Die äußeren Grenzen dieser Realität der eigenen *jati* oder der fremden *jatis* sind aber von dem einzelnen Mitglied nicht zu erfassen: Der Lebens-, Arbeits- und selbst der Heiratshorizont des Kastenmitglieds übersteigt selten das Dorf, eine lokale Ansammlung von Dörfern und eine Sub-region. In diesen konzentrisch erweiterten Kreisen findet der einzelne seine Berufsstelle, seine Sozial- und seine Ehepartner. Die *jati*, der er zugerechnet wird, ist aber – wenn auch von Fall zu Fall unterschiedlich – nach Name, Anspruch, Entstehungslegende, politischer Anerkennung und sozialer Verfaßtheit eine soziale Gruppe, die sich über weite oder alle Teile einer (Sprach)region erstreckt. Es ist die Ausbreitung der Regionalsprachen und die Ausdehnung der in ihnen existierenden städtischen Netzwerke und Herrschaftssysteme, die der Ausbreitung einer Schreiber-, Händler-, Bauern-, Handwerker- oder Künstlerkaste normalerweise ihre Grenzen vorgeben.

Die *jatis* bilden damit einerseits lokal erfahrbare Lebenswirklichkeiten und andererseits, überlokal, „vorgestellte Gemeinschaften“, deren Mitglieder sich niemals begegnen oder versammeln werden. In vorkolonialer Zeit sind sie auch selten in der Lage, sich politisch oder wirtschaftlich zu organisieren oder sich unter einen gemeinsamen Kastenrat zu stellen. Die erfahrbare und verpflichtende Lebenswirklichkeit der Kaste ist statt dessen die „Unterkaste“ oder – im Falle einer ausgedehnten, mitgliederstarken und zugleich differenzierten Kaste, normalerweise also einer mächtigen Bauernkaste – eine Sektion dieser Unterkaste. Innerhalb dieser, in einer Subregion oder einem Distrikt vorherrschenden Unterkaste findet der einzelne ein für ihn überschaubares soziales Milieu, spezifische Berufs- und Verhaltensvorgaben, einen dafür zuständigen Kastenrat, seinen Ehepartner und seinen sozialen Interaktionskreis.

Damit steht das einzelne (Unter)kastenmitglied immer im Zentrum eines Kreises, den er kaum überblickt und über dessen Segmente und deren eventuell fortlaufende Segmentierung er kaum unterricht-

et ist. Diese Struktur, deren jeweiliger Fixpunkt, die Unterkaste, zwar erfahrbar und beschreibbar ist, deren Grenzen und Untereinheiten aber dem einzelnen als entweder unklar oder irrelevant erscheinen, ist zudem ständig in Bewegung. Sie ist ebenso plastisch, kreativ und dynamisch wie diejenigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Systeme und Ordnungen – zumeist einer Region –, die den Kasten ihren Stellenwert, ihre Funktionen und Aufstiegschancen vorzeichnen.

Rein und unrein

Die *jatis* stehen im Dorf in einer zumeist eindeutigen, durch die Höhe der Entlohnung, die Rangabfolge bei Ritualen und die Privilegien bei Festen akzentuierten *Hierarchie*. Diese Rangfolge wird zugleich entlang einer Skala der Reinheit und Unreinheit wahrgenommen, dargestellt und begründet. Brahmanische, archaisch-ethnische und „realistische“ Vorstellungen von Reinheit liefern dazu eine Vielzahl oft widersprüchlicher, ungeheuer differenzierter und zugleich wechselseitig verbundener Kriterien.

Als *unrein* gilt, wer gegen einen brahmanisch sanktionierten und von Brahmanen und der Hindulite exemplarisch vorgelebten Verhaltenscode verstößt: Wer beispielsweise Tiere tötet und Fleisch isst, wer Palmschnaps destilliert oder trinkt, wer die *rites de passage* – Geburt, Heirat, Tod – ohne brahmanische Zeremonialleistungen durchläuft (weil er keinen Brahmanen findet oder bezahlen kann), gilt nach diesem Code als unrein. Als unrein gilt aber auch derjenige, der gegen uralte „ethnische“ oder „tribale“ Tabus verstößt: Wer beispielsweise mit abgeschnittenen Haaren und Zehennägeln (der Barbier), mit Menstruationsblut (der Wäscher) oder mit den zur Verbrennung oder zum Verscharren bestimmten Toten (Leichenträger, Trommler) in Berührung kommt, gilt als unrein. Als unrein gilt aber auch, wer nicht nur nach diesen, sondern nach fast modern anmutenden realistischen Vorstellungen als unrein, also als krank, ansteckend und gefährlich gilt: Wer als „Feger“ arbeitet und die Fäkalien der Höherkastigen beseitigt, wer die Tierkadaver beseitigt, aus Armut von ihnen isst und das Leder verarbeitet (der *Chamar*), gilt ebenfalls als unrein.

Vielerlei Vorstellungen und Kriterien, von Region zu Region und selbst von Dorf zu Dorf höchst unterschiedlich, konstituieren damit eine *Reinheitsskala*, die trotz der Unterschiedlichkeit der in ihr wirksamen Begründungen fast immer weitgehend deckungsgleich zu dem Gefälle an *Macht und Einkommen* zwischen den Kasten verläuft. Dieser Begriff und Vorstellungskreis der Reinheit ist aber das dieser zutiefst traditionalistischen Bauernkultur angemessene Bild und spezifische Anschauungsmaterial für die Abstraktion des sozialen Prestiges. Die Hierarchien der Macht, des Einkommens und des Prestiges sind deshalb im Rahmen des Kastensystems und des jeweiligen Dorfs zu einer weitgehenden, allerdings immer prekären Deckungsgleichheit gebracht worden. Aber diese Deckungsgleichheit ist immer

veränderbar. Sie muß immer wieder aufs neue hergestellt und readjustiert werden. Denn die Kastenstruktur in einem Dorf, einer Subregion oder Region bleibt beständig in Bewegung. Sie bleibt in Bewegung, weil aufgrund eigener Anstrengungen oder einer Änderung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Rahmenbedingungen bestimmte Unterkasten an Macht, Einkommen und Prestige, also Reinheit, gewinnen oder verlieren. Sie wollen, müssen oder können ihre Tätigkeiten, ihren Kundenkreis oder sogar ihren Beruf wechseln, und sie ändern aus eigenem Willen, aufgrund neuer Chancen oder unter Zwang ihren sozialen Habitus und Verhaltensstil. Entsprechend diesen Änderungen erhalten sie einen höheren oder niederen sozialen Status und Grad an Reinheit.

Auch in der Kastengesellschaft ständige Aufstiegs- und Abstiegsprozesse

Soziale Aufstiegs- und Abstiegsprozesse – angetrieben und ausgelöst von wirtschaftlichem, politischem und sozialem Wandel sowie von dem Engagement oder dem Versagen der eigenen Gruppe – erfolgen damit ständig. Sie erfolgen aber immer im Rhythmus des Generationenwechsels und im Rahmen eines sozialen Kollektivs – der Unterkaste oder eines Segments dieser Unterkaste. Da auch traditionelle Bauerngesellschaften nie vollständig statisch sind, da auch sie von sozialem Wandel, Katastrophen, dem Fall von Dynastien und dem Wagemut und der Mobilität einzelner Gruppen geprägt sind, so lassen sich angesichts der Vielfalt dieser Ursachen nur Beispiele, aber kein Repertoire der Faktoren des Aufstiegs oder des Abstiegs, der Spaltung und der Umbildung von Unterkasten aufführen.

Zwei fast durchgängige *Bewegungsprinzipien* dieser Aufstiegs- und Abstiegsprozesse lassen sich aber benennen: die jeweilige Unterkaste oder Sektion muß zunächst an Macht oder Einkommen hinzugewinnen, will sie sich ein Mehr an Prestige, an Reinheit, sichern. Verlust oder Gewinn an Macht und Einkommen bilden also fast immer den Ausgangspunkt oder die Voraussetzung für den Verlust oder Gewinn an ritueller Reinheit. Zugleich gilt, daß selten die Gesamtheit einer lokalen Kastengruppe, also die gesamte Unterkaste, zum Nutznießer oder Opfer sozialen Aufstiegs oder Abstiegs wird. Aufstiegs- und Abstiegsprozesse betreffen fast immer nur Teile der lokalen und subregionalen Unterkaste. Sie führen damit auf Dauer zu einer Abspaltung: Eine neue Unterkaste entsteht, die von nun an entweder eigenständig weiterexistiert oder aber mit einer anderen Unterkaste eine soziale Kooperation pflegt, Heiratsbeziehungen aufnimmt und sich am Ende mit ihr verbindet. Einige idealtypische Aufstiegs- und Abstiegsprozesse und damit (Unter)Kastenumbildungen sollen dies verdeutlichen.

Auch innerhalb einer dominanten Bauernkaste zeigen sich von Anfang an aufgrund von Erbteilungen oder Mißernten wachsende ökonomische Unterschiede.

Einzelne Bauern sind verschuldet, sind zu Pächtern, im Extremfall zu *sharecroppers* geworden. In dem Maße, in dem sie nur noch bei vergleichbar verarmten Familien Heiratspartner finden, ihre zeremoniellen Ausgaben reduzieren und Brahmanen nicht mehr patronisieren und beschenken können, beginnt sich ihr sozialer Interaktionsradius zu verkleinern. Sie werden von den bessergestellten Kastengenossen gemieden und ausgegrenzt. Ausgelöst durch vereinzelt und demütigende Konflikte um Respekt und Privilegien, Vorrang und Sitzordnung, wird den Anordnungen des Kastensrats nicht mehr Folge geleistet, und es beginnt sich eine neue Unterkaste, mit einem eigenen Kastensrat und einem eigenen Namen, rasch mit einer eigenen Entstehungslegende und einem eigenen verletzten Würdegefühl zu konstituieren.

Ein weiteres Beispiel: Einer Palmhegerkaste, einer Ölpresserkaste oder einer Schmiedekaste gelingt es, ihre Produkte – Palmschnaps, Speiseöl und Eisengerät – in einem größeren Umkreis, auf Wochenmärkten und Basaren mit Gewinn zu verkaufen. Nicht alle Kastenfamilien werden von den neuen Vermarktungschancen gleichermaßen profitieren, vielmehr werden diejenigen Kastengenossen, die die Produkte verkaufen, neuen Einfluß und Reichtum gewinnen. Indem sie sich aus der Herstellung zurückziehen und sich auf eine angesehene städtische Kundschaft orientieren, tauschen sie unmerklich über die Zeitspanne von zwei oder drei Generationen die Rolle des unansehnlichen Handwerkers mit derjenigen des bislang noch sozial unbestimmbaren Händlers aus. Ihre Kastengenossen zunehmend meidend, als Zulieferer ausbeutend und zugleich in Schuldabhängigkeit haltend, investieren sie jetzt in den Gewinn an sozialem Prestige. Sie trinken keine berauschenden Getränke mehr, kochen mit reinem Butterfett und leben vegetarisch. Sie stiften Schreine und finden verarmte Brahmanen, die bereit sind, bei ihren Heirats- und Sterbezeremonien mitzuwirken. Bald ist der Zeitpunkt erreicht, ab dem die verarmten Mitglieder einer regionalen Händlerunterkaste bereit sind, die Töchter und damit die glänzende Mitgift dieser Parvenüs als Bräute und als Finanzierungsinstrument zu akzeptieren. Sofern dieser Brauttausch von den übrigen Mitgliedern der Händlerkaste verurteilt wird und die entsprechenden Familien sozial gemieden werden, zeigt sich schließlich eine soziale und rituelle Konvergenz.

Die neuen und aufstrebenden Händlerfamilien bilden mit den von Sanktionen und Kastenausschluß bedrohten Familien der etablierten Händlerkaste eine neue endogame Gruppe, rituelle Gemeinschaft und soziale Einheit: Eine neue Unterkaste ist entstanden, die als (zunächst noch fragwürdige) Untergruppe der Händlerkaste gilt und deshalb die Prestige- und Aufstiegsinteressen der betreffenden „*up starts*“ erfüllt. Künftig werden sich diese neuen Förderer und Patrone brahmanischer Schreine und Zeremonien von ihren Hausbrahmanen eine Abstammungslegende schreiben lassen, die ihre Zugehörigkeit zu der entsprechenden Händlerkaste über alle Zweifel stellt.

Wie die vorgängigen Beispiele zeigen, verfügt diese Bauerngesellschaft mit der (Unter)kaste über eine ebenso plastische wie produktive Organisationsform, die es ihren Mitgliedern gestattet, immer wieder neue soziale Chancen zu nutzen oder Notlagen zu meistern. Die Organisationsform, die Unterkaste, ist eine scheinbar totale Ordnung: Sie ist *Rechtsordnung* – (Unter)kastenpanchayat –, *Heiratsverband*, sozialer und ritueller *Interaktionskreis* und *Berufsgemeinschaft*. Die Plastizität und Produktivität dieser Ordnung zeigt sich weniger in kollektiven, also alle Mitglieder erfassenden beruflichen, sozialen und rituellen Wandlungs-, und damit zugleich Aufstiegs- und Abstiegsprozessen, sondern vielmehr in beständigen Prozessen der internen Abgrenzung oder Ausgrenzung, die zur Bildung einer neuen Unterkaste und ihrer eventuellen Verbindung mit einer anderen führen. Innerhalb einer regional weit ausgedehnten, mit einem gleichen Namen bezeichneten Kaste, *jati*, und einem entsprechend gleichförmigen und scheinbar unwandelbaren regionalen Kastensystem finden wir deshalb zu jedem Zeitpunkt, auch in vorkolonialer Zeit und an vielen Orten, Prozesse der internen Distanzierung, der Neu- und Umbildung von Unterkasten, die, da sie im Generationenrhythmus verlaufen und im Gegensatz zu der vorgebliebenen rituellen Statik und sozialen Unveränderlichkeit des regionalen Gesamtsystems stehen, von traditionellen wie modernen Beobachtern übersehen wurden.

Mit seiner fortlaufenden Differenzierung erwies sich das Kastensystem als enorm anpassungsfähig

Mit anderen Worten: Die regionale Kaste, *jati*, und das regionale Kastensystem, also eine von seiten der Mitglieder und Unterkasten vorgestellte, nie erfahrbare Gemeinschaft und Sozialordnung, können als eine einheitliche und unveränderliche Struktur vorgestellt werden und fortbestehen, gerade weil die sozialen Wandlungs-, Aufstiegs- und Abstiegsprozesse auf einer unteren Ebene, also im Binnenraum und zwischen den Unterkasten, ablaufen. Mit der konkreten und lokalisierbaren Lebenswelt der Unterkaste verfügen diese Bauern, Dorfhandwerker und Erntearbeiter über eine überschaubare Arena, mit dem Mittel der Abspaltung, Neubildung und Umbildung der Unterkaste verfügen sie über eine wirksame Strategie, um sich gesellschaftlichen Wandlungsprozessen anzupassen und eigene Aufstiegsinteressen zu verfolgen.

Aufstiegsinteressen, Anpassungsfähigkeit, selbst Innovationsbereitschaft und Erfindergeist mögen deshalb in dieser Ordnung von einem einzelnen, einer Familie oder einem Clan ausgehen. Um aber zum sozialen Erfolg zu führen, müssen sie die Form einer kollektiven Anstrengung und Organisation annehmen – also der Bildung einer neuen Unterkaste. Damit wird zugleich eine notwendige Voraussetzung und Konsequenz des Beharrungsvermögens, also der Ausbreitung und Konso-

lidierung des Kastenregimes, deutlich, nämlich seine fortlaufende Differenzierung. Dem System bleibt die Chance und das Geschick, der strukturelle Zwang und die soziale Neigung eingeschrieben, durch die Herausbildung neuer Unterkasten sich in neuen Regionen einzunisten, sich an neue soziale, tribale, ethnische Milieus anzupassen und sich neuer wirtschaftlicher und politischer Möglichkeiten und Technologien zu bemächtigen. Erst die Ausdehnung über einen Subkontinent, schließlich die Nutzung langsamen oder beschleunigten sozialen Wandels hatten deshalb die Ausbildung und Umbildung neuer Unterkasten zur Voraussetzung und zur Folge. Auf der Grundlage und im Rhythmus von Spaltung und Zusammenschluß der Unterkasten und Kastensegmente konnte das System, also diese Bauerngesellschaft, einen Subkontinent erobern und seitdem alle gesellschaftlichen Wandlungsprozesse – die Entstehung von Städten, Regionalreichen, neuen Technologien und Wirtschaftsstrukturen – mittragen und begleiten. Erst mit der Kolonialzeit und den seither ausgelösten oder beschleunigten Prozessen einer Urbanisierung, Individualisierung und wachsenden kulturellen wie politisch-rechtlichen Modernisierung der Lebenswelten ist diese Anpassungsfähigkeit, die „Modernität“ dieser Tradition, zunehmend in Frage gestellt.

Verstehbar ist das Kastensystem auch ohne Rückgriff auf den Hinduismus

Unsere Schilderung des Kastensystems hat bislang auf die Darstellung der religiösen Begründung dieses Systems, die mit dem Wiedergeburtsglauben verbunden ist, verzichtet. Diese Begründung erschien aber seit altersher den Betrachtern Indiens als ebenso einzigartig wie diese Gesellschaftsordnung selbst, und ohne sie glaubten sie weder das Kastensystem noch den Hinduismus begreifen und beschreiben zu können. Damit ist diese Ausklammerung des Wiedergeburtsglaubens bereits in sich eine Aussage. Denn diese Darstellung ist von der Annahme geleitet, daß das Kastensystem in seiner lokalen und regionalen Ausprägung ebenso wie der Hinduismus als umfassende Volksreligion nicht nur ohne den Rückgriff auf diese Begründung beschrieben und verstanden werden kann, sondern daß beide weitgehend unabhängig von einem solchen Glauben entstanden sind. Da aber dieser Glaube die Religion des Brahmanismus ebenso wie die des Asketismus stark geprägt hat, da er auf der Ebene einer gesamtindischen brahmanischen und sanskritistischen großen Tradition seit jeher vorausgesetzt und propagiert wird und weil er hier zur Begründung und Festigung weniger der lokalen und regionalen Kastenregime als eines diesen Strukturen übergeordneten Modells sozialer Ränge eingesetzt wird, muß dieser Glaube an dieser Stelle als eine individuelle Interpretationsoption, als eine Herrschaftsideologie und als ein Deutungsmuster der sozialen Welt, also als eine spezifisch indische Theodizee, dargestellt werden.

Der Wiedergeburtsglaube als individuelles ethisches Konzept

Als ein in die (Kasten-)Gesellschaft umstandslos übertragbares, systematisches und widerspruchsfreies sozialphilosophisches Modell läßt sich der Wiedergeburtsglaube nicht darstellen. Die sanskritistische, hochbrahmanische Tradition und die großen philosophischen Systeme setzen die Existenz eines solchen Modells und Glaubens voraus, aber da sie auf die Überwindung dieser Sozialordnung, auf Erlösung, zielen, genügt ihnen das Bild einer einfachen Rangordnung. Sie verzichten darauf, eine nicht existierende gesamtindische, eine vorgestellte regionale oder gar eine konkrete lokale Kastenordnung zu detaillieren. Hinzu kommt, daß die zentralen Kategorien des Wiedergeburtsglaubens erst im Rahmen dieses Systems, also in der Gegenüberstellung eine spezifische Bedeutung annehmen, während sie in anderen religiösen und sozialen Zusammenhängen, etwa in der Volksreligion und im Berufsalltag, über ganz andere Bedeutungen verfügen. Als ein einfaches soziales und ethisches, vorgeblich realistisches und zugleich normatives Modell läßt sich der Wiedergeburtsglaube allerdings darstellen. Zugleich läßt sich aus diesem Modell das Bild einer umfassenden Theodizee extrapolieren.

Nach diesem Modell wird der einzelne in seine Gruppe, in seine Kaste hineingeboren, und dieser Akt der Geburt schreibt ihm zugleich sein Lebensschicksal vor: Auf seiner Lebensreise sollte er im wohlverstandenen Eigeninteresse den für seine Kaste traditionell festgelegten Berufs-, Verhaltens- und Ritualvorschriften genauestens entsprechen. Verletzt er diese Vorschriften, so erwirbt er schlechtes „Verdienst“, negatives *Karma*; erfüllt oder übererfüllt er – im Rahmen der seiner Kaste zugestandenen Spielräume – diese Vorschriften, so erwirbt er gutes „Verdienst“, positives *Karma*. Seinem Gesamtverhalten, seinem Lebensweg entspricht damit ein ethisches Kontokorrent, eine positive bzw. negative, exakt verrechenbare Verdienstakkumulation. Stirbt er, so entscheidet die Höhe seines positiven oder negativen *Karmas* über den Grad seiner höheren oder niedrigeren Wiedergeburt. Die Spanne ist dabei sowohl unspezifisch anekdotenhaft als auch endlos. Er kann zum einen als Gras, als Insekt, als „Wurm im Darm eines Hundes“, er kann zum anderen als Krieger, als Brahmane oder in der Götterwelt wiedergeboren werden. Das Lebensschicksal und damit die Wanderung durch die Ränge der Tier-, Menschen- und Götterwelt ist vollständig in die Hände, in die ethische Verantwortung des einzelnen gelegt. Soziale Konformität und Hyperkonformität werden ihm nahegelegt, und dieses ethische und zugleich egoistische Eigeninteresse sichert die Stabilität und Unwandelbarkeit der Gesellschafts- und Weltordnung. Ohne sich mit Details oder naheliegenden Fragen abzugeben – was geschieht mit der Sozialordnung, wenn alle gut oder schlecht sind? –, konzipiert der Wiedergeburtsglaube damit die ganze Welt als ein vom einzelnen angetriebenes und deter-

miniertes ethisches System. Als Struktur, als Hierarchie der „Arten“, Kasten, Ränge auf ewig feststehend, ist das System zugleich immer in Bewegung, als ein „Rad der Wiedergeburten“, als eine „Kette abhängigen Entstehens“. Es dreht auf der Stelle und operiert als *Theodizee*, indem es die klassische, westlich-christliche Theodizee-Frage nach der Entstehung und dem Sinn des Bösen durch eine ganz andere Perspektive und Fragerichtung ersetzt: Die Welt, also die vielschichtige Hierarchie der Pflanzen, Tiere, Menschen und Götter, existiert seit jeher und solange ihre Bestandteile, vor allem die Menschen, aus kurzfristigem oder langfristigem Egoismus, aus Gier oder Interesse an höherer Wiedergeburt Normen verletzen, erfüllen oder übererfüllen. Mit dieser Welt koexistiert das Böse und das Gute, es resultiert aus der grundsätzlichen Entscheidungsfreiheit der einzelnen, die an ihrer aktuellen und künftigen Existenz festhalten, und das Böse hat keinen „Sinn“. Es ist Bestandteil der Welt und Antriebsmoment des „Rads“. Diese Welt hat keinen Sinn, der einzige Sinn liegt außerhalb von ihr, in der Entscheidung und in dem schwierigen Weg, sie zu verlassen, „Erlösung“ zu finden. Erlösung findet aber nur derjenige, der seinen Egoismus vollständig überwindet, also weder Normen verletzt noch erfüllt und deshalb keinerlei Verdienst, keinerlei *Karma*, ob negatives oder positives, ansammelt. Diese Entscheidung und Strategie ist aber nur einer Minderheit möglich. Sie ist normalerweise nur für denjenigen möglich, der aus der Sozialwelt, aus seiner Kaste vollständig austritt und in einem selbst geschaffenen, von traditionellen Kastennormen freien Raum als *Einsiedler* oder hausloser *Asket* nach Erlösung strebt. Diese Entscheidung kann der nach Erlösung Strebende frühzeitig oder erst im Alter treffen, und er kann sich dabei der verschiedensten Strategien und Methoden, der Askese und Geißelung, der Meditation und der Mystik bedienen. Der Wiedergeburtsglaube konzipiert damit die Welt als endlose und unveränderbare Hierarchie, er gibt vor, diese Welt werde durch positives oder negatives Verdienst konstituiert und in Gang gehalten, aber da die Wiedergeburtphilosophie weder an dem exakten Aufbau noch an dem Fortbestand dieser Welt interessiert ist, muß sie diese Hierarchie und dieses Rad nicht in seinen Einzelheiten beschreiben. Ihr genügen statt dessen wenige zentrale Begriffe. Es sind dies die Begriffe des *Dharma*, *Karman*, *Samsara* und *Moksha*.

Die zentralen Begriffe *Dharma*, *Karman*, *Samsara*, *Moksha*

Dharma leitet sich von der Sanskritwurzel *dhar*, „tragen“, ab. Im sozialen Kontext sind dies alle Rechte und Pflichten, also die sozialen Identitätsmuster, die dem einzelnen durch Geburt zugeschrieben werden. Jeder Mensch, also jede Kaste, verfügt deshalb über einen jeweils spezifischen *Verhaltenskodex*, über ein ihm ureigenes Gesetz, *Sva-Dharma*. Lediglich die Gesamtheit dieser Eigengesetzlichkeiten,

dieser (Kasten-) *Sva-Dharmas*, ergibt die Gesellschaftsordnung, also das *Dharma* im Singular. Auf dieser Ebene, also als Ideal und Abstraktion der sozialen Gesamtordnung, bedeutet *Dharma* zugleich Gerechtigkeit und Gesetzmäßigkeit des Weltganzen, während es auf der Ebene des Alltags und des einzelnen zumeist ohne jede Verbindung mit dem Wiedergeburtsglauben als „Schicksal“ aufgefaßt wird. Entscheidend für dieses Bild einer aus sozialen Eigengesetzlichkeiten zusammengesetzten Gesamtetik ist aber die grundlegende Relativierung des jeweils „Guten“ und „Bösen“. Was etwa die Tugend einer Diebeskaste ist, wird die Sünde einer Bauernkaste sein.

Karman leitet sich von der Sanskritwurzel *kar*, „machen, tun“, ab. Im sozialen Kontext beschreibt der Begriff damit die Gesamtheit des stets vorgegebenen Verhaltens eines einzelnen, und lediglich im „ethischen“ Kontext des Wiedergeburtsglaubens bezeichnet der Begriff das jeweilige positive oder negative Verdienstantum, das das einzelne Kastenmitglied damit unausweichlich anhäuft. In Unkenntnis des Wiedergeburtsglaubens bezeichnet der einzelne zumeist seinen Beruf, sein Verhalten, seine Alltagsstellung als *Karman*. Auf der Ebene des Alltags und der Umgangssprache stehen deshalb *Dharma* und *Karman* als „Lebensschicksal“ und „Alltagspflicht“ wenig differenziert nebeneinander, und wenn sich die Frage nach den Ursachen der Lebensstellung und der Schicksalsschläge überhaupt dem einzelnen Dorfbewohner stellt, so wird sie mit dem Verweis auf ein gebrochenes oder ungebrochenes Gelübde der Eltern, auf das Geburtshoroskop, auf das Eindringen machtvoller Geister und die Gnade oder die Mißgunst lokaler Götter beantwortet.

Samsara, die Kette des „abhängigen Entstehens“, das Rad der Wiedergeburten, bedeutet wiederum jenes aus den unzähligen (*Sva*-)*Dharmas* konstituierte und von negativem oder positivem *Karman* angetriebene Gesamtsystem. Da dieser Begriff nur mit Hilfe einer (wiedergeburtsglaubens-)philosophischen Auffassung des *Dharma* und *Karman* Sinn macht, so ist es kaum verwunderlich, daß dieser Begriff und die ihm innewohnende Vorstellung im indischen Dorfalltag weitgehend unbekannt sind. Der Unkenntnis des Begriffs entspricht das Fehlen einer Darstellung der damit verbundenen Vorstellung: Die verschiedenen Höllen der Dämonen und Himmel der Götter werden oft bildhaft dargestellt, die Welt der Ahnen findet in der Volksliteratur Erwähnung, und sie empfängt ihre hochritualisierte jährliche Verehrung. Aber das Rad der Wiedergeburt figuriert lediglich in der großen, exklusiven und sanskritischen Tradition, aber auch da nicht als Symbol, Bild oder Genre, sondern als literarische Formel. Ist der Begriff des *Samsara* allerdings religiös gebildeten Schichten im Dorf bekannt, so bezeichnet er einfach den im Jahres- und Generationenrhythmus erfahrbaren gleichförmigen Kreislauf von Leben und Tod, bei Pflanzen, Tieren und Menschen, im Weltganzen ebenso wie in der Welt des Dorfes.

Moksha schließlich bedeutet „Befreiung, Erlösung“. Im Kontext der Wiedergeburtstheorie bezeichnet *Moksha* deshalb die Entscheidung, sich weder durch negatives oder positives Verdienst an das Rad der Wiedergeburt zu ketten. Dies ist aber nur eine und keineswegs die weitverbreitetste Bedeutung eines für den Hinduismus, seine fünf „Religionen“ zentralen Begriffs.

Das Streben nach Erlösung ist so alt und so vielfältig wie die fünf Religionen, die den Hinduismus konstituieren, und der in der Religion des Brahmanismus enthaltene Wiedergeburtsglaube gibt *Moksha* lediglich einen systematischen, gesamtgesellschaftlichen Ausgangspunkt und ein „ethisch“, philosophisch begründetes Motiv.

Die vier Begriffe, die den Wiedergeburtsglauben – und mit ihm vorgeblich das Kastensystem – konstituieren, sind damit in der religiösen und sozialen Praxis unbekannt (*Samsara*, *Moksha*) oder von ganz anderem, nämlich realistischem und situationsorientiertem Bedeutungsgehalt (*Dharma*, *Karman*). Die Begriffe konstituieren diese Doktrin, aber weder sie noch dieser Glaube prägen das in den Dörfern und den Regionen verankerte Kastensystem. Begriff und Doktrin setzen die Existenz eines solchen Systems voraus, aber kein Brahmane und kein Text der großen Tradition haben jemals versucht, die Kastenordnung eines Dorfes oder einer Region mit Hilfe von beidem exakt zu beschreiben. Auf der gesamtindischen Ebene, also derjenigen der großen Texte, der großen Tempelzentren und der großen Hindudynastien waren aber die gebildeten, mächtigen und spezialisierten Brahmanenfamilien gezwungen, parallel zu dieser Doktrin ein Gesellschafts- und Herrschaftsmodell zu entwerfen, das die Vielzahl, Unbestimmbarkeit, Unterschiedlichkeit und Veränderungsfähigkeit der lokalen und regionalen Kastenregime überwölbt und verdeckte. Einer für Indien universalen Doktrin mußte ein entsprechend allgemeingültiges soziales Ordnungsmodell zur Seite gestellt werden. Es mußte so einfach und unbestimmt sein, daß überall in Indien die vorfindlichen Kasten und Kastenregime als dieser Ordnung entsprungen und untergeordnet interpretiert werden konnten. Zugleich mußte die Entstehung und die „Gerechtigkeit“ dieser Sozialordnung aus dem Wiedergeburtsglauben abgeleitet und mit Hilfe der vier zentralen Kategorien begründet werden. Mit dem Entwurf einer für ganz Indien verpflichtenden Rang- oder Ständeordnung ist beides dem Brahmanenstand frühzeitig gelungen.

Das Varna-Modell oder die vier Gesellschaftsklassen der brahmanischen Herrschaftsideologie

In seiner ausgearbeiteten, der Wiedergeburtstheorie adäquaten Form besteht dieses Rangmodell aus vier gesellschaftlichen Klassen: An der Spitze stehen die Priester (*Brahmanas*), ihnen folgen die Krieger (*Kshatriyas*), die Händler (*Vaishyas*) und die Bauern (*Shudras*). Außerhalb und unterhalb des Modells aber stehen die

Unberührbaren (*Chandalas*, *Panchamas*). Dieses Ordnungsmodell greift auf lange zurückliegende Bilder und Konventionen zurück, die zu Teilen bereits außerhalb Indiens und vor der Begründung der Wiedergeburtstheorie entstanden waren. Als *Varnas*, „Farben“, werden diese vier Gesellschaftsklassen selbstverständlich nicht aufgrund einer eventuellen Unterscheidung der Hautfarbe bezeichnet, sondern in diesem Begriff lebt eine in vielen frühen indogermanischen Mythentraditionen nachweisbare Neigung weiter, den wichtigen gesellschaftlichen Funktionen, weniger den Gruppen, besondere Farben zuzuordnen. Charakteristisch für diese indogermanische Tradition war auch eine Dreiteilung der gesellschaftlichen Funktionen in die Aufgabenbereiche des *Opfers*, des *Herrschens* und der *Viehzucht*, die sich in den oberen drei Kategorien des Schemas noch wiederfindet. „Priester“, „Krieger“ und „Händler“ bilden zusammen die rituell enorm privilegierte Gruppe der „Zweimalgeborenen“, (*Dvijās*). Sie bilden also jene soziale Elite, die aufgrund ihres Zugangs zu exklusiven brahmanischen Betreuungs-, Beratungs- und Opferleistungen eine zweite, rituelle Geburt und soziale Initiation erfährt. Nicht nur ist der hochrangige Brahmane von seiner ursprünglichen Funktion und in seinem fortwährenden Selbstverständnis ein Opferspezialist, auch der Begriff *Vaishya* bezeichnet wohl ursprünglich den Viehzüchter und nahm erst später die Bedeutung „Händler“ an.

(Nomaden)Völker, die sich im Rahmen indogermanischer Ordnungs- und „Farb“-vorstellungen regulierten und interpretierten und die von Opferspezialisten, Kriegern und Viehzüchtern dominiert wurden, sind seit dem Ende des zweiten vorchristlichen Jahrtausends in Nordindien eingedrungen, sie haben auch ihre Sprache – das vedische Sanskrit –, ihre Opfertechiken, ihre Literatur und ihre Ordnungsvorstellungen mitgebracht, sie haben dort dieses kulturelle und soziale Ensemble behauptet, angepaßt und erweitert. In einem späteren Text des *Rig-Veda*, dem *Purushasukta*, wird die Erschaffung der Welt aufgrund der Opferung eines großen Menschen, eines *Mahapurusha*, beschrieben. Neben all den anderen Bestandteilen des Kosmos, der unbelebten und der belebten Natur sollen bei diesem Opfer auch die Gesellschaftsklassen entstanden sein: „Der Brahmane war (des Purushas) Mund, der Rajanya (Kshatriya) seine Arme, der Vaishya seine Hüften und der Shudra seine Füße.“ Zu einem schwer bestimmbareren Zeitpunkt – nach dem Beginn des ersten vorchristlichen Jahrtausends und vor der Entwicklung der Städte und des Buddhismus seit dem fünften vorchristlichen Jahrhundert – ist damit eine von Brahmanen, Kriegern und Viehzüchtern geprägte und dominierte Bauerngesellschaft und ein ihr entsprechendes schematisches Ordnungsmodell entstanden, in dem die Mehrheit der Bevölkerung, die Bauern als *Shudras* Erwähnung und rituelle Abgrenzung erfahren. Aber erst später, vermutlich seit dem Beginn der christlichen Zeitrechnung, ist mit dem *Manusmirti*, der Überlieferung des

Manu, eine fortan autoritative Gesamtdarstellung und -ordnung der sozialen Ränge und eine von Brahmanen für Brahmanen begründete Herrschaftsideologie entstanden. Dieser „Urtext“ der brahmanischen Gesellschaftstheorie und der Rechtsliteratur wiederholt nicht nur den wahrhaft kosmischen und gesellschaftsbegründenden Opfermythos des *Purushasukta*, er detailliert auch die Rechte und Pflichten der *Varnas*, er verkündet und verteidigt konsequent die Rangfolge, die unüberwindbare Eigennatur und die unterschiedlichen Reinheitsgrade, Privilegien und Funktionen der *Varnas*. Wichtig aber ist, daß diese Magna Charta der sozialen Ungleichheit, Abstufung und Arbeitsteilung bereits schemenhaft auf eine, später, „die fünfte Panchama“ genannte, Gruppe Bezug nimmt, die unterhalb des *Varna*-Systems steht und zu der zum Zeitpunkt der Entstehung des Kastensystems und des *Varna*-Modells ein erheblicher Teil, wenn nicht die Mehrheit der indischen Bevölkerung zählte. Es handelt sich dabei um all jene alteingesessenen Gruppen und Stämme, *Adivasis*, also Hirten- und Nomadenstämme, Brandrodungsbauern oder bereits seßhafte Bauernethnien, die noch außerhalb des erst in Nordindien ausgeprägten Kasten- und Herrschaftssystems stehen, das den Brahmanen und dem *Manusmirti* als Ideal vorschwebt.

Lebensordnung und Herrschaftsbegründung zugleich

Auf der Grundlage des *Varna*-Ideals entwerfen die Brahmanen aber eine Herrschaftsbegründung und zugleich Lebensordnung. Vier moralisch jeweils höherwertige, wenn auch unverzichtbare Lebens- und Gesellschaftsideale sind den vier *Varnas* kraft Neigung und Fähigkeit, Berufung und Tradition vorgegeben: den *Shudras* Kama – das Vergnügen, die Wollust; den *Vaishyas* Artha – der (Geld-)Erwerb; den *Kshatriyas* das Dharma – also hier der Erhalt der Gesellschaftsordnung; den *Brahmanen* Moksha – die Befreiung, Erlösung.

Die vier *Varnas* stehen von oben bis unten in immer wieder anderen Interessenkoalitionen gegeneinander. Da ist der *Brahmane*: Er steht einerseits an der Spitze der Gesellschaft, und ohne seine Beratung und seine Opfer kann der König das Dharma nicht aufrechterhalten. Zugleich steht der Brahmane gegen die Gesellschaft und außerhalb von ihr, denn sein höchstes und ihm persönlich aufgetragenes Lebensziel ist die Erlösung. Brahmane und König erhalten gemeinsam die Welt- und Gesellschaftsordnung, also das Dharma als die Gesamtheit der den einzelnen *Varnas* aufgetragenen Einzelpflichten, *Sva-Dharmas*. Das bedeutet, daß der König seinem besonderen *Sva-Dharma*, vorrangig dem *Danda* (Knüppel), also der Gewaltanwendung, und dem *Dana* (Geschenk), also der Patronage von Brahmanen, nachkommen muß, um die Gesellschaft, sein Reich, das Weltganze zu schützen. Der Brahmane, innerhalb wie außerhalb der Gesellschaftsordnung stehend, und der Herrscher, mit Hilfe seines Eigengesetzes das

Gesamtgesetz schützend, erhalten damit die Dharma-Ordnung. Zusammen mit den *Vaishyas* bilden diese drei Varnas die Zweimalgeborenen, also jene „gute Gesellschaft“ und soziale Elite, die zu brahmanischer Erkenntnis, Beratung, Ritualistik und Erlösungstechnik Zugang erhält.

Mit den *Shudras* erweitert sich diese gute Gesellschaft zur sozial geordneten Gesamtgesellschaft, die gegen die als vollständig befleckt, sittenlos und sozial und rituell chancenlos eingeschätzten Unberührbaren (*Panchama*), Ureinwohner (*Adivasis*) und Fremden (*Mlecchas*) steht. Parallel zur Varna-Hierarchie bestehen also „Inkorporations“-Kategorien – *Dharma*, *Dvija*, *Varna* –, die unterschiedliche Linien der sozialen und rituellen Ausgrenzung ziehen und die das Primat der Brahmanen und die Abfolge der Stände ethisch und politisch begründen. Der Brahmane, der zur Überwindung ebenso wie zum Erhalt der (Gesellschafts-)Welt befähigte Opferspezialist und Herrschaftsratgeber, steht selbstverständlich an der Spitze. Aber nur er und der durch sein *Sva-Dharma* zur Gewalt befähigte und zugleich dadurch befleckte König können die Dharma-Ordnung aufrechterhalten. Aber die Absicherung, Finanzierung und Organisation der Herrschaft bedarf der erwerbstätigen und insbesondere städtischen und merkantilen Schichten. Diese sowohl eigenverantwortlich wie gesamtgesellschaftlich verantwortlich handelnde Elite beherrscht, nutzt und schützt die Untertanen, die Masse der Bauern (*Shudras*), in deren eigenem Interesse. Denn diese Mehrheit ist nur zu Kama, zu kurzfristiger und egoistischer Vergnügungssucht und Wollust befähigt. Indem die *Dvijas* diese Masse beherrschen, konstituieren und regeln sie zugleich eine bestandsfähige Gesellschaftsordnung, die sich immerfort vor dem als sozial regellosen und rituell befleckt geltenden „Abschaum“ in den Dörfern und einer anarchischen und bedrohlichen tribalen Peripherie schützen muß.

Doch den weitaus meisten Indern blieb das Modell unbekannt

Das Varnaschema bildet damit eine den eigentümlichen Sozial- und Herrschaftsverhältnissen Indiens angemessene, wenn auch schematische Herrschaftsideologie, weil es neben der absoluten Vorrangstellung der Brahmanen auch die Herrschaftsansprüche und Prestigeinteressen von Kriegerschichten und stadtsässigen (Händler-)Gemeinschaften mit berücksichtigt. Auf diese Kreise und auf diese sozialen Milieus ist die Kenntnis dieses Herrschafts- und Gesellschaftsideals auch zu meist beschränkt gewesen. Diese soziale und lange Zeit regionale – also auf Nordindien bezogene – Begrenztheit hat aber nicht verhindert, daß dieses Modell und diese Herrschaftsdoktrin weiter, wenn auch indirekt, gewirkt hat. Nicht auf dem Dorf und lange Zeit kaum in den peripheren Regionen Indiens kann und konnte eine Kenntnis dieser Doktrin vorausgesetzt werden, aber in den Händen einer jeweiligen brahmanischen, aristokratischen und städtischen Machelite, also in den Hindu-Regionalreichen und deren

Palast-, Tempel- und Bazar-Zentren, diente dieses Modell einer vereinfachenden Interpretation und schematischen Darstellung der Sozial- und Herrschaftsverhältnisse. Den sich entwickelnden Regionalreichen und ihrer höfischen Kultur gab das Modell ein Herrschaftsideal vor, und für die Diplomatie, die Heiratsbeziehungen, für den Umgang und den Austausch zwischen Dynastien, brahmanischen Würdenträgern und Händlergemeinschaften stellte das Modell ein unverzichtbares, weil einheitliches und gesamtindisches Orientierungs- und Bewertungsschema bereit. Für diese Eliten ebenso wie für die in diese Eliten drängenden Gruppen – obskure Lokalherrscher und Stammeskönige; Stammespriester oder dörfliche Ritualisten; ambulante Gewerbe oder Hausierer – war es von Bedeutung, daß ihnen und ihrer Gruppe der Rang eines *Kshatriya*, *Brahmana* oder *Vaishya* zugestanden wurde.

Diese Anerkennung mochte zunächst nur in kleinen Schritten erfolgen, sie mußte teuer erkaufte werden, und sie fand Zustimmung nur in engen, sich nur langsam erweiternden regionalen, ständischen Kreisen, aber der Aufstieg einer Dynastie, die rituelle Akzeptanz ihrer Priester und die Statusinteressen ihrer stadtsässigen Gefolgschaften, Schreiber, Händler, Beamten, Hofspezialisten, setzten eine solche Anerkennung voraus.

Einzelnen lokalen Herrscher- und Kriegerfamilien, ursprünglich rituell zweifelhaften Priesterclans und lokalen und regionalen Schreiber- und Händlerjatis wird damit der entsprechende Varnarang zugestanden, und diese politischen, rituellen und wirtschaftlichen Aufsteiger verwandeln sich zu den überzeugten Apologeten und Propagandisten jener Sozial- und Herrschaftsdoktrin, der sie ihr neues Prestige, ihre neuen Interaktionschancen und ihren gesamtindischen Status verdanken. Für die überwältigende Masse der indischen Bevölkerung, also für jene 80% der Bevölkerung, die als Bauern, Dorfhandwerker und -diener den *Shudras* oder als Unberührbare (*Chandalas*) und Stammesgemeinschaften (*Adivasis*) einer fünften Kategorie, den *Panchama*, zugerechnet werden, war diese Doktrin zumeist unbekannt, unverständlich und vor allem bedeutungslos. Nur in den außerordentlich seltenen Fällen, in denen es einer Bauern- oder Handwerkerjati bzw. -unterkaste gelang, ein ganz ungewöhnliches Maß an Macht, Einkommen oder rituellem Prestige zu bewahren oder zu erringen, konnten sie ihre Zugehörigkeit zum *Kshatriya*- oder *Vaishyarang* verteidigen oder durchsetzen. Für diese vor allem in Nordindien existierenden Bauernkasten war und blieb das Varnamodell von Bedeutung.

Kolonialherrschaft und Modernisierung führten zu tiefgreifenden Veränderungen

Mit der Durchsetzung der Kolonialherrschaft, seit der Unabhängigkeit und mit den seitdem wirksamen vielfältigen Modernisierungsprozessen wird der soziale Wandel immer schneller, umfassender und unkontrollierbar. Diese in allen Regionen, Sektoren und Bevölkerungsschichten

der Indischen Union wirksamen Transformationsprozesse mußten und haben damit das Kastensystem in all seinen Erscheinungsformen, seinen Funktionen und Begründungen entweder direkt oder über die Umgestaltung seiner Rahmenbedingungen tiefgreifend verändert.

Indem Modernisierungsprozesse, also zunehmende „Kommerzialisierung“ und Industrialisierung, Verstädterung und Alphabetisierung, Individualisierung und schließlich Demokratisierung, alle religiösen, (dorf)wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen des Kastensystems grundlegend verändern, setzen sie es unter einen historisch neuwertigen Anpassungsdruck. Indem die gleichen Prozesse dem einzelnen, seiner Familie und seiner Unterkaste ganz neue Identitätsmuster und Kompetenzen, Interessen und Rechtstitel an die Hand geben, verändern und schwächen sie das System von innen heraus. Angesichts der Vielfalt dieser Einwirkungen wird es nicht erstaunen, daß das Kastensystem sich heute auf überaus verwirrende und widersprüchliche Weise sowohl anpaßt und weiterentwickelt als auch zurückzieht und auflöst.

Verstädterung, vor allem aber Massenkommunikation und Verkehr haben seit Jahrzehnten dazu beigetragen, daß das Wechselverhältnis und das Gewicht der fünf Grundelemente, der Religionen des *Hinduismus*, immer stärker zu Gunsten der Volksreligion und der Religion des Brahmanismus verschoben wurden. Ein immer größerer Teil dieser Bauernbevölkerung kann nicht nur große Tempelzentren besuchen, über Schulen, Film, Radio und Fernsehen werden sie mit den Göttern, den Epen, den religiösen Begründungen und partiell mit den philosophischen Systemen einer bislang nur einer Elite vorbehaltenen „großen Tradition“ vertraut.

Diese Auflösung der Exklusivität einer hochbrahmanischen Tradition führt aber nicht umstandslos zu einer gleichsam demokratischen, „protestantischen“ Breitenwirkung des Brahmanismus, zu einer neuen religiösen Orthodoxie und rituellen Einheitlichkeit. Diese neue Zugänglichkeit der großen Tradition manifestiert sich eher in der Form eines immer breiteren und farbigeren religiösen Angebots, bei dem der einzelne nun wählen kann, was ihm besonders konveniert. Eine neue Breitenwirkung der großen Tradition, ein von Brahmanen und ihren philosophischen und mythologischen Systemen geprägtes goldenes Zeitalter ist aber auch deshalb nicht in Sicht, weil diese Tradition in dem Maße, in dem sie allen offen steht, auch kritisiert und relativiert werden kann, auf der Grundlage moderner Erkenntnisse und Rechtstitel sowie der Basis neuer Interessen und Forderungen. Vor allem aber entziehen die umfassenden wirtschaftlichen und sozialen Wandlungsprozesse dieser jetzt popularisierten und demokratisierten großen Tradition ihre soziale Grundlage und ihren wirtschaftlichen Kontext.

Mit dem Eindringen der Geldwirtschaft in den Binnenraum der Dörfer, mit der Entstehung einer kommerziell orientierten, *cash crops* produzierenden Bauernschaft

und mit der Verfügbarkeit industriell gefertigter Haushaltsgüter und Werkzeuge verliert das der Dorfautarkie zugrunde liegende *Jajmani*-System seine Notwendigkeit und überlieferte Gestalt. Wichtige Güter und Werkzeuge können jetzt im Dorf oder in der Stadt eingekauft werden. Der (Dorf)schmied, Töpfer, Lederarbeiter, Seile- und Wagenmacher werden nicht mehr, nur noch selten oder nur für zeremonielle Anlässe gebraucht. Es wächst die Neigung, sie nicht mehr in Naturaldeputaten pauschal zu entlohnen, also ihnen die Subsistenz zu garantieren, sie werden vielmehr pro Produkt oder Arbeit in *Geld* entlohnt. Unter dem Druck der Verarmung wenden sie sich manchmal anderen Beschäftigungen und Gelegenheitsarbeiten zu, sie arbeiten als Pächter oder *sharecropper*. Sie produzieren für städtische Märkte oder wandern ab. Vergleichbare Prozesse zeigen sich auf der Ebene der Unberührbarenkaste. Die dem *Jajmani*-Verhältnis innewohnende Komplementarität von kollektiver Fürsorgepflicht und Dienstpflichten geht verloren. Das rituelle und soziale Rahmenwerk dieses Systems der Versorgungs- und Subsistenzgarantie erscheint zunehmend anachronistisch und zwecklos und an die Stelle dieses kollektiven Produktions- und Reproduktionssystems treten individuelle Tausch-, Kauf- und Lohnverhältnisse. Nach diesen Erfahrungen neuer, unvermeidlicher Anpassungs-, Aufstiegs- und sehr oft Abstiegsprozesse und aufgrund von wachsender Rechtskenntnis und sozialem Selbstbewußtsein sind viele Dorfbewohner oft nicht mehr länger bereit, sich der bestehenden lokalen Kastenordnung, also ihren Gewohnheitsrechten, rituellen Abstufungen und sozialen Diskriminierungen zu fügen. Entweder nur für sich oder ihre jeweilige Unterkaste fordern sie neue Rechte und Absicherungen, mehr Respekt und staatliche Versorgungsleistungen ein. Sie schwächen damit die Verbindlichkeit von Kastennormen, und zugleich verändern sie die lokale Kastenordnung.

Von der selbstverständlichen Lebensordnung zum nützlichen Instrument

Eine zunehmende Demokratisierung und die neuen Bedingungen politischer Interessenartikulation haben außerdem seit längerem dazu geführt, daß die Kasten, zunächst die einflußreichsten und dominanten, zunehmend die schwächeren und landlosen, damit begonnen haben, sich überlokal zu organisieren. Bereits die Kolonialmacht hatte durch Eisenbahnen, Postverkehr und Vereinsförderung die Grundlagen geliefert, daß sich die *jatis* einer Region von abstrakten, „vorgestellten“ Gemeinschaften zu sozial und poli-

tisch handlungsfähigen Interessengruppen verwandelten. Die Demokratisierung beschleunigt diesen Prozeß, und sie trägt dazu bei, daß innerhalb der Regionen, also den Gliedstaaten, die Unterkasten stärker zusammenrücken und sich eine einheitliche Führung geben. Die jeweilige *jati* operiert als Lobby, und ihre Sprecher setzen sie als *pressure group* und Wählerblock ein. Von einer *jati* „an sich“ wird sie zu einer *jati* „für sich“. Diese neue Machtfülle und Nützlichkeit zeigt sich in vielfacher Gestalt und in vielen Bereichen. Die zum ersten Mal wachsende eigenständige und einheitliche *jati* unterhält eigene „Pilgerhotels“ und Vereinszentren. Sie gibt eigene Zeitungen und Broschüren heraus, und ihre Vertreter legen Wert darauf, daß Mitglieder der Kaste im Provinzparlament und der Verwaltung angemessen vertreten sind. Angesichts dieser neuen Nützlichkeit dieser *jati* nimmt es nicht wunder, daß die Zuwanderer in den Städten den Zugang zu ihren Kastengenossen suchen, und daß Arbeitslose bei den Unternehmern, Politikern und Beamten ihrer Kaste vorstellig werden.

Aber diese neue Nützlichkeit und dieser Funktionswandel der Kaste darf nicht als die umstandslose Expansion und Fortschreibung einer traditionellen lokalen Kastenordnung in die modernen Wirtschaftssektoren und Metropolen mißverstanden werden. Parallel zu der Übernahme neuer politischer und praktischer Aufgaben büßt das Kastensystem zugleich seine traditionelle Sinnfälligkeit und soziale Selbstverständlichkeit ein. Der ihm innewohnende, wenn auch kaum reflektierte, moralische Konsens, sein unbedingter Eigenwert – als einzig denkbare, nicht nur nützliche, sondern auch gerechte Ordnung – geht ihm verloren. Der Mehrheit derjenigen, die mit Hilfe ihrer *jati* ihre Berufs- und Lebensinteressen verteidigen, gilt die *jati* jetzt als nützliches Instrument, nicht als selbstverständliche Lebensordnung. Sie bedienen sich dieser Organisation, weil alternative, genuin moderne, „kastenblinde“ Organisationsformen – Gewerkschaften, Berufsvereinigungen, Clubs – noch nicht entstanden oder für sie nicht zugänglich sind. Für diese Mehrheit bildet die Zugehörigkeit zu ihrer Kaste nicht mehr ihre ausschließliche oder vorrangige Identität. Aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Ordnungen, in denen sie heute leben, und zunehmend in ihrer eigenen Lebensgestaltung gelten sie als Individualisten und sind es auch. Sie sind Individualisten, die je nach Situation und Präferenz ihren Beruf und ihr Verhalten ändern können und wollen. Zumindest in den großen Transformationsmotoren, die die Städte bilden, zeigt sich diese Übernahme neuer Berufe, diese selbstgewählte Veränderung der Lebenslage oder

sozialen Kreise und diese selbstbestimmte Verhaltensänderung in immer stärkerem Maße.

Im Kern des Kastensystems liegt aber das Gebot der Endogamie, es begrenzt und definiert die ehemals das Lebens- und Berufsschicksal determinierende Unterkaste. Die Verletzung der Endogamieregeln, also das von einzelnen vorangetriebene Heiraten über die Grenzen der Unterkaste und der *jati* hinweg, müßte das Kastensystem in seinen Grundlagen erschüttern. Außerhalb einer stadsässigen und von westlichen Mittelstandswerten geprägten Elite ist aber von einem Rückgang der von Eltern innerhalb der Unterkaste arrangierten Heiraten bislang wenig zu spüren. Die Kaste hat damit im Dorf, mit dem Niedergang des *Jajmani*-Systems, ihre ökonomische Grundlage und Sinnfälligkeit verloren. In den modernen Wirtschaftssektoren hat sie noch nie eine gehabt. Als *jati*, also auf der Ebene der Gliedstaaten, hat sie eine neue Nützlichkeit als *pressure group*, „Gewerkschaft“ oder „Interessenverein“ erworben. Aber in dieser Funktion und in der Arena der Politik und Wirtschaftskonkurrenz sind diese *jatis* nun prinzipiell gleichgestellt. Sie sind aus einer traditionellen und überschaubaren Hierarchie herausgerissen und kämpfen, freilich mit unterschiedlicher Stärke, Kompetenz und Erfolgsaussicht, um Macht, Einkommen und Prestige. In dieser Arena des Gliedstaates oder Gesamtstaates kann und soll es nicht mehr darum gehen, eine von allen akzeptierte soziale und rituelle Rangabfolge der Kasten durchzusetzen. Damit bleibt in dieser Übergangs- und Umwandlungsperiode die Kaste als traditioneller Heirats- und damit Interaktionskreis, als Endogamie bestehen. Dieses Beharrungsvermögen und diese Kontinuität werden aber auf Dauer prekär. Denn wenn sich die angesprochenen Modernisierungs-, Organisations- und Individualisierungsprozesse dieser Bauerngesellschaft immer stärker bemächtigen, dann werden auch diese Endogamienormen an Bedeutung verlieren. Heiratsbeziehungen können dann beliebiger werden, und die Kaste, als Endogamie, wird zunehmend veränderbarer, unübersehbarer und schließlich unverbindlich.

Literaturhinweise

- Béteille, A.: *Castes: Old and New. Essays in Social Structure and Social Stratification.* Bombay 1969.
Dumont, L.M.: *Gesellschaft in Indien: Die Soziologie des Kastenwesens.* Wien 1976.
Fuller, C.J. (Hrsg.): *Caste Today.* Delhi 1996.
Hutton, J.H.: *Caste in India. Ist Nature, Function, and Origins.* Cambridge 1946.
Quigley, D.: *The Interpretation of Caste.* Oxford 1993.
Sontheimer, G.D. / Kulke, H. (Hrsg.): *Hinduism Reconsidered.* New Delhi 1991.
Srinivas, M.N.: *Caste in Modern India and Other Essays.* Bombay 1962.

Die Leistung der Congress-Partei

Demokratie unter scheinbar aussichtslosen Bedingungen

Die Entstehung und Konsolidierung demokratischer Herrschaft in Indien

Von Jakob Rösel

Indien stellt der Einwohnerzahl nach die größte Demokratie der Welt dar, fest konsolidiert, seit 50 Jahren funktionierend. Angesichts der Zersplitterung des Landes nach Sprachen, Religionen, Kasten, angesichts des Entwicklungsstandes des Landes, der sozialen Gegensätze und der verbreiteten Armut scheint das an ein Wunder zu grenzen. Doch der Erfolg der Demokratie in Indien ist durchaus erklärbar.

Red.

Die größte Demokratie der Welt ...

Die Entstehung und Konsolidierung demokratischer Herrschaft in Indien kann nicht als Ausnahmefall und ebenso wenig als Modell, sie muß als Herausforderung bei der Beantwortung der Frage nach den Chancen und den Schwierigkeiten von Demokratisierungsprozessen behandelt werden. Mit der indischen Demokratie ist ein demokratisches Herrschaftssystem entstanden, das seit einem halben Jahrhundert besteht, weite Teile eines Subkontinents erfaßt und heute fast eine Milliarde Menschen, 970 Millionen, also rund ein Siebtel der Erdbevölkerung, politisch organisiert. Dieser Demokratisierungsprozeß ist damit ebenso alt wie oder älter als die erfolgreichen Demokratisierungsprozesse wichtiger westlicher Staaten – Deutschland, Italien, Japan, Spanien – und fast aller postkolonialen Staatengebilde. Diese Demokratie erfaßt und mobilisiert zugleich im Rahmen der fünfjährigen Parlamentswahlen 520 Millionen Wahlberechtigte und damit mehr Wahlberechtigte als alle etablierten demokratischen Systeme der westlichen Welt zusammen aufweisen.

Diese Demokratie ist zugleich in einem Subkontinent errichtet worden, der in vorkolonialer Zeit nur episodisch politisch geeint und auch während der britischen Kolonialzeit nie administrativ zentralisiert worden war. Sie stützt sich auf eine Bevölkerung, deren Sozialstruktur, das Kastensystem, auf der Annahme einer grundlegenden nicht nur sozialen, sondern religiösen Ungleichheit der Menschen ruht, deren kulturelle Tradition zwar eine Praxis der religiösen Toleranz, aber nicht das Ideal des Säkularismus umfaßt, deren Sprachenvielfalt die Entstehung einer für die Mehrheit verständlichen und verbindlichen Volks- und Verwaltungssprache verhindert hat und deren wirtschaftliche und soziale Entwicklung bislang noch nicht zu Urbanisierungs- und Industrialisierungs-

prozessen geführt hat, die eine Bevölkerungsmehrheit erfaßt und geprägt haben.

... obwohl wichtige, wenn nicht gar unverzichtbare Rahmenbedingungen fehlen

Wichtige, oder nach Auffassung mancher Beobachter, unverzichtbare Ausgangs- und Rahmenbedingungen erfolgreicher Demokratisierung scheinen also in Indien zu fehlen: Die frühe Durchsetzung einer staatlichen Einheit und die Entstehung eines starken Territorialstaates, das Ideal der religiösen oder sozialen Gleichheit, die Erfahrung und das Prinzip der Säkularisierung, die Durchsetzung einer einheitlichen Volkssprache und -literatur und schließlich die Existenz einer von Industrie- und Stadtkultur geprägten und modernisierten Bevölkerungsmehrheit. Ist diese in mehrfacher Hinsicht größte Demokratie der Erde deshalb einzigartig und zugleich unerklärbar? Ein Geheimnis ist noch kein Wunder.

Die folgende Untersuchung soll zeigen, daß die so beeindruckende und zunächst unerklärbare Entwicklung und Bestandsfähigkeit der indischen Demokratie begründbar ist. Diese Begründung wiederum – und das ist das zweite Anliegen dieser Darstellung – kann zu einer mehrfachen Hoffnung Anlaß geben. Indem die folgende Darstellung zeigt, daß Demokratisierungsprozesse auch unter ganz neuen und äußerst schwierigen Rahmenbedingungen zum Erfolg führen können, daß demokratische Systeme auch in einer bislang unvorstellbaren Größenordnung errichtet werden und daß sie trotz unzureichender ökonomischer Entwicklungserfolge ihre Legitimität und Bestandsfähigkeit nicht verlieren, stärkt diese Untersuchung den Universalisierungsanspruch des demokratischen Ideals. Denn wenn unter den historischen, quantitativen und sozio-ökonomischen Ausgangs- und Rahmenbedingungen Indiens demokratische Herrschaft durchgesetzt werden kann, so kann die Heterogenität der Gesellschaftssysteme in der Dritten Welt, die Größe ihrer Bevölkerungen und die eventuelle Enttäuschung von Entwicklungserwartungen nur ein praktisches, aber kein prinzipielles Hindernis für die Übertragung, Ausdehnung und Festigung demokratischer Herrschaft bilden. Im Folgenden sollen diejenigen Entwicklungen und Maßnahmen aufgezeigt werden, die die Indische Union und die indische Demokratie unter Führung und Kontrolle des Congress konsolidiert haben.

Die Unabhängigkeit stellte die neuen Führer vor immense Aufgaben

Der Subkontinent erscheint zwar geographisch durch die Bergzüge im Norden und die Küsten im Süden eindeutig markiert, doch in vorkolonialer Zeit war dieser Raum nie politisch, allenfalls kulturell geeint. Eine große brahmanische Tradition des Hinuismus hatte frühzeitig die Grenzen dieses Raumes erreicht, sie aber selten überschritten. Der Raum bildete eine von Tempel- und Wallfahrtszentren markierte und mit Hilfe eines unorganisierten, aber allgegenwärtigen Brahmanenstandes präkär integrierte *terra sancta*. Aber diese *terra sancta* verwandelte sich nie in ein Imperium. Auch die Herrschaft der Mogulen drang erst spät und sich dabei selbst zerstörend über Nordindien hinaus. Es waren statt dessen die letzten Begründer der „seegetragenen“ Kolonialimperien, die Engländer, die im 18. und 19. Jahrhundert den gesamten Subkontinent militärisch niederwarfen und politisch weitgehend einten. Ende des 19. Jahrhunderts entstand das neben dem Zarenreich größte der multi-ethnischen Imperien. Dieses *British India* war – angesichts der raschen Auflösung der alten Vielvölkerimperien – ein Anachronismus. Es bleibt zugleich – wie die Auflösung der Sowjetunion nahelegt – eine widerstandsfähige Paradoxie. Für die überwiegend brahmanischen Führer der *Unabhängigkeitsbewegung* war es unzweifelhaft, daß das neue Indien, ihre alte Ökumene, künftig unabhängig, eigenständig und ungeteilt neben den beiden anderen Imperien Asiens auftreten würde. Die Unabhängigkeitsbewegung des Congress entwickelte sich aber im Wettlauf mit zumindest drei anderen Unabhängigkeits- oder kulturellen Autonomiebewegungen. *Jinnah*, die *Muslim-Liga* und schließlich die Mehrheit der Muslime forderten seit dem Beginn der 40er Jahre ihren eigenen Staat. Die kleine, erst seit der Jahrhundertwende selbstbewußte Religionsgemeinschaft der *Sikhs* forderte seit den 20er Jahren die Anerkennung ihrer religiösen und kulturellen Eigenständigkeit, und eine wachsende Minderheit der Südländer, vor allem der *Tamilen*, versucht seit Beginn der 40er Jahre, eine eigene *Dravidische Föderation* zu begründen. Das unabhängige Indien wird 1947 zum Opfer dieses muslimischen Separatismus und zum Erben dieser zwei auf kulturelle oder staatliche Autonomie zielenden Bewegungen. Der Hoffnung, die muslimische Abspaltung ließe sich rückgängig machen, steht damit die Angst entgegen, ähnliche Abspaltungen könnten sich im Binnenraum der Indischen Union fortsetzen.

Die Führung des Congress sieht sich zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1947 und nach dem Schock der Teilung des Subkontinents vor Aufgaben gestellt, die in dieser Größe und Dringlichkeit nur von wenigen demokratischen Regimen jemals gelöst werden mußten: Eine Verfassung muß ausgearbeitet und die bislang größten demokratischen Wahlen der Welt, nicht nur der Landesgeschichte, müssen durchgeführt werden. Der Congress muß die Mehrzahl der 562 Prinzenstaaten, zwei

Fünftel der Fläche und ein Fünftel der Bevölkerung Britisch Indiens, eingliedern und deshalb die Provinzgrenzen neu bestimmen, und die Führung muß entscheiden, welche der einheimischen Sprachen zur Staatssprache des unabhängigen Landes erhoben werden soll. Schließlich muß sie die Stellung der alten Bewegung und nun neuen Partei im unabhängigen Staat bestimmen. Dies verlangt eine Entscheidung darüber, mit welchem Programm und unter welchen Staatsidealen sich der *Congress* künftig an die Wähler wenden will.

Jede dieser Maßnahmen und Entscheidungen droht bereits seit Jahrzehnten organisierte ethnische, religiöse und soziale Gruppen gegen die Regierung aufzubringen oder neue Protestbewegungen und Konflikte auszulösen. Die *Congress*-Führung hat diese Gefahren nicht nur weitgehend vermeiden können, es ist ihr bislang sogar gelungen, die Einheit der Union zu wahren, die demokratischen Grundlagen zu verfestigen und einen erstaunlichen sozialen und ökonomischen Modernisierungsprozeß auszulösen. Sie hat damit eine notwendige Grundlage demokratischer Herrschaft, den modernen Territorialstaat, bewahrt und eine vielleicht unverzichtbare Rahmenbedingung, *wirtschaftliches Wachstum*, geschaffen. Die angemessene Lösung der bereits zu Beginn der Unabhängigkeit gestellten Fragen hat damit sowohl zum Ausbau wie zur eigentümlichen Prägung der indischen Demokratie beigetragen. Anhand der Verfassung, anhand der Provinzneuordnung und der Sprachenpolitik, anhand der Strategien der Wählermobilisierung und anhand der beiden Staatsideale soll gezeigt werden, wie der *Congress* eine Ausweitung, eine Popularisierung demokratischer Politik vorantreiben konnte, ohne dafür eine unkontrollierbare ethnische und religiöse Radikalisierung in Kauf nehmen zu müssen.

Die Provinzen in der Rolle der überkommenen Herrscher

Die Indische Union erhält 1950 eine formal *föderalistische Verfassung*, die jedoch dem Zentrum alle entscheidenden Ressorts, wichtige politische Eingriffsrechte und die ertragreichsten Steuerquellen beläßt. Den Provinzregierungen bleiben damit als eigenständige Aufgabenbereiche überlassen, *Recht und Ordnung* – auch durch Einsatz der Polizeikräfte – herzustellen und alle die Nutzung, Besteuerung und Kontrolle des *Bodens* betreffenden Fragen zu regeln. De facto beläßt die Verfassung den Provinzregierungen damit eher die Illusion als die Substanz politischer Eigenständigkeit. Die Provinzregierungen kommen damit in die Rolle eines traditionellen Herrschers, zu dessen wichtigster Aufgabe das „Schwingen des Stockes“ – also die Sicherung von Recht und Ordnung – gehörte und dem die brahmanische politische Theorie und die Überlieferung eine zumindest formal despotische Kontrollgewalt über „Land, Wasser und Luft“ zuschrieben. Sie verfügen damit über eine traditionelle und – nach Auffassung eines modernisierenden und

industrialisierenden Zentrums – eher anachronistische Machtstellung. Diese erscheint aber der bis heute überwältigend großen Bauernbevölkerung durchaus verständlich und nützlich. In dem Maße, in dem in den Provinzparlamenten über Bodenreformen, Bewässerungsprojekte, Infrastrukturmaßnahmen und ländliche Kreditsysteme gestritten wird, müssen sich die mächtigen Bauern- und Händlerkasten, aber auch die landlosen Tagelöhner oder Handwerkergruppen organisieren und einen Zugang zur Provinzmacht suchen. Die unvorhergesehene Aufwertung der Gliedstaaten zu selbstbewußten und eigenständigen Machträumen, schließlich die Entstehung eines „kooperativen Föderalismus“ zwischen Zentrum und Gliedstaaten werden aber erst durch die Neuordnung der Provinzen ermöglicht.

Die Furcht vor einer „Balkanisierung“ führt zu Sprachprovinzen

Die unter der englischen Kolonialherrschaft festgelegten Provinzen sind in ihrer Größe sehr ungleich sowie sprachlich und kulturell höchst uneinheitlich. Bereits während der 20er Jahre hatte der *Congress*, beeindruckt von der staatlichen Neuordnung des Balkan, eine neue Ordnung der Provinzen entlang der Sprachgrenzen der großen Regionalgruppen gefordert und seinen Anhängern versprochen. Der Zwang zur Eingliederung der Prinzenstaaten macht nach 1947 eine territoriale Neuorganisation ohnehin notwendig. Unter dem Schock der Teilung begrüßt die *Congress*-Führung eine „Balkanisierung“ der Union nicht mehr, sie fürchtet sie nun, kann aber angesichts des Organisationsgrades und der Agitation der großen Sprach- und Regionalgruppen eine Neuordnung der Provinzen als Sprachprovinzen nicht mehr aufhalten. Nicht als Plan, sondern als Serie regionaler Konfrontationen setzt sich die territoriale Neuorganisation durch. Ende der 60er Jahre sind schließlich 21 große und kleine Gliedstaaten entstanden, in denen jeweils mehr als 80% der Provinzbevölkerung der regionalen Sprachgruppe zugehören. In sechs Gliedstaaten wird allerdings eine provinzübergreifende Sprache, das Hindi, ausschließlich oder überwiegend gesprochen. Die jeweilige Volkssprache dient in diesen Provinzen nur als Parlaments-, Verwaltungs- und Unterrichtssprache. Die Provinzreform leistet damit einer Aufwertung der jeweiligen Volkssprache in der Politik des betreffenden Gliedstaates Vorschub. Die Reform führt zur neuen „Volkssprachlichkeit“ der Provinzpolitik. Mit erstaunlicher Eile drängen nun die jeweiligen nichtbrahmanischen, nichtanglophenen, aber dominanten Kasten in die Provinzpolitik. Im gleichen Zuge beginnt die Provinzpolitik, also die Provinzwahlen und die Debatten in den *legislative assemblies*, auch auf die entlegenen Dörfer einzuwirken. Von den provinzweit vertretenen und oft rivalisierenden dominanten Kasten kontrolliert und genutzt, entsteht eine neue Massendemokratie. Sie ruht auf regionalen Massen und auf sprachlich und kulturell einheitlichen und manchmal historisch konstanten Machträumen.

Die Regionalisierung und Popularisierung demokratischer Politik kommt in erster Linie dem *Congress* und dabei insbesondere seinen regionalen Parteiapparaten zugute. Aus eigenem Antrieb oder unter dem Zugzwang neuer regionalistischer Parteien fördern die regionalen *Congress*-Organisationen nun die Entdeckung und Pflege einer regionalen Sprache, Geschichte und Kultur. Der regionale *Congress* kultiviert, nutzt und kontrolliert also eine neue regionale Wähleridentität. Auch wenn sich der *Congress* mit separatistischen regionalen Bewegungen konfrontiert sieht, so verfügt er doch über erhebliche Machtvorteile. Er ist zumeist die älteste und die am weitesten in die Provinz hinein- und über sie hinausreichende Partei und verfügt über Machtmittel, die es ihm gestatten, radikale regionale Parteien in Koalitionen einzubinden, zu absorbieren, zu spalten oder sie rhetorisch oder ökonomisch zu übertrumpfen. Die Provinzreform führt somit zur Eingrenzung der wachsenden Konflikte zwischen den großen Sprachgruppen, sie führt zur Pflege und zur Kontrolle einer regionalen Identität und sie erleichtert in der noch überschaubaren Arena einer sprachlich homogenen Provinz die Anpassung demokratischer Politik an die besonderen Verhältnisse Indiens.

Die regionalen Nationalismen konnten so erfolgreich eingedämmt werden

Der Provinzreform liegt aber die Aufwertung und die Gleichstellung der großen regionalen Sprachen notwendig zugrunde; dadurch wird die Frage, welche einheimische Sprache nach der Unabhängigkeit an die Stelle des Englischen treten soll, noch weiter verschärft. Bereits vor der Unabhängigkeit hatte sich der *Congress* dazu entschlossen, künftig Englisch durch Hindi zu ersetzen. Die Einführung dieser nordindischen Sprache als Staatssprache drohte aber den ganzen drawidasprachigen Süden gegen die hindisprachigen Nordstaaten aufzubringen und einem seit den 40er Jahren bestehenden Separatismus der Tamilen eine neue und provinzübergreifende Kraft zu verleihen. Nach jahrelangen Agitationen und blutigen Unruhen in Tamil Nadu willigte die *Congress*-Führung 1966 endgültig in einen Kompromiß ein. Neben Hindi wurde Englisch als Staatssprache und als Verwaltungssprache des Zentrums vorläufig beibehalten. Diese vorgebliche Übergangslösung hat sich als überaus dauerhaft erwiesen und provinzüberschreitende Sprachagitationen und Blockbildungen seither verhindert.

Das förderative Statut, verbunden mit der Neubestimmung der Provinzen, hat damit die regionalen Nationalismen auf der Ebene der Gliedstaaten eingedämmt, und die Koexistenz zweier Sprachen im Zentrum hat grenzübergreifende Sprachkonfrontationen erschwert. Wie aber die Teilung des Subkontinents gezeigt hat, sind es vor allem religiöse Identitätsmuster, die schwerwiegende ethnische Konflikte auslösen. Weshalb wollten oder konnten die *Congress*-Politiker die religiöse Mehrheit

des Landes, 83% der Bevölkerung, nicht politisch formieren und als ethnischen und religiösen Stimmenblock ansprechen und nutzen?

Die religiöse Mehrheit als Summe von Minderheiten

Der Hinduismus ist mit einem Kreis verglichen worden, dessen Mittelpunkt überall und dessen Grenzen nirgendwo zu bestimmen sind. Ob der Hinduismus als Glaubenssystem, Mythologie oder Sozialordnung begriffen wird, immer werden sich religiöse Überzeugungen und Praktiken, Regional- und Lokalgötter, Kasten, Stammesgemeinschaften und Sekten zeigen, bei denen offen bleibt, ob sie dem Hinduismus zugerechnet werden können. Die Gläubigen, die sich formal dem Hinduismus zurechnen lassen, fühlen sich in erster Linie einer lokalen Kaste, einer regionalen Sprach- und Kulturgemeinschaft oder einer Sekte zugehörig. Von ihrem jeweiligen Standort aus erscheint ihnen das Gesamtgebilde, der Hinduismus, nicht als Struktur, sondern als eine kaum übersehbare Anzahl weitgehend unverbundener lokaler und regionaler Einzelgemeinschaften, die sie weder aufzaddieren können noch wollen. Dem religionswissenschaftlichen Problem, „den Hinduismus“ zu bestimmen, entspricht das parteipolitische, „den Hindu“ zu definieren: Unter welcher spezifischen Identität läßt sich diese Mehrheit der Wähler ansprechen? Ist der Hindu als der Verehrer bestimmter Götter, als Mitglied bestimmter Kasten oder als Anhänger spezifischer Doktrinen anzusprechen? Jedes dieser Kriterien droht eine in Millionen zu fassende Wählerschaft auszugrenzen und bereits bestehende Trennungslinien und Konflikte innerhalb dieser diffusen, aber allgegenwärtigen Gemeinschaft zu verschärfen.

Der Congress ist aber in der glücklichen Lage, das gefährliche Experiment einer Einbindung und zugleich zwangsläufigen Ausgrenzung von Hindus nicht selbst durchführen zu müssen. Kleine hindufundamentalistische Parteien haben ihm seit den 50er Jahren gezeigt, daß die Hindu-mehrheit sich vorerst nicht politisch mobilisieren läßt. Die *Hindu Mahasabha*, die *Ramrajya Parishad* und die *Jana Sangh* stellen sich seit der Unabhängigkeit zur Wahl und versuchen, die Wähler unter einer jeweils anders akzentuierten gemeinsamen Hindu-Identität anzusprechen. In ihren Namen *Große Versammlung der Hindus*, *Vereinigung zur Herrschaft Ramas* und *Volksunion* nehmen sie das unerreichbare Ideal einer geschlossenen Hindugemeinschaft vorweg. Bis Mitte der 70er Jahre erreichen diese Parteien bei den Parlamentswahlen stets weniger als 10% der Sitze. Der Aufschwung der *Jana Sangh* bei den Wahlen des Jahres 1977 im Rahmen der neuen *Janata Party* resultiert eher aus der Schwäche *Indira Gandhis* und ihres Congress als aus der Attraktivität ihres Hindu-Fundamentalismus. Ob der 1989, 1991 und 1996 erreichte Erfolg der *Jana Sangh* – seit 1980 *Bharatiya Janata Party* genannt –, zuerst ein Zehntel und dann jeweils ein Fünftel der Wählerstim-

men zu gewinnen, von Dauer sein wird, muß sich erst noch zeigen.

Die Hinduparteien fanden zudem ihre Wähler überwiegend in einem von Hindu-Reformbewegungen, vor allem der *Arya Samaj*, geprägten nordindischen, hindisprachigen, städtischen und mittelständischen Milieu. Das Programm dieser Parteien, ihr Bild von der Hindugemeinschaft setzte anscheinend einen Reformprozeß – also die Ausprägung einer übergreifenden Hindu-Identität – voraus, der die überwältigende Masse der ländlichen Hindus noch nicht erreicht hat.

Anstatt sich auf die schwierige Aufgabe und das langfristig unkalkulierbare Risiko einer Mobilisierung der Hindumehrheit auf der gesamtindischen Ebene einzulassen, hat sich der Congress aus wahltaktischen wie aus ideologischen Gründen für ein Staatsideal und ein Parteiprogramm, des (indischen) Säkularismus und des (indischen) Sozialismus entschieden. Beide Ideale sichern dem Congress eine Koalition von Wählerminderheiten und gestatten ihm dennoch Wahlerfolge bei der religiösen Mehrheit des Landes.

Die wahlpolitischen Vorteile von Säkularismus und Sozialismus

Das Ideal des Säkularismus verbietet es nach Auffassung des Congress, für die religiösen Minderheiten – wie dies die Kolonialmacht seit 1908 praktizierte – getrennte Wählerschaften oder Wahlkreise einzurichten. Für die im Lande verbliebenen Muslime, ca. 11% der Bevölkerung, bedeutet dies bei einem *Mehrheitswahlrecht* und fehlenden kompakten Siedlungsstrukturen, daß sie auf die Gründung eigener Parteien weitgehend verzichten und den Congress unterstützen müssen, wollen sie in Parlament und Regierung angemessen vertreten sein.

Das Ideal des Sozialismus gestattet es nach Auffassung des Congress, benachteiligten sozialen Minderheiten eigene Wahlkreise, *separate seats*, einzurichten. Als benachteiligte soziale Minderheiten gelten seit der Kolonialzeit die Unberührbaren und die Stammesgemeinschaften – die *scheduled castes* und die *scheduled tribes* – die ca. 15% bzw. 7% der Bevölkerung ausmachen. Eigene Wahlkreise – Wahlkreise, in denen jeweils nur Unberührbare oder Stammesangehörige kandidieren dürfen, deren Wähler aber oft in der Mehrzahl Kastenhindus sind – sichern den beiden Minderheiten seit der Unabhängigkeit eine angemessene Repräsentation in den Regierungen und Parlamenten des Landes. Diese Politik der „positiven Diskriminierung“ geht aber weit über die Bereitstellung getrennter Wahlkreise hinaus. Auch in den Schulen und Universitäten, in der Staatsverwaltung und in den Staatsbetrieben werden den *scheduled castes* und *scheduled tribes* ihrer Zahlenstärke entsprechende Ausbildungs- und Arbeitsplätze eingeräumt. Eine solche Förderungspolitik legt also die Unberührbaren und Stammesangehörigen im gesamten, inzwischen immens ausgeweiteten Staatsbereich auf eine mit der Geburt zugeschriebene Identität fest und sucht sie zugleich sozio-ökonomisch besserzustellen.

Neben und über das überlieferte Kastenmodell eines „getrennt und ungleich“ ist damit ein offizielles des „getrennt und gleich“ getreten. Die Förderung wurde von der Masse der Hinduwähler lange Zeit wohl deshalb akzeptiert, weil sie das Los der Unberührbaren unverändert ließ und einem überlieferten Ideal der sozialen Abgrenzung und Identitätszuschreibung nicht entgegentrat. Die Politik der „positiven Diskriminierung“ hat eine neue politische Klasse, fast eine neue Kaste entstehen lassen, die lange Zeit sicherstellte, daß die Stimmen der Unberührbaren und der Stammesangehörigen dem Congress mehrheitlich zugute kamen.

Die aus dem Ideal des Säkularismus abgeleitete Verweigerung eigener Wahlkreise gegenüber den religiösen Minderheiten und die aus dem Ideal des Sozialismus und der sozialen Verantwortung ableitbare Konzession eigener Wahlkreise für die sozialen Minderheiten treibt dem Congress somit eine Mehrheit der Stimmen jener religiösen und sozialen Gruppen zu, die zusammen ein Drittel der Wählerschaft bilden. Neben dieses Stimmenpotential tritt aber dasjenige der rituell hochstehenden oder lediglich wirtschaftlich prosperierenden dominanten Kasten, deren Loyalität und Stimmen sich der Congress durch die regionale Neuorganisation lange Zeit sichern konnte. Angesichts einer weit nach rechts – *Jana Sangh* – und weit nach links – *Communist Party (of India)* und *CP (Marxist)* – abgedrängten und – mit Ausnahme der Wahljahre 1977, 1989 und 1996 – zu Wahlabsprachen unfähigen Opposition konnte der Congress deshalb fast immer als stärkste Partei aus den gesamtindischen Wahlen hervorgehen. Auf der Grundlage eines Mehrheitswahlrechts und dank der Uneinigkeit der Opposition konnte er einen 40–45%igen Anteil an Wählerstimmen in einen 65–75%igen Anteil an Sitzen in der *Lok Sabha*, dem gesamtindischen Parlament, umsetzen. Diese Vormachts- und Mittelpunktstellung – und der seit den letzten drei Parlamentswahlen beobachtbare Zerfall dieser Stellung – zeigt Tabelle 1.

Zusammen mit der Aufwertung der Regionalsprachen leistet die Wählermobilisierung von Minderheiten und dominanten Kasten aber noch ein weiteres: Sie fördert eine Fragmentierung der Hindu-mehrheit in Regionalgruppen und in soziale Minderheiten.

Säkularismus wird in Indien in erster Linie als religiöser Minderheitenschutz verstanden

Das Ideal des Säkularismus ist ein Resultat der europäischen Geschichte. Die Erfahrung der religiösen Bürgerkriege hat zur Entstehung und Legitimierung einer erst starken und schließlich säkularen Herrschaft beigetragen, die dem Einfluß der organisierten Religionen auf die Erziehung, die Rechtsprechung, die Gesetzgebung und die öffentliche Moral entgegentrat. In Indien verbindet sich der Begriff aber nicht mit der Erinnerung an einen schwerwiegenden und lange Zeit unlösbaren Konflikt. Daß die Vorherrschaft der Religion einer Mehrheit durch

Tabelle 1: Parlamentswahlen 1952–1996

Stimmenanteile der verschiedenen Parteien (in %) und Sitzanteile des Congress' in der Lok Sabha (in %)

Jahr	Congress	„Nationale Opposition“	Andere Parteien und Unabhängige	Congress-Sitze in der Lok Sabha
1952	45,0	22,8	32,3	74,0
1957	47,8	25,2	27,0	75,0
1962	44,7	33,7	21,5	73,0
1967	40,8	35,5	23,8	54,0
1971	43,7	34,1	22,2	68,0
1977	34,5	50,1	15,3	28,0
1980	42,7	42,4	14,9	67,0
1984	48,1	29,7	22,2	77,0
1989	39,5	38,5	20,9	37,0
1991	36,7	40,9	21,1	43,0
1996	28,1	43,7	28,2	26,0

Quellen: P. R. Brass 1990: 72, 88, M. P. Singh 1992: 315 und India Today 31. 5. 1996

einen säkularen Staat bedroht werden könnte oder daß andererseits diese Vorherrschaft zum Zwecke der Entwicklung und Modernisierung zurückgenommen werden müßte, diese beiden Auffassungen sind in Indien wenig verbreitet, weil die Unbestimmbarkeit des Hinduismus sich auf den Begriff des Säkularismus überträgt.

Zu Recht oder zu Unrecht empfindet eine Mehrheit der Hindus ein zentrales Anliegen des Säkularismus, die persönliche Glaubensfreiheit und das Gebot der religiösen Toleranz, im Hinduismus vorweggenommen, gefordert und praktiziert. Der Begriff des Säkularismus wird auf das Gebot der Toleranz reduziert, und dieses gilt als in der Religion der Mehrheit seit jeher enthalten. Die Mehrheit der Hindus empfindet sich von dem Ideal eines säkularen Staates deshalb weniger bedroht als geschützt: vor den überzogenen Forderungen besser organisierter oder lautstarker religiöser Minderheiten auf eigene Wahlsitze, eine eigene Provinz, eine eigene religiöse Erziehung oder Rechtsprechung.

Auch der Sozialismus ist in die religiösen Traditionen eingebunden worden

Eine vergleichbare Undeutlichkeit, die Tendenz zu einer Verschmelzung ansonsten unvereinbarer Denkmodelle, zeigt sich auch bei dem in die Verfassung, in die Wirtschaftspläne und die Selbstdarstellung des Congress eingeschriebenen „indischen“ Sozialismus. Der von Nehru entworfene und interpretierte Sozialismus ist eine wenig konsistente Doktrin, die aller Gewalttätigkeit und aller totalitärer Implikationen entsagt hat. Dieser Sozialismus ist eine Abhandlung über die Ungleichheit unter den Indern. Er kritisiert die soziale Ungleichheit in der indischen Gesellschaft und die wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes. Er vermeidet es aber, die religiösen Wurzeln sozialer Ungleichheit und wirtschaftlicher Rückständigkeit direkt zu treffen. Dieser Sozialismus ist ein Sozialismus des „mittleren Weges“ zwischen einem kapitalistischen und einem kommunistischen Entwicklungsweg. Er

gibt vor, ein originärer Beitrag Indiens zur Überwindung der Unterentwicklung zu sein und Elemente und Ideale der indischen Tradition zu verkörpern. Er ist von Nehru, einem Brahmanen an der Spitze des Staates, so verkündet worden wie einst der Buddhismus von dem Imperator Ashoka (ca. 274–232 v. Chr.).

Der indische Sozialismus stellt sich also nicht radikal gegen die überlieferte Wirtschafts- und Sozialordnung, sondern gibt vor, diese Ordnung in Richtung eines in ihr immer angelegten, aber vernachlässigten Ideals reformieren zu können. Im sozialen Bereich zeigt er sich als ein Appell zur individuellen ethischen Reform und als Politik der „positiven Diskriminierung“ und im wirtschaftlichen in der Politik der staatlich kontrollierten Industrialisierung, im Konzept der *mixed economy* in den Fünfjahresplänen. Damit nähert er sich dem Begriff des buddhistischen und hinduistischen *Dharma*, also dem Bild einer idealen politischen und wirtschaftlichen, sozialen und ethischen Ordnung. Dieses *Dharma* stand und steht über der Vielzahl der einzelnen Kastenvorschriften, und zu seinem Schutz ist der gerechte Herrscher angehalten. Die Sozialpolitik des Congress, die das Kastensystem nicht abschaffen, sondern die in ihm wirksamen sozialen und ökonomischen Ungleichheiten mildern will, verdeutlicht diesen Reformansatz.

„Säkularismus“ und „Sozialismus“ verlieren damit in der Rhetorik des Congress alle harten Konturen. Ursprünglich in Europa entstanden und in Indien einer zutiefst gläubigen und traditionsorientierten bäuerlichen Bevölkerung gegenübergestellt, erscheint beides nun nicht mehr als neu, fremd oder bedrohlich, sondern als seit jeher in den religiösen und politischen Traditionen des Landes enthalten. Säkularismus und Sozialismus verwandeln sich in zwei unverfängliche Ideale, die auf die Gestalt eines gerechten Herrschers projiziert werden. Dieses Herrscherbild liegt mit dem buddhistischen Imperator Ashoka, der in vorchristlicher Zeit weite Teile Indiens beherrschte, auch eine jahrhundertlang vergessene historische Analogie vor. Indem der Congress ein Symbol dieses Herrschers, das *Löwenkapitel*, zum

Staatswappen erhebt, und indem er ein Rad, das auch als Rad der buddhistischen Lehre gedeutet wird, in die Staatsfahne aufnimmt, sucht er die diesem Herrscher und seinem Buddhismus zugeschriebene religiöse Toleranz und sein Bemühen um eine gerechte Ordnung auch für sich nutzbar zu machen. Diese Staatssymbolik, die an eine zweitausend Jahre alte und für die Masse der Inder irrelevante Vergangenheit erinnert, hat darüber hinaus den Vorteil, daß sie allen gleichermaßen fremd ist und deshalb keine Minderheit diskriminiert.

Die Konsolidierung der Indischen Union und damit zugleich die erste Phase der Congressherrschaft läßt sich deshalb wie folgt zusammenfassen: Die indische Verfassung hat den Provinzregierungen eine traditionelle Autoritätsstellung belassen. Die Provinzreform und die Aufwertung der Regionalsprachen haben hier zur Entstehung neuer Machträume geführt, in denen nicht nur die regionalen Eliten sich politisch artikulieren können und müssen. In diesen neuen Machträumen haben sich die regionalen Nationalismen kultivieren und zugleich eindämmen lassen. Die Beibehaltung des Englischen als zweite Staatssprache hat dem drawidasprachigen Süden die Angst vor einer „Kolonisation“ durch das Hindi genommen und provinzübergreifende Blockbildungen verhindert. Die Schwierigkeit und der Verzicht, die Hindumehrheit politisch zu formieren, haben ein Bekenntnis zu Säkularismus und Sozialismus erleichtert. Säkularismus und Sozialismus haben zudem wahltaktische Konsequenzen: Sie rechtfertigen eine „Wahlkreis-Politik“, die dem Congress die Stimmen der religiösen und sozialen Minderheiten sichert. Säkularismus und Sozialismus lassen sich aber auch, vereinfacht auf den Gedanken oder das Bild der religiösen Toleranz, des *Dharma* und des gerechten Herrschers, in die Hindutradition einbinden. Die beiden Ideale gelten als Nachweis einer „Modernität“ der Tradition, und ihr Garant, der Congress, findet damit auch Unterstützung bei der religiösen Mehrheit des Landes.

Zumeist unabsichtlich und unvorhergesehen hat sich deshalb auf der Ebene der Staats- und Provinzordnung, der Wahlstrategien und der Staatsideale ein politisches Arrangement eingestellt, das zur Verfestigung demokratischer Herrschaft, zur Konfliktkontrolle und zum Machterhalt des Congress entscheidend beigetragen hat.

Literaturhinweise

- Bernard, J. (1985): *L'Inde, le Pouvoir et la Puissance*, Paris.
 Brass, P. R. (1990): *The Politics of India since Independence*, Cambridge.
 Kohli, A. (Hrsg.) (1991): *India's Democracy*, New Delhi.
 Morris-Jones, W. H. (1967): *The Government and Politics of India*, London.
 Singh, M. P. (1992): *Bharatiya Janata Party: An Alternative to the Congress?*, in: *Asian Survey*, 32/4, S. 303–317.
 Smith, D. E. (Hrsg.) (1966): *South Asian Politics and Religion*, Princeton, S. 74–101.
 Thakur, R. (1995): *The Government and Politics of India*, London.
 Tinker, H. (1966): *India and Pakistan*, New York

Urheber, Garant und Nutznießer des Systems

Aufstieg und Niedergang der Congress-Herrschaft

Die Entwicklung des politischen Systems Indiens

Von Jakob Rösel

Die Entwicklung Indiens, seiner Demokratie, ja seines Staatsaufbaus ist eng verbunden mit der Congress-Partei: Sie hat die Unabhängigkeit erstritten und dann über Jahrzehnte hinweg den Regierungschef gestellt. Angetreten ist sie als eine Sammlungsbewegung, die die Inder jeglicher Herkunft, aller Sprachen, Religionen und Kulturen sowie aller sozialer Klassen und Kasten in sich vereinen wollte – unter den programmatischen Formeln von Säkularismus und Sozialismus. In der Tat war der Congress in der langen Regierungszeit Nehrus ein Mikrokosmos der indischen Gesellschaft, in seiner effektiven Organisation die Konflikte ausgleichend und damit die Demokratie stabilisierend. Unter der Herrschaft Indira Gandhis und ihres Clans ist diese Fähigkeit weitgehend abhanden gekommen. Allerdings hat sich auch die indische Gesellschaft zunehmend modernisiert und differenziert, so daß die überkommene Organisation des Congress zu diesem allumfassenden Ausgleich nicht mehr in der Lage ist, zumal er rein am Machterhalt orientiert die eigene Modernisierung verpaßt hat. Heute haben wir es in der indischen Politik mit drei großen Gruppierungen zu tun: dem deutlich geschrumpften Congress, den Hindu-nationalen sowie den zunehmend erstarkenden Regionalparteien, die sich auf nationaler Ebene zu Bündnissen zusammenschließen. *Red.*

Die Dynamik des politischen Systems

Kein politisches System und schon gar nicht die indische Demokratie lassen sich auf eine einfache und zugleich bewegungslose geometrische Figur reduzieren. Auch das politische System Indiens wird von politischen Akteuren getragen, und in dem Maße, in dem es die soziale und politische Realität umgestaltet, wirkt dieser Prozeß der Ausbreitung und Konsolidierung auf das politische System zurück: Diese Dynamik gilt es im folgenden zu erfassen, und dabei muß insbesondere der politischen Stellung des Congress nachgegangen werden.

Die Darstellung der Ausgestaltung der Indischen Union und der Konsolidierung der indischen Demokratie mußte die Congressorganisation in den Mittelpunkt dieser Entwicklungen rücken – als Urheber, Garant und Nutznießer dieses politischen Systems. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß diese Darstellung damit unfreiwillig die Ideale und die Ideologie, die Schlagworte und die Symbolik einer Partei nachzeichnet. Deutlich ist, daß die Gestalt, eventuell auch die Stabilität dieser Demokratie, vor allem aber die Vorrangstellung des Congress von einer Bedingung abhängt: von der Bereitschaft

und Fähigkeit des Congress, die von ihm geschaffenen politischen Institutionen und Spielregeln zu respektieren. Andernfalls, so ließe sich vermuten, muß der Congress auf Dauer seine Vorrang- und Mittelpunktstellung verlieren, und das von ihm geschaffene System wird sich – sofern kein Congress-Äquivalent entsteht – entscheidend verändern. Eventuell wird sogar das politische System Indiens an Glaubwürdigkeit und Funktionsfähigkeit verlieren. Dieser gewissermaßen statischen Annahme ließe sich zugleich eine gegenläufige, eine dynamische entgegenstellen: gerade weil der Congress das von ihm geschaffene Rahmenwerk respektiert und demokratische Herrschaft stabil und breitenwirksam macht, werden auf Dauer selbstbewußte Wählerschichten und neue Interessengruppen der Kontrolle des Congress entgleiten, neue Parteien begründen und politische Entwicklungen auslösen, die die Stellung des Congress ebenso wie die Gestalt des Systems verändern.

Die folgende Darstellung soll zeigen, daß diese beiden Entwicklungen die Stellung des Congress geschwächt und die Gestalt des politischen Systems nachhaltig verändert haben. Ich schildere zunächst die im Congress wirkenden Integrationsmechanismen, die mit der Konsolidierung demokratischer Herrschaft zugleich deren wachsende Breitenwirkung und Verselbständigung ausgelöst haben. Anschließend zeige ich, wie die kontraproduktiven Konsolidierungserfolge ebenso wie eine wachsende Regelverletzung seitens des Congress seinen politischen und organisatorischen Niedergang und eine Umwandlung des politischen Systems auslösen. Und ich begründe abschließend, warum in Konsequenz dieser Entwicklungen gegenwärtig drei politische Ordnungsmodelle entstanden sind, bei denen bislang unklar bleibt, welches sich auf Dauer durchsetzen wird.

Der Congress als Mikrokosmos der indischen Gesellschaft

1947 ist die Congressbewegung die mit weitem Abstand stärkste politische Kraft. Dazu haben die von Gandhi 1920 durchgesetzte Reform dieser Organisation, die zahlreichen Unabhängigkeitskampagnen und die Mitarbeit in den zunehmend selbstbestimmten Provinzparlamenten beigetragen. Seit langem, im Kern seit 1920, ist der Congress keine Honoratiorenpartei, sondern eine demokratisch und bürokratisch verfaßte Massenorganisation. Die Mitgliedsbeiträge sind so gering, daß fast jeder dem Congress beitreten kann. Er bildet eine in ganz Indien präsente, hierarchisch aufgebaute und durch interne Wahlen demokratisch legitimierte

und deshalb transparente und integrations- ebenso wie anpassungsfähige Organisation. Die Vollmitglieder der Lokalkomitees wählen die jeweiligen Distriktkomitees und diese die jeweiligen Pradesh-, die Provinzkomitees. Eine der Bevölkerungszahl der jeweiligen Provinz entsprechende Zahl von Delegierten wählt während eines jährlichen Zusammentreffens die Mitglieder des *All India Congress Committee* (AICC). Die nationale und weit gespannte Organisation ist zugleich handlungsfähig. Die Delegierten und der Präsident des *All India Congress Committee* wählen ein 21 Mitglieder umfassendes *Congress Working Committee*, das ständig in New Dehli tagend die entscheidenden Leitungs- und Kontrollfunktionen übernimmt. Die Provinzkomitees sind seit 1920 nicht nach den kolonialen Provinzgrenzen, sondern nach denjenigen der jeweiligen regionalen Sprachgruppen zusammengesetzt. Sie nehmen damit die künftige territoriale Neuorganisation des Staates vorweg. Mitglieder der so einflußreichen Provinzkomitees können sich damit untereinander in ihrer Landessprache verständigen. Dies, verbunden mit der Offenheit der Organisation und der Durchführung interner Wahlen, sichert dem Congress bereits im Vorfeld der 1952 zum ersten Mal durchgeführten allgemeinen Wahlen eine für andere Parteien unerreichbare Inkorporationsoption, Mobilisierungschance und Mittelpunktstellung. Wer immer, aus welchen Gründen und wo auch immer an einer politischen Stellung, Absicherung oder Karriere interessiert ist, wird seinem jeweiligen Distriktkomitee beitreten, er wird seine Kastengenossen, Abhängigen oder Klienten zu einem Beitritt überreden, und er wird anschließend danach trachten, sich von dieser Gefolgschaft in das Provinzkomitee wählen oder für die künftigen National- oder Provinzwahlen nominieren zu lassen. Auf der Grundlage einer offenen, volkssprachigen und demokratischen Massenorganisation und in Aussicht auf die seit 1952 einzusetzenden, alle fünf Jahre durchgeführten Wahlen brechen sich die sogenannten *Mobilization Drives*, die Mobilisierungskampagnen, Bahn, die *all sorts and conditions of men*, also die unterschiedlichsten Interessens-, Kasten- und Regionalgruppen als politische Karrieristen oder einfache Parteimitglieder in den Binnenraum des Congress ziehen. Der Congress verfügt damit nicht nur über eine enorm hohe Mitgliederzahl, er verwandelt sich im Maßstabe wachsenden politischen Bewußtseins, Artikulationsinteresses und Organisationsfähigkeit zu einem Mikrokosmos der indischen Gesellschaft. Alle diese im Binnenraum des Congress vertretenen Interessengruppen können zu mindest hoffen, daß ihre Forderungen im Maßstabe des Organisations-, Verhandlungs- und Koalitionsgeschicks ihrer Führer in den Provinzkomitees und im AICC ebenso wie in den Provinzparlamenten und in der *Lok Sabha*, dem Zentralparlament, angemeldet und partiell erfüllt werden. Alle diese Forderungen nach Macht, Patronage und Respekt können aber nicht erfüllt werden. Von Anfang an entwickelt sich im Binnenraum des Congress deshalb auf allen und zwischen allen Ebenen ein

elaborierter und fast ritualisierter Verhandlungsstil, der darauf zielt, zwischen unterschiedlichen Interessen zu vermitteln, Forderungen partiell oder symbolisch zu erfüllen und einen immer wieder neuen und prekären Konsens sicherzustellen. Alle großen Politiker des *Congress*, die regionalen *Chief Minister*, vor allem aber *Nehru* und die Mitglieder des CWC sind die Urheber, Garanten und Resultate dieses spezifischen Konsensstils interner *Congress*-Politik. Die politische Gravitationskraft, die Durchführung interner Wahlen und dieser unausweichliche Zwang, Kompromisse zu erzielen und Konsens zu sichern, verwandeln den *Congress* in eine intern transparente und nach außen hoch informierte Organisation. Die kleinen und großen Problemlagen und Konflikte Indiens – zwischen Kasten, Sektoren, Religionen – verlagern sich durch die *Mobilization Drives* in den Binnenraum der Organisation, und sie werden, in der Gestalt unterschiedlicher Interessen und Forderungen, auf allen Ebenen verhandelt. Die Parteiführung gewinnt dadurch Einblick in die Zusammensetzung und Interessenlagen der Provinz- und Distriktorganisationen, sie sichert sich zugleich einen unerreichbaren *Informationsvorsprung* bezüglich der wahlpolitisch relevanten Hoffnungen und Ängste der indischen Bevölkerung. Dieser Informationsvorsprung setzt den *Congress* nicht nur in die Lage, in seiner Regierungstätigkeit und bei den Wahlen auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene die jeweils spezifischen Milieus und Sonderinteressen in Rechnung zu stellen, dieser Informationsvorsprung hat neben dieser *Nation Building* betreffenden Konsequenz auch noch eine das *State Building* befördernde Wirkung.

Der Aufbau der Congress-Organisation ging dem Aufbau des Staates voraus

Dank der Offenheit und der zunehmenden Allgegenwart der *Congress* (Lokal-) Organisationen ist der *Congress* in vielen Dörfern und Teilen der Distrikte früher oder stärker präsent als die erst nach der Unabhängigkeit flächendeckend ausgebauten staatlichen Institutionen und Versorgungsleistungen – Rechtsprechung und Polizei, Gesundheits- und Bildungswesen, Infrastruktur und landwirtschaftliche Entwicklung. Mit Hilfe seiner Lokalorganisationen kann der *Congress* deshalb den Ausbau der staatlichen Institutionen sowohl vorantreiben als auch kontrollieren. Er kann dieses *State Building* lokalen Bedingungen und Forderungen anpassen, er kann es unter wahlpolitischen Kalkülen forcieren oder vernachlässigen. In jedem Fall aber sichert ihm dieser unter seiner Kontrolle und nach seinen Idealen und Interessen unternommene, nachholende Institutionenausbau eine zusätzliche Informationsressource und Machtgrundlage. Das zeigt sich am deutlichsten mit der von *Nehru* beschlossenen Durchsetzung einer dörflichen Selbstverwaltung *Panchayati Raj*, bei der dörfliche Selbstverwaltung, ländliche Entwicklung und die Kooperation mit den entsprechenden staatlichen Stellen ineinanderfallen.

Die aufgezeigten Rahmenbedingungen, also sein Organisations-, Mobilisierungs- und Informationsvorsprung sichern dem *Congress* mit dem Einsetzen der allgemeinen Wahlen nicht nur den Wahlerfolg, sie sichern ihm zugleich von Anfang an eine bislang nur von ihm besetzte und besetzbare Position. Von Anfang an nimmt der *Congress* nicht nur eine Zentrumsstellung im Parteienspektrum ein, sondern im Gegensatz zu der Mehrzahl der existierenden Parteiensysteme inkorporiert und repräsentiert er selbst fast alle entscheidenden ideologischen und parteipolitischen Strömungen und Gruppierungen. Als die entscheidende Unabhängigkeitsbewegung, sowohl offen als auch integrationsfähig, hatte der *Congress* bis auf wenige Ausnahmen die Entstehung ideologischer Alternativen und konkurrierender Parteien verhindern können. Konkurrierende Parteien hatte er entweder absorbiert oder marginalisiert. Gegenüber der *Muslimliga* waren beide Strategien gescheitert, die am Ende unvermeidbare Teilung des Subkontinents hat die *Muslimliga* aber jetzt in der Indischen Union zu einer weitgehend bedeutungslosen Organisation gemacht. Erst der Unabhängigkeitskampf und nach der Unabhängigkeit die Mobilisierungskampagnen haben dazu geführt, daß im Binnenraum des *Congress* jetzt alle entscheidenden sozialen und politischen, religiösen und regionalen Gruppen und deren Ideologien ausschließlich oder zumindest partiell vertreten sind. Außerhalb des *Congress* stehen 1947 lediglich die *Kommunistische Partei*, die *Muslimliga* und vereinzelte regionale Parteien.

Bis zum Tode Nehrus können nur wenige Parteien entstehen

Bis zum Tode *Nehrus*, 1964, entstehen nur wenige neue Parteien, oft durch den Austritt oder den Ausschluß politischer Gruppierungen aus dem *Congress*. Für die meisten dieser Parteien, insbesondere für die durch Austritt und Ausschluß gebildeten Organisationen gilt, daß mit den Partei Zielen sympathisierende Gruppen immer auch im *Congress* zurückbleiben. Damit besteht seit der Unabhängigkeit bis zum Tode *Nehrus* eine für die Vormacht- und Mittelpunktstellung des *Congress* äußerst vorteilhafte Situation. Da der *Congress* fast alle entscheidenden neuen und alten ideologischen, religiösen und regionalen Strömungen und Interessengruppen enthält und (bislang noch) wirkungsvoll ausbalanciert, hat er alle wahlpolitischen Alternativen, alle konkurrierenden Parteien in die politische Peripherie, in eine Außenseiterrolle und in eine entweder ideologisch, (hindu-)religiös oder regionalistisch radikalisierte Programmatik gezwungen. Der *Congress* stellt weniger ein Zentrum als einen Kreis dar, der die konkurrierenden Parteien soweit marginalisiert, isoliert und radikalisiert hat, daß wahltaktische Allianzen oder pragmatische Annäherungen zwischen ihnen fast unmöglich sind. Wollen sie bestimmte Reformen und Forderungen durchsetzen, so müssen sie stets mit den ihnen jeweils näherstehenden Interessengruppen im *Congress* und mit

deren Meinungsführern, zumeist alten Bekannten und früheren Verbündeten, Kontakt aufnehmen. Die von ihnen gewünschten Reformen werden dann eventuell durchgesetzt, aber unter der Signatur des *Congress* und zu dessen Vorteil. Wollen die gleichen Parteien keine politische Wirkung, sondern in erster Linie politischen Erfolg, also Wahlsiege erzielen, so bleibt ihnen nur die Koalition mit dem *Congress*. Ob auf den Vorteil der Nation, der eigenen Karriere oder der Partei bedacht, für die außenstehenden Politiker und Parteien ist der Weg zum *Congress* und einer mit ihnen sympathisierenden Fraktion immer näher und leichter als zu jeder anderen Oppositionspartei. Unter den genannten Rahmenbedingungen und Organisationschancen bleibt der *Congress* damit zu einer ausgreifenden Mittelpunktstellung, zu ideologischer Vielfalt, zu sozialem Pluralismus und damit zum politischen Erfolg fast verurteilt. Dieser Erfolg ist zugleich ein Erfolg für die indische Demokratie, zunächst für ihre institutionelle Konsolidierung und bald ihre wachsende Breitenwirkung und regionale Verankerung. Die Durchsetzung und der Erfolg dieses „dominanten (und expansiven) Einparteiensystems“ treibt zugleich das *Congress*-System unaufhaltsam an die Grenzen seiner sozialen und ideologischen Aufnahmekapazität und internen politischen Integrationsfähigkeit. Immer mehr und unvereinbare Interessengruppen und Forderungen müssen auf Dauer die Fähigkeit zur Kompromiß- und Konsensbildung erschöpfen. Die durch den Eintritt in und den Umgang mit dem *Congress* gewachsene Eigenständigkeit, Artikulationskompetenz und Handlungsfähigkeit der Interessengruppen und ihrer Führer tragen dazu bei, daß sie einerseits der Kontrolle des *Congress* entgleiten müssen, daß sie andererseits ihr Organisations- und Verhandlungsgeschick dazu nutzen, um mit bislang schwachen und deshalb konzessionswilligen oder manipulierbaren Parteien ins Geschäft zu kommen. Alle diese aus dem Erfolg des *Congress* resultierenden kontraproduktiven Entwicklungen zeigen sich bereits während der nach dem Tode *Nehrus* im Jahre 1967 durchgeführten Wahlen. Eine aus der Spaltung und Umwandlung des *Congress* resultierende Abneigung, die für die indische Demokratie bestandsnotwendigen Institutionen und Spielregeln zu respektieren, zeigt sich dagegen während der Regierungsphasen *Indira Gandhis* und *Rajiv Gandhis*.

Der Niedergang der Congress-Organisation und seine Ursachen

Mit dem Tode *Nehrus* 1964 geht jene entscheidende Entwicklungsphase zu Ende, in der nicht nur eine Partei die Gestalt des demokratischen Systems, sondern während der im wesentlichen ein Staatsmann die dazu notwendigen Ideale vorleben, Verfahrensweisen durchsetzen und Überredungskünste aufbringen konnte und mußte: *Nehru* hatte die entscheidenden Grundzüge der indischen Verfassung mitgeprägt. Er hatte in einem folgenreichen Richtungsstreit die Vorrangstellung des

Premierministers, also *Nehrus* und seiner Regierung, gegenüber dem Präsidenten und der Congressorganisation, also der Regierungspolitik vor der Parteipolitik, durchgesetzt. Und Nehru konnte zugleich immer sicherstellen, daß Männer seines Vertrauens die Congressorganisation führten. *Nehrus* Verhandlungsstil war es zu verdanken, daß sich gegen den Wortlaut der Verfassung und gegen die Skepsis des Premierministers ein „kooperativer Föderalismus“ einspielte, daß von dem Instrument der *President's Rule* nur selten Gebrauch gemacht wurde, und daß der Prozeß der territorialen Neuorganisation des Staates – obwohl im Kern von *Nehru* mißbilligt – erfolgreich durchgeführt wurde.

Die politischen Nachfahren und Erben *Nehrus* sind nicht nur seine Weggefährten, als *Chief Minister* und große Regionalpolitiker verdanken sie ihre Autorität und Hausmacht bereits den von *Nehru* initiierten und dem *Congress* umgesetzten Reform- und Konsolidierungsmaßnahmen. Gleich stark und gleichermaßen ehrgeizig verschieben diese neuen Machthaber, die fast alle im *Congress Working Committee* vertreten sind, den nun unausweichlichen Machtkonflikt bei der Nachfolgeregelung. Nachdem der erste, in ihren Augen ungefährliche Übergangspremier, *Lal Bahadur Shastri*, unerwartet während seines größten außenpolitischen Triumphes – den indo-pakistanischen Friedensverhandlungen in Taschkent – stirbt, wird die in ihren Augen ebenfalls schwache Tochter *Nehrus*, *Indira Gandhi*, zur Premierministerin erhoben. Kaum einer der Beteiligten sah zu diesem Zeitpunkt eine Ära der *Indira Gandhi* und die mögliche Etablierung einer „Nehru-Dynastie“ voraus. Die neue Macht der *Congress*-Regionalfürsten beginnt aber von nun an, die Geschlossenheit des gesamtindischen *Congress* zu schwächen, zugleich zeigen sich in den immer größer und komplexer gewordenen Regionalorganisationen Konflikte und Fraktionsbildungen, die sich dem bislang eingespielten Muster der Streitschlichtung entziehen. Vor allem aber haben inzwischen die lange Zeit marginalisierten Parteien, deren Kader und alte oder neue, nicht mehr dauerhaft in den *Congress* eingebundene Wählergruppen und Lokalpolitiker vom *Congress* gelernt und die Grundlagen seiner Vorrangstellung analysiert. Zumeist unter der Führung einer regional konsolidierten Partei bilden sie für die 1967 anstehenden *Lok Sabha*- und Provinzwahlen regionale Wahlbündnisse. Auf diese Wahlempfehlungen und Allianzen gestützt, können sie in Tamil Nadu, Kerala, Orissa, Punjab, Bihar und Westbengalen, also in sechs großen Gliedstaaten, die Provinzregierungen stellen. 20 Jahre nach der Unabhängigkeit, 15 seit dem Einsetzen der allgemeinen Wahlen, sieht sich der *Congress* damit aus einem Drittel der wichtigsten Gliedstaaten Indiens, oft auf Dauer, vertrieben.

Dieser (Konsolidierungs-)Erfolg der indischen Demokratie und (Kontroll-)Mißerfolg des *Congress* resultieren nicht nur aus einer zunehmenden taktischen Stärke dieser Parteien, sondern immer auch aus einer neuen Integrationsschwäche des

Congress. Die Oppositionsallianzen siegen, weil die regionalen Congressorganisationen von oben bis unten in zwei Fraktionen gespalten sind, deren eine den Congresswahlkampf entweder nicht unterstützt oder ihn sogar sabotiert. Die neue Integrationsschwäche des *Congress* zeigt sich auch daran, daß in den folgenden 15 Monaten rund 15 Provinzregierungen, überwiegend *Congress*regierungen, aufgrund interner Fraktionskämpfe und -intrigen gestürzt werden.

Die Wahl des Jahres 1967 bereitet damit eine zukunftsweisende, wenn auch erst später folgenreiche Entwicklung vor. Eine Regionalisierung der indischen Politik setzt nun ein, die sich auf Dauer der Kontrolle des *Congress* entzieht, und die dabei beteiligten Parteien verfügen künftig über das Geschick auch auf nationaler Ebene, auf der Grundlage von nun nationalen neuen Parteibildungen oder Wahlallianzen den *Congress* aus dem Zentrum der Macht zu vertreiben. Die enttäuschenden Wahlergebnisse von 1967 verschärfen die Konflikte innerhalb der Congressorganisation, und der lange Zeit aufgeschobene Machtkampf sowohl unter den alten und regionalen Congresspolitikern als auch zwischen ihnen und der Premierministerin läßt sich nicht mehr aufhalten. Diese großen Congresspolitiker haben sich bereits seit *Nehrus* Tod in einer informellen Gruppierung innerhalb und über dem CWC im sogenannten „Syndikat“ organisiert. Da sie auch untereinander zerstritten sind, fällt es der geschickten und skrupellosen *Nehru*-Tochter auf Dauer leicht, den Kampf für sich zu entscheiden. Um die Machtblockade und ihre Gegner zu brechen, ist *Indira Gandhi* jetzt bereit, den *Congress* in seiner seit 1920 entstandenen und gewachsenen Struktur und Integrationsfähigkeit zu zerstören – durch die Spaltung der Organisation.

Die Spaltung in den *Congress (R)* und den *Congress (O)*

Nicht stark genug, den Konflikt innerhalb der Congressorganisation für sich zu entscheiden, aber der Unterstützung ihres Kabinetts und der Mehrheit der *Congress* Parlamentarier sicher, erhebt *Indira Gandhi* sich und ihre Gefolgschaft 1969 zum genuinen, den *Nehru*- und *Gandhi*-Traditionen verpflichteten *Congress*. Ihr *Congress* gilt fortan als *Congress Requisitionist* oder *Congress Ruling*, also *Congress (R)*. Die Sezession hinterläßt mit dem alten *Congress* – *Congress (O)rganisation* oder *Congress(O)ld* – eine von Regionalfürsten dominierte und deshalb zerstrittene Rumpfororganisation, die zwar die Mehrheit der Provinz- und Distriktorganisationen kontrolliert, aber über kein handlungsfähiges und einflußreiches Koordinationsgremium auf gesamtindischer Ebene verfügt. Im Gegenzug verfügt *Indira Gandhi* mit ihrer Organisation über die Macht im Parlament und in der Organisationsspitze und damit über die politische Initiative und Sichtbarkeit im Zentrum, aber sie entbehrt auf Dauer der einflußreichen und anerkannten Lokalorganisationen. Die Premierministerin hatte damit gerechnet, daß die Zeit, die politi-

schen Überlebensinteressen vieler Congresspolitiker und die internen Konflikte in den regionalen Congressapparaten für sie arbeiten würden. Diese Rechnung geht auf. Durch neue Schlagworte und Programme kann *Indira Gandhi* ihre Popularität steigern und Wählerschichten, Interessengruppen und Gefolgschaften vorrangig an ihre Person, weniger an ihre Parteiorganisation binden.

Politiker, vor allem die *Lok Sabha*-Parlamentarier, wollen wiedergewählt werden, und das setzt ihre Nominierung seitens des neuen *Congress* voraus. Nach der Spaltung wendet sich ein großer Teil der parteipolitischen Dissidenten ihrer Organisation zu. Vor allem aber öffnet sie den *Congress (R)* für alle jene Congressfraktionen, die in den jeweiligen Regionalorganisationen in Opposition zu den mit *Indira Gandhi* verfeindeten Regionalfürsten und *Chief Minister* stehen. Nach einer anfänglichen „Enthauptung“ der Congressorganisation rekonstituiert sich der *Congress (R)* deshalb als ein auf die Premierministerin und die Regierungsmacht ausgerichtetes und durch regionale Fraktionen und opportunistische Gefolgschaften in die Provinzen verlängertes, weitgehend unverbundenes Gebilde. Der neue *Congress* bildet einen auf die Interessen *Indira Gandhis* zugeschnittenen und im Zentrum handlungsfähigen Machtapparat, der aber fortan auf zerbrechlichen Stelzen steht. Die Entstehungsbedingungen der Organisation ebenso wie der Regierungsstil *Indira Gandhis* verhindern die Herausbildung jener Struktur, Verfahrensweisen und Tugenden, die den *Nehru*-*Congress* einzigartig, unersetzbar und erfolgreich machten.

Indira Gandhis autokratischer Regierungsstil

Die Premierministerin ist durch Erziehung und Erfahrung zur Autokratin und zugleich ehrgeizig und mißtrauisch geworden. Die zu ihr zurückkehrenden politischen Dissidenten und die durch das Mittel der Intrige oder des politischen Handels herübergezogenen Fraktionen werden nicht kooptiert, sondern sie treten in einen Vorhof der Macht ein, in das „freie Reich von Gnade und Willkür“, wo sie jeweils individuell und ohne Angabe von Gründen abwechselnd hofiert und gedemütigt, auf Dauer in Angst gehalten werden.

Der Einsatz dieser despotischen Umgangsformen ist unberechenbar, das Ziel dieses willkürlichen Mitteleinsatzes klar: Diese ihr aus eigennützigen und opportunistischen Motiven dienenden Gefolgsleute und Fraktionen müssen isoliert und gegeneinander ausgespielt werden. In ihren Interessen und Ambitionen auf die Premierministerin und nicht auf die Parteibasis oder -komitees ausgerichtet, müssen sie lernen, daß nur die Premierministerin und ihre wenigen Vertrauensleute, im Kern ihr Haushalt, politische Karrieren fördern oder zerstören. Erst die institutionellen Konsequenzen der Spaltung, dann das Machterhaltungsinteresse *Indira Gandhis* verhindern deshalb, daß im *Congress (R)* innerparteiliche Wahlen durchgeführt und damit die so vorteilhafte Transparenz

und Informationsüberlegenheit wiederhergestellt und die so notwendigen Verhandlungsroutinen und Konsenspraktiken wieder eingeführt werden.

Dies führt bis gegen Ende der *Indira Gandhi*-Herrschaft dazu, daß die Premierministerin von entscheidenden Informationen abgeschnitten bleibt und daß ihre Einschätzung der politischen Lage Indiens und des Parteiapparates abhängig bleibt von den eigennütigen Präsentationen und Fehldarstellungen der gerade geförderten Günstlinge. Vor allem bei politischen Krisen und mangelndem Erfolg läuft *Indira Gandhi* damit Gefahr, auf der Grundlage unzureichender Information Entscheidungen zu treffen, deren Umsetzung, Wirkung und Beurteilung sich ihrer Kenntnis entziehen. Unter dem Zwang der Umstände und aus Überzeugung zu einem autokratischen Herrschaftsstil und – unter demokratischen Verhältnissen – deshalb zum politischen Erfolg verurteilt, wendet sich die Premierministerin mit einem neuen Wirtschaftsprogramm, Persönlichkeitskult und neuen Schlagworten dem Wähler zu. Mit einem Programm, das auf die Verstaatlichung der Banken und die verstärkte Armutsbekämpfung zielt, sucht sie sich von den alten und als korrupt dargestellten Congressregionalfürsten und Syndikatsmitgliedern zu distanzieren und als neue Schutzherrin der Armen darzustellen. Ein eher populistisches als genuin sozialistisches Wirtschaftsprogramm fällt damit mit ihrer neuen politischen Ikonographie, ihrer Selbstdarstellung und einem neuen Charisma zusammen. Da sie eine gefestigte und loyale Organisation weder besitzt noch will und sie zugleich mutig und ausdauernd genug ist, ganz Indien zu bereisen und sich auf Großveranstaltungen an Tausende von Wählern zu wenden, kann sie diese neue Verschmelzung von Programm und Person weiten Teilen der indischen Bevölkerung vorführen und vermitteln.

1971 schätzt sie die Ausstrahlungskraft ihres Namens, ihres Programms und ihres Parteivehikels als so groß ein, daß sie glaubt, ihre Popularität in einen politischen Machtzuwachs umsetzen zu können. In einem doppelten Bruch mit dem seit 1952 eingespielten fünfjährigen Wahlrhythmus zieht sie zunächst nur die nationalen, die *Lok Sabha*-Wahlen vor. Sie zwingt mit anderen Worten die indischen Wähler, über ihre Person abzustimmen, unabhängig von den bislang parallel ablaufenden Regionalwahlen und den dabei einwirkenden unterschiedlichen Überlegungen und Interessen. Das Kalkül der erfolgssicheren Premierministerin ist offensichtlich.

Die „Mutter Indiens“

Auf nationaler Ebene, im Parlament und in der Regierung mit neuer Macht ausgestattet, soll diese Macht ihr das Mandat und die Einflußnahme verschaffen, die Machtkonstellationen und Fraktionen in den Provinzen soweit umzugestalten und neu zu ordnen, daß ihr auch bei den künftigen Provinzwahlen der Erfolg sicher ist. Die *Lok Sabha*-Wahlen führen zu einem ansehnlichen Stimmenzuwachs und dank

dem Verstärkereffekt des Mehrheitswahlrechts zu einem enormen Sitzzuwachs des *Congress (R)*: 44 % der Stimmen und 68 % der Sitze.

Der während des ganzen Jahres sich verschärfende Konflikt in Ostpakistan nimmt aber jetzt die Aufmerksamkeit der Premierministerin und der indischen Öffentlichkeit in Anspruch. Der Konflikt führt Ende des Jahres zum militärischen Eingreifen Indiens, zur Besetzung Dhakas, zur militärischen Niederlage des restlichen Westpakistans und zur Unabhängigkeit Bangladeschs. Diese Ereignisfolge und ihr Resultat verschaffen *Indira Gandhi* weitreichende Bewunderung und neue Autorität. Sie ist nicht nur der Freund der Armen, sondern Schutzherrin Indiens, und sie analysiert sich einer sowohl gütigen als auch bedrohlichen „Göttin“ und „Mutter Indiens“, *Bharata Mata*. In Einschätzung dieser neuen Popularität und Machtfülle führt die Premierministerin im März 1972 Provinzneuwahlen durch und sichert sich dabei einen ihrem ersten Wahlsieg entsprechenden Erfolg. Außergewöhnliche Rahmenbedingungen lassen allerdings sie ebenso wie zeitgenössische Beobachter übersehen, daß unter normalen Umständen – bislang aufgrund der Wahlkoppelung unsichtbar, künftig aber deutlich erkennbar – bei den Provinzwahlen oft andere Interessen, Ideale und Erwartungen das Wählerverhalten beeinflussen. Die Premierministerin steht jetzt auf dem Höhepunkt ihrer Popularität und Macht, wird aber, wie die Folgezeit zeigt, das erste bereits nach einem, das zweite nach fünf Jahren verlieren. Ihrer Regierung fehlen die Ressourcen und der politische Spielraum für weitere soziale Umverteilungs- oder Verstaatlichungsmaßnahmen. Mißernten und die Auswirkungen der Ölpreiserhöhung 1974 verschärfen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und führen zu Unruhen, Streiks und Protestaktionen. Mit dem Rückgang ihrer Popularität wird für viele politische Gruppierungen auch ihr autokratischer Regierungsstil sichtbar; er erscheint jetzt ineffektiv und illegitim. Ihrer Macht und der Notwendigkeit ihrer Maßnahmen sicher, hat aber die Premierministerin seit langem begonnen, die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit demokratischer Institutionen oder staatlicher Verwaltungen zu mißachten und die wesentlichen seit 1947 entstandenen innenpolitischen Spielregeln zu verletzen.

Auf dem Wege zu einer „Entwicklungsdiktatur“

Von einem „kooperativen Föderalismus“ hat sich die Premierministerin seit ihrem Machtantritt, in Reaktion auf die Machtübernahme in den Provinzen seitens der Oppositionsparteien 1967 und aufgrund ihrer Konflikte mit den Syndikatsmitgliedern abgewandt. In welchem Maße die Konfrontation an die Stelle der Kooperation zwischen Zentrum und Provinzregierungen getreten ist, zeigt sich an der wachsenden Bereitschaft *Indira Gandhis*, unliebbare Provinzregierungen mit dem Mittel der *President's Rule* abzusetzen: Von 1952 bis 1966 hatten *Nehru* und *Shastri* zehnmal von diesem Instrument Ge-

brauch gemacht. *Indira Gandhi* verhängt von 1967 bis 1976 31mal *President's Rule*. Alle, ob vom *Congress* oder der Opposition gestellten Regierungen werden künftig von diesem Mittel bedenkenlos Gebrauch machen, so daß bis 1992, also innerhalb von 40 Jahren, 99mal *President's Rule* eingesetzt wird und jeder Gliedstaat diese Intervention zumindest einmal erfahren hat. In Kerala und im Punjab werden neun bzw. acht Provinzregierungen durch diesen Eingriff abgesetzt. *Indira Gandhi* zeigt auch wenig Neigung, die Unabhängigkeit der Gerichte und Verwaltungen zu respektieren.

Vor allem aber gegen politischen und sozialen Widerstand geht sie mit wachsender Härte und Arroganz vor: Auf einer großen Gewerkschaftskonferenz erklärt sie den Delegierten, daß in einem armen Land wie Indien bereits eine Berufsanstellung ein Privileg darstelle. Als 1974 ein nationaler Eisenbahnerstreik ausgerufen wird, an dem sich eine Million Eisenbahnarbeiter und -angestellte beteiligen, erklärt sie den Streik für illegal, setzt sie Armeeinheiten und paramilitärische Verbände ein und läßt sie 60 000 Arbeiter inhaftieren. Die Premierministerin erklärt, wenn dieser Streik gebrochen würde, würde es in den nächsten 50 Jahren keinen weiteren geben. Nach drei Wochen bricht der Streik zusammen.

Die Premierministerin ist selbstbewußt genug, zu glauben, sie könne eine Welle der gegen sie gerichteten Agitationen – 1974 sind es allein in Bihar über 40 Streiks – meistern. Aber Mitte 1975 sieht sie sich plötzlich mit einer ganz unerwarteten Entwicklung und Drohung konfrontiert. Bereits 1971 hatte der in *Indira Gandhis* Wahlkreis Raj Bareilly gegen sie angetretene und unterlegene *Raj Narain* eine Klage wegen „korrupter Wahlkampfpraxis“ eingereicht. Vier Jahre lang war die Klage des vordergründig clownesken, hintergründig virtuosens Taktierers vor den Gerichten dilatorisch behandelt worden; jetzt, auf der Ebene des für Uttar Pradesh zuständigen *High Courts* in Allahabad verhandelt, kommen die Richter zu einem mutigen und für die Premierministerin verhängnisvollen Urteil: Die Wahl wird für ungültig erklärt, und sie wird für sechs Jahre ihres Premierministeramtes enthoben. Die von allen Außeninformationen abgeschottete und von ihrem Sohn *Sanjay Gandhi* beeinflusste Premierministerin ruft jetzt, nach anfänglichem Zögern, am 27. Juni 1975 den Ausnahmezustand aus. Sie rechtfertigt ihn durch die vorgeblich drohende Anarchie im Lande, und sie stützt sich dabei auf Regelungen, die die indische Verfassung von dem kolonialen *Government of India Act* des Jahres 1935 übernommen hatte, ebenso wie auf einen 1971 von ihr verabschiedeten *Maintenance of Internal Security Act*. Der Ausnahmezustand führt zur Verhaftung von rund 100 000 Personen, zur Suspendierung der meisten politischen Grundrechte und zur Einführung einer „Entwicklungsdiktatur“, durch die die Premierministerin glaubt, ihre Willkürherrschaft durch praktische Entwicklungserfolge – Bekämpfung des Schwarzmarktes, Sterilisierungskampagnen zur Senkung der Geburtenrate, Sanierung von Slumgebieten – legitimieren

zu können. Während diese, insbesondere von *Sanjay Gandhi* initiierten, Programme mit Gewalt und deshalb ohne nachhaltigen Erfolg durchgesetzt werden und sie deshalb der Bevölkerung endgültig den despotischen Charakter von Mutter und Sohn demonstrieren, glaubt die Premierministerin, bei der Masse der Bevölkerung gerade dadurch Anerkennung zu finden. Mit der Begründung, das Land habe seine „Instabilität und Disziplinlosigkeit“ überwunden, und in der Hoffnung auf einen Wahlsieg kündigt sie am 18. Januar 1977 die Freilassung der Oppositionspolitiker und Neuwahlen an.

Das Parteibündnis „Janata“ und die Niederlage Indira Gandhis

Unter die Initiative des ehemaligen Sozialisten und jetzigen Gandhi-Anhängers, *Jayap Prakash Narain*, kommt es nun zur Bildung einer gegen *Indira Gandhi* gerichteten Partei, der *Janata Party*. *J.P. Narain* hatte bereits zuvor Protestbewegungen gegen *Indira Gandhi* geführt und war mit dem Beginn des Ausnahmezustandes inhaftiert worden. Der Einzelgänger hat sich seit langem als der Stärkste, weil auf *Gandhis* Philosophie gestützte und moralisch unanfechtbare Gegner der Premierministerin erwiesen. Seiner moralischen Autorität ist es zu verdanken, daß jetzt fast alle entscheidenden Oppositionsparteien, obwohl untereinander ideologisch unvereinbar und persönlich zerstritten, in einer neuen Partei zusammenkommen, die lediglich ihre Congressablehnung, ihr *anti-congressism*, verbindet. Die Zusammensetzung dieser von Anfang an brüchigen Partei ist instruktiv, weil sie den Verlust an Integrationskraft und politischer Lernfähigkeit des *Indira Congress* ebenso wie die wachsende Differenzierung der Wählerschaft und Interessengruppen verdeutlicht. Der *Janata* treten die von *Morarji Desai* geführten Reste des 1969 zurückgelassenen *Congress (O)* bei. Der Partei tritt aber auch die seit langem gemiedene und lediglich durch ihren Widerstand gegen die *Emergency* vordergründig rehabilitierte *Jana Sangh* bei – repräsentiert und geführt von dem als moderat geltenden *Atal B. Vajpayee*. Es gehören der Partei aber auch die verschiedenen sozialistischen Splittergruppen an, die seit dem Auszug der Sozialisten aus dem *Congress* entstanden sind. Hinzu tritt die in Nordindien, im „Kuh-Gürtel“, verankerte und bereits vor 1969 aus einer Congressabspaltung entstandene *Lok Dal*. Diese Partei setzt sich für die Interessen wohlhabender Bauernschichten ein, die von der Modernisierung des Agrarsektors profitiert haben, sich aber seit langem von einer auf Industrieförderung und Staatskontrolle ausgerichteten Wirtschaftspolitik übergangen sehen. Die *Lok Dal* wird seit langem von *Charan Singh* geführt. Ebenfalls der *Janata* zugehörig ist die *Akali Dal*, eine sowohl ethnische als auch regionale und religiöse Partei aus dem Punjab, die politische Interessenvertretung der *Sikhs*. Mit der *Janata* verbündet ist schließlich der neu entstandene *Congress for Democracy Jagjivan Rams*. *Ram* ist ein Congressveteran, der seine Karriere seit 1969 fest mit derjenigen *Indira Gandhis* verbunden

hatte. Selbst ein Unberührbarer, hat er im *Congress* stets die Interessen der Unberührbaren vertreten und ihren Stimmenblock kontrolliert und integriert. Aber jetzt, nach der Aufhebung des Ausnahmezustands, sieht er seine politische Zukunft bei der *Janata*. Die *Jana Sangh*, zu Teilen aber auch die *Akali Dal*, vertreten extreme religiöse bzw. regionalistische Positionen und Gruppen, die auch ein politisch breitgefächertes und toleranter (Nehru-)Congress nicht akzeptieren konnte oder inkorporieren wollte. Aber alle übrigen Mitglieder der *Janata*, also die Congressveteranen und ihre regionalen Gefolgschaften, die verschiedenen sozialistischen Splitter, die von *Charan Singh* organisierten neuen bäuerlichen Interessengruppen und schließlich die von *Jagjivan Ram* repräsentierten Unberührbaren hätte ein zu innerparteiliches Wahlen, Transparenz und Konsensfähigkeit zurückkehrender *Congress* inkorporieren können und müssen.

Der neuen, auf die Machterhaltungsinteressen *Indira Gandhis* zugeschnittenen Organisation ist eine solche Reintegration nicht möglich. Diese Unfähigkeit, selbstbewußte regionale Wählergruppen, wichtige ideologische Strömungen und neue Interessengruppen zu inkorporieren, führt über die allgemein erwartete Wahlniederlage *Indira Gandhis* hinaus auch künftig während der 80er und 90er Jahre zu einer irreversiblen Erosion der Vormacht- und Mittelpunktstellung des *Congress*.

Die Wahlen führen zu einer schweren Niederlage des *Indira Congress*, in dem im Grunde nur die von allen Informationen abgeschottete Premierministerin an einen Wahlsieg geglaubt hatte, und sie machen mit dem Sieg der *Janata* jetzt zum ersten Mal eine Machtübernahme und Regierungsbildung von Oppositionsparteien im Zentrum, nicht nur in den Provinzen möglich. Zugleich zeigt sich aber, daß das, was seit 1967 in den Gliedstaaten eingespielt wurde, die stabile Herrschaft von (regionalen) Koalitionen oder die dauerhafte Vormachtstellung einer (regionalen) Partei, im Zentrum noch nicht möglich ist.

Die *Janata* stützt sich auf heterogene Wählerschaften – regionale Wählerschichten, Unberührbare, mittelständische Bauern, hindunationalistische städtische Schichten, organisierte Arbeiter –, deren radikal unterschiedliche Forderungen von keiner Partei, geschweige denn dieser kurzfristig gegründeten Abwehrorganisation, erfüllt werden können. Als Vehikel zur Machtübernahme konzipiert, verfügt die *Janata* weder über feste Organisationsstrukturen noch Verhandlungsmechanismen, über die ein interner Interessenausgleich und Konsens erzielt werden könnten. Drei der wichtigsten Mitgliedsorganisationen bleiben zudem von ihren jeweiligen Führern – *Morarji Desai*, *Charan Singh*, *Jagjivan Ram* – dominiert, die von Anfang an um die Besetzung des Postens des Premierministers kämpften. Der neue Premier, *M. Desai*, verfügt deshalb über keinen Rückhalt im Kabinett und in der Regierungsfraktion. Über Macht- und Programmfragen gespalten und nur in dem Wunsch nach einer Verurteilung *Indira Gandhis* geeint, beginnt die Regierung bald, unter anderem durch Parteiübertritt-

te, zu zerfallen. Durch die öffentliche Demütigung *Indira Gandhis* trägt sie überdies zu einer politischen Rehabilitierung der Nehru-Tochter bei. Diese ist seit Juli 1979 wieder in der Lage, durch die wechselnde Unterstützung des *Charan Singh*- und *Jagjivan Ram*-Lagers erst Premier *Desai* zu stürzen, eine von ihr geduldete Übergangsregierung unter *Charan Singh* zu etablieren und für den Januar 1980 Neuwahlen durchzusetzen.

Die Rückkehr zur Macht

Die langsame Auflösung der Janataregierung läßt zum einen ihre ursprünglichen Gründungsparteien wieder neu entstehen, zum anderen bleibt ein bedeutungsloser *Janata*-Rest zurück. Jetzt verbittert und untereinander zerstritten, wollen diese Parteien nicht dem *Congress* mit dem Mittel der wechselseitigen Wahlempfehlung oder Allianz entgegentreten. Dies erleichtert *Indira Gandhi* einen erstaunlich hohen Wahlsieg – 43 % der Stimmen, 67 % der Sitze – und eine dramatische Rückkehr an die Macht.

Der Wahlkampf und die neuerliche Regierungsübernahme *Indira Gandhis* zeigen, daß die Premierministerin einen seit 1969 eingeübten Regierungsstil, Persönlichkeitskult und im *Congress* etablierten Fraktionalismus nicht etwa abschwächen, sondern steigern will und muß.

Das Mißtrauen der Premierministerin ist nach ihrem Machtverlust und ihrer öffentlichen Demütigung seitens der Janataregierung noch größer geworden. Sie verläßt sich noch stärker auf wenige Verbündete und Mitglieder ihrer Familie. Nachdem ihr jüngerer Sohn *Sanjay Gandhi* 1980 durch einen selbstverschuldeten Flugzeugunfall stirbt, wird ihr ältester Sohn *Rajiv Gandhi* von ihr immer stärker konsultiert und in die Regierungsgeschäfte eingebunden. Während des Wahlkampfes ist sie nicht nur als Märtyrerin und Opfer „antinationaler“ Kräfte aufgetreten, sie hat auch die während des Ausnahmezustandes eingübte Gleichsetzung ihrer Person und des *Congress* mit den Macht- und Überlebensinteressen Indiens jetzt fast zum Parteiprogramm erhoben: *India is Indira*, *Indira is India*. Ihr *Congress* hat sich nun endgültig vom *Congress (R)* zum *Congress Indira* gewandelt. Durch den Verrat *Jagjivan Rams* in ihrer Verachtung und in ihrem Mißtrauen gegenüber den loyalen ebenso wie den nach 1980 zurückkehrenden Congresspolitikern und -fraktionen gestärkt, zwingt sie diese zu noch stärkerer Unterwürfigkeit. Bereits vor der Ausrufung des Ausnahmezustandes hatte sie Kritik der Opposition oder berechtigte Entscheidungen der Gerichte und Verwaltungen, die ihren Interessen widersprachen, in wachsendem Maße als politische Subversion oder als Angriff auf die Geschlossenheit und Stärke Indiens gedeutet. Die seit Beginn der achtziger Jahre wirksamen neuen politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verstärken jetzt zusätzlich ihre Neigung, Widerstand seitens der Oppositionsparteien oder Institutionen als *law and order*-Probleme wahrzunehmen und mit entsprechenden Mitteln zu beantworten: In

vielen indischen Gliedstaaten haben sich regionale Machtstrukturen und Parteien konsolidiert, die den Interessen der nationalen Regierung widerstehen. Im Punjab hat zudem der Versuch *Indira Gandhi*, 1980 die ihr nicht entgegenkommende *Akali Dal* mit Hilfe eines Sikhextremisten zu spalten, dazu geführt, daß dieser Sikh-priester, *Bhindranwale*, der Congresskontrolle entglitten ist und eine separatistische Aufstandsbewegung gegründet hat. In Kaschmir führen vergleichbare Interventionen und Intrigen zu einer wachsenden Instabilität und Erneuerung der Autonomiebestrebungen. In Assam führt die Entscheidung *Indira Gandhi*, Nachwahlen gegen den Widerstand einer regionalen Partei durchzuführen, zu politischen Konfrontationen und ethnischen Massakern. In drei strategisch bedeutsamen Grenzregionen zeigen sich damit ethnische Konflikte und separatistische Neigungen, die zu Teilen von *Indira Gandhi* selbst gesteigert oder ausgelöst wurden.

Aber auch die ideologischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich geändert. *Indira Gandhi* weiß, daß für eine sozialstaatliche oder gar sozialistische Umgestaltung Indiens die Ressourcen und die notwendigen politischen Allianzpartner fehlen. Die Schlagworte und die Ideologie des Sozialismus haben insgesamt und vor allem in ihrem Munde an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Weder im Westen noch in Indien hat sich der Glaube an die soziale Umgestaltungskraft und soziale Interventionspflicht des Staates unvermindert erhalten. Im Gegenzug verlangen neue und einflußreiche Wählerschichten, die neuen Mittelschichten und die ökonomisch erfolgreichen Bauernkasten, eine Liberalisierung der Wirtschaft, eine „grüne“ Revolution, technologische Innovation und den Ausbau einer modernen Infrastruktur.

Diese neuen politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen legen der Premierministerin, die sich ohnehin als Garantin der Einheit und Überlebensfähigkeit der Nation sieht, einen Stil der parteipolitischen Konfrontation, eine Rhetorik des politischen und ökonomischen Nationalismus und das Andeuten liberaler Wirtschaftsreformen nahe. Gemäß dieser neuen, aggressiven Rhetorik garantieren nur *Indira Gandhi* und der *Congress* die Einheit und die Stärke Indiens, während explizit die linken Oppositionsparteien, die regionalen Parteien und – im Schatten des Sikh- und Kaschmirkonflikts – die religiösen Minderheiten verdächtigt werden, Indien zu schwächen, zu regionalisieren und zu spalten. Diese Rhetorik der Ausgrenzung und dieser Nationalismus sind attraktiv für eine Partei, der der Wille, die Ressourcen, die Organisationskraft und die Allianzpartner für ein tiefgreifendes soziales oder wirtschaftliches Reformprogramm fehlen.

Die Aufstandsbewegung der Sikhs erweist sich als die Nemesis des Regimes

Das Andeuten liberaler Reformen empfiehlt sich zudem für eine Partei, die sich von *Nehrus* Doktrin des Dritten Weges di-

stanzieren möchte, aber weder die indischen Staatsindustrien unter den Konkurrenzdruck seitens des Weltmarktes setzen möchte. Bewußt oder unbewußt nimmt *Indira Gandhi* ebenso wie nach ihr *Rajiv Gandhi* in Kauf, daß der *Congress* in seiner Rhetorik und seinem Programm hindunationalistischen Wählerschichten entgegenkommt und sich der Ideologie und dem Wirtschaftsprogramm der BJP annähert. Die politische Instabilität in der Form regionaler Aufstandsbewegungen, die die Premierministerin einerseits beklagt, andererseits propagandistisch ausschaltet, hat sie zu wesentlichen Teilen selbst hervorgerufen – durch Spaltungsversuche (Punjab), Intransigenz (Kaschmir) und Verhandlungsverweigerung (Assam). Nun erweist sich die gefährlichste unter ihnen, die Aufstandsbewegung der Sikhs, als die Nemesis des Regimes. Die Leitfigur der Terrorgruppen, *Bhindranwale*, hat sich seit 1982 im größten Heiligtum der Sikhs, im Goldenen Tempel in Amritsar, verschanzt. Im Juni 1984 ordnet die über die Unregierbarkeit dieser Grenzprovinz besorgte und zugleich an dem religiösen Würdegefühl auch moderater Sikhs desinteressierte Premierministerin die militärische Eroberung dieser „Vatikanstadt“ der Sikhminderheit an. Der mit Panzern durchgeführte Angriff zerstört weite Teile der Anlage und führt zum Tod von mehr als 1000 Sikhpilgern, die *Bhindranwale* zuvor als menschliches Schutzschild in den Tempel befohlen hatte.

Wenige Monate später, Ende Oktober 1984, wird *Indira Gandhi* von einem ihrer Sikh-Leibwächter erschossen. Der Mord an der Premierministerin führt zu den bislang größten, über fast eine Woche anhaltenden Massakern an den über ganz Nordindien verstreuten Diasporagruppen der Sikh. *Rajiv Gandhi* und die Congressführung schreiten nicht ein. In welchem Maße der *Indira Congress* inzwischen als das persönliche Patrimonium der Nehru-Familie behandelt wird, zeigt sich bereits Stunden nach dem Anschlag. Weitgehend ohne parteiinterne Konsultationen und weitgehend außerhalb den von der Verfassung vorgeschriebenen Regeln wird *Rajiv Gandhi* zum neuen Premierminister Indiens und Präsidenten des *Congress* gemacht.

Die Congressführung und *Rajiv Gandhi* erhoffen sich jetzt, im Herbst 1984, bei den anberaumten nationalen Wahlen einen von einer Sympathiewelle für Mutter und Sohn geförderten Wahlsieg. *Rajiv Gandhi* soll sowohl die Kontinuität als auch die Erneuerungsfähigkeit der Congressherrschaft repräsentieren: Wie sich aber rasch zeigt, kann oder will *Rajiv Gandhi* weder nachhaltige politische noch organisatorische Reformen durchführen. Während des Intervalls zwischen der Ermordung *Indira Gandhi* und dem Einsetzen des Wahlkampfes hätte *Rajiv Gandhi* vermutlich die jetzt von ihm abhängige Congressorganisation zur Selbstreinigung und zu parteiinternen Reformen zwingen können. Lediglich an der Geschlossenheit des *Congress* und einem hohen Wahlsieg interessiert, läßt er diese Chance verstreichen. Der erwartete Wahltermin wird 14 Tage vorgezogen, um Fraktionskämpfe

und eine Abschwächung der Sympathiewelle zu verhindern. Die Vergabe der *Tickets*, der Kandidatennominierungen, wird nicht dazu benutzt, korrupte, illoyale oder kriminelle Congressparlamentarier auszuschalten. Zwei Drittel der Congressparlamentarier werden wieder nominiert.

Der Sündenfall des Congress

Unter außerordentlich günstigen Umständen führt der neue Premier deshalb den alten und unreformierten *Indira Congress* zu dem größten Wahlsieg der gesamten Congressgeschichte: Der *Congress* erhält 48% der Stimmen und 77% der Sitze in der *Lok Sabha*. Auch bei den anschließenden neun Provinzwahlen erzielt der *Congress* außergewöhnlich gute Ergebnisse. Dieser Erfolg hat zwei verhängnisvolle Konsequenzen. Er läßt *Rajiv Gandhi* und seine Führungsgruppe nicht nur die Notwendigkeit einer Parteireform vergessen; er bestätigt sie in der Annahme, daß eine nationalistische, also gegen religiöse Minderheiten gerichtete Rhetorik und Versprechungen einer technokratischen und liberalen Wirtschaftsreform mit der Congressideologie vereinbar und andererseits (wahl-)erfolgversprechend sind: Unter dem Eindruck des Sikhaufstands und der Ermordung *Indira Gandhi* hatte der *Congress* während des Wahlkampfes sich nicht nur Parolen des Hindunationalismus zu eigen gemacht, er hatte es zum ersten Mal zugelassen, daß die hindufundamentalistische Kaderorganisation des RSS sich in diesem Wahlkampf an der Seite des *Congress* engagierte.

Immer stärker erscheint der *Congress* jetzt als eine Organisation, die nicht prinzipiell, sondern lediglich von Fall zu Fall an dem Leitbild des Säkularismus und der Verpflichtung des Minderheitenschutzes festhält. Indem der *Congress* aus taktischen Überlegungen eine für ihn und das etablierte politische System bestandsnotwendige, ideologische Hegemonialstellung, also die zweifelsfreie Gültigkeit der Leitbilder des Säkularismus, des „Mittleren Wegs“ und der „Einheit in der Vielfalt“ schwächt, leistet er selbst politischen Debatten Vorschub, in denen ideologische Alternativen – bislang des Hindunationalismus – als moralisch zulässig, politisch legitim oder zweckmäßig erscheinen. Dieses Auftreten neuer ideologischer Alternativen, eine bislang irreversible Schwächung der Mittelpunktstellung des *Congress* und das Auftreten neuer politischer Zweckbündnisse und Koalitionen zeigen sich seit 1989.

Bei den Wahlen 1989 erstmals eine Konkurrenz dreier Ordnungsmodelle

V. P. Singh war *Congress Chiefminister* des größten Gliedstaates Uttar Pradesh (140 Mio. Einwohner) und anschließend Finanz- und Verteidigungsminister im Kabinett *Rajiv Gandhi* gewesen. In beiden Ministerpositionen scheitert er – so die öffentliche Auffassung – an der Korruption und Reformunfähigkeit des *Congress*. 1988 wird er aus dem *Congress* ausgeschlossen. *V. P. Singh* und den 1979 um die Macht gebrachten Fraktionen der *Janata Party* erscheinen deshalb 1988 die Rahmenbedingungen

günstig, um ein weiteres Mal eine Anti-Congress-Allianz für die Ende 1989 anberaumten *Lok Sabha*-Wahlen zu bilden. Diesmal verständigen sich vier formale nationale und drei regionale Parteien auf die Gründung einer neuen Partei und auf ein Wahlbündnis. Unter Führung *V.P. Singh* bilden die *Janata*, die *Jan Morcha*, die *Lok Dal* und der *Congress (S)* eine neuerliche jetzt *Janata Dal* genannte Oppositionspartei, während drei wichtige Regionalparteien, die *DMK* (Tamil Nadu), die *Telugu Desham* (Andra Pradesh) und die *Asom Gana Parishad* (Assam) sich darauf einigen, als weiterhin eigenständige Parteien die *Janata Dal* in einer *National Front* zu unterstützen. Die *National Front* muß aber, um ihre Wahlchancen zu verbessern, mit weiteren Parteien wechselseitig vorteilhafte Wahlabkommen schließen. Gemäß der Maxime „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ ist sie deshalb bereit, mit so politisch unterschiedlichen Kräften wie der *Jana Sangh/BJP* und der *Left Front*, also mit den Kommunisten in Westbengalen (CPI-M) und Kerala (CPI) in 400 Wahlkreisen Wahlabsprachen einzugehen. Zugleich sichert sich *V.P. Singh* bei beiden Parteien die Zustimmung, eine künftige *National Front*-Minderheitsregierung in der *Lok Sabha* zu unterstützen. *Rajiv Gandhi* macht es seinen Gegnern leicht, weil er ein weiteres Mal auf eine „Reinigung“ des *Congress* und die Erneuerung seiner Kandidaten verzichtet: 80% der über 400 *Congress*-Parlamentarier werden wieder nominiert. Der Wahlkampf wird vordergründig zu einer Abstimmung über die Glaubwürdigkeit des *Rajiv-Congress*, im Kern aber enthält er zum ersten Mal die Gegenüberstellung dreier, jetzt politisch und moralisch als gleichgewichtig erscheinender politischer Ordnungsmodelle: einem wachsend ungläubwürdigen *Congress* steht auf der einen Seite eine neue überwiegend *regional verankerte Allianz* gegenüber, die vorgeben kann, daß sie wesentliche Ideale und Reformvorhaben des *Congress* überzeugender vertritt und durchsetzt. Auf der anderen Seite steht eine *hindunationale Partei*, die den etablierten Staatsidealen, sei es in alten oder neuen Händen, das Bild einer religiös exklusiven und militanten Hindunation entgegenstellt. Die Wahlabsprachen zwischen *National Front*, *Left Front* und *BJP* erweisen sich als vorteilhaft und sichern der *Janata Dal* 143, der *BJP* 85 und der *Left Front* 52 Sitze im Parlament. Obwohl der *Congress* fast 40% der Stimmen erzielt, kann er sie nicht – wie etwa 1967, 1971 oder 1980 (41, 44 bzw. 43% der Stimmen) in eine absolute Mehrheit der Sitze in der *Lok Sabha* umwandeln. Er verfügt jetzt lediglich über 197 Sitze, 37%. Am 2. Dezember 1989 wird *V.P. Singh* als Premierminister der *National-Front*-Regierung eingeschworen. Die Union steht jetzt zum zweiten Mal unter der Herrschaft einer Oppositionsregierung. Waren die Konflikte und die rasche Regierungsunfähigkeit im Falle der *Janata Party* von Anfang an in deren Binnenraum angelegt gewesen, so sind sie im Falle der neuen *National-Front*-Regierung sowohl in deren Zusammensetzung als auch in deren (Abstimmungs-)abhängigkeit von

zwei unabhängigen und vollständig entgegengesetzten Kräften begründet. Hinzu tritt aber noch, daß – wie bei der *Janata*-Regierung – Machtkämpfe um die Besetzung des Premierministerpostens die neue Regierung schwächen. Der politischen Blockade und Ineffektivität der Regierung ebenso wie der Unsicherheit seiner Position bewußt, versucht *V.P. Singh* im August 1990 durch ein überraschendes Manöver seiner Regierung eine neue Popularität, seiner Partei eine neue Wählerklientel und sich selbst eine politische Vormachtstellung zu verschaffen.

Der Konflikt zwischen der Förderung unterprivilegierter Klassen und hindunationalen Vorstellungen

Auf seit langem ausgearbeitete und bereitwillig vergessene Reformvorschläge zurückgreifend, verkündet *V.P. Singh*, daß künftig im Bereich der Zentralverwaltung und der Staatsindustrien nicht nur den Unberührbaren und den Stammesgesellschaften Stellen reserviert würden (22,5%). Vielmehr sollten künftig zusätzlich noch den *other backward classes* 27% dieser Staatsstellen vorbehalten werden. Rund die Hälfte aller Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst wären damit einem freien Wettbewerb und damit jenen rund 20% der indischen Bevölkerung, die den hohen Kasten zuzurechnen sind, entzogen. Denn die Mitglieder hoher Kasten hatten bislang weit mehr als die Hälfte dieser Stellen besetzt – in ihren Augen „nach Verdienst“. Die Umsetzung dieses Planes, wenn auch zunächst nur im Bereich der nationalen Verwaltung, müßte die Konkurrenz um knappe Arbeitsplätze, die Selbsteinschätzung und Organisation hoher und niederrangiger Kasten, die Wählermobilisierung und die Programme aller Parteien tiefgreifend beeinflussen. *V.P. Singh* dagegen hofft, daß er sich mit diesem Versprechen künftig die Unterstützung von Wählerschichten sichern könne, die mehr als die Hälfte der indischen Bevölkerung ausmachen. Der unverzichtbare Partner der *National Front*, die *BJP*, muß dieses Reformvorhaben als einen Angriff auf ihre Doktrin ebenso wie auf ihre Wählerbasis betrachten. Die *BJP* will die starke, organisch geeinte und einem „Übermenschlichen“, *Mahapurusha* gleichgesetzte Hindunation. Kastengeist und Kastenförderung betrachtet sie als von den Muslimen und der Kolonialmacht geförderte Täuschungs- und Spaltungsmanöver. Wahltaktisch dagegen stützt sich die *BJP* seit jeher auf die hochrangigen Kasten, ohne allerdings diese Abhängigkeit offen einzugehen. Die *BJP* muß den Plan bekämpfen, ohne dabei als künftige Volkspartei ihre Chancen zu gefährden, auch von Teilen der *other backward classes* gewählt zu werden. *L. K. Advani*, der Führer der *BJP*, beantwortet deshalb das Reformvorhaben mit einer „nationalen Offensive“, den Beginn einer hindunationalistischen Wagenprozession, einer *rathayatra*, die ihn durch ganz Nordindien bis zur umstrittenen Babri-Moschee in Ayodhya führen soll. Seine hindunationalistischen Attacken und seine Agitation für den Abriß der Moschee lassen der auf den seit 1951 gültigen

Verfassungskonsens, aber auch auf Muslimwähler gestützten Regierung keine andere Wahl, als ihn am 23. Oktober unter Arrest zu stellen. Die *BJP* entzieht jetzt der *National-Front*-Regierung ihre Unterstützung im Parlament. Wenige Tage später tritt *V.P. Singh* zurück. Einem Rivalen *Singhs*, *Chandra Shekara*, gelingt es aber jetzt, die *Janata Dal* zu spalten und mit Duldung des *Congress* eine Minderheitsregierung zu bilden. Nachdem *Rajiv Gandhi* dieser Regierung Anfang März 1991 die Unterstützung entzieht, ist der Weg frei für Neuwahlen.

Das vorläufige Ende der Nehru-Dynastie mit der Ermordung Rajiv Gandhis

Diese führen den *Congress* wieder an die Macht und beschleunigen zugleich seinen organisatorischen und moralischen Verfall, sie lassen die *BJP* zum ersten Mal als eine denkbare ideologische und machtpolitische Alternative zum *Congress* erscheinen, und die Wahlen führen vorläufig zur Schwächung und zur Spaltung jener 1989 so verheißungsvollen dritten *Front* sozialistischer, mittelständisch-bäuerlicher und regionaler Parteien. Der von *Rajiv Gandhi* geführte *Congress* sucht aus der Schwäche seiner gerade gestürzten Gegner Vorteile zu ziehen. Ein um Popularität bemühter und Parteireformen abgeneigter *Rajiv Gandhi* verspricht – gegen die *Janata Dal*-Erfahrung gerichtet – eine stabile Regierung und liberale Wirtschaftsreformen. Die *Janata Dal* verspricht „soziale Gerechtigkeit“ und versucht damit, ihr Förderungsversprechen gegenüber den *other backward classes* wahlpolitisch auszumünzen. Die *BJP* wiederum überträgt die Ayodhya-Kampagne in den Wahlkampf und vertritt einen folkloristischen ebenso wie militanten Hindunationalismus. *Indira Gandhi* hatte 1984 ihre macchiavellistische Punjabpolitik mit dem Leben bezahlt. *Rajiv Gandhi* zahlt jetzt für seine anfängliche Förderung, dann Neutralisierung und schließlich Bekämpfung der *Tamil Tigers* auf Sri Lanka den gleichen Preis. Die *Lok Sabha*-Wahlen sollen in zwei Runden – am 20. Mai und am 12. und 15. Juni 1991 – durchgeführt werden. Einen Tag nach dem ersten Wahlgang wird *Rajiv Gandhi* in Tamil Nadu von einer Tiger-Anhängerin als „lebende Bombe“ in die Luft gesprengt. Die Ermordung *Rajiv Gandhis* führt zum vorläufigen Ende der Nehru-Dynastie, sie macht den *Congress* kurzfristig führerlos und bringt zugleich der Partei für die zweite Wahlrunde einen unverhofften und wirksamen Sympathiebonus ein. Der Schock der Ermordung beeinflusst oder mobilisiert damit Wähler und hält deshalb das Ausmaß des Stimmenverlustes in Grenzen: Der *Congress* erhält 36,7% der Stimmen, und da ihm diesmal keine geeignete Opposition gegenübersteht, sichert er sich 225 Sitze. Zum ersten Mal in seiner langen Geschichte muß der *Congress* in New Delhi eine Minderheitsregierung bilden, eine Aufgabe, die dem Parteiveteranen, neuen *Congress*-Präsidenten, *Narasinha Rao* als Premier zufällt. Die *Janata Dal* sieht ihr Förderungsverspre-

chen von seiten der Wähler nicht honoriert, aber ihre politische Erfolglosigkeit sanktioniert. Sie erhält lediglich 11,8% der Stimmen und 59 Sitze.

Chandra Shekaras Neubildung wird fast vernichtet: Seine *Samajwadi Janata Party* erhält 3,3% der Stimmen und 5 Sitze. Zu einem von nun an entscheidenden Faktor der indischen Politik wird aber, weitgehend unvorhergesehen, die *BJP*: Sie kann ohne die Hilfe von Wahlabsprachen ihren Stimmenanteil von 11,5% auf 19,9% fast verdoppeln, und sie verfügt in der *Lok Sabha* ab jetzt über 120 anstelle von bisher 86 Sitzen. Über die nächsten fünf Jahre wird sie die ihr nahestehende gewalttätige und zugleich volkstümelnde „Kulturorganisation“, die *VHP*, bei ihrer *Ayodhya*-Kampagne politisch unterstützen und das bislang tabuisierte Gegenmodell eines Staates, der vorrangig auf die Interessen der Hindumehrheit ausgerichtet ist, in der politischen Öffentlichkeit vertreten und propagieren.

Das (vorläufige) Ende der Nehru-Dynastie, die neuerliche Machtübernahme seitens des *Congress* und die Führung der Minderheitsregierung und der Congressorganisation durch *Narasinha Rao* lassen eine Reform der Partei anfänglich als möglich und am Ende als trügerisch erscheinen.

Eine ideologische Pattsituation

Auf ideologischer ebenso wie politischer Ebene scheinen sich zwischen 1991 und 1996 eine ideologische Pattsituation und politische Blockade eingeschrieben zu haben. Die Wahl des Jahres 1996 führt nicht zur Überwindung, sie führt zur Erweiterung dieser Pattsituation und zur Konsolidierung dreier, 1989 zum ersten Mal sichtbar gewordener ideologischer und politischer Alternativen: Ein in den falschen Traditionen befangener, diskreditierter und uneiniger, von *Narasinha Rao* nicht nur geführter, sondern gleichsam verkörperter *Congress*, tritt gegen eine selbstbewußte *BJP* an, die sich jetzt den aus ideologischer Not entstandenen Restposten des *Congress*programms angeeignet hat: Gegen den *Congress* verspricht jetzt die *BJP* eine „stabile Regierung“.

Eher im Schatten beider Parteien steht jene Koalition nationaler und regionaler Parteien, die *National Front*, die sich nach den Streitigkeiten und der Spaltung von 1990 jetzt vorsichtig rekonstituiert. Die Wahlen führen zum schlechtesten Ergebnis der *Congress*geschichte, sie sichern aber dem *Congress* noch immer den Status der stärksten Partei (28% der Stimmen); die Wahlen führen zu keinem nennenswerten Stimmenzuwachs der *BJP*, einen Zugewinn von rund 4% auf 24% verdankt sie fast ausschließlich den Stimmen dreier Allianzpartner, und diese Wahlen lassen jetzt die in der *National Front* und in der *Left Front* organisierten Parteien zum ersten Mal als zweitstärkste Kraft und als „Dritte Front“ des Parteiensystems erscheinen (ca. 27% der Stimmen).

Der *Congress*, als die noch immer am breitesten gestreute und deshalb – unter dem Mehrheitswahlsystem – gegen die auf Nordindien konzentrierte *BJP* und die

durch Wahlabsprachen geschützte *National Front* und *Left Front* gleichermaßen benachteiligte Kraft, verfügt jetzt nur noch über die drittstärkste Parlamentsfraktion: 140 Sitze. Die *BJP* und ihre Verbündeten kontrollieren 194 Sitze, die *National Front* und die *Left Front* 179. Nur 22 der 545 Sitze der *Lok Sabha* fallen an ungebundene Parteien. Keine der drei großen Parteien und keiner der Blöcke verfügt damit über eine Mehrheit. Zunächst wird die *BJP* mit der Regierungsbildung beauftragt, sie schiebert. *National Front* und *Left Front* schließen sich jetzt zur *United Front* oder *Third Front* zusammen; sie sichern sich die „Duldung“, die Abstimmungsunterstützung seitens des *Congress* und bilden ihrerseits eine Minderheitsregierung. Damit wird zum vierten Mal – nach 1989, 1990 und 1991 – eine Minderheitsregierung gebildet, zum zweiten Mal – nach 1990 – regiert diese unter Duldung des *Congress*, und zum zweiten Mal wird diese Minderheitsregierung vorrangig von einer *National Front* gestellt, in die allerdings nun die *Left Front*, also vorrangig die *CPI-M*, stark eingebunden ist. Damit beginnt ein bislang einzigartiges politisches Experiment.

Der *United Front* oder *Third Front* gehören 13 Parteien an, und das zur Abwehr der *BJP* geschaffene Gebilde versteht sich nicht als eine nationale Partei, sondern ihre Mitglieder sprechen von einer „nationalen Koalition regionaler Parteien“. Zu Recht, denn selbst jene führenden Mitglieder wie die *Janata Dal*, die *Samajwadi Party* und die *CPI-M*, die als nationale Parteien erscheinen, sind jeweils regional konsolidiert: 37 der 43 Parlamentsabgeordneten der *Janata Dal* kommen aus Karnataka und Bihar, 28 der 33 Abgeordneten der *CPI-M* aus Westbengalen und 16 der 17 der *Samajwadi Party* aus Uttar Pradesh. Entscheidend für die Handlungsfähigkeit, Zusammensetzung und Ausrichtung der neuen Regierung und Koalition ist aber, daß fast drei Viertel der 179 Parlamentssitze der *UF* auf sechs Parteien fallen, die explizit oder de facto Regionalparteien sind. Diese sechs Parteien, mit Ausnahme der *CPI-M*, stellen auch die wichtigsten Minister in dem von *Dewe Gowda* geführten Kabinett. Diese sechs Parteien bilden seit langem in ihren Herkunftsprovinzen die stärkste oder zweitstärkste politische Kraft, und sie stellen zum Zeitpunkt der *United Front*-Regierung in den meisten Fällen die Landesregierungen; die *CPI-M* in Westbengalen, die *DMK* in Tamil Nadu, die *AGP* in Assam, die *Janata Dal* in Karnataka und Bihar und die *TD* in Andhra Pradesh. Die seit 1967 sichtbare Regionalisierung der indischen Demokratie hat damit eine neue Qualität erreicht: die wichtigsten Regionalparteien Indiens herrschen nicht nur in ihrer jeweiligen Provinz, sie beherrschen das Zentrum. Es verwundert unter diesen Umständen nicht, daß die führenden Politiker dieser Parteien ihre (Chief-Minister-)Stellung im jeweiligen Gliedstaat einem Kabinettsposten in New Delhi oft vorziehen. Der Kontrolle über sechs wichtige Gliedstaaten Indiens gewiß, kann die vordergründig heterogene Koalition in New Delhi deshalb zu einem an den „kooperativen

Föderalismus“ *Nehrus* erinnernden Regierungsstil zurückfinden. Der Prozeß der Interessensabgleichung und des Verhandels läuft aber jetzt nicht mehr im Binnenraum einer nationalen Partei, sondern einer Koalition regionaler Parteien ab.

Auch eine soziale Umschichtung

Innerhalb der neuen Machtkonstellation zeigt sich zugleich eine soziale Umschichtung: Bis 1980 hatte der Anteil der Parlamentarier, die den *other backward classes*, den niederrangigen Kasten, aber nicht den Unberührbaren, entstammten, stets zwischen 9% und 13% gelegen. Seitdem ist er auf über 23% gestiegen. Die politische Mobilisierung dieser „*OBCs*“, die zunächst im „Kuh-Gürtel“ und Nordindien begann, und der *Lok Dal* und der *Janata Dal* vorrangig zugute kam, hat sich jetzt aber auf ganz Indien ausgeweitet, und sie wird von allen in der *United Front* befindlichen Parteien gefördert und genutzt.

Entgegen allen Erwartungen und trotz verschiedener Krisen kann diese auf unterschiedliche Regionen, Ideologien und Kasten- und Interessengruppen ausgerichtete Koalition nicht nur die Macht bewahren, sondern die Wirtschaftsliberalisierung fortführen, Reformen einleiten und neue außenpolitische Initiativen beginnen. Es ist der *Congress*, und dabei vor allem die *Sonja Gandhi* nahestehenden *Congress*-politiker, die schließlich im Herbst 1997 der *United Front* die Unterstützung entziehen und damit Neuwahlen, die für Februar/März 1998 angesetzt wurden, notwendig machen. An der seit 1996 sichtbaren Parteienkonstellation und Machtbalance werden aber diese Neuwahlen vermutlich wenig ändern können, denn sowohl die Regionalisierung der Politik Indiens als auch der Niedergang des *Congress* sind das Resultat von Entwicklungen, die seit langem eingesetzt haben und als für das System notwendig und irreversibel eingeschätzt werden können. Als erklärungsbedürftig und zugleich prekär erscheinen in dieser Konstellation und Balance eher der Aufstieg und die künftige Stellung der *BJP*.

Der Trend zur Regionalisierung der indischen Demokratie hält an

Die Bestandsfähigkeit und künftige Entwicklung dieser drei Ordnungsmodelle, also einer ehemals dominanten, säkularen und nationalen Partei, einer hindunationalistischen Alternative und einer Allianz von Regionalparteien sollen abschließend kurz betrachtet werden. Die Regionalisierung der indischen Demokratie, damit einhergehend die zunehmende Attraktivität der Regionalparteien auch für neue Kastengruppen, insbesondere der *OBCs*, und schließlich die wachsende nationale Verhandlungs- und Regierungskompetenz dieser regionalen und zugleich integrierten politischen Führungseliten, scheinen auch künftig das entscheidende Antriebsmoment der indischen Demokratie zu bilden. Alle drei Entwicklungen stehen für die weitere Öffnung, Differenzierung und Konsolidierung demokratischer Herrschaft.

Die in Titel und Programm eindeutigen Regionalparteien haben seit 1967 immer

mehr Stimmen erhalten; 1967 erhielten sie 10%, 1996 18% der Stimmen. Die meisten dieser Parteien finden sich in der *United Front*, in der sie zusammen mit den de facto-Regionalparteien *Janata Dal*, *Samajwadi* und *CPI-M* 1996 rund 27% der Stimmen erreichen. Nicht nur ist dieser Regionalisierungstrend von langer Dauer und zunehmend, er hat auf jeweils unterschiedliche Weise den *Congress* ebenso wie die BJP erfaßt, und er wird von beiden Parteien zunehmend in Rechnung gestellt. Der *Congress* ist zwar immer noch diejenige Partei, die als einzige in allen Regionen Indiens präsent ist, aber dieser Tatbestand verdeckt, daß sich seine Organisation in vielen Regionen fast aufgelöst hat und daß er in regional höchst unterschiedlichem Maße seine Wähler findet. Bereits seit 1977 hat der *Congress* immer stärker die Kontrolle über jene sechs nördlichen, hindisprachigen Gliedstaaten verloren, die einst das Zentrum seiner Macht bildeten. Er findet jetzt die Mehrheit seiner Wähler im Westen und Süden Indiens, und oft in Absprache und durch Allianzen mit regionalen Parteien sichert er sich dort die Mehrheit seiner Sitze in der *Lok Sabha*. Bei der BJP zeigen sich parallel zu ihrem Aufstieg zugleich die regionalen Grenzen ihrer Wählerfolge: Die Mehrheit ihrer Wähler findet sie im Norden und Westen Indiens. In Anbetracht dieser Eingrenzung auf zwei Großregionen hat die BJP, wie schon lange zuvor der *Congress*, damit begonnen, regionale Bündnispartner einzuwerben. Aber das hindunationalistische Programm der BJP einerseits, der Anspruch auf Glaubwürdigkeit bei den Regionalparteien andererseits setzen einer solchen Suche enge Grenzen. 1996 konnte die BJP deshalb nur drei regionale und zumeist hindunationale Bündnispartner und auch diese nur im Norden und Westen finden. Wichtige, also stimmenstarke Regionalparteien, werden aller Voraussicht nach auch künftig zur *United Front* oder eventuell zum *Congress*, aber nicht zur BJP tendieren.

Eine Folge von Modernisierung und gesellschaftlicher Differenzierung

Die in der *United Front* organisierten Regionalparteien und die in ihr repräsentierten politischen Regionalkulturen sind aber die Nutznießer einer weiteren, von der Regionalisierung verdeckten langjährigen und irreversiblen sozio-ökonomischen und sozio-politischen Entwicklung. Diese ist mit der Gründung einer Bauernpartei, der *Lok Dal* (seit 1967), mit der zunehmenden Artikulation und Organisation der „OBC“, also der niederrangigen Kasten (seit den 80er Jahren) und schließlich mit dem Auftreten höchst zahlreicher und unterschiedlicher basisdemokratischer Reformbewegungen (seit den 90er Jahren) immer deutlicher geworden. Mit den Worten des Politikwissenschaftlers *James Manor* ließe sich diese Entwicklung so charakterisieren: „Indien wurde zunehmend demokratischer und zunehmend schwieriger zu regieren“. Allen diesen neuen (bäuerlichen) Interessengruppen, (niederrangigen) Kasten und (sozialen, ökologischen, grundrechtsorientierten) Protestbewegungen ist gemeinsam, daß sie eine notwendige Folge der

langsamen, aber tiefgreifenden Modernisierung, Differenzierung und Demokratisierung der indischen Gesellschaft sind und daß sie von einer einzigen Partei, selbst von einem reformierten *Congress*, nicht mehr kontrolliert und inkorporiert, angemessen versorgt – oder unterdrückt werden können.

Allen diesen Interessengruppen, Kasten und Bewegungen ist aber gemeinsam, daß sie lokal, subregional oder regional entstanden und organisiert sind und daß sie offen oder verdeckt über eine regionale Identität, Stoßrichtung, Interessenstruktur und Sprache verfügen. Diese neuen, oft militanten und gegensätzlichen Gruppen und Agitationen wenden sich vorrangig an jene Instanzen und Parteien, die ihre Forderungen am besten verstehen können und aufnehmen müssen. Dies sind aber in erster Linie die Provinzregierungen und die in ihnen immer stärker vorherrschenden regionalen Parteien. Neben der Regionalisierung und der sie begleitenden und verstärkenden Politisierung einer wachsenden Mehrheit und Vielfalt der indischen Bevölkerung zeigt sich zugleich eine wiederum langjährige ideologische Entwicklung und Verlagerung, die in erster Linie den regionalen Parteien und ihren nationalen Koalitionen entgegenkommt. Der *Congress* hatte sich mit Hilfe einer den Bedingungen Indiens angepaßten Variante des Säkularismus, des Sozialismus und der Demokratie als nationale Partei konstituiert und die indische Wählerschaft organisiert. Wichtige Spielregeln dieser Demokratie hat er seit 1969 verletzt; von dem Modell des indischen Sozialismus hat er sich seit Beginn der achtziger Jahre abgewendet, und das Ideal des Säkularismus hat er seit 1984 geschwächt oder manipuliert. Der *Congress* mußte und wollte eine Partei aller Inder – Religionsgruppen, Kasten und Regionen – sein. Er konnte sich deshalb nicht unter Verrat seiner Prinzipien offen und ausschließlich auf die Seite einer religiösen, sprachlichen, regionalen oder sozialen Mehrheit oder Minderheit stellen. Die *Jana Sangh/BJP* hat dies von Anfang an und seit 1989 mit wachsendem Erfolg getan. Sie gibt vor, für die Hindumehrheit zu sprechen, und hat mit ihrem Eintreten für Hindi, für den Hindunationalismus und für eine binnenwirtschaftliche Liberalisierung weite Teile des Hindigürtels, der höheren Kasten und der Unternehmer- und Bildungsschichten hinter sich gebracht. Dies zwingt sie dazu, einen der Hindumehrheit entgegenkommenden neuen „Säkularismus“, einen „gandhianischen“ Sozialismus und eine nationale und starke Demokratie zu fordern – oder einfach für die Abschaffung der ersten beiden Grundpfeiler der indischen Demokratie einzutreten.

Fast 80% der indischen Bevölkerung rechnen sich aber den niederrangigen Kasten, den Unberührbaren und Stammesgemeinschaften zu. Eine Mehrheit der Bevölkerung kann und will zudem Hindi nicht sprechen, und sie stellt einer Hinduidentität eine regionale voran, für die sie lange Zeit beim *Congress*, seit 1967 zunehmend bei regionalen Parteien Anerkennung gefunden hat. Die neuen Protestbewegungen, aber auch weite Teile der neuen bäu-

erlichen Interessengruppen und selbstverständlich die wachsend selbstbewußten „OBC“ entstammen jenen 80% der indischen Bevölkerung, die über keinen hohen Kastenrang verfügen und nicht zur Wählerklientel der BJP gehören. Ihnen muß der Minimalkonsens der *United Front*, also das Eintreten für Säkularismus und die Förderung der „schwächeren Gesellschaftsschichten“ und ihr Einsatz für eine verstärkte Regionalisierung ebenso wie Demokratisierung der Union als zweckmäßig und auch überzeugend erscheinen. Ein für die Union bestandsnotwendiges staatspolitisches Programm, also das Eintreten für einen Säkularismus zur Vermeidung religiöser, das Eintreten für einen sozialreformerischen Sozialismus zur Kontrolle sozialer und das Eintreten für ein offenes Demokratiemodell zur Einbindung politischer Konflikte lebt damit in einer den neuen wirtschafts-, sozial- und regionalpolitischen Rahmenbedingungen angemessenen Form und bei einer Regionalcoalition weiter.

Diese ideologische Adaption und Übernahme machen zugleich die Frage nach einer möglichen Rekonstitution des *Congress*, seiner organisatorischen Reform und erneuerten ideologischen Glaubwürdigkeit zu Teilen überflüssig. Denn auch ein erneuerter *Congress* wird sich der Regionalisierung, den sozialen und politischen Mobilisierungsprozessen und einer beiden Bewegungen entsprechenden staatspolitischen Gewichtsverlagerung anpassen müssen. Für die *BJP* stellen aber alle drei die Entwicklungsfähigkeit der Union stützenden und zugleich demonstrierenden Prozesse eine Gefahr für ihre künftigen Wahlerfolge und eine Herausforderung für ihre Ideologie und ihr Programm dar.

Damit kann am Ende dieser Betrachtung der indischen Demokratie eine vorläufige Bilanz und vorsichtige Zukunftseinschätzung getroffen werden. Die Entwicklung dieser Demokratie, also der unvermeidliche und zugleich selbstverschuldete Niedergang des „dominanten Parteiensystems“, hat eine der Komplexität Indiens und der Entfaltung der Demokratie entsprechende, aber notwendige und kreative Herrschaftsform und Parteienallianz entstehen lassen – eine nationale Koalition unterschiedlicher Regionalparteien. Die gleiche Entwicklung hat zugleich eine kulturelle, ideologische und politische Reaktion ausgelöst, den Popularitäts-, Einfluß- und Machtzuwachs einer Symbolik, Doktrin und Partei des Hindunationalismus. Ob diese Reaktion als eine politische Modernisierung, also die fortlaufende Öffnung, Differenzierung und Ausgestaltung der indischen Demokratie, diesen Prozeß auf Dauer aufhalten, umlenken oder kontrollieren kann, muß bezweifelt werden.

Literaturhinweise

- Adams, J. und Ph. Whitehead (1997): *The Dynasty – The Nehru-Gandhi-Story*, Harmondsworth
 Akbar, M. J. (1985): *India – The Siege within*, Harmondsworth
 Brown, J. M. (1985): *Modern India*, Oxford
 Manor, J. (Hrsg.) (1994): *Nehru to the Nineties*, London
 Park, R. und I. Tinker (1969): *Leadership and Political Institutions in India*, New York

Auf dem Weg zu einem fundamentalistischen Hindustaat?

Hindu, Hindusthan, Hindutva

Die Politik des Hindunationalismus im heutigen Indien

Von Clemens Jürgenmeyer

Die Erstürmung und der Abriß der Moschee in Ayodhya im Dezember 1992 durch fanatisierte Hindus sowie die anschließende Errichtung eines provisorischen Rama-Tempels an dieser Stelle erschienen als ein Fanal: Steht Indien vor einer Wende vom „multikulturellen“ Staat, von einer funktionierenden säkularen Demokratie zu einem fundamentalistischen Hindustaat, der Muslims wie Christen ausgrenzt? Dazu zu passen scheinen die Wahlerfolge, die die hindunationalistische Bharatiya Janata Partei in den letzten zehn Jahren erringen konnte. Wie ist der Erfolg des Hindunationalismus zu erklären, welches sind seine sozialen Trägergruppen, welche Organisationen instrumentalisieren hier Religion für den Machterwerb? Vor allen Dingen aber: Kann eine solche Bewegung in Indien auf Dauer Erfolg haben? Ist nicht vielmehr der Hinduismus viel zu vielfältig, als daß er zu einer geschlossenen politischen Kraft mit Aussicht auf die Machtübernahme geformt werden könnte? Bislang jedenfalls hat die indische Demokratie sich unter ungünstigsten Voraussetzungen als erstaunlich stabil erwiesen. **Red.**

Alarmzeichen: Der Aufstieg der hindunationalen Partei und die Zerstörung einer Moschee

In der politischen Landschaft Indiens hat sich in den vergangenen zehn Jahren eine politische Kraft neu etabliert: der Hindunationalismus.

Bereits bei den Parlamentswahlen im Mai 1996 war die *Bharatiya Janata Party* (BJP) als die Partei des Hindunationalismus zur größten Fraktion im indischen Parlament aufgestiegen. Mit 161 Abgeordneten stellte sie damals 30% der maximal 545 Parlamentarier im indischen Unterhaus (*Lok Sabha*). Auch die Ergebnisse der Wahlen von 1989 und 1991 zeigen die stetig anwachsende Stärke dieser Partei (s. Tabelle 1).

Ende Februar/Anfang März dieses Jahres haben die 12. *Lok Sabha*-Wahlen stattgefunden. Dieser vorzeitige Urnengang war notwendig geworden, weil die *Congress*-Partei der Minderheitsregierung unter Ministerpräsident *Gujral* die Unterstützung entzogen und dadurch den Rücktritt der Regierung ausgelöst hatte. Auch bei dieser Wahl ist es der BJP gelungen, die Anzahl ihrer Mandate zu steigern und ihre Position als stärkste Fraktion in der *Lok Sabha* mit nunmehr 176 Sitzen zu festigen, während der *Congress* keinen Zugewinn hat erzielen können. Es ist offensichtlich, daß eine wachsende Zahl von Indern ihre politische Heimat bei den Hin-

dunationalen sucht und bei den Wahlen ihre Stimme der BJP und ihren Verbündeten gibt. Die politische Integrationskraft des *Congress* ist weitgehend hinfällig geworden. Der BJP scheint es gelungen zu sein, in dieses Vakuum zu stoßen und zu Teilen erfolgreich zu besetzen.

Der Aufstieg des Hindunationalismus vollzog sich jedoch nicht nur in geordneten parlamentarischen Bahnen, sondern war von einer landesweit inszenierten hindunationalen Agitation begleitet, die sich seit Anfang der 80er Jahre in spektakulären Kampagnen zeigte. Sie zielten auf die Errichtung eines grandiosen Tempels über der Geburtsstätte des Gottes *Rama* in der nordindischen Pilgerstadt Ayodhya, auf der sich allerdings damals die zu Beginn des 16. Jahrhunderts erbaute Babur-Moschee erhob – angeblich auf den Trümmern eines von den Muslimen zerstörten Ramatempels. Die „Befreiung Ramas aus seinem muslimischen Gefängnis“ – so die hindunationale Charakterisierung des Vorhabens – kulminierte am 6. Dezember 1992 in dem von langer Hand geplanten Abriß der Moschee durch fanatisierte Hindus. In unmittelbarer Folge dieser Aktion kam es vielerorts zu schrecklichen Ausbrüchen der Gewalt, in denen über tausend Menschen, vorwiegend Muslime, zu Tode kamen.

Die heutige Stärke des Hindunationalismus steht jedoch im Kontrast zu seiner früheren Schwäche. Noch 1984 konnte die BJP gerade zwei Parlamentssitze erringen, und bei allen anderen vorangegangenen nationalen Parlamentswahlen hatte sie nie eine bedeutende Rolle gespielt. Wieso konnte gerade heute im ausgehenden

20. Jahrhundert, das ja eigentlich die Nationalismen verschiedenster Prägung für überwunden glaubte, der Hindunationalismus sein über viele Jahrzehnte währendes randständiges Dasein verlassen und nun die politische Szene Indiens entscheidend mitbestimmen?

Die Rolle „ethnischer Unternehmer“

Dieses Problem läßt sich sicherlich zu einem großen Teil mit den bewährten Mitteln politikwissenschaftlicher Analyse erklären, in deren Zentrum die Handlungen der Politiker und anderer Akteure stehen, die aus machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen heraus eine Politik verfolgen, die bewußt auf religiös-kulturelle Werte und Normen, Mythen und Symbole rekurriert und für ihre eigenen Ziele instrumentalisiert – oft ohne jegliches Gefühl der Scham und ohne Rücksicht auf Verluste. Die Bevölkerung spielt in dieser Sichtweise eine eher passive Rolle, sie wird von den Führern mobilisiert und benutzt. Die treibende Kraft verkörpern bewußt handelnde politische Akteure – *Joseph Rothschild* (1981) nennt sie treffend „ethnische Unternehmer“, die ihre Anhängerschaft um sich scharen und so die Richtung vorgeben. In der Tat läßt sich am Beispiel Indiens trefflich demonstrieren, welche wichtige und zuweilen auch entscheidende Rolle diese ethnischen Unternehmer bei der Kreierung einer neuen hindunationalen Identität spielen. Ohne ihren unbedingten Willen zur Macht wäre der Hindunationalismus nicht das geworden, was er heute ist.

Diese politischen Umstände, denen der Hindunationalismus seinen Erfolg verdankt, spielen also eine wichtige Rolle bei der Erklärung des Phänomens. Allein, sie spiegeln lediglich die *eine* Seite des Beziehungsgeflechts zwischen den politischen Akteuren und den Anhängern wider. Die andere Seite ist von ebenso wichtiger Bedeutung. Sie zielt auf die Motive und Handlungen der *Gefolgschaft*. Warum folgen viele Inder bereitwillig einer exklusiv hindunational geprägten Ideologie und Politik mit klarer antimuslimischer Stoß-

Tabelle 1: Lok-Sabha-Wahlen 1952–1996: Anzahl der errungenen Sitze und Stimmenanteile (in %) der Bharatiya Janata Party (BJP) und des Indian National Congress (INC)

Jahr	BJP		INC	
	Sitze	Stimmen	Sitze	Stimmen
1952	3	3,1	364	45,0
1957	4	5,9	371	47,8
1962	14	6,4	361	44,7
1967	35	9,4	283	40,8
1971	22	7,4	352	43,7
1977	–*	–*	154	34,5
1980	–*	–*	353	42,7
1984	2	7,4	415	48,1
1989	85	11,4	197	39,5
1991	119	19,9	225	37,3
1996	161	20,3	140	28,8

* 1977 und 1980 nahm die BJP nicht als selbständige Formation an den Wahlen teil. Damals war sie Teil der Janata Front bzw. der Janata Party.

Quellen: Butler 1991, S. 70; India Today, 15. 7. 1991, S. 20; Election Commission of India 1996.

richtung? Wo liegen die jenseits der Tagespolitik anzusiedelnden, längerfristig wirkenden Ursachen dieses Phänomens? Offensichtlich sprechen die Hindunationalen die Vorstellungen vieler Inder, ihre Wünsche, Ängste und Hoffnungen an, die in der jüngsten Vergangenheit virulent geworden sind. Denn ohne die bereitwillige Gefolgschaft dieser Menschen wäre der Hindunationalismus das, was er bis in die 80er Jahre war: eine unbedeutende politische Kraft, die außerhalb der vom Congress dominierten politischen Hauptströmung ein Schattendasein fristete.

Dies soll natürlich nicht heißen, daß bei den Hindus eine klar definierte, schon immer vorhandene kulturelle Identität, die sich auf unveränderte, quasi ontologische Wesenszüge gründet, gegeben ist, derer sich die hindunationalen Führer nur bedienen müssen. *Kulturelle Identitäten* sind stets als bestimmtes und bestimmendes Gebilde an den *gesellschaftlichen Kontext* gebunden, Veränderungen unterworfen und in unterschiedlichen gesellschaftlichen Situationen unterschiedlich präsent. Ihre amorphe Beschaffenheit macht sie anfällig für die Formung durch äußere, in der Regel politische Kräfte. Es ist das erklärte Ziel der Hindunationalen, eine gemeinsame religiös-kulturelle Identität der Hindus zu erschaffen, die das Wesen des Hindutums (*Hindutva*) in klarer Form festschreibt. Ob dieses Projekt des *Nation-Building* so gelingen wird, ist allerdings fraglich.

Der rasante Aufstieg des Hindunationalismus stellt sich als das aktuelle Ergebnis einer *spezifischen Konstellation* von politischen, sozio-ökonomischen und religiös-kulturellen Faktoren dar, die in der Summe und in ihrer gegenseitigen Verschränkung seinen Erfolg ermöglicht haben. Eher zufällige, singuläre Ereignisse und längerfristige, strukturelle Entwicklungen gehen dabei Hand in Hand. Mit wenigen Strichen soll zunächst das politische Terrain im unabhängigen Indien abgesteckt werden, in dem sich der Hindunationalismus zu seiner heutigen Bedeutung emporschwingen konnte. Vor diesem Hintergrund werden dann die eher auf die subjektive Ebene der Anhänger zielenden Faktoren sozio-ökonomischer und religiös-kultureller Art dargelegt. Abschließend kann dann ein weniger alarmierendes Bild der indischen Situation gezeichnet werden, als es um die Stabilität der indischen Demokratie besorgte Kommentatoren und Analysten des Zeitgeschehens entwerfen, oft in Anlehnung an fundamentalistische Bewegungen in anderen Ländern dieser Welt, namentlich der islamischen Welt.

Die indische Union: auf den Säulen Demokratie, Sozialismus und Säkularismus gebaut

Mit der Übernahme der Macht von den britischen Kolonialherren am 15. August 1947 übernahm Indien auch ein politisches System der parlamentarischen Demokratie, das eng an das britische Vorbild angelehnt war. Damit begann ein politisches Unterfangen, dessen glücklicher Fortbestand bis auf den heutigen Tag als

beispiellos, wenn nicht sogar als ein Wunder bezeichnet werden darf. Denn dieser Subkontinent erfüllte mit seiner sprichwörtlichen kulturellen, religiösen und sozialen Vielfalt, seiner Größe und hohen Bevölkerungszahl, seiner Armut und ökonomischen Rückständigkeit und seinem geringen Bildungsniveau – die große Mehrheit der Inder waren Analphabeten – eigentlich allen Kriterien, die nach gängiger Meinung dem Aufbau einer Demokratie nicht förderlich sind.

Getragen wurde diese junge Demokratie von einer gebildeten, englischsprechenden, städtisch geprägten Elite, die die Modernisierung ihres Landes auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Sie war in der direkt aus der Unabhängigkeitsbewegung entstandenen Congress-Partei (*Indian National Congress*) beheimatet. Diese „staatstragende und staatsgetragene Partei“ (*D. Rothermund*), die in sich viele politische Richtungen vereinte, nahm hinfort in der Politik des Landes eine absolut dominante Stellung ein.

Unter der unumstrittenen Führung *Jawaharlal Nehrus* verfolgte die Congress-Partei eine Politik der Mitte, die auf den drei Säulen Demokratie, Sozialismus und Säkularismus ruhte. Diese Politik zeichnete sich durch Kooperation und auf Ausgleich beruhenden Arrangements zwischen den verschiedenen sozialen und politischen Kräften aus und konnte so der Vielfalt der indischen Gesellschaft gerecht werden. Das übergeordnete Ziel war, gemeinsam die kolonialen Hinterlassenschaften aus dem Weg zu räumen und ein modernes, starkes und demokratisches Indien aufzubauen, in dem soziale Gerechtigkeit herrscht und der Staat eine neutrale Position in Religionsfragen einnimmt. Dieser Konsens schwand jedoch in dem Maße, in dem der Congress nach dem Tod *Nehrus* im Jahr 1964 und dem wenige Jahre später erfolgten Machtantritt seiner Tochter *Indira Gandhi* diesen Schritt für Schritt aufkündigte und damit die bislang akzeptierten Prinzipien der indischen Politik selbst in Frage stellte. *Nehrus* „Politik der Mitte“, aus einer Position der Stärke heraus die Minderheiten zu schützen und mit geeigneten Mitteln zu fördern, wich einer Politik, die fast ausschließlich dem tagespolitischen Opportunismus folgte und nicht davor zurückschreckte, den politischen Gegnern durch eine Koalition mit jeder sich bietenden Gruppe oder Partei und unter Ausnutzung vorherrschender Stimmungslagen zu schwächen. Eine solche Politik des puren Machterhalts, die auch zu dem Mittel des Populismus griff, mußte zwangsläufig in einem so heterogenen Land wie Indien zu verstärkten Konfrontationen zwischen den verschiedenen Gemeinschaften (*communities*) führen – ganz zu schweigen von der schleichenden Erosion der parlamentarischen Demokratie angesichts des autoritären Führungsstils *Indira Gandhis*.

Hintergrund dieser Entwicklung sind die zunehmende Ausdifferenzierung und Polarisierung der sozialen und politischen Landschaft Indiens, die die alles überspannende Integrationskraft des Congress unterminieren mußten. Die Überzeugung, gemeinsam ein neues Indien aufzubauen,

verblaßte mehr und mehr, je länger die Erinnerungen an den Unabhängigkeitskampf zurücklagen und je mehr die Hoffnungen vieler auf nachhaltig verbesserte Lebensumstände enttäuscht wurden. Viele Wähler und Politiker wandten sich vom Congress ab. Zu ihnen gesellten sich auch die Muslime, die bislang ihre politische Heimat beim Congress gefunden hatten. Der politische Wettbewerb um die Macht im Staat nahm zu, der Kampf um die Stimmen einzelner Gruppen und Minoritäten intensivierte sich. Neue Parteien, die in Opposition zum Congress standen, formierten sich, gewannen mehr und mehr an Gewicht und vertraten offensiv die Forderungen ihrer Klientel. Die Wahlarithmetik beeinflusste zunehmend die Taktik der Congresspolitiker. Entscheidend ist hierbei die Wahl 1977, in der *Indira Gandhi* nach den Exzessen des Ausnahmezustandes (1975–1977) deutliche Stimmenverluste bei den Muslimen und den untersten Schichten der Hindubevölkerung hinnehmen mußte mit der Folge, daß sie das Regierungssamt für fast drei Jahre an das *Janata*-Bündnis abtreten mußte.

Anfang der achtziger Jahre verschärfte neue Regionalismen die innenpolitische Situation Indiens. Nach der triumphalen Rückkehr *Indira Gandhis* an die Macht Anfang des Jahres 1980 setzte der Congress mehr und mehr auf die hindunationale Karte, um bei der Hinduwählerschaft verlorenes Terrain wiederzugewinnen. Die separatistischen Bewegungen in Assam, Kashmir und Punjab, die zu einem nicht unerheblichen Teil selbst Produkt der Politik *Indira Gandhis* waren, versetzten dem strukturellen Gefüge der indischen Politik heftige Stöße und ließen die nationale Einheit für viele Inder in einem gefährdeten Zustand erscheinen. Nationale Parolen konnten so auf einen fruchtbaren Boden fallen. Der Congress geriet sich in dieser Situation als Anwalt der bedrohten Nation, deren Bestand er allein garantieren könne. Die Ermordung *Indira Gandhis* Ende Oktober 1984 ließ diese Bedrohung besonders deutlich werden. In der Folge kam es zu einer größeren ideologischen Konvergenz des Congress und der BJP, wobei der Congress sich mehr auf die hindunationalen zu- und die BJP sich mehr von extremen Positionen wegbewegte. Der Hindunationalismus wurde so langsam salonfähig. Den Preis, den der Congress für diesen ideologischen Standortwechsel zu zahlen hatte, war der Verlust der früher unbestrittenen ideologischen Hegemonie, dem eine weiter voranschreitende Erosion seiner politischen Hegemonie folgen sollte (*Rösel* 1994).

Die hindunationalen Organisationen

Diese politische Strategie schien sich zunächst für den Congress auszuzahlen. Bei den Parlamentswahlen Ende 1984 erlangte er unter der Führung *Rajiv Gandhis* eine 4/5-Mehrheit im Parlament und dezimierte die BJP mit zwei Mandaten zur politischen Bedeutungslosigkeit. Mit dem Rücken zur Wand stehend, besann sich die BJP ihrer ureigenen Politik und setzte alles daran, möglichst viele Hinduwähler an

Tabelle 2: Prozentuale Verteilung der Religionsgemeinschaften in Indien, 1981 und 1991

	1981	1991
Hindus	82,6	82,4
Muslime	11,4	11,7
Christen	2,4	2,3
Sikhs	2,0	2,0
Buddhisten	0,7	0,8
Jains	0,4	0,4
Andere	0,4	0,4

Quelle: India 1995. A Reference Annual, S. 19.

sich zu binden. Dies erfolgte mit einer Prononcierung ihrer Programmatik und Politik, so daß die Grundrichtungen der indischen Politik noch stärker als bisher von hindunationalen Elementen geprägt wurde. Als Verbündete dieser Strategie boten sich die anderen hindunationalen Organisationen an: der *Rashtriya Svayamsewak Sangh* (RSS; „Nationale Freiwilligen-Union“) und die *Vishva Hindu Parishad* (VHP; „Welt-Hindu-Rat“), daneben auch die radikale VHP-Jugendorganisation *Bajrang Dal*, sowie die in Maharashtra tätige *Shiv Sena*.

Während die BJP seit ihrer Gründung im Jahr 1951 als politische Partei mit wechselndem Erfolg im Parlament vertreten war, trat die 1964 entstandene VHP erst Anfang der achtziger Jahre als missionierende Hindukulturorganisation in die nationale Politik ein. Tragendes Fundament dieser Dreierkoalition ist jedoch der RSS, eine bereits 1925 gegründete, straff organisierte Organisation, die als ideologische Vorhut und Kadenschmiede der Hindunationalen fungiert. So sind die führenden Mitglieder der BJP und der VHP allesamt Mitglieder des RSS, sowohl die BJP als auch die VHP wurden auf Betreiben des RSS ins Leben gerufen. Alle drei haben sich der Politik der *Hindutva*, des Hindutums, verschrieben und verfolgen ihr Ziel mit unterschiedlichen, aber aufeinander abgestimmten Mitteln. Als außerparlamentarische Organisation ist die VHP den üblichen parteipolitischen Zwängen enthoben und genießt so einen Spielraum für ihre Aktionen, den wiederum die BJP als Mitglied des Parlaments für ihre Zwecke je nach Situation nutzen kann. Der RSS hält sich dabei stets vornehm im Hintergrund und tritt bei politischen Aktionen selten in Erscheinung. Alle drei bilden die sogenannte *Sangh Parivar*, die (*Rashtriya Svayamsewak*) *Sangh*-Familie.¹

In seiner ideologischen und politischen Hegemonie geschwächt: der Congress laviert

Diese *Sangh Parivar* diktierte ab Mitte der achtziger Jahre immer mehr das Gesetz des politischen Handelns in Indien und setzte den *Congress* unter Zugzwang, den die Hindunationalen des Pseudosäkularismus bezichtigen. Der Brennpunkt ihrer Politik war Ayodhya, genauer: die Befreiung *Ramas* aus seinem muslimischen Gefängnis und die Errichtung eines grandiosen Tempels über seiner Geburtsstätte.² Die bereits 1984 von der VHP lancierte

Kampagne zur Befreiung von *Ramas* Geburtsstätte (*Ram Janmabhumi Mukti Yajna*) wurde in wechselnder Intensität immer wieder aufgenommen. *Rathayatras*, sogenannte Wagenprozessionen, wurden in vielen Teilen Indiens durchgeführt. Der *Congress* lavierte zwischen seinem säkularen Selbstverständnis und machtpolitischen Opportunismus hin und her und reagierte auf die aufsteigende hindunationale Welle fast nur noch defensiv. Seine Handlungsfähigkeit wurde auch durch Querelen in der Partei und Regierung selbst geschwächt, die sich an dem Verdacht entzündet hatten, die Familie *Gandhi* hätte im Rahmen eines Waffengeschäfts mit der schwedischen Firma *Bofors* Schmiergelder kassiert.

Bezeichnend für die schwankende Politik des *Congress* ist die Einführung eines speziellen, die islamische Rechtstradition ausdrücklich bestätigenden Scheidungsgesetzes für Muslime im Mai 1986, um den Forderungen konservativer Muslimkreise Genüge zu tun. Ein Jahr zuvor hatte der Oberste Gerichtshof in einem aufsehenerregenden Urteil einer über siebzigjährigen, geschiedenen Muslimin namens *Shah Bano* das Recht auf Unterhalt durch ihren ehemaligen Ehemann zugebilligt (*Conrad* 1995). Gleichermaßen bezeichnend ist die Zustimmung der *Congress*-Regierung zu einer groß aufgemachten Grundsteinlegung für den *Ramatempel* in Ayodhya nur wenige Tage vor den Wahlen im November 1989, allerdings einige Meter vom ursprünglich geplanten Ort entfernt. Auch auf muslimischer Seite wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die zunehmenden hindunationalen Aktionen zu unterlaufen, allerdings ohne nennenswerten Erfolg.

Dieses andauernde Spiel von Aktion und Reaktion, Provokation und Gegenprovokation der beteiligten Akteure schaukelte die Auseinandersetzungen um Ayodhya immer höher und höher, so daß sie ab einem gewissen Zeitpunkt zu einer Art Selbstläufer wurden, der den besonnen Geistern auf beiden Seiten keine Chance mehr ließ, sich mäßigend in den Konflikt einzuschalten. Eine labile innenpolitische Situation verhinderte ab Ende 1989 zudem, daß von seiten einer starken Zentralregierung energisch eine Lösung des Konflikts vorangetrieben wurde: der *Congress* hatte die Parlamentswahlen verloren, und der neue Premier *V.P. Singh* stand lediglich einer schwachen Minderheitsregierung vor, die auf die Unterstützung durch die BJP angewiesen war.

Es hatte sich also in Indien über einen längeren Zeitraum hinweg eine einzigartige politische Konstellation herauskristallisiert, die den Höhenflug des Hindunationalismus erst ermöglichte. Die Erosion der ideologischen und dann politischen Hegemonie des *Congress*, sein zweifelhafter, allein dem Machterhalt verpflichteter Opportunismus, die Zunahme separatistischer Bewegungen in Teilen des Landes, aber auch die geradezu notorische Zerstrittenheit der nicht hindunationalen Opposition bescherten den hindunationalen Regisseuren BJP, VHP und RSS die Chance, ab Mitte der achtziger Jahre einen *Hindu backlash* ins Rollen zu bringen, an dessen

vorläufigem Ende die Zerstörung der Babur-Moschee in Ayodhya und der Aufstieg zur stärksten Fraktion im indischen Unterhaus stehen.

Wie aber, so läßt sich nun fragen, gelang es den Hindunationalen, bei einer wachsenden Gefolgschaft Gehör zu finden? Hindunationale Politik ist keine Einbahnstraße. Es müssen entgegenkommende Kräfte existieren, sozioökonomische Umstände sowie individuelle und gruppenspezifische Interpretationsmuster, die den Hindunationalen die Anhänger zutreiben. Diese neuen Lebenslagen haben sich in einem widersprüchlichen Prozeß der Modernisierung herausgebildet, dem die indische Gesellschaft seit längerem unterworfen ist.

Die Furcht vor der islamischen Konspiration

Einer der vielfältigen Momente, die den Hindunationalismus prägen, ist das Gefühl der Bedrohung, die immer wieder hochkommende Angst, im eigenen Land zur Minderheit und von Fremden beherrscht zu werden. Es ist für die Ideologen der *Hindutva*, des Hindutums, die fehlende Einheit der Hindus und der Verlust ihrer alten Hindukultur, die die Hindus immer wieder zum Spielball fremder Mächte haben werden lassen. An erster Stelle rangieren hier die *muslimischen Herrscher*, dann aber auch die *britischen Kolonialherren* und, seit 1947, vor allem die Pseudosäkularisten des *Congress*, die den undankbaren Minderheiten auf Kosten der Mehrheit Sonderrechte zugestehen. Dieses Trauma zieht sich wie ein roter Faden durch die Schriften und Reden der Hindunationalisten. Die Hindus müssen sich zusammenschließen, organisieren, stark werden, um gegen die ständige Bedrohung durch äußere Feinde gewappnet zu sein. Im Unterschied zu den Muslimen haben die Hindus nur ein einziges Land, Indien, in dem sie leben können. Die Muslime können notfalls nach Pakistan gehen, das sie aus dem Leib von *Bharat Mata*, der Mutter Indien, herausgerissen haben. Die nach außen gewendete Militanz der Hindunationalen ist somit eine Verteidigungsstrategie, die auf der Urangst vor der eigenen Schwäche beruht, die Folge der Uneinheit ist. Je größer das Gefühl der eigenen Schwäche und der Zurücksetzung, desto größer die Militanz gegenüber den anderen. Das latente Eingeständnis des eigenen Versagens schlägt in den Zorn auf sich selbst um und verschafft sich Luft in einer Politik der demonstrativen Selbstbehauptung gegen die anderen, die ihre Feinde sind.

Ein Ereignis, das sich im Februar 1981 zugetragen hat, soll hier als Beispiel dienen, wie sehr die Furcht vieler Hindus, zur Minderheit im eigenen Land zu werden, fast paranoide Züge annehmen kann. In Meenakshipuram, einem kleinen Ort im südindischen Bundesstaat Tamilnadu, traten damals etwas mehr als 1.000 Unberührbare geschlossen zum Islam über. Dieser Vorfall, der sich anschließend noch in einigen anderen Orten Südindiens wiederholte, schürte die latent vorhandenen Befürchtungen bei den Hindus, die Musli-

me versuchten mit gezielten Konversionen immer mehr Hindus zum Islam zu bekehren, um so die Position der Mehrheit kontinuierlich zu schwächen. Diese Befürchtungen gründen auch auf dem Umstand, daß der Hinduismus eigentlich keine Mission kennt und verbindliche Kriterien der Zugehörigkeit zur hinduistischen Religionsgemeinschaft schwerlich aufzustellen sind. Hinzu kommt noch die etwas höhere Geburtenrate der indischen Muslime. Die Konversion in Meenakshipuram wurde als äußeres Zeichen einer panislamischen Verschönerung gedeutet, die von den reichen Ölstaaten des Nahen und Mittleren Ostens großzügig finanziert werde. Dies zeige sich auch in den neuerrichteten Koranschulen und Moscheen und dem neuen Wohlstand der Muslime, die als Gastarbeiter in den arabischen Staaten gutes Geld verdienen. In der englischsprachigen Presse des Landes, die keineswegs dem hindunationalen Spektrum zuzuordnen ist, wurde offen der Vorwurf der Konspiration erhoben. Der *Indian Express* veröffentlichte Statistiken, die beweisen sollten, daß die Hindus in 250 bzw. 300 Jahren endgültig von den Muslimen überflügelt würden. Meinungsumfragen haben damals ergeben, daß die Mehrzahl der befragten Hindus von der Regierung forderten, gegen die Konversion vorzugehen (*Jaffrelot* 1996, S. 338 ff.). Das Gespenst machte die Runde, die Hindugesellschaft befinde sich in einem Belagerungszustand. Die separatistischen Bestrebungen im Punjab und Nordosten sowie in Kashmir verstärkten noch diesen Eindruck. In dieser Situation ergriff die VHP die Flucht nach vorne: Sie begann mit der aktiven Rekonvertierung der ehemaligen Hindus und startete in den Jahren danach großinszenierte Kampagnen, die die Einheit der Hindus festigen sollten.

Heißt Inder sein Hindu sein?

Die BJP und ihre Verbündeten greifen dieses Gefühl der eigenen Schwäche und Verwundbarkeit auf und formen es in ihrem Sinne zu einer nationalistischen Ideologie und Politik, die auf dem Zusammenschluß der Hindus und auf die Ausgrenzung der Muslime abzielt. Indien, so sagen sie, ist das Land der Hindus (*Hindusthan*), die indische Nation ist eine Hindunation (*Hindu rashtra*), Inder zu sein, heißt Hindu sein. *Hindutva*, das Hindutum, ist die nationale Identität Indiens, auf der eine starke Hindunation ruhen soll. Diese innere Einheit der Hindus wird nicht als neu zu erschaffende, sondern als die Wiedergewinnung eines ursprünglich existenten, durch Eroberung und Fremdeinflüsse jedoch verloren gegangenen Hindutums gesehen, das allen Indern eigen war und weder Aberglaube noch soziale Mißstände kannte. Die Wiedererrichtung des *Dharma*, der gerechten Ordnung, die Rückkehr zum alten, reinen Hinduethos, zur wahren Hinduikultur, wird die Krise der Gegenwart überwinden und *Rama Rajya*, die Herrschaft des gerechten Gott-Königs *Rama*, auf Erden etablieren. Die *Hindutva*-Ideologie wurde bereits 1923 in klassischer Form von V. D. Savarkar formuliert. Es ist die Gemeinsamkeit des

bewohnten Landes (*rashtra*), der Abstammung (*jati*) und der Kultur (*sanskriti*), die das Indertum kennzeichnen und die Hindus in einer Nation zusammenfinden lassen (Savarkar 1989, S. 116). In dieser Definition werden Muslime und Christen ausgeschlossen, da diese zwar Indien als ihr Vaterland, nicht aber als ihr heiliges Land, als Land, in dem man religiöses Verdienst erwirbt (*punjabhu*), betrachten. So wird die Nation hinduisiert und der Hinduismus nationalisiert.

Träger des Hindunationalismus sind die kulturell Entfremdeten in den Städten

Das existentielle Gefühl der Bedrohung, die Furcht, nicht mehr Herr im eigenen Haus zu sein, gehen einher mit einer Entfremdung sich selbst und der Gesellschaft gegenüber und steht in enger Wechselbeziehung zu den gesellschaftlichen Änderungen und Umbrüchen, die in Indien in der Folge des *Modernisierungsprozesses* stattfinden. Die alten Selbstverständlichkeiten haben sich, zumindest in Teilen der Hindubevölkerung, verflüchtigt. Neue, sinnstiftende Werte und Normen müssen gesucht und gefunden werden. In dieser Situation der schnellen Veränderungen finden Politiker und Agitatoren vielerlei Couleur, die sogenannten ethnischen Unternehmer, ihre Anhänger, die in der Hoffnung auf neue Orientierungen zu ihnen stoßen. Die neue Unübersichtlichkeit verlangt nach einer ordnenden Restrukturierung, um das Leben wieder übersichtlich zu machen. Die Sachzwänge der Massendemokratie unter den spezifischen Bedingungen der indischen Gesellschaft tragen dann noch ihren Teil dazu bei, eine „kommunalistische“ Politik, d.h. eine Politik der Abgrenzung der eigenen Gemeinschaft, zu verfolgen.

Die spezifische Dialektik der Modernisierung bringt im Gleichmaß ihres Fortschreitens Konsequenzen hervor, die sie eigentlich so nicht vorsieht. In der ihr eigenen Überheblichkeit und Eurozentriertheit ist sie blind geworden gegenüber jenen Reaktionen, die die überwunden geglaubten Traditionen interpretierend wiederaufstehen lassen, damit sich die Modernisierenden in der modernen Welt zurechtfinden.

Diese Dialektik bringt also immer wieder aufs neue das hervor, was zu überwinden ihr eigentlicher Auftrag ist: Mythos und Tradition, die im Vergleich zu Rationalität und Fortschritt entwertet werden. So entstehen die Erneuerungsbewegungen verschiedenster Art gerade in Milieus, die dem Prozeß der Modernisierung besonders stark ausgesetzt sind.

In Indien sind es gerade die nach oben strebenden, vorwiegend städtischen Mittelschichten, die den Hindunationalismus mehrheitlich tragen. Dies läßt sich an einigen empirischen Faktoren festmachen. Kommunalistische Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems finden überwiegend in den *Städten* Indiens statt, wo der Prozeß der Modernisierung und Säkularisierung in weit höherem Maße als auf dem Land Fuß fassen konnte. Auch variieren sie je nach Region; in Nord- und

Westindien treten sie gehäuft auf. Wo die alten Sozialbeziehungen und die lokalen oder regionalen Kulturen noch Bestand haben, kommen sie jedoch weit seltener bzw. gar nicht vor. Die kulturell Entfremdeten sind also die hauptsächlichsten Akteure und stammen aus der mittleren und unteren Mittelschicht.³ Angehörige der Oberschicht und die bäuerliche Bevölkerung gehören selten dazu. (*Nandy* 1995, S. 7 ff.). Die Gefolgschaft der sich Modernisierenden bildet auch die Basis für die zunehmenden Wahlerfolge der hindunationalen BJP. Zwei landesweite repräsentative Umfragen, die an den Wahltagen 1991 und 1996 durchgeführt wurden (sog. *exit polls*), bestätigen diese Einschätzungen. Danach leben die BJP-Wähler in der Mehrzahl in Städten, sind jüngeren bis mittleren Alters, weisen einen höheren Schulabschluß oder eine universitäre Ausbildung auf und gehören zu den wohlhabenderen oberen Kasten. Bis auf ganz wenige Ausnahmen waren alle BJP-Wähler Hindus. Es ist also nicht die große Mehrheit der Armen und Ärmsten, die Unberührbaren, die Stämme und auch die *other backward classes*, unter denen die BJP mehrheitlich ihre Wähler findet, sondern die Angehörigen der sogenannten *middle classes*, die ökonomisch durchaus reüssieren und nach stärkerem politischen Einfluß streben (*India Today* 15. 7. 1991, S. 34 f.; 31. 5. 1996, S. 25 f.; auch *Mitra* 1997).

Diese aufstrebenden Mittelschichten verdanken ihren Aufstieg dem schnellen Wachstum in Industrie und Handel. Auf dem Lande hat die Grüne Revolution in ausgewählten Regionen dafür gesorgt, daß die Kaufkraft vieler Bauern zunahm. Neue Absatzmärkte für Konsumwaren entstanden, die wiederum das wirtschaftliche Wachstum auch kleinerer Betriebe beflügelten. Gerade die kleineren, aber auch die großen Städte haben von dieser Entwicklung profitiert, die seit Mitte der achtziger Jahre mit dem Antritt der Regierung *Rajiv Gandhi* sich weiter beschleunigt hat. Die Angehörigen der neuen aufstrebenden Schichten sehen sich sowohl nach innen als auch nach außen einem harten Wettbewerb um begrenzte Ressourcen und Chancen ausgesetzt. Neue Konkurrenten drängen stets nach oben, unter ihnen auch Muslime, und bedrohen die mühsam erarbeitete Position. Der permanente ökonomische Druck, sich täglich aufs neue im Wirtschaftsleben bewähren und das bislang erworbene Vermögen sichern und mehren zu müssen, geht mit einem sozialen Druck einher, den neuen Status durch ein konsumorientiertes Verhalten der Außenwelt zu beweisen.

Die schöne, neue Welt ist nicht nur schön. Sie kann für den Einzelnen sehr ungemütlich werden. Sie bietet erhöhte Chancen, sowohl auf materiellen Wohlstand und ein modernes Leben als auch auf ökonomischen Niedergang sowie soziale und kulturelle Marginalisierung. Die permanente Chance, zu den Verlierern dieses individualisierten Wettbewerbs zu gehören, läßt den Wunsch nach Solidarität und Gemeinsamkeit der Werte und Normen entstehen. Hier kann die Ideologie einer solidarischen Hindugemeinschaft mit festen

Werten wirksam werden, in der jedes Mitglied seinen festen und geachteten Platz hat. So soll der institutionalisierte Konflikt und Wettbewerb des Alltags durch eine harmonische Gemeinschaft der Gleichen, die in der alten Hindutradition wurzelt, kompensiert werden.

Diese, keineswegs nur für Indien typische Situation der Auflösung alter Ordnungsvorstellungen und Sozialbeziehungen und ihre Ersetzung durch versachlichte Prinzipien mag als Erklärung dienen, daß in Indien neue Formen der religiös-kulturellen Identität sich herausbilden, die die spezifischen Bedürfnisse dieser emporstrebenden Schichten nach einer sinnstiftenden Deutung der Welt abdecken, ohne gleichzeitig ihre materielle Prosperität infrage zu stellen. Die *Hindutva*-Bewegung kann als Ausdruck der Suche nach einer neuen religiös-kulturellen Identität gesehen werden. Sie ist „ein Versuch, das Projekt der Moderne neu zu formulieren“ (Kakar 1997, S. 220). Mit der Rückbindung der neuen Lebenslagen an die Tradition als Reservoir überkommener Interpretationsmuster wird eine Verbindung mit der Vergangenheit geschaffen, die dem Bedürfnis nach kultureller Kontinuität entspricht. Dieses Bedürfnis „nach einer Kontinuität des kulturellen Gedächtnisses“ in Zeiten des Wandels wird von den Hindunationalen mit sichtbarem Erfolg angesprochen und für ihre politischen Zwecke benutzt (Kakar 1997, S. 260). Dabei werden die materiellen Errungenschaften und Institutionen der Moderne bereitwillig übernommen, die dazu gehörenden Werte und Normen jedoch brüsk abgelehnt. Das fremde Neue und das eigene Alte sollen neu zusammengefügt werden, um der gefürchteten kulturellen Entwurzelung Einhalt zu gebieten. Der Hindunationalismus ist in diesem Sinne modern und traditional zugleich und unterscheidet sich dadurch sowohl von den reinen Modernisten als auch von den Tradionalisten, die die Moderne gänzlich ablehnen.

Die Muslime als Sündenböcke für alles Schlechte in der Welt

Für die politischen Erfolge des Hindunationalismus in den vergangenen Jahren bedurfte es jedoch eines weiteren Elements: Der bewußten Kreation einer militanten, hindunationalen *Strategie*, in deren Mittelpunkt die als Kollektivität bewertete Befreiung der Geburtsstätte *Ramas* von den muslimischen Besatzern in Gestalt der Babur-Moschee steht. Diese Strategie instrumentalisiert für ihre Zwecke zielstrebig religiöse Gefühle und unterläßt keinen Versuch, den Muslim als Erzfeind zu stilisieren. Die indische Gesellschaft wird dabei in zwei feindliche Gemeinschaften eingeteilt, die Hindus und die Muslime, wir und die Anderen. Die Muslime werden als Menschen gesehen, die einfach anders sind, also nicht zu uns gehören, sondern uns bedrohen. Diese Bedrohung wird auch in Bezug gesetzt zu der sexuellen Zügellosigkeit der Muslime (*Muslims are oversexed!*), die in nicht allzuferner Zukunft die Hindus zur Minderheit in ihrem eigenen Land werden läßt.

Sind es nicht die Muslime, die vier Frauen gleichzeitig haben dürfen und hemmungslos Kinder in die Welt setzen? Sind sie es nicht, die für sich ein eigenes Familien- und Erbrecht in Anspruch nehmen? Sind sie es nicht, die den überall zu findenden Dreck und Schmutz verursachen, weil sie nicht auf Sauberkeit, auch nicht bei sich selbst, achten? Ist ihre nationale Unzuverlässigkeit nicht hinlänglich bekannt, die sich nicht nur in separatistischen Umtrieben in Kashmir zeigt, sondern auch in dem öffentlichen Jubel, der ausbricht, wenn die indische Cricketnationalmannschaft in einem Länderspiel gegen Pakistan den Kürzeren zieht? Nicht nur sexuelle Maßlosigkeit und Undank kennzeichnen die Muslime, sondern auch eine generelle Neigung zur Gewaltanwendung. Sie wollen stets ihr Anderssein herauskehren, wollen sich nicht dem allgemeinen Zivilrecht unterstellen und sprechen ihre eigene Sprache, *Urdu*. Kurzum: Der Muslim gilt als die Negation des Hindu schlechthin.

Sadhavi Ritambhara, „die Trägerin der göttlichen Wahrheit“, eine der bekanntesten *Hindutva*-Aktivistinnen, hat in ihrer Wahlkampfredede, die sie im April 1991 in Hyderabad gehalten hat, diese manichäische Weltbild deutlich zum Ausdruck gebracht (nach Kakar 1997, S. 254):

„Wie kann es je zur Einheit kommen? Der Hindu schaut in die eine Richtung, der Muslim in die andere. Der Hindu schreibt von links nach rechts, der Muslim von rechts nach links. Der Hindu betet zur aufgehenden Sonne, der Muslim wendet sich zur untergehenden Sonne, wenn er betet. Ißt der Hindu mit der rechten Hand, so ißt der Muslim mit der linken. Nennt der Hindu Indien seine ‚Mutter‘, so wird sie für den Muslim zur Hexe. Der Hindu verehrt die Kuh, der Muslim kommt ins Paradies, wenn er Rindfleisch ißt. Der Hindu trägt einen Schnurrbart, der Muslim rasiert sich stets die Oberlippe. Was auch immer der Hindu tut, die Religion des Muslims gebietet, das Gegenteil davon zu tun. ‚Wenn ihr in allem das Gegenteil von den Hindus machen wollt‘, habe ich gesagt, ‚dann nur zu: Der Hindu ißt mit dem Mund; ihr solltet auch hier das Gegenteil tun!‘“

Die Rolle der Muslime als Sündenbock für alles Schlechte in der Welt zeigt sich hier deutlich. Der Muslim wird regelrecht dämonisiert, ihm werden vulgäre und triebhafte Charakterzüge zugeschrieben. Der Muslim in seinem Sosein stellt einen permanenten Angriff auf alles dar, was in den Augen des Hindu das Menschsein ausmacht. Er ist zutiefst unmoralisch und stellt sich somit außerhalb der menschlichen Gemeinschaft. So gefährdet er die Ordnung der Welt und ist ein permanenter Herd des Unfriedens.

Die Bestätigung des eigenen Gefühls der Benachteiligung bei den Hindus basiert auf einer schlichten Leugnung der Realität, die „nur möglich (ist) über eine Aktivierung von Verfolgungsphantasien der Gruppe, wobei der Muslim sich vom Stereotyp zum Archetyp wandelt: Er wird zum Erztyrannen“ (Kakar 1997, S. 250). So wird der Hindu erst in scharfer Opposition zum Muslim zum Hindu, er braucht den Muslim, um sich seines Hinduseins bewußt

zu werden. Man gewinnt den Eindruck, der Muslim spiegele die Angst des Hindu vor den eigenen Gelüsten wider, die seinem Bild eines moralischen und zivilisierten Wesens zuwiderlaufen. Der Muslim stellt eine ständige Versuchung und Gefahr für das eigene Selbst dar, eine Gefahr, vor der man als Hindu dauernd auf der Hut sein muß. Die Idealisierung der eigenen Personengruppe und die Dämonisierung der anderen sind komplementäre Prozesse. Rechtschaffenheit und Reinheit korrespondieren mit Hinterlist und Unreinheit. Die Angst vor Verunreinigung durch andere ist ein konstitutives Merkmal der Hindugesellschaft, und zwar nicht nur im Außenverhältnis zu anderen, nicht-hinduistischen Gruppen, sondern auch im Innenverhältnis zwischen den hinduistischen Kasten (*jatis*) selbst.

Diese radikale Entwertung und Ausgrenzung der Muslime kann ein neues Gefühl der gemeinsamen Stärke fördern, da es sich nun konkret faßbar an dem Anderen und seinen Schandtaten orientiert. Daß die Muslime de facto eine zersplitterte, keineswegs geschlossene Minderheit sind, die in Politik und Wirtschaft deutlich unterrepräsentiert ist, untergräbt dabei keineswegs die Erfolgchancen der hindunationalen Mobilisierungsstrategie. Die relative Schwäche der muslimischen Minderheit, der auf der anderen Seite eine entsprechende Stärke der Hindumehrheit gegenübersteht, ist vielmehr ein Garant für die erfolgreiche Umsetzung der *Hindutva*-Politik in die Praxis, die wiederum die Richtigkeit und damit die Attraktivität der *Hindutva*-Ideologie bestärkt. Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg selbst, auch wenn er auf einer glatten Umkehrung seiner eigenen ideologischen Voraussetzung basiert. In einem Prozeß der *self-fulfilling prophecy* werden die Vorstellungen, Wünsche und Ängste zu sozialen Tatsachen, die handlungsrelevant werden.

Der innere Feind sind demgegenüber die Säkularisten

Sind die Muslime die äußeren Feinde, so sind die Säkularisten die inneren, die die Einheit der Hindus unterminieren. Die Hindunationalen kritisieren vehement den offiziellen Nationalismus des indischen Staates, namentlich des *Congress*, und bezichtigen seine Vertreter des „Pseudosäkularismus“, der daran Schuld sei, daß es in Indien überhaupt kommunistische Konflikte gebe. Unter dem Deckmantel des Säkularismus, eines aus dem Westen importierten, der indischen Kultur fremden Konzepts, habe der *Congress* seit *Nehru* die Muslime systematisch bevorzugt und ihnen Sonderrechte zubilligt, nur um bei den Wahlen ihre Stimmen en bloc zu erhalten. Das *Nehru*'sche Konzept des Säkularismus sei deshalb in Wahrheit ein Pseudosäkularismus, ein „pervertierter Slogan“, der die Nation auseinanderdividiere, statt sie zu einigen. Die kommunalistischen Konflikte würden sich in einer Hindunation von selbst auflösen, da diese nicht auf einem falsch verstandenen Konzept des Säkularismus aufbaue, sondern dem Ideal von *Rama Rajya*, einer gerechten Gesellschaftsordnung im Sinne Ma-

hatma Gandhis nachstrebe. Daher sei es im eigenen Interesse der Muslime, nicht mehr den „Pseudosäkularisten“ zu folgen, sondern sich dem großen Projekt einer starken hindunationalen Gemeinschaft anzuschließen (BJP 1993, S. 7 ff.). In ihrer Kritik des Säkularismus als westlichem Import vergessen die Hindunationalen völlig, daß auch ihr Konzept des Hindutums und der Hindunation aus dem Westen stammt. Indien wird von den Hindunationalen als Kulturnation definiert, der auf einem deterministischen, völkischen Verständnis der Nation beruht. Dieser sogenannte objektive Begriff von Nation schreibt, ganz im Unterschied zum subjektiven, bestimmten Gruppen, Völkern und Nationen scheinbar objektive Eigenschaften wie gemeinsame Sprache, Abstammung und Kultur zu, während der subjektive vor allem auf das Bekenntnis des freien Bürgers zur Republik rekurriert und die Nation als Staatsnation versteht. Kurzum: Der Hindu-Nationalismus ist kein genuin indisches Geschöpf, sondern eine getreue Kopie des europäischen Vorbilds. Die Hindunationalisten sehen den Streit um Ayodhya nicht als ein singuläres Streben nach einem Ramatempel, sondern als die logische Fortsetzung des nationalen Befreiungskampfes, als Bemühen, die nationale Identität wiederzugewinnen, welches fest im inklusiven und assimilativen Kulturerbe Indiens verwurzelt sei (BJP 1993, S. 7). Mit diesem Rückbezug auf die Unabhängigkeitsbewegung und die tolerante Tradition der indischen Kultur wird der Ayodhya-Kampagne, genauer: dem Abriß einer Moschee, die höchste politische Weihe verliehen, die das politische Leben im unabhängigen Indien zu bieten hat. Damit wird auch klargestellt, daß es sich bei dieser Kampagne um eine Bewegung des Volkes handle, die einer gerechten Sache diene und daher einer juristischen Beurteilung durch Institutionen des pseudosäkularen Staates entzogen sei.

Die Politik der Symbole

Es ist diese Mischung aus religiöser Intensität und kommunalistischer Agitation, die die Aktionen der Hindunationalen so gefährlich macht. Religiöse Gefühle, Mythen und Symbole werden hier politisch instrumentalisiert, indem ein Epos, ein Gott und ein Tempel selektiv auf die eigenen politischen Bedürfnisse zurecht geschnitten werden, um die heterogene Hindubevölkerung zu einer schlagkräftigen politischen Einheit in bewußter Opposition zu den Muslimen zu formen. Diese Politik der Symbole läßt sich am besten an einem Ereignis verdeutlichen, das im Vorfeld der Zerstörung der Babur-Moschee stattgefunden hat. Im Oktober 1989 organisiert die VHP eine *Ram Shila Puja*-Kampagne (Rama-Ziegelstein-Weihe). Aus allen Teilen Indiens werden geweihte Ziegelsteine (*shila*) mit der Aufschrift *Rama* und in rote und safrangelbe Seidentücher gewickelt, auf die Reise nach Ayodhya geschickt, um dort für den Bau des Tempels verwendet zu werden. Diese Ziegelsteinprozessionen, rund 200.000 an der Zahl, sollen in sichtbarer

Form die Einheit der Hindus als Nation demonstrieren. Diese vorgestellte Gemeinschaft der Hindus, die Hindunation (*Hindu rashtra*), kristallisiert sich nicht nur in dem göttlichen Helden *Rama*, sondern auch in seiner Geburtsstätte und einem zu bauenden Tempel an genau dieser Stelle, zu dem die einzelnen Teile dieser Gemeinschaft in Form von „Rama-Ziegeln“ beitragen. Die an diesen Ort gebrachten Ziegelsteine fügen sich zu einem Monument der *Hindutva*, des Hindutums zusammen. So erkennt sich der Einzelne leicht als Teil des Ganzen, die Individuen werden zur Nation, die Ziegel zu einem Tempel. So manifestiert sich die vorgestellte Nation in einem realen Sakralbau, der gleichzeitig *Rama Rajya*, die Herrschaft des Gottes *Rama* symbolisiert.

Der Petrifizierung dieser Vorstellung steht allerdings ein real existierendes Hindernis im Wege: genau an dieser Stelle, an der sich die Hindunation manifestieren soll, befindet sich eine alte Moschee. Sie ist für die Hindunationalisten ein sichtbares, im wahrsten Sinne des Wortes herausragendes, massives Hindernis auf dem Weg zur nationalen Selbstfindung, zumal die Moschee auf den Trümmern des zuvor dort stehenden Ramatempels errichtet worden sein soll. So lange die Moschee dort steht und der Tempel nicht gebaut werden kann, kann *Rama*, dieser Inbegriff des gerechten, aber auch wehrhaften Herrschers, nicht an seine Geburtsstätte zurückkehren. Mithin gilt Ayodhya als Testfall dafür, ob *Rama Rajya* errichtet werden kann oder von den Muslimen hintertrieben wird. In Analogie zu Ramas Kampf gegen den Dämonen *Ravana*, der seine Frau *Sita* nach Sri Lanka verschleppt hat, kann die Befreiung von *Ramjanmabhumi* als sein Kampf gegen die bösen Muslime gedeutet werden, die ihn seiner Geburtsstätte beraubt haben – ein Kampf, in dem das Gute über das Böse, Recht (*dharma*) über Unrecht (*adharma*) siegen wird.

Die Gegenreaktion der Muslime konnte nicht ausbleiben

Die hindunationalen Kampagnen stehen jedoch nicht für sich allein. Auch von muslimischer Seite wird der Versuch unternommen, mit kommunalistischer Politik die Muslime zu einer Einheit zu formen und die eigenen Interessen durchzusetzen. Auch hier sind „ethnische Unternehmer“ aktiv, die keine Möglichkeit auslassen, die Grandeur der eigenen Gruppe der Unzivilisiertheit der anderen gegenüberzustellen. Allerdings agieren sie, nicht nur wegen der deutlichen numerischen Unterlegenheit, sondern wegen der fehlenden Geschlossenheit der Muslime, eher aus einer defensiven Position heraus, der auch eine elegische Grundstimmung innerhalb der muslimischen Elite entspricht, die sich aus der Erinnerung an alte Macht und Herrlichkeit speist. *abedullah Khan Azmi*, ein einflußreicher, eher gemäßigter Muslimführer, fordert z.B. in einer seiner Reden die Hindus auf, sich selbst im Spiegel zu betrachten. Dann würden sie erkennen, wer ihnen die schönen, kultivierten Seiten des Lebens gebracht hat. Der Glanz Indiens ist

ein Werk der Muslime. Und der Islam ist im Unterschied zum Hinduismus eine Religion der Gleichen, sie „gibt jedem menschlichen Wesen Gleichberechtigung aufgrund seines Menschseins“. Kultur und Gleichheit unter den Muslimen wird mit Rohheit und sozialer Unterdrückung kontrastiert. Man erhöht sich selbst, in dem man den anderen erniedrigt, wobei die wahre Stärke der Muslime in der Überlegenheit des Islam gegenüber dem Hinduglauben beruht. Daher ist das Festhalten an den Grundlagen des Islam, wie sie im Koran niedergelegt sind, die einzige Garantie, zur alten Macht und Herrlichkeit zurückzufinden und so den Attacken der Hindus zu widerstehen (nach *Kakar* 1997, S. 272 ff.).

Der Kommunalismus der Hindus und der Muslime stehen in einer engen, gegenseitigen Beziehung. Ein permanentes Wechselspiel von *Actio* und *Reactio*, Vorwurf und Gegenvorwurf wird so in Gang gesetzt, das ab einem bestimmten Zeitpunkt zu einem Selbstläufer wird. Bilder und reale Ereignisse vermischen sich, so daß Ursache und Wirkung nicht mehr erkennbar sind. Es entstehen mächtige ideologische Gebilde, neue Mythen, die sich in politische Aktionen umsetzen lassen. Der einzelne wird so Teil einer homogenisierten Masse, die das Gesetz des Handelns diktiert und, gleich einer energiegeladenen Lawine, alles mitreißt, was sich ihr in den Weg stellt. Die in Gang gesetzte Dynamik der Ereignisse gewinnt dann eine Eigengesetzlichkeit, die kompromißlos auf einen katastrophischen Höhepunkt zusteuert. Die Intensität der Konflikte ist auch, in den Worten *Sudhir Kakars*, eine „Folge davon, daß hier ein kollektiver Narzißmus auf den anderen prallt, daß ein grandioses Gruppenselbst auf ein ebenso grandioses anderes stößt, die beide von ihrer kulturellen Überlegenheit überzeugt sind“ (*Kakar* 1997, S. 23).

Doch die hindunationale Bewegung ist kein Monolith

Der Erfolg des Hindunationalismus und die in seinem Gefolge aufkommenden Konflikte zwischen der Mehrheit der Hindus und der Minderheit der Muslime sind also weder der Zwangsläufigkeit eines anonymen Prozesses noch der wesenhaften Unterschiede zweier Religionsgemeinschaften geschuldet. Vielmehr sind sie das Produkt eines komplexen, sich komplexitär strukturierenden Gewebes politischer, sozio-ökonomischer und religiös-kultureller Faktoren. Vor diesem Hintergrund soll nun der Frage nachgegangen werden, ob der Hindunationalismus seinen Weg nach oben unbeirrt weiterverfolgen und die politische und soziale Ordnung Indiens in ihren Grundfesten erschüttern wird. In den vergangenen Jahren mangelte es nicht an pessimistischen Einschätzungen, die nicht selten das Ende der „größten Demokratie der Welt“ in einem fundamentalistischen Hindusthan kommen sehen. Manche Autoren gehen sogar so weit und sprechen gleich vom Faschismus.⁴ Diese düsteren Prognosen unterschätzen die Flexibilität und Widerstandskraft der indischen Demokratie,

und es gibt gute Gründe für die Annahme, daß dies auch für das an die Wand gemalte Gespenst des Hindunationalismus gilt. Drei Aspekte scheinen hier von Bedeutung zu sein.

Die hindunationale Bewegung in Indien ist keineswegs ein monolithisches Gebilde, sondern inneren Gegensätzen und Spannungen ausgesetzt, die sowohl auf der ideologischen als auch auf der politischen Ebene auftreten.

Je mehr Anhänger die *Hindutva*-Bewegung zählen kann, um so mehr machen sich die Spannungen zwischen den auf eine fast 70jährige Geschichte zurückblickenden, disziplinierten Kadern des RSS, den um den Eindruck der Mäßigung bemühten Politikern der BJP und den bunt zusammengewürfelten, einer strafenden Organisation kaum zugänglichen religiösen Führern und Mitläufern der VHP bemerkbar. In den Augen eines gut geschulten, stets adrett gekleideten RSS-Mitglieds oder eines BJP-Politikers müssen diese nicht selten mit einem Wickeltuch bekleideten, lange, verfilzte Haare tragenden, zuweilen mit Asche beschmierten Personen geradezu als Inbegriff undisziplinierten Individualismus' und fehlender Organisation gelten, mit denen auf Dauer keine verlässliche Kooperation möglich ist. Das Selbstverständnis des RSS als Kaderorganisation reibt sich daran, die von der VHP mobilisierten Heiligen Männer als gleichberechtigte politische Partner zu akzeptieren. Ebenso wenig kann die BJP, vor allem dann, wenn sie in der Regierungsverantwortung steht, blindlings den Aktionen der VHP folgen, da sie sonst Gefahr läuft, die politische Kontrolle über die *Hindutva*-Bewegung zu verlieren. Allerdings darf sie auch nicht den Anschein erwecken, als bremsende Kraft zu wirken, die die Aktionen der Aktivisten hintertreibt. Dieses Dilemma birgt für die BJP stets die Gefahr, Opfer ihres eigenen politischen Erfolgs zu werden.

Auch innerhalb der BJP, die ja stets ihre innere Geschlossenheit gerade im Unterschied zum *Congress* und den anderen Parteien betont, gibt es divergierende Strömungen. Radikale *Hindutva*-Anhänger und moderate Politiker, wie z.B. der altgediente A. B. Vajpayee, rangeln sich um Macht und Einfluß und versuchen, ihre Positionen durchzudrücken. Dabei spielen auch persönliche Ambitionen und Zerwürfnisse eine Rolle, wie sie Anfang der 90er Jahre im Bundesstaat Madhya Pradesh deutlich zutage getreten sind. Dort bildeten sich einige Monate nach dem Sieg der BJP bei den Landtagswahlen 1990 Gruppen heraus, die gegeneinander arbeiteten und auch nicht vor persönlichen Anschuldigungen halt machten. Die bekannteste *Hindutva*-Aktivistin, Uma Bharati, beklagte sich im April 1992 bitter darüber, daß ihr eine intime Beziehung mit einem Generalsekretär der Partei unterstellt und ihr Bruder mit fiktiven kriminellen Taten in Verbindung gebracht werde (*Jaffrelot* 1996, S. 494 ff; *Nandy* et. al. 1995, S. 176 ff.). In Gujarat wiederum spaltete sich jüngst sogar die BJP-Fraktion im Landtag. Die abtrünnigen Politiker bildeten eine neue Partei und übernahmen mit Hilfe des *Congress* die Regierung.

Vor allem ist der Hinduismus selbst eine Ansammlung verschiedenster Religionen

Es sind jedoch nicht allein die internen Auseinandersetzungen, die die Stoßkraft des Hindunationalismus unterminieren. Die *Hindutva*-Ideologie sieht als ihr vornehmstes Ziel die Errichtung einer starken Hindunation an, die auf der Gemeinsamkeit von Abstammung, Territorium und Kultur ruht. Sie basiert auf der Überzeugung, daß die Hindunation eine mit objektiven, klar bestimmbar Wesensmerkmalen ausgestattete Kulturnation ist. Diese behauptete Homogenität des Hindutums steht allerdings in auffallendem Gegensatz zur Heterogenität dessen, was als Hindukultur bzw. Hinduismus allgemein bezeichnet wird. Seine Vielfalt ist sprichwörtlich, es gibt weder eine grundlegende Schrift, die dem Koran oder der Bibel vergleichbar wäre, noch einen verbindlichen Korpus von Schriften, in dem die Grundüberzeugungen festgelegt wären. Aus religionswissenschaftlicher Sicht läßt sich der Hinduismus ohne weiteres als ein Kollektivum für verschiedene, selbständige Religionen bezeichnen. Es existiert eine fast unübersehbare Masse an mündlichen und schriftlichen Überlieferungen mit einer ebenso unübersehbaren Masse an Göttern, Göttinnen, Dämonen, Ritualen und Zeremonien. Hier eine Gemeinsamkeit des Denkens, Fühlens und Handelns zu konstruieren, ist schlechterdings nicht möglich und läuft dem eigentlichen Wesensmerkmal des Hinduismus, seiner Heterogenität zuwider. Nicht umsonst bleiben die *Hindutva*-Ideologen die Antwort auf die Frage weitgehend schuldig, wie denn die gemeinsame Kultur der Hindus auszusehen hat. Das einzige, negativ bestimmte Definitionsmerkmal des Hinduismus als die Summe indischer Lebensweisen, in die das Individuum und seine jeweilige Gruppe eingebunden sind, ist seine fehlende Uniformität.⁵ Auf individueller Ebene wird diese Vielfalt der religiös-kulturellen Traditionen und Identitäten ergänzt durch vielschichtige primordiale Bindungen und Orientierungen innerhalb eines offenen Selbst. Hinzu tritt als ein weiteres Charakteristikum eine prinzipielle Fähigkeit, vergessen zu können (*Nandy* et al. 1995, S. VII).

Alle Versuche, die nicht vorhandene Einheit zu postulieren und mit Inhalt auszufüllen, wirken wenig überzeugend. Der gelebte Alltag des Hinduismus läßt sich nicht mit dem Postulat eines uniformen Hindutums in Einklang bringen. Daran hat auch eine mit vereinten Kräften organisierte *Rama*-Kampagne als Kristallisationspunkt einer Hinduidentität nichts Grundlegendes ändern können, wie die beiden folgenden Beispiele zeigen.

Im Januar 1991 zogen *Hindutva*-Anhänger mit Urnen, die die Asche von in Ayodhya zu Tode gekommenen Aktivisten enthalten sollten, durch nordindische Dörfer. Nach einem Bericht der Zeitschrift *India Today* reagierten die Dörfer im Distrikt Budaun, 150 km südwestlich von Delhi, sehr skeptisch auf diese Demonstration der Hindueinheit, obwohl sie zuvor gehört hatten, das Land und seine Reli-

gion seien in Gefahr. Zu oft hatten sie von außen kommende Politiker gehört, die dahergeredet und große Versprechungen gemacht hatten, die nie eingehalten wurden. Ein Dörfler bemerkte, daß *Rama* im inneren Herzen wohnen soll und nicht in einem Tempel: „We don't need to learn about our dharma from politicians seeking votes“. Ein anderer, ein Unberührbarer, bemerkte, daß das eigentliche Problem immer noch unter den Hindus selbst bestehe: „We can't even enter the temple in the village, so what does the Rama Mandir (temple) in Ayodhya mean to us?“ (*India Today*, 31. 1. 1991, S. 35).⁶

Nicht nur die feinen, auch die groben Unterschiede prägen den Hindu-Alltag

Die *Differenz als konstitutives Merkmal* des Hinduismus gilt auch für das soziale Leben. Hierarchische Werte und institutionelle Ungleichheit bilden das Kernstück der indischen Kultur und Gesellschaft. Nicht nur die feinen, sondern auch die groben Unterschiede prägen den sozialen Alltag in all seiner Härte. Daher ist es ebenso verwunderlich wie verständlich, daß die Hindunationalen die Unberührbarkeit als der *Hindutva* fremd ansehen und die Hindugesellschaft als eine große Familie, als ein organisches Ganzes, apostrophieren, in der soziale Konflikte, egoistisches Streben und individuelle Einsamkeit keinen Platz haben. Die soziale Realität Indiens wird jedoch nicht deshalb gleicher, indem die Gleichheit herbeigeredet wird. Die harte Lebensrealität verleiht solchen Gesellschaftsentwürfen wenig Glaubwürdigkeit. Kurzfristig ist es zwar möglich, mit hinduistischer Symbolik und nationalistischer Demagogie eine beachtliche Zahl von Menschen auf die schwindelerregenden Höhen spektakulärer Aktionen zu treiben, langfristig hingegen ist einer solchen Politik nur wenig Erfolg beschieden. In einem Land, in dem die Mehrheit der Bevölkerung kaum über das zum Leben Nötigste verfügt, ist die *soziale Frage* überall mit Händen zu greifen, die weder durch geschickte Rhetorik noch spektakuläre Kampagnen überspielt werden kann. Bildhaft gesprochen: Von *Rama* allein wird der Hungrige nicht satt. Hinzu muß noch das tägliche Brot kommen. Dies hat auch die BJP klar erkannt, und um ihre Wählerbasis zu verbreitern, prägte sie in ihren Wahlkämpfen den Slogan *Ram aur roti*, Rama und Brot. Auch die BJP muß wie alle anderen indischen Parteien eine Antwort auf die soziale Frage liefern, die dem wachen Realitätssinn der indischen Wähler entspricht.

Bis heute hat es die BJP nicht geschafft, die Mehrheit der indischen Wähler hinter sich zu bringen. Ihr Stimmenanteil hat sich zwischen den Wahlen 1991 und 1996 nicht erhöht, auch wenn die Zahl der gewonnenen Sitze in der *Lok Sabha* zugenommen hat (s. Tabelle 1). Auch gelang es der BJP nicht, den deutlichen Stimmenverlust des *Congress* von 36,5% auf 28,1% für sich zu vereinnahmen und die politische Führungsrolle im Land zu übernehmen. Die politische Anziehungskraft des Hindunationalismus ist vornehmlich auf die Bundesstaaten im

Norden und im Westen des Landes beschränkt. Es bleibt also festzuhalten, daß über Dreiviertel der indischen Wähler ihre Stimme jenen, in zunehmendem Maße regionalen Parteien gegeben haben, die den Hindunationalismus nicht auf ihre Fahnen geschrieben haben. Viele dieser Parteien verstehen sich explizit als Vertreter der benachteiligten Schichten. Im Kernland des hindusprachigen Nordens, im Bundesstaat Uttar Pradesh mit seinen fast 150 Mio. Einwohnern, erzielten 1996 die *Bahujan Samaj Party* und die *Samajvadi Party*, beide präconicierte Vertreter der unteren Schichten, zusammen 41,4% der Stimmen gegenüber 33,4% für die BJP. Daß die BJP in diesem Bundesstaat, der als das Bollwerk des Hindunationalismus gilt, dennoch 52 der 85 zu vergebenden Parlamentssitze erringen konnte, ist Folge des geltenden Mehrheitswahlrechts angesichts einer Vielzahl konkurrierender Parteien (*Election Commission of India* 1996).

Hindutva allein kann nicht die Macht im Staate bringen

Seit 1973 unternimmt die BJP den Versuch, ihre Wählerbasis zu verbreitern. Daher distanzierte sie sich Zug um Zug von einer reinen *Hindutva*-Politik und griff verstärkt allgemeine soziale und wirtschaftliche Themen auf. An prominenter Stelle rangiert hier das Thema Korruption. Die BJP gibt sich als Partei mit weißer Weste, vor allem im Unterschied zum *Congress*. Diese strategische Neuorientierung der BJP-Politik war die Antwort auf die Gefahr, daß *Sadhus* und andere militante Kräfte zunehmend den Kurs der Politik vorgeben, der der BJP zum Nachteil gereichen könnte. Die Führer der BJP haben erkannt, daß *Hindutva* allein ihnen nicht die Macht im Staate bringen wird. Sie müssen sich den täglichen Problemen und Erwartungen der Inder stellen. Dieser pragmatische Ansatz läßt die Forderung nach einem Abriß der Moscheen in Mathura und Benares zur Zeit zumindestens nicht mehr aktuell sein. Die Verbreiterung der regionalen und sozialen Wählerbasis steht eindeutig im Vordergrund, um aus eigener Kraft die Regierung in New Delhi übernehmen zu können. Auf jeden Fall wird die Einheit der BJP einer harten Prüfung unterzogen werden. Die BJP versucht jetzt mit allen Mitteln, Bündnisse mit Parteien und bekannten Politikern einzugehen, die dem *Hindutva*-Konzept eigentlich nicht viel abgewinnen können und aus rein wahltaktischen Überlegungen das Wagnis einer Allianz eingehen. Prominente Beispiele für solche Allianzen bieten die südindischen Staaten Karnataka und Tamilnadu, wo die zwei abgehalfterten Politiker *Hedge* und *Jayalalitha* Wahlbündnisse mit der BJP geschlossen haben. In Uttar Pradesh kooperierte die BJP mit der *Partei der Unberührbaren* (BSP) in der Hoffnung, bei den Ärmsten der Armen Stimmen zu gewinnen. Doch die Koalition mit der BSP dauerte nur ein halbes Jahr, von März bis September 1996. Die notwendige Vertrauensabstimmung im Parlament überstand die BJP nur, weil es ihr gelungen war, Abgeordnete aus den Reihen des *Congress* und der

BSP auf ihre Seite zu ziehen. Der Vorwurf der Bestechung machte die Runde, und die Auflösung des Landtags bei gleichzeitiger Unterstellung der Landesverwaltung unter die Zentralregierung konnte nur durch ein Veto des Staatspräsidenten verhindert werden. Doch der Preis, den die BJP-Regierung zu zahlen hatte, war hoch. Als Gegenleistung mußte Premierminister *Kalyan Singh* den Überläufern Ministerposten verschaffen und sieht sich nun von 93 Ministern umgeben, von denen 33 krimineller Aktivitäten verdächtigt werden. Die Logik des reinen Machterhalts ist auch für die BJP zwingend geworden, ihre weiße Weste hat deutliche schwarze Flecken erhalten.

Es ist still geworden um Ayodhya. Die indische Tugend des Vergessens ist offensichtlich nicht in Vergessenheit geraten. Der politische Alltag hat die hindunationalen Kräfte eingeholt. Die Idee eines homogenen Hindutums in einer ebenso homogenen Hindunation ist ein politisches Identitätskonstrukt, eine Art moderner Mythos, der auf religiös-kulturelle Inhalte und Symbole selektiv zurückgreift. So erweist sich die *Hindutva*-Ideologie und -Politik als eine Spielart des integralen Nationalismus, der von oben her einen Wertekonsens erschaffen möchte. Für die drängenden Probleme des heutigen Indiens bietet dieser Nationalismus keine adäquate Lösung, und ein nachhaltiger Erfolg der nach Uniformität strebenden *Hindutva*-Bewegung wäre nur dann zu erwarten, wenn es ihr gelänge, die vielfältigen Lebensformen und religiös-kulturellen Identitäten der indischen Bevölkerung zu homogenisieren, ein Vorhaben, das einer Art Kulturrevolution in der auf Jahrtausende zurückreichenden Hindutradition gleichkäme.⁸ Es ist nicht abzusehen, daß diese Entwicklung die indische Gesellschaft auf breiter Front erfassen wird.

Indien als „funktionierende Anarchie“

John Galbraith, der ehemalige Botschafter der USA in Indien und Harvardökonom, hat Indien einst als „funktionierende Anarchie“ beschrieben. Damit dürfte er die indische Realität in nuce beschrieben haben. Indien ist voller Widersprüchlichkeiten, die es oft schwer machen, eine Linie zu erkennen. Es scheint, als gebe es nur das Prinzip des Chaos, allerdings ein produktives, das immer wieder neue Energien freisetzt und neue, unverhoffte Wege aufzeigt.

Bislang hat die indische Gesellschaft noch alle Propheten des Untergangs widerlegt. Dieses Land verfügt über äußerlich schwer durchschaubare Mechanismen der Selbstregulierung, die die politischen Extremismen immer wieder austarieren und nicht zu einer wirklichen Gefahr für das Ganze werden lassen. Somit gibt es auch allen Grund zu der Annahme, daß die indische Demokratie auch vor der Herausforderung des Hindunationalismus bestehen kann. Die sprichwörtliche multikulturelle Verfassung dieses Subkontinents und die gesunde Skepsis der Wähler gegenüber ihren Politikern bieten hierfür die beste Gewähr.

Anmerkungen

- ¹⁾ Siehe hierzu die umfangreiche Studie von Jaffrelot 1996; im einzelnen zur VHP: Basu et al. (1993), S. 56ff.; zur BJP: Graham 1990; zum RSS: Anderson/Damle 1987 und Gold 1991.
- ²⁾ Dazu ausführlich Jürgenmeyer 1995 sowie *Internationales Asienforum* 25 (1994), Nr. 3/4.
- ³⁾ Anzumerken ist, daß der Hindunationalismus auch bei den im Ausland lebenden Indern seine Anhänger findet. Siehe hierzu Jürgenmeyer 1992.
- ⁴⁾ So z. B. Bharati 1986 und Sarkar 1993. Die für mehrere deutsche Zeitungen schreibende Indienkorrespondentin Gabriele Venzky gab am 10. 5. 1993 in der Frankfurter Rundschau folgende Einschätzung der Lage: Ayodhya und die Herrschaftsansprüche der „Safran-Fundamentalisten“ markieren den Beginn einer Entwicklung, die sich unaufhaltsam in Richtung Faschismus bewegt. „Eine andere pessimistische Einschätzung findet sich bei Kulke 1996, der im Hindunationalismus eine große Gefahr für Indien sieht und seinen Beitrag mit dem Satz schließt: „Fraglich ist nur, ob Indien unter einer künftigen hindunationalistischen BJP-Regierung *the Bosnian way* erspart bleiben wird.“ (S. 208)
- ⁵⁾ Daher ist es auch wenig sinnvoll, in Analogie zum islamischen Fundamentalismus derzeit von einem Hindu-Fundamentalismus zu sprechen, einfach deswegen, weil es kein gemeinsames Fundament gibt, auf dem dieser -ismus stehen könnte. So auch J. Lütt 1991, S. 237 und Randeria 1995, S. 92. An anderer Stelle spricht Lütt 1994 ebenso wie van der Veer (1994) von „religiösem Nationalismus“. Schied (1994) hingegen geht davon aus, daß sich eine Hinduidentität auf der Basis eines übergreifenden (Hindu-)Systems entwickelt hat.
- ⁶⁾ Siehe ebenso *India Today*, 31. 12. 1990, S. 46 und 15. 3. 1993, S. 38–41; Nandy et al. 1995; Akbar 1988, S. 126ff.
- ⁷⁾ So auch Fuller (1992, S. 261). In die gleiche Richtung argumentieren auch Nandy et al. (1995).

Literaturhinweise

- Akbar, M.J. 1988: Riot after Riot. Reports on Caste and Communal Violence in India, Delhi.
- Anderson, W.K./S.D. Damle 1987: The Brotherhood in Saffron. The RSS and Hindu Revivalism, New Delhi.
- Basu, T. et al. 1993: Khaki Shorts, Saffron Flags. A Critique of the Hindu Right, New Delhi.
- Bharati, A. 1986: Hindu-Faschismus, in: Forum 33, 387/394, S. 29–35.
- Bharatiya Janata Party 1993: BJP's White Paper on Ayodhya and the Rama Temple Movement, New Delhi.
- Butler, D. et al. 1991: India Decides. Elections 1952–1991. New Delhi.
- Conrad, D. 1995: The Personal Law Question and Hindu Nationalism, in: Dalmia, V./H. von Stietencron (Hrsg.) 1995: Representing Hinduism. The Construction of Religious Traditions and National Identity. New Delhi, S. 306–337.
- Election Commission of India 1996: Statistical Report on General Elections, 1996, to the Eleventh Lok Sabha. New Delhi.
- Fuller, C.J. 1992: The Camphor Flame. Popular Hinduism and Society in India, Princeton.
- Gold, D. 1991: Organized Hinduisms: From Vedic Truth to Hindu Nation, in: M.E. Martyr/R. Scott Appleby, Fundamentalisms Observed. The Fundamentalism Project, Vol. 1, Chicago/London, S. 531–593.
- Graham, B. 1990: Hindu Nationalism and Indian Politics. The Origin and Development of the Bharatiya Jana Sangh, Cambridge.
- Internationales Asienforum 25 (1994), 3–4: Themenschwerpunkt: Der Konflikt um Ayodhya. Köln.
- Jaffrelot, C. 1996: The Hindu Nationalist Movement and Indian Politics, 1925 to the 1990s. Strategies of Identity-Building, Implementation and Mobilisation. London.
- Jürgenmeyer, C. 1992: Hinduism in the Modern World. 5th European Hindu Conference, Frankfurt 28.–30. August 1992, in: internationales Asienforum, 23, 3–4 (1992), S. 400–407; Jürgenmeyer, C. 1995: Koexistenz und Konflikt zwischen indischen Religionsgemeinschaften. Das Beispiel Ayodhya, in: W. Kerber (Hrsg.), Religion: Grundlage oder Hindernis des Friedens? München, S. 79–164.
- Kakar, S. 1997: Die Gewalt der Frommen. Zur Psychologie religiöser und ethnischer Konflikte. München.
- Kulke, H. 1996: Der militante Hindunationalismus und die Zerstörung der Babri-Moschee in Ayodhya, in: D. Lange (Hrsg.), Religionen-Fundamentalismus-Politik. Frankfurt am Main u.a., S. 177–208.
- Lütt, J. 1991: Der Hinduismus auf der Suche nach einem Fundament, in: H. Kochanek, Die verdrängte Freiheit. Fundamentalismus in den Kirchen. Freiburg, S. 218–239.
- Lütt, J. 1994: Indien: Religiöser Nationalismus im säkularistischen Staat, in: E. Bruckmüller et al. (Hrsg.), Nationalismus. Wege der Staatenbildung in der außereuropäischen Welt. Wien, S. 119–128.
- Mitra, S.K. 1997: Das Wahlverhalten und die Legitimität der indischen Demokratie, in: Indo-Asia, Nr. 2, S. 34–41.
- Nandy, A. et al. 1995: Creating a Nationality. The Ramjanabhumi Movement and Fear of the Self. Delhi.
- Randeria, S. 1994: Hindu-Nationalismus: Aspekte eines Mehrheits-Ethnizismus, in: R. Köblier/T. Schiel (Hrsg.), Nationalstaat und Ethnizität. Frankfurt am Main, S. 75–109.
- Rösel, J. 1994: Ideologie, Rituale und politische Praxis des Hindu-Nationalismus: Lehre, Organisation und Wirkung des RSS und der BJP, in: Internationales Asienforum, 25, 3, S. 285–313.
- Rothschild, J. 1981: Ethnopolitics. A Conceptual Framework. New York.
- Sarkar, S. 1993: Fascism of the Sangh Parivar, in: Economic and Political Weekly, 30.1.1993, S. 163–167.
- Savarkar, V.D. 1989: Hindutva. Who is a Hindu? New Delhi (1. Aufl. 1923)
- Schied, M. 1994: Fundamentalismus ohne Fundamente? Zur Entwicklung des Hinduismusfundamentalismus: Der Fall der Babri-Moschee von Ayodhya, in: asien, afrika, lateinamerika 21, S. 603–614.
- Veer, P. van der 1994: Religious Nationalism. Hindus and Muslims in India. Berkeley.

Von der Regionalmacht zur Großmacht?

Indien und seine Rolle in der Welt

Die Außenpolitik Indiens: Konstanz und Wandel

Von Diethelm Weidemann

Prof. Dr. Diethelm Weidemann war bis zu seiner Emeritierung Direktor des Instituts für Asien- und Afrikawissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sein Schwerpunkt liegt im Bereich der Internationalen Beziehungen.

Die britische Indienpolitik hatte langfristig wirkende Konsequenzen für das Selbst- und Weltbild der indischen Eliten, aber auch für das Verhältnis Indiens zu seinen Nachbarn. Jahrzehntlang verfolgte Indien, innenpolitisch unumstritten, eine Politik des Nonalignment: der Nicht-Bindung an die großen Blöcke und der Nicht-Verwicklung in die Konflikte dieser Welt, was Parteinahme und Entwicklung einer eigenen schlagkräftigen Militärmacht genausowenig ausschloß wie Konflikte, ja bewaffnete Auseinandersetzungen mit den Nachbarn Pakistan und China. Vor allem der Konflikt mit Pakistan erweist sich als hartnäckig, ist er doch in starkem Maße ideologisch bestimmt. Nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes läßt sich eine stärkere Ökonomisierung der indischen Außenpolitik feststellen. Von der Größe seines Territoriums, seinen natürlichen Ressourcen und seinem potentiellen Humankapital her hat Indien das Zeug zur Großmacht, könnte langfristig auch Japan überflügeln.

Red.

Mit der Funktion Indiens im British Empire ...

Die Grundorientierungen der Außenpolitik Indiens sind in direkter Weise mit der modernen Geschichte des Landes verbunden, insbesondere mit seiner kolonialen Vergangenheit. Wesentliche Momente wie die unbedingte Priorität der Souveränität, die Forderung nach internationaler Gleichberechtigung und der Anspruch auf Anerkennung als eine regionale Macht werden erst vor diesem Hintergrund wirklich verständlich.

Indien spielte seit der Übernahme durch die britische Krone (1858) eine außergewöhnliche Rolle im *Empire*:

- Indien war die wirtschaftlich, politisch und strategisch wichtigste Kolonie Großbritanniens.
- Es war das strategische Verbindungsglied zwischen der britischen Kolonialpolitik in Afrika, seinen wirtschaftlichen und strategischen Interessen im Mittelmeer und seinem Expansionskonzept im südostasiatisch-fernöstlichen Raum.
- Indien spielte eine Schlüsselrolle als Basis für die Eindämmung eines weiteren Vordringens des russischen Rivalen nach Süden.

- Der Subkontinent war der Ausgangspunkt für die Vorwärtsstrategie Großbritanniens über die natürlichen Grenzen Südasiens hinaus nach Westen (*Durand-Linie*), nach Norden (*MacMahon-Linie*) und nach Osten (*Eroberung Burmas*) und damit ein wesentliches Element der gesamten außenpolitischen Strategie Großbritanniens vom letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges.

Diese spezifische Stellung Indiens, die sich in euphorischen Metaphern widerspiegelte – Vizekönig Lord Curzon nannte es die Achse des Empire und Paul Scott bezeichnete Indien als *juwel of the crown* – hatte auch Folgen für die politischen Prozesse in Indien.

... mußten sich auch die Politiker der Unabhängigkeit auseinandersetzen

Die Tatsache, daß Großbritannien seine von Indien ausgehende strategische Expansion als „indische Außenpolitik“ firmierte, führte frühzeitig zu Reaktionen der sich formierenden indischen nationalen Bewegung. Bereits kurz nach der Gründung des *Indian National Congress* (1885) kam es zu deutlichen Protesten gegen die britische Politik gegenüber Afghanistan, Tibet und Burma und zu einer Distanzierung von der Vorwärtsstrategie insgesamt. Die Artikulation einer selbständigen *Position der nationalen Kräfte in Indien* zu militärischen und politischen Aktionen, die Großbritannien im Namen Indiens vorantrieb, und fortschreitend auch zu anderen internationalen Problemen, wurde, mit Ausnahme des Jahrzehnts von etwa 1906 bis 1916, zur Konstante im politischen Spektrum Indiens bis 1947.¹ Das Resultat dieses Prozesses war, daß Indien als einziges koloniales Land vor der Erlangung der staatlichen Selbständigkeit eine eigenständige und tragfähige außenpolitische Konzeption besaß, die wesentlich durch den Nationalkongreß geschaffen wurde.² Ihre Grundzüge lassen sich in aller Kürze wie folgt umreißen:

- Indien fordert für sich vollständige Unabhängigkeit und wird eine *antikoloniale Außenpolitik* betreiben (erstmalig auf dem Jahreskongreß in Madras 1927 offiziell formuliert und 1929 in Lahore „endgültig zum Ziel des Nationalkongresses erklärt“ [Nehru], symbolisch wurde am 26. 1. 1930 erstmalig die Nationalflagge gehißt).
- Indien will keine Unabhängigkeit auf Kosten anderer Völker und bekennt sich zu seiner *internationalen Verantwortung*.

- Indien wird sich an *keinem imperialistischen Krieg* beteiligen (Madras 1927).
- Friedliche und *freundschaftliche Beziehungen zu allen Nationen* sind das außenpolitische Grundprinzip des freien Indiens, im Mittelpunkt stehen dabei die Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn und zu den anderen asiatischen Staaten (zu denen explizit auch die UdSSR gerechnet wurde).
- Ein unabhängiges Indien wird sich konsequent gegen jede rassistische, religiöse und nationale *Diskriminierung* wenden.

Ein später bestimmendes Element indischer Außenpolitik, die Blockfreiheit (*Non-Alignment*), taucht in dieser Übersicht nicht auf, da sie bis Ende 1945 keinerlei Rolle in der Diskussion über die künftige Außenpolitik spielte.

Denn die neuen Eliten waren auch Produkt des Systems, das sie bekämpften

Nationale Bewegungen und antikolonialer Nationalismus formieren sich gegen die jeweilige Fremdherrschaft, und zwar in aufsteigender Linie vom ursprünglichen Dissens (Interessendivergenz) bis zum offenen Konflikt (Interessenkollision). Dennoch verinnerlichen sie mehr als ihnen oft bewußt ist: vom Theoriengebäude, von den Denkwegen und der politischen Praxis des Gegners. Ohne dies weiter zu vertiefen soll hier auf das nationale Prinzip oder den Nationalismus selbst verwiesen werden. Das hängt ursächlich damit zusammen, daß sich die oppositionellen Kräfte in einem politischen und geistigen Umfeld entwickeln müssen, das von der Kolonialmacht geschaffen wurde. Die führenden nationalen Kräfte stammten im Regelfall aus sozialen Gruppen, denen der Zugang zu gehobener Bildung möglich war. Sie erwarben ihre Bildung entweder in von der Kolonialmacht geschaffenen modernen Einrichtungen oder im Mutterland selbst, nahmen dabei Philosophien, Gesellschaftskonzeptionen und soziale Verhaltensweisen auf, wurden von den Medien der Metropole beeinflusst. Sie waren also, illusionslos betrachtet, selbst in erheblichem Maße ein Produkt jenes Systems, das sie bekämpften. Dieser Prozeß hatte eine erhebliche Bedeutung für die weitere Entwicklung in Indien:

- Die indischen Nationalisten bekämpften die britische Herrschaft und brachten in diesem Kampf viele Opfer, aber ihre große Mehrheit verinnerlichte faktisch den *britischen Reichsgedanken*. Als die Unabhängigkeit heranrückte, stellte niemand die kolonialen Grenzen Indiens in Frage, obwohl diese erkennbar unter britischem Zwang oder sogar mittels Gewaltanwendung zustande gekommen waren – die *Durand-Linie* und die *MacMahon-Linie* also ungerichte, von den betroffenen Staaten niemals akzeptierte Grenzen waren.
- Auch die Weiterführung der *britischen Protektoratsverträge* mit Sikkim und Bhutan und die Grundhaltung gegenüber Nepal gehört in diesen Zusammenhang. Dabei war von Anfang an offensichtlich, daß eine derartige Über-

nahme des britischen Reichsgedankens ein erhebliches Konfliktpotential für das nachkoloniale Indien schaffen mußte und die anvisierten freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten tangierte.

- Die indischen Nationalisten adaptierten die zentrale Stellung Indiens im Britischen Empire und seine exklusive strategische Bedeutung und leiteten daraus eine natürliche *Vormachtstellung* in der Region, und zwar über Südasien hinaus, ab. Das zeigte sich in voller Deutlichkeit am Vorabend der Unabhängigkeit (1945–1947) und besonders bei der Vorbereitung der *Asian Relations Conference* (New Delhi 1947), wo *Nehru* von der besonderen Rolle Indiens, seiner Verantwortung für das Schicksal Asiens, von seiner Funktion als Drehscheibe sprach und *Kavalam Madhava Panikkar*, später hochrangiger Diplomat im unabhängigen Indien, ein Konzept entwickelte, das Indien als Ordnungsmacht im Gesamtbereich des Indischen Ozeans und als asiatischen Sicherheitspartner Großbritanniens offerierte.³
- Die für die britische Politik charakteristische strategische, nicht praktisch politische, *Geringschätzung der kleinen Nachbarn* Indiens wurde in den letzten einhundert Jahren in Teilen der indischen Eliten zu einer Art eingeschliffenem Reflex. Das zeigte sich in der Diskussion um die Abtrennung Burmas von Britisch-Indien (1937) oder in der Tatsache, daß selbst *Nehru* noch 1938 sein Unverständnis erkennen ließ, warum Ceylon nicht Teil eines unabhängigen Indiens werden wolle. Und es ist keineswegs ein Ergebnis der letzten Jahrzehnte, daß wesentliche Teile der Führungseliten Indiens immer als asiatische Großmacht wahrnahmen.

Die britische Herrschaft hat somit erkennbar auch langfristig wirkende Konsequenzen für das Selbstbild und das Weltbild der indischen Nationalbewegung und darüber hinaus für die nachkolonialen Führungseliten gehabt.⁴ Und es ist vor allem das Spannungsverhältnis zwischen einem eindeutig auf internationale Gleichberechtigung, friedliche Koexistenz, freundschaftliche Beziehungen mit allen Staaten ausgerichteten außenpolitischen Programm und den perzeptionellen Langzeitfolgen der Kolonialherrschaft im außenpolitischen Bereich, das, in den einzelnen Perioden der nachkolonialen Entwicklung mit durchaus unterschiedlicher Intensität, Indiens Regionalpolitik und das regionalpolitische Klima in Südasien spürbar beeinflusst haben.

Nicht-Bindung und Nicht-Verwicklung im Zeitalter der Blöcke

Der Grundansatz der Außenpolitik des unabhängigen Indiens ist die Resultante aus dem seit den dreißiger Jahren in fixierter Form vorliegenden außenpolitischen Konzept des Nationalkongresses, weitgehend von *Nehru* formuliert, und den Schlußfolgerungen, die *Nehru* zwischen 1944 und 1946 aus den machtpolitischen Entwicklungen in der Endphase des Zweiten Welt-

krieges und bei der Herausbildung der internationalen Nachkriegsordnung zog. In konzentrierter Form wird dieser Grundansatz in der berühmten Rundfunkansprache *Future Taking Shape*, die *Nehru* am 7. September 1946 als Premier des Übergangskabinetts hielt, deutlich:

1. Indien wird sich von der Machtpolitik und machtpolitischen Gruppierungen fernhalten, da sie zu den beiden Weltkriegen geführt haben. Das war die Deklaration der *Nichtpaktgebundenheit* zum Grundverhaltensprinzip der indischen Außenpolitik.
2. Indien geht davon aus, daß *Frieden und Freiheit unteilbar* sind. Die Verweigerung der Freiheit (hier eindeutig als Recht auf Selbstbestimmung gemeint) führt unvermeidlich zu neuen Konflikten. Daher ist Indien für die Emanzipation aller kolonialen und abhängigen Länder.
3. Indien tritt für eine weltweite, von Ausbeutung freie, die Gleichberechtigung aller Rassen und Nationen in Theorie und Praxis garantierende *Zusammenarbeit* ein.
4. Trotz der kolonialen Vergangenheit wird Indien um freundliche und kooperative *Beziehungen zu Großbritannien* bemüht sein.
5. Die *UdSSR* und die *USA* sind die beiden großen Nationen der modernen Welt, sie tragen daher eine große Verantwortung für Frieden und Freiheit. Indien wird zu beiden Staaten freundliche Beziehungen unterhalten.
6. Indien ist ein *asiatisches Land*, das Verbindungsglied zwischen Westasien, Südasien und Südostasien, und ihm steht niemand näher als die asiatischen Völker. Indien tritt für eine enge Zusammenarbeit aller befreiten Völker Asiens ein, dabei kommt den Beziehungen zwischen *Indien und China* eine besondere Bedeutung zu.⁵

Die wesentlichen Kennzeichen der indischen Außenpolitik waren nach *Panikkar*, daß sie in ihrer Grundauffassung asiatisch ist und von der eigenständigen Bedeutung Asiens in der internationalen Politik ausgeht; daß ihre Grundposition in weltpolitischen Fragen von Antikolonialismus und Kampf gegen Rassendiskriminierung bestimmt ist; und daß ihr erstes und wichtigstes Ziel in Erkenntnis der Folgen eines Nuklearkrieges und angesichts der gewaltigen sozialökonomischen Herausforderungen für Indien die Erhaltung des asiatischen und globalen Friedens sei.⁶

Bereits diese gedrängte Auflistung macht zwei für die indische Außenpolitik bis 1990 charakteristische Züge sichtbar – die zentrale Rolle des *Non-Alignment* als strategische Orientierung (Nichtbindung) und taktisches Handlungsprinzip (Nichtverwicklung in die Konflikte der Großmächte) indischer Außenpolitik sowie die Dominanz weltpolitischer Fragen auf der indischen Prioritätenskala. Die Aufstilisierung der Nichtpaktgebundenheit zu einer außenpolitischen Philosophie, ihre Erhebung zu einer moralisch-ethischen Kategorie und die Verbindung von Nichtpaktgebundenheit und Gewaltlosigkeit sind nicht im ursprünglichen indischen Ansatz vorhanden, waren von *Nehru* nicht

intendiert⁷ und sind spätere, aber realpolitisch irrelevante Umdeutungen. Hinsichtlich der weltpolitischen Fragen wurde neben dem Selbstbestimmungsrecht für alle Völker, der internationalen Gleichberechtigung, dem Antikolonialismus und Antirassismus, der Friedensproblematik, der Abrüstung und dem Recht auf Entwicklung ein besonderer Stellenwert zugemessen.⁸

Über die Jahrzehnte hinweg ein nationaler Konsens in der Außenpolitik

Es war ein wesentlicher Zug indischer Außenpolitik, daß es hinsichtlich ihrer Ziele über Jahrzehnte hinweg einen nationalen Konsensus gab. Diese Ziele waren bis zum Ende der achtziger Jahre

- Anspruch auf das Recht, eine *unabhängige Außenpolitik* zu betreiben, und Ablehnung jeder Politik, die zur Erosion der indischen Souveränität führt;
- *Gleichberechtigung* in der internationalen Politik und Wirtschaft, daher Kampf gegen den Kolonialismus; Ablehnung des Rassismus und jeder Form rassistischer Diskriminierung, Recht Indiens auf eine freie und eigenbestimmte Entwicklung;
- Festhalten am *Nonalignment* und strikter Nichtbeitritt zu Militärpakten, Förderung des Weltfriedens, Eintreten für eine allgemeine internationale Abrüstung;
- Entwicklung *freundschaftlicher Beziehungen zu allen Ländern*, besonders zu den Nachbarstaaten, auf der Basis der friedlichen Koexistenz und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Regulierung bestehender Interessenkollisionen mit politischen Mitteln.⁹

Unbeschadet der innenpolitischen Entwicklungen und der Veränderung der internationalen Rahmenbedingungen, trotz unvermeidlicher Gewichtsverlagerungen im Stellenwert der einzelnen Zielstellungen und der unterschiedlichen Interpretation einzelner Elemente ist dieses außenpolitische Programm über Jahrzehnte hinweg die konzeptionelle Grundlage der indischen Außenpolitik geblieben. Dabei ist zugleich in Rechnung zu stellen, daß in der internationalen Politik und in den zwischenstaatlichen Beziehungen grundsätzlich, schon allein aus Gründen der Realisierbarkeit, eine Lücke zwischen Konzeption und außenpolitischer Praxis vorhanden ist. Das trifft auch auf Indien zu und in besonderem Maße für seine Regionalpolitik.

In diesem Beitrag kann nicht der Versuch unternommen werden, fünfzig Jahre Geschichte der Außenpolitik Indiens oder selbst ihre wichtigsten Aktionsfelder und Probleme darstellen zu wollen. Daher werden anschließend nur einige Schlüsselfragen der indischen Außenpolitik kurz skizziert und im letzten Abschnitt ein Überblick über Hauptrichtungen der internationalen Politik Indiens nach dem Ende des bipolaren internationalen Systems gegeben.

Die Hauptrichtungen der indischen Außenpolitik wurden durch das internationale Konzept und den Zielhorizont

der führenden Kraft der antikolonialen Nationalbewegung und späteren Regierungspartei, des *Indian National Congress* (INC), bestimmt. Überschauend und unter Berücksichtigung der Dynamik einzelner Probleme und Prozesse im Verlauf von vier Jahrzehnten lassen sich die Stellung des *Nonalignment*, Indiens Haltung in der Frage der Friedenssicherung und seine regionalpolitischen Zwänge als Kernfelder indischer Außenpolitik ausmachen und in aller Kürze umreißen.

„Nonalignment“ hieß weder Neutralität noch Gewaltfreiheit

Die zentrale Aufgabe der indischen Außenpolitik war die Wahrung der nationalen Interessen Indiens auf der internationalen Ebene, die äußere Absicherung der indischen Souveränität. Das schloß nach Auffassung *Nehrus* und seiner Nachfolger *Lal Bahadur Shastri*, *Indira Gandhi*, *Morarji Desai*, *Rajiv Gandhi* und *P.V. Narasimha Rao* jede Bindung an einzelne Großmächte oder an bestehende Blöcke und andere militärpolitische Zusammenschlüsse strikt aus. Die Wahl des *Nonalignments* zur außenpolitischen Grundverhaltensnorm erfolgte bewußt, weil sie mit ihren *Prinzipien* – Unabhängigkeit und Nichtanlehnung, Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen, Nichtbeteiligung an Blöcken und Militärbündnissen mit Großmächten, Nichtzulassung fremder Militärstützpunkte auf dem eigenen Territorium – nach *Nehrus* Überzeugung am besten den Zielen und Aufgaben der auswärtigen Politik Indiens entsprach. Auch die Politik Indiens gegenüber den Großmächten muß immer im Kontext seines Strebens nach einer unabhängigen, gleichberechtigten Außenpolitik gesehen werden. Indien versuchte, in seinen Beziehungen zu den USA, der UdSSR und Großbritannien diesen eigenen Kurs zu gehen, trotz häufigen Unverständnisses und nicht seltener Attacken von seiten der Partner und auch, wenn dies angesichts der internationalen Machtkonstellationen nicht immer gelang. Die Politik der Nichtbindung wurde trotz zeitweiliger Schwankungen, z. B. in der ersten Phase des Koreakrieges oder während des Himalaya-Krieges mit China, bis zum Ende der bipolaren Weltordnung durchgehalten.

Das indische *Nonalignment* war zu keiner Zeit politische Neutralität, weshalb der periodische Vorwurf der Parteinahme in kritischen internationalen Situationen (Suezkrise, Vietnamkrieg, Nahostkonflikt) völlig an der Sache vorbeigeht, und es wurde auch von indischer Seite niemals als Politik der Gewaltlosigkeit im Sinne *Gandhis* verstanden und praktiziert. Der aktive Charakter der indischen Politik der Nichtpaktgebundenheit wurde bereits in der Indochina-Frage (Genfer Konferenz 1954), der Colombo-Konferenz (1954) und der Bandung-Konferenz (1955) sowie im Widerstand Indiens gegen die sich in Westasien und Südostasien formierenden Militärpakte (Bagdad-Pakt, SEATO) deutlich. Indien wurde so nicht nur zum Beispiel für andere asiatisch-afrikanische

Staaten, zumindest den Versuch einer eigenbestimmten Außenpolitik zu wagen, sondern auch zum eigentlichen Auslöser der Bewegung der Nichtpaktgebundenen (NAM), die sich schließlich 1961 in Belgrad auch institutionalisierte.⁹

Aktives Engagement zur Friedenssicherung bei gleichzeitiger Erhöhung der eigenen Verteidigungsfähigkeit

Indien trat während der gesamten Periode der bipolaren Weltordnung aktiv für eine internationale Entspannung, für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den feindlichen Blöcken und ihren Vormächten USA und UdSSR, für die Erweiterung der bilateralen und multilateralen Kooperation in Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft, und nicht zuletzt für eine allgemeine Abrüstung und ein dauerhaftes internationales Sicherheitssystem ein. *Nehru* gehörte zu den ersten Politikern, die eindringlich vor den Folgen eines möglichen Kernwaffenkrieges für die gesamte menschliche Zivilisation warnten und die vollständige Beseitigung aller Kernwaffen forderten. Dementsprechend bemühte sich Indien jahrzehntlang intensiv um eine vertraglich geregelte Reduzierung der von der nuklearen Hochrüstung der Großmächte ausgehenden Gefahren mit dem Endziel der grundsätzlichen Ächtung atomarer Waffen, seit dem Ende der siebziger Jahre zunehmend in Zusammenarbeit mit anderen nichtpaktgebundenen Staaten (siehe u.a. den Appell vom 2. 5. 1984 und die Sechs-Staaten-Initiative vom 28. 1. 1985). In diesen Zusammenhang gehört aber auch die Nichtunterzeichnung des Kernwaffensperrvertrages (NPT), da er nicht die Produktion von atomaren Massenvernichtungsmitteln, sondern nur deren Weitergabe stoppe, den nuklearen Besitzstand der Großmächte legalisiere und gegenüber dem Rest der Welt ein Instrument machtpolitischer Erpressung sei.

Indiens aktives Engagement in der Friedensfrage bedeutet freilich nicht, daß es keine eigene Sicherheitspolitik betrieb. Aus der Weigerung der Großmächte, einer realen Abrüstung zuzustimmen, zog Indien in den sechziger Jahren den Schluß, seine eigene nationale Verteidigungsfähigkeit erhöhen zu müssen, baute seine Streitkräfte in den folgenden Jahrzehnten personell und waffentechnisch massiv aus und demonstrierte schließlich 1974 mit einer unterirdischen Kernexplosion seine theoretische Kernwaffenfähigkeit. Die indische Regierung lehnte aber die ständigen Forderungen nationalistischer Kräfte aus allen politischen Lagern nach einer Kernwaffenoption strikt ab. Indiens Sicherheitspolitik, die unstreitig auch zu einer Aufrüstung mit erheblichen Kosten geführt hat, kann dennoch nicht als Gegensatz zu seiner Haltung in der Friedensfrage interpretiert werden. Sie war das bedauerliche, aber weitestgehend zwangsläufige Resultat der regionalen Sicherheitslage (pakistanisch-indischer Konflikt seit 1947, indisch-chinesischer Konflikt seit 1959) sowie der internationa-

len Rahmenbedingungen mit der atomaren Hochrüstung der Großmächte.¹⁰

Aus Indiens grundlegendem Interesse am internationalen Frieden und an friedlichen Verhältnissen in seinem regionalen Umfeld resultierte seine *Haltung zu zwischenstaatlichen Konflikten*. Vom Koreakrieg und dem ersten Indochinakrieg über die Suezkrise, die Kongokrise und den Nahostkonflikt bis zu dem Krieg im Libanon, in Kambodscha und Afghanistan war die indische Politik stets auf eine möglichst schnelle Einstellung der bewaffneten Auseinandersetzungen, auf eine politische Bearbeitung der jeweiligen Streitmasse und eine Regelung im Interesse der betroffenen Bevölkerung orientiert. Das stieß nicht immer auf den Beifall einzelner Konfliktseiten und ihrer internationalen Patrone (Kambodscha, Afghanistan). Indien bemühte sich nicht nur im Rahmen der UNO und der NAM um eine gerechte Konfliktregulierung – ein Beispiel ist das langjährige Eintreten für die legitimen Rechte der Palästinenser –, sondern beteiligte sich auch aktiv mit Truppen und zivilem Personal an Friedensmissionen der UNO (Indochina, Kongo).

Indien hat immer gleichberechtigte weltweite *Wirtschaftsbeziehungen* und die Gewährleistung des *Rechts auf Entwicklung* als ein essentielles Element von internationaler Sicherheit und Friedensordnung betrachtet und seit dem ersten Tag der Unabhängigkeit für ihre allgemeine Durchsetzung gekämpft – in der UNO und ihren Spezialorganisationen, in der Gruppe der 77 und in der NAM. Indien hatte einen bemerkenswerten Anteil daran, daß die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Länder der Dritten Welt stärker ins Bewußtsein der internationalen Öffentlichkeit rückten, daß das globale Konfliktpotential von Unterentwicklung zunehmend erkannt wurde und daß es zur ersten Entwicklungsdekade der UNO (UNCTAD) kam – ungeachtet der Tatsache, daß eine wirkliche Veränderung der Lage der Entwicklungsländer nicht erreicht werden konnte.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß 1947 bis 1991 Frieden und internationale Sicherheit in der Außenpolitik Indiens einen weitaus größeren Stellenwert als im außenpolitischen Verhalten der großen Mehrheit der Staaten Asiens und Afrikas besaßen. Zugleich ist festzustellen, daß Indiens Haltung in der Friedensfrage nicht durch konjunkturelle oder taktische Erwägungen determiniert, sondern grundsätzlicher Natur und im Gesamtkonzept indischer Außenpolitik verankert war.

Indiens regionale Vorherrschaft und das Gefühl der Bedrohung bei den Nachbarn

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit bemühte sich Indien um konstruktive Beziehungen zu den Nachbarstaaten, stieß dabei jedoch auf erhebliche, bereits in der Kolonialzeit angelegte Probleme wie die Stellung indischer Minderheiten in Burma und Ceylon. Die Entstehung Pakistans als Ergebnis einer erbitterten Auseinandersetzung zwischen zwei großen politischen

Kräftegruppen in British-Indien mit unterschiedlichem religiös-kulturellen Hintergrund und die Fortsetzung dieses Konflikts auf zwischenstaatlicher Ebene (Pakistan als erklärtes Gegenmodell zu Indien und das Konfliktpotential der Teilungsmodalitäten von 1947) mußten zur direkten Konfrontation führen. Indiens Schwierigkeiten mit seinen Nachbarn waren daher in hohem Maße objektiv gesetzt.

Die folgende Herausbildung einer regionalen Konfliktkonstellation war aus geographischen und geopolitischen Gründen historisch unvermeidlich. Der indische Subkontinent hatte sich vollständig unter britischer Herrschaft befunden (die französischen und portugiesischen Enklaven waren für den hier gegebenen Zusammenhang irrelevant). Die Teilung British-Indiens in die selbständigen Dominien Indien und Pakistan veränderte zwar die politische Landkarte Südasiens und die aktuelle strategische Balance auf dem Subkontinent, schuf aber im Hinblick auf die Verteilung der Ressourcen, der Potenzen und des mobilisierungsfähigen Potentials keine neue Lage. Damit war auch nach 1947 durch Größe, Ressourcen und Potential die geographische, materielle, politische Suprematie Indiens ein Faktum. Die damit verbundene relative und absolute Ungleichheit der Gewichte war geeignet, bei allen Nachbarn einen primären Bedrohungs komplex auszulösen, selbst wenn Indien seit 1947 einen Kurs der machtpolitischen Selbstverleugnung betrieben hätte. Die an die Macht gekommene politische Klasse Indiens verstand sich aber selbstbewußt als Rechtsnachfolger des *Empire* in Südasien mit einem legitimen Anspruch auf die Vormachtstellung in der Region – seit den siebziger Jahren ausgedehnt auf die Forderung nach der internationalen Anerkennung Indiens als asiatische Großmacht. Die Bedrohungs komplexe der Nachbarn Indiens, die unmittelbar nach der Erlangung der Unabhängigkeit einsetzenden Auseinandersetzungen um die Bürgerrechte der indischen Minoritäten in Ceylon (Tamilen-Problem) und Burma (Rangun war damals zu zwei Dritteln eine indische Stadt), der pakistanisch-indische Territorialkonflikt (Punjab, Kashmir) und die politisch-ideologische Konfrontation Pakistan–Indien waren die erste Phase der Herausbildung einer regionalen zwischenstaatlichen Konfliktkonstellation. Der anhaltende pakistanisch-indische Konflikt, der bislang zu drei Kriegen geführt hat (1947/48, 1965, 1971), die vom Präsidenten Sri Lankas, *J.R. Jayawardene*, erbetene, doch von der Mehrheit der politischen Kräfte Sri Lankas abgelehnte, Intervention Indiens im sri-lankischen Bürgerkrieg (1987–1989), und nicht zuletzt der Versuch der südasiatischen Staaten, gegen Indien regional zusammenzuarbeiten und Ausschau nach extraregionalen Verbündeten (USA, China, Golfstaaten) zu halten, hat diese zwischenstaatliche Konfliktkonstellation endgültig formiert. Ihre einzelnen Elemente können an dieser Stelle nicht behandelt werden, aber zwei Interessenkollisionen müssen zumindest genannt werden.

Der Konflikt mit Pakistan mit seiner besonderen Schärfe, Lebensdauer und Regelungsresistenz

Ihr Kern ist zweifellos der Konflikt Pakistan–Indien, eines der kompliziertesten bilateralen und regionalen Probleme in Asien überhaupt. Er ist ein sehr vielschichtiges Phänomen und kann unter keinen Umständen auf den Kashmir-Konflikt reduziert werden. Substantiell ist dieser Konflikt eine *machtpolitische* Auseinandersetzung mit einer langen *historischen* Vorgeschichte als sogenannter *Hindu-Moslem-Konflikt*. Es geht um den ungleichen Anteil am territorialen, materiellen, infrastrukturellen und militärischen *Erbe* British-Indiens, um die mentale und politische Bewältigung der Folgen der *Teilung* mit ihren blutigen Massenpogromen (die Zahl der Opfer wird auf 700 000 bis 1 Million geschätzt) und der faktischen Vertreibung von etwa 17 bis 20 Millionen Menschen aus beiden Ländern. Diese Momente führten zu *extremen Feindbildern*, antagonistischen Bedrohungs- und Sicherheitsperzeptionen und einer entsprechenden Sicherheitspolitik, die auch von nachgewachsenen Generationen verinnerlicht und bedauerlicherweise zu einer *Konstante* im Grundverhältnis Pakistan–Indien wurden. Die hochgradige *Ideologisierung* des pakistanisch-indischen Verhältnisses verleiht dem Konflikt weit über seinen materiellen Ursprung und die tatsächliche Streitmasse hinaus eine besondere Schärfe, Lebensdauer und Regelungsresistenz. Sie ist neben den strategischen Ambitionen Pakistans, deren Nichtrealisierbarkeit sich in den letzten fünfzig Jahren nachdrücklich erwies, das entscheidende Hindernis für einen pakistanisch-indischen Ausgleich, für eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen. Der *Kashmir-Konflikt* ist nicht mehr als eine Gnade der Geschichte für Pakistan, ein Vehikel zur Durchsetzung viel weitergehender Interessen, wobei es in höchstem Maße bedauerlich ist, daß Indien mit einer völlig verfehlten Kashmirpolitik die Voraussetzungen und Bedingungen dafür geschaffen hat. Daher würde auch eine „Lösung“ des Kashmir-Konflikts, in welcher Form auch immer, das pakistanisch-indische Grundverhältnis nicht qualitativ verändern.¹¹

Der Konflikt mit China: britisches Erbe und Ausdruck machtpolitischer Rivalität

1959 wurde durch den Feuerwechsel zwischen indischen und chinesischen Grenzpatrouillen in Aksai Chin (Ladakh) offenbar, daß Indien und China grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen über den Verlauf ihrer gemeinsamen *Grenze* hatten. Dieser Konflikt eskalierte Ende 1962 zum Himalaya-Krieg, in dem die indischen Streitkräfte im Nordosten eine empfindliche militärische und moralisch traumatische Niederlage erlitten. Für fast zwanzig Jahre beherrschte nationalistische Hysterie die Atmosphäre, bestanden zwischen China und Indien nur noch formelle Bezie-

hungen. Worin bestand die tatsächliche Streitmasse bei diesem Konflikt?

Der historische Ursprung des späteren Grenzkonflikts war die systematische Verschiebung der Grenzen British-Indiens nach Norden, d.h. unter der Losung „Sichere Grenzen“ in das Zentrum der Himalaya-Region. Der juristische Hintergrund ist die Negierung der von China auch über das Gebiet von Tibet beanspruchten Souveränität und die Vereinbarung einer Grenzlinie mit den tibetischen Behörden zwischen 1904 und 1914, die später als *MacMahon-Linie* bekannt wurde. Diese Grenzziehung wurde von keiner chinesischen Regierung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts anerkannt, mit der Begründung, daß Tibet kein unabhängiger Staat sei und daher keine Kompetenz besitze, über Territorium, das der Souveränität Chinas unterstehe, zu verhandeln. Der konkrete Streitgegenstand im indisch-chinesischen Grenzkonflikt ist die Beanspruchung mehrerer Sektoren im Nordwesten (Ladakh) und Nordosten (Arunachal Pradesh) des Territoriums Indiens als chinesisches Hoheitsgebiet und die Nichtanerkennung der Ausübung indischer Souveränitätsrechte in diesem Gebiet. Im einzelnen handelt es sich um den Westsektor in Aksai mit 33 000 qkm, den Zentralsektor im Unionsstaat Himachal Pradesh mit 2000 qkm und den Ostsektor mit 90 000 qkm in Arunachal Pradesh. Historisch gesehen ist der Grenzkonflikt eine territoriale Hinterlassenschaft der britischen Empirepolitik in Süd- und Zentralasien, die ihre Aktualität aus dem Eintritt Indiens in deren „Rechtsnachfolge“ mit dem *Indian Independence Act* von 1947 gewann. Den Briten war die explosive Sachlage sehr wohl bewußt, hatte die *Kuomintang* doch selbst noch 1944 erneut auf die Nichtigkeit der Grenzziehung hingewiesen, worauf die britisch-indische Administration jedoch nicht reagierte, und das unabhängige Indien hat die britische Haltung stillschweigend übernommen – mit allen späteren Folgen. In den folgenden Jahrzehnten erwies sich trotz zahlloser Verhandlungsrunden der Territorialkonflikt als vorläufig unlösbar, da keine Seite unter Verweis auf den „heiligen nationalen Boden“ zu einem Kompromiß bereit war. Erst in den achtziger Jahren deutete sich ein vorsichtiger Pragmatismus und die Bereitschaft zur Normalisierung der Beziehungen in anderen Bereichen an. Ein erster Durchbruch wurde im November 1988 mit dem Besuch *Rajiv Gandhis* in Peking erreicht.¹² Der Grenzkonflikt ist jedoch weit mehr als ein Territorialproblem. Er ist zugleich Ausdruck einer machtpolitischen Rivalität zwischen China und Indien und kollidierender regionalstrategischer Ziele. Bei aller Schärfe und Intensität der ideologischen Auseinandersetzung zwischen beiden Ländern von 1959 bis in die achtziger Jahre war diese offenkundig immer den machtpolitischen Zielsetzungen nachgeordnet. Es handelt sich um ein ernstes regionalpolitisches Problem, hat dieser Konflikt doch die gesamte militärische, politische und ideologische Konstellation in Südasien nachhaltig und langfristig verändert, bei Konfliktsituationen zwischen südasiati-

schen Ländern immer wieder die Gefahr einer möglichen militärischen Intervention Chinas mit sich gebracht (1965, 1971) und die Sicherheitslage in Südasien für etwa fünfundzwanzig Jahre in erheblichem Maße destabilisiert.

Nach dem Ende der Bipolarität Übergang zur Wirtschaftsdiplomatie

Die säkularen Umbrüche im internationalen System, die sich zwischen 1989 und 1991 vollzogen, wurden auch in Indien weder vorausgesehen noch in ihrer ganzen Tragweite begriffen. Wie die meisten asiatischen Staaten reagierte es sehr spät, besaß kein alternatives Konzept für eine grundlegend veränderte globale Machtkonstellation und blieb daher strategisch hinter der internationalen Entwicklung zurück. Erst seit 1993 setzte sich die Erkenntnis durch, daß Indien eine vollständige *außenpolitische Neuorientierung* vornehmen mußte, die eine Überprüfung der bisherigen politikleitenden Doktrinen, eine Neubestimmung des weltpolitischen Standortes Indiens und die Evaluierung des Instrumentariums auswärtiger Politik einschließt. Für die anschließenden Wandlungsprozesse in der indischen Außenpolitik stehen vor allem zwei Namen – der mehrfache Außenminister und spätere Premier *P.V. Narasimha Rao* (Kongreß) und sein Nachfolger aus der *United-Front*-Regierung, *Inder Kumar Gujral*. Die strategischen Hauptfelder indischer Außenpolitik zwischen dem Ende der Bipolarität und dem Beginn des 21. Jahrhunderts können wie folgt skizziert werden.¹³

- Indien reagierte auf die immer stärker werdenden *Globalisierungstendenzen* zunächst zögerlich, dann aber auf relativ breiter Front mit einer sich beschleunigenden *Liberalisierungspolitik*, um Anschluß an die internationalen Prozesse und die technologische Entwicklung zu finden. Dementsprechend erlangten auch in der Außenpolitik *ökonomische* Faktoren und die wirtschaftlichen Interessen Indiens einen neuen Stellenwert, man kann von einem Übergang zur Wirtschaftsdiplomatie sprechen. So wurden die Auslandsvertretungen angewiesen, der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Indiens ihr besonderes Augenmerk zu widmen, und das Personal wurde schrittweise durch entsprechend vorgebildete Kräfte ergänzt. Diesem Kurs liegt die Vorstellung zugrunde, durch eine selbstbestimmte Anpassung möglichst viel Souveränität und nationale Entscheidungsfreiheit gegen den Globalisierungsdruck zu bewahren. Das nächste Jahrzehnt wird zeigen, ob dieses Konzept aufgeht.
- Ein zweiter Schwerpunkt der Außenpolitik ist zweifellos die Mitarbeit in *internationalen Organisationen*, ein traditionelles Betätigungsfeld indischer Diplomatie. Neu ist vor allem das Bestreben, zur Wahrung indischer Interessen in die Entscheidungsgremien aufzusteigen, und in diesem Kontext ist das Hauptziel die Erlangung eines *ständigen Sitzes im UNO-Sicherheitsrat*. Die

Widerstände, mit denen Indien dabei konfrontiert ist, zeigten sich 1995 und 1996 deutlich in den Debatten um die UNO-Reform – Pakistan ist aus erkennbaren Gründen vehement gegen eine Aufnahme Indiens –, vor allem aber bei der Diskussion um die Verlängerung des Kernwaffensperrvertrages (NPT) und die Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens (CTBT). Indien weigerte sich, beide Dokumente zu akzeptieren, da sie keine tatsächliche Abrüstung der Kernwaffenmächte einschließen, den Weg zur Computersimulation von Kernwaffenentwicklung und Nukleartests offen lassen und insgesamt eine Verewigung der machtpolitischen Diskriminierung der Nicht-Kernwaffenmächte seien.¹⁴ Erwartungsgemäß scheiterte der kurz danach unternommene erste Anlauf Indiens, in den Sicherheitsrat zu kommen. Gleichzeitig demonstrierte diese Episode jedoch das enorm gewachsene internationale Selbstbewußtsein Indiens, und die vergleichsweise sehr moderate Reaktion der USA macht deutlich, daß den internationalen Akteuren Gewicht und Potential Indiens sehr wohl bewußt sind.

- Einen sichtbaren Bedeutungsverlust erlitt in der internationalen Politik die *Bewegung der Nichtpaktgebundenen* (NAM). Beobachter aus den USA und Westeuropa sprechen ihr seit 1991 jegliche weitere Bedeutung ab. Auch Indien schätzt die heutigen realen Möglichkeiten der NAM als relativ gering ein und erkennt die fortschreitende Diversifizierung nichtpaktgebundener Politik. Eine Chance zur Konsensbildung wird weitgehend nur noch im Bereich der wirtschaftlichen Interessen des Südens gesehen. Indien betrachtet für sich selbst zielorientierte strategische Partnerschaften nicht als unvereinbar mit dem *Nonalignment*, sondern als unvermeidliche Ablösung des früheren globalen Idealismus *Nehrus* durch ein „aufgeklärtes Eigeninteresse“. Ein künftiges Engagement Indiens als Interessenvertreter der Völker und Staaten der Dritten Welt ist daher im Unterschied zu den zurückliegenden Jahrzehnten kaum noch zu erwarten. Aber Indien wird aus realpolitischem Kalkül auch nicht zum Ende der NAM beitragen und vor allem seine eigene nichtpaktgebundene Politik nicht aufgeben, denn diese ist in einer Reihe wichtiger Aspekte deckungsgleich mit der indischen Staatsräson (internationale Gleichberechtigung, Entwicklungsfreiheit, nationale Sicherheit, territoriale Integrität, nationale Souveränität)

Eine neue Prioritätenliste

- Die Neuorientierung Indiens auf der multilateralen Ebene findet ihre Entsprechung im Bereich der bilateralen Beziehungen, nicht zuletzt in einer veränderten Stellung der Großmächte auf der Prioritätenliste der indischen Außenpolitik. Das seit 1971 bestehende Sonderverhältnis mit der UdSSR endete mit deren Auflösung (1991), aus über-

wiegend sicherheitspolitischen Gründen werden jedoch weiterhin umfangreiche Beziehungen zu *Rußland* gepflegt. Das Verhältnis zu den *USA* konnte merklich entideologisiert werden, und die amerikanische Privatwirtschaft hat ihre Aktivitäten unter den Bedingungen der Liberalisierung erheblich intensiviert. Aber die zentralen Spannungsflächen USA–Indien existieren weiter (Nuklearfrage, Handelspolitik, Menschenrechte, Kashmir), da ihre Ursachen weder der Kalte Krieg noch die Existenz der UdSSR waren, sondern der Zusammenstoß des US-Globalismus und des indischen Nationalismus. Die Beziehungen zu *Großbritannien* haben sich empfindlich abgekühlt, der Staatsbesuch von *Elisabeth II.* zum 50. Jahrestag der indischen Unabhängigkeit wurde durch die Tölpelhaftigkeit der *Labour*-Außenpolitik in der Kashmir-Frage zum politischen Fiasko; während die *indisch-französischen* Beziehungen sich in den letzten Jahren günstig entwickelten. Aber das eigentlich Wesentliche in diesem Politikfeld besteht darin, daß seit dem Ende des Kalten Krieges die ehemals zentrale Stellung der Großmächte in der indischen Außenpolitik und für die internationale Politik Indiens langsam, aber unaufhaltsam zurückgeht.

Der Bedeutungswandel der asiatischen Region für Indien

- Das ist verbunden mit einem Bedeutungswandel asiatischer Regionen aus der Sicht indischer Interessen. Indien versucht, übergreifende Aspekte der nationalen Sicherheit durch eine Erweiterung, Vertiefung und, wenn möglich, Institutionalisierung seiner Beziehungen zu einer Reihe asiatischer Staaten zu fördern und zu gewährleisten. Unter diesem Aspekt müssen die erhebliche Entwicklung der *indisch-iranischen Beziehungen*, indische Avancen gegenüber der ASEAN, aber vor allem die Entspannung im *Verhältnis Indien–China* gesehen werden. Der zeitweilige Zusammenfall internationaler Interessen Indiens und Chinas nach dem Heraufkommen der sogenannten neuen Weltordnung machte es möglich, mit den Abkommen von 1993 und 1996 den gefährlichen jahrzehntelangen Grenzkonflikt für die nächste absehbare Zeit einzufrieren und die bilateralen Beziehungen weitgehend zu normalisieren. Ähnlich bemerkenswert sind die Entwicklungen im *ökonomischen* Bereich. Die expandierende indische Wirtschaft benötigt einen stabilen Zugang zu natürlichen Ressourcen, besonders im Energiesektor, die im regionalen Umfeld reichlich vorhanden sind. Darüber hinaus bieten zahlreiche asiatische Länder nicht nur einen Markt für die Erzeugnisse der indischen Industrie, sondern dort, wo künftig Klein- und Mittelbetriebe eine entscheidende Rolle für die nationale Entwicklung spielen müssen, ist Indien als regionaler Großproduzent entsprechender Ausrüstungen und

Maschinen sowie regionalspezifischen *Know-hows* in einer günstigen Position. Sein wirtschaftliches Engagement in Asien ist daher im letzten Jahrzehnt, nicht selten nahezu unbemerkt, erheblich gestiegen – hier sei erinnert an die zentralasiatischen Republiken, an die Aktivitäten indischen Kapitals in Westasien, an die Wirtschaftsbeziehungen Indien–Iran und die Entwicklung der Beziehung zu einigen südostasiatischen Staaten. Da es hier um essentielle wirtschaftliche Interessen Indiens geht, wird sich dieser Trend einer stärkeren Orientierung auf Asien eher noch verstärken. Dafür spricht auch, daß Indien (wie andere asiatische Staaten) in einer stärkeren regionalen Zusammenarbeit einen Schutz gegen unerwünschte „Nebenwirkungen“ der Globalisierung sucht.

- Damit ist zugleich die Frage nach der eigenen Region, *Südasiens*, gestellt. Entgegen landläufigen Vorstellungen spielt Südasiens im Gesamtkonzept indischer Außenpolitik keine zentrale Rolle, das ist eine Realität, die durch die politische Landkarte Südasiens determiniert wird. Indien ist die geographisch, demographisch, wirtschaftlich, politisch und militärisch eindeutig dominierende Macht, sein schiereres Gewicht schafft diese Konstellation. Die Chancen für eine politische Partnerschaft sind angesichts der Bedrohungs-komplexe in allen Nachbarstaaten und der ideologisch geprägten Indien-Phobie in Pakistan, Sri Lanka und Bangladesch überaus bescheiden: wirtschaftlich sind diese Länder kein nennens-werter Faktor für die indische Ökonomie, so daß kaum ein wirtschaftlicher Anreiz für engere Beziehungen gegeben ist; strategisch spielen sie mit Ausnahme Pakistans für Indien keine Rolle, und selbst Pakistan ist aus indischer Sicht ohne China eine sekundäre Bedrohung. Durch die *Gujral-Doktrin*, daß Indien als großer Staat seinen kleineren Nachbarn stärker entgegenkommen müsse (*asymmetrische Kompromisse*), konnten in den letzten Jahren einige Fortschritte erzielt werden, aber es muß immer berücksichtigt werden, daß dieser Entspannungsversuch weder von Pakistan angenommen noch in Indien von einer breiten Mehrheit mitgetragen wurde. Indien wird sich daher in Südasiens auf längere Sicht auf die Vermeidung akuter Konfliktsituationen beschränken, der Konflikt Pakistan–Indien wird wegen der Position Islamabads in der Kashmir-Frage ohnehin als vorläufig nicht regelbar betrachtet, und auch keine besonderen Aktivitäten zur Belebung der SAARC unternehmen, wodurch

diese weiterhin als leere Hülle einer in der Realität nicht vorhandenen regionalen Zusammenarbeit dahindümpeln wird.

Indiens internationale Bedeutung wird weiter zunehmen

Indien ist ein großes Land mit einem riesigen Territorium, mit großen materiellen Ressourcen, mit einem enormen Humankapital und mit einer der größten Armeen der Welt. Es hat überdies trotz zahlloser gravierender innerer Probleme und offenen Konflikten eine erstaunliche staatliche Stabilität bewiesen und war mit Ausnahme des Kashmir-Konflikts und des Punjab-Konflikts in der Lage, seine nationalen Probleme auf politischem Wege zu regulieren. Trotz der Bedrohungssyndrome in einigen Nachbarstaaten war Indien international seit 1947 kein Krisenfaktor, keine Bedrohung der internationalen Sicherheit und des Friedens. Die Erhaltung der staatlichen Integrität und eine erfolgreiche Bewältigung der Liberalisierungsstrategie vorausgesetzt, wird Indiens internationale Bedeutung weiter zunehmen. Das gilt erst recht bei einer weiteren *Ökonomisierung der Weltprozesse*, denn dieses Land mit seinen heute bereits etwa 200 Millionen Menschen starken *konsumtiven Mittelschichten* ist perspektivisch ein gewaltiger Markt und ein Wirtschaftsplatz mit profitablen Standortvorteilen. Wie die Entwicklung seit 1947 gezeigt hat, war und ist Indien zweifelsfrei eine Regionalmacht, ein Land mit allen Voraussetzungen, um Japan und China auf dem Weg zur asiatischen Großmacht zu folgen; von der Größe seines Territoriums, seinen natürlichen Ressourcen und seinem potentiellen Humankapital her, ist seine Lage sogar günstiger als die Japans. Aber das Potential Indiens ist sehr ungleich entwickelt und strukturiert, seine materielle Umsetzung in vielen Sektoren noch weit zurück. Es ist daher heute noch nicht abzusehen, wann Indiens Streben nach Anerkennung als asiatische Großmacht seine Realisierung finden wird. Aber die internationale Entwicklung, die großen internationalen Akteure können und werden keinen Bogen um Indien machen und, ohne einen Zeithorizont setzen zu wollen, Indien wird den ihm gebührenden Platz im internationalen System einnehmen. Ob das der Status einer traditionellen Großmacht sein kann, sein wird oder auch sein muß, wird die Zeit entscheiden.

Anmerkungen

¹ Dieser Prozeß kann detailliert verfolgt werden in der vielbändigen Quellenpublikation *The Encyclopaedia of the Indian National Congress*. New Delhi S. Chand & Co. 1976 ff.

² Ausführlich dazu Prasad, B., *The Origins of Indian Foreign Policy*. The Indian National Congress and World Affairs, 1885–1947. Calcutta Bookland 1960.

³ Panikkar, K.M., *The Future of India and South-East Asia*. Bombay Allied Publ. 1945; Ders., *India and the Indian Ocean*. London George Allen & Unwin 1945.

⁴ Zur außenpolitischen Komponente des britischen Erbes siehe Prasad, B., *Our Foreign Policy Legacy. A Study of British Indian Foreign Policy*. New Delhi PPH 1965.

⁵ Wortlaut in: Jawaharlal Nehru Speeches. Vol. 1, September 1946–May 1949. New Delhi Publ. Division 1967, pp. 1–5.

⁶ Panikkar, K. M., *India's Foreign Policy*. New Delhi 1957, p. 6.

⁷ Zur Genesis von Nehrus Konzept siehe Weidemann, D., *Ursprung und Entwicklung der Idee von der Nichtbindung (non-alignment)*. In: *Zeitgeschichte*, Wien, 18 (1990/91) 3–4, S. 80–89.

⁸ Die wesentlichen außenpolitischen Resolutionen des Indian National Congress in der ersten Phase nach der Erlangung der staatlichen Selbstständigkeit sind abgedruckt in *All India Congress Committee. The Background of India's Foreign Policy*. New Delhi 1952.

⁹ Grundsätzliche Einschätzungen der indischen Politik der Nichtpaktgebundenheit siehe bei Bajpai, U.S. (ed.), *Non-Alignment. Perspectives and Prospects*. New Delhi Lancers Publ. 1983; Goyal, D.R., *Non-Alignment. Concept and Concerns*. Delhi Ajanta Publ. 1986; Jaisingh, H., *India and the Non-Aligned World. Search for a New Order*. New Delhi Vikas Publ. House 1983; Khan, R. (ed.), *Perspectives on Non-Alignment*. New Delhi Kalamkar Prakashan 1981; Mallick, D.N., *The Development of Non-Alignment in India's Foreign Policy*. Allahabad Chaitanya Publ. House 1967.

¹⁰ Charakteristische indische Positionen zur Sicherheitspolitik siehe in Haksar, P.N. (ed.), *Nehru's Vision of Peace and Security in the Nuclear Age*. New Delhi Patriot Publ. 1987; Jayaramu, P.S., *India's National Security and Foreign Policy*. New Delhi ABC Publ. House 1987; Pathak, K. K., *Nuclear Policy of India. A Third World Perspective*. New Delhi Gitanjali Prakashan 1980; Poulou, T.T. (ed.), *Perspectives of India's Nuclear Policy*. New Delhi Young Asia Publ. 1978; Subrahmanyam, K. (ed.), *India and the Nuclear Challenge*. New Delhi Lancer International 1987.

¹¹ Die Zahl der Publikation zum pakistanisch-indischen Konflikt insgesamt und zu Kashmir ist Legion, daher wird nur auf einige neuere Titel aus beiden Lagern verwiesen. Kumar, J., *Irritants in Indo-Pak Relations*. New Delhi Deep & Deep 1989; Nanda, R., *Indo-Pak Detente*. New Delhi Lancers 1989; Rashdi, M.A., *Indo-Pak Relations*. Jamshore Univ. of Sind 1988; General Sundarji, K., *Blind Men of Hindoostan. Indo-Pak Nuclear War*. New Delhi UBSPD 1993; Irfani, S., *Fifty Years of the Kashmir Dispute*. Muzaffarabad Univ. of Azad Jammu and Kashmir 1997; *Kashmir Study Group, 1947–1997. The Kashmir Dispute at Fifty. Charting Paths to Peace*. S. 1 1997; Lamb, A., *Kashmir. A Disputed Legacy, 1846–1990*. Hertingfordbury Roxford Books 1991; Lamb, A., *Birth of a Tragedy. Kashmir 1947*. Oxford Univ. Press 1994.

¹² Zur Vorgeschichte des Konflikts, zur Rechtslage und den Beziehungen zwischen beiden Staaten siehe u.a. Jetly, N., *India China Relations 1947–1977*. New Delhi Radiant Publ. 1979; Lt. Gen. Kaul, B.M., *The Untold Story*. Bombay Jaico 1969; Maxwell, N., *India's China War*. Bombay Jaico 1970; Rowland, J., *A History of Sino-Indian Relations: Hostile Co-Existence*. Bombay Allied Publ. 1971; Sen, S.P. (ed.), *The Sino-Indian Border Question. A historical Review*. Calcutta Institute of Historical Studies 1971; Woodman, D., *Himalayan Frontiers*. London Barrie and Rockliff 1969. Die offiziellen Positionen beider Länder liegen gedruckt in Weißbuchserien mit dem Abdruck zahlreicher historischer Dokumente und alter Karten vor.

¹³ Einen Einblick in den Prozeß der Reorientierung der indischen Außenpolitik nach dem Ende des bipolaren internationalen Systems bieten u.a. Babbage, R./Gordon, S. (eds.), *India: Regional State or Global Power*. New Delhi Oxford Univ. Press 1992; Maj. Gen Banerjee, D., *Security in the New World Order. An Indo-French Dialogue*. New Delhi IDSA 1994; Gupta, S., *India Redefines Its Role*. Adelphi Paper No. 293. London 1995; Mehta, B., *India and the Neo-Colonial Order*. New Delhi Anand Publ. 1993; Singh, K.R., *Post-War Gulf: Implications for India*. New Delhi Lancer Books 1993; Waslekar, S. (ed.), *The New World Order*. Delhi Konark 1991.

¹⁴ Zu den wichtigsten indischen Positionen siehe Government of India. Ministry of External Affairs, *Statements by India on Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty (CTBT), 1993–1996*. s.l.s.a.

„Heile Welt“ oder Rückständigkeit?

Deutschland, Indien und das deutsche Indienbild

Das romantische und das utilitaristische Indienbild Europas

Von Jürgen Lütt

Prof. Dr. Jürgen Lütt lehrt am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften, Seminar für Geschichte Südasiens, der Humboldt-Universität zu Berlin.

Deutschland ist, außerhalb Indiens, das Land mit den weitaus meisten Sanskrit-Lehrstühlen, dessen ersten der Romantiker August Wilhelm Schlegel einnahm (1818 in Bonn). Das kommt nicht von ungefähr, sahen doch die Romantiker in Indien die „heile Welt“ gegenüber dem durch die Aufklärung verdorbenen Europa. In England selbst hatte sich mit dem Utilitarismus ein Indien-Bild durchgesetzt, das in Indien Rückständigkeit in allen Bereichen sah – Rechtfertigung für die britische Kolonialherrschaft wie für die christliche Mission. Die konträren Indien-Bilder leben bis heute fort, spiegeln die eigene Einstellung zum Gang der Weltgeschichte wider: Glaube an den Fortschritt oder Zivilisationsmüdigkeit, und projizieren somit unsere eigene Einstellung zur Moderne auf Indien. *Red.*

Warum stößt gerade in Deutschland ein negativ gefärbtes Indienbild auf Widerspruch?

In der Berichterstattung der Medien sorgt Indien immer mal wieder für schreckliche Nachrichten. Das Neueste: viele Tote bei der Durchführung der Wahlen 1998 in der „größten Demokratie der Welt“. Vor einigen Jahren war es der Ausbruch der Pest in der indischen Stadt Surat, der Europa an die Heimsuchungen des Mittelalters erinnerte. Ende 1992 schlugen die Medien Alarm wegen der blutigen Unruhen zwischen Hindus und Muslims im Gefolge der Zerstörung der Moschee in Ayodhya durch „fanatische Hindus“. Mitgiftmorde und Witwenverbrennungen erregen immer wieder die Gemüter. Neben diesen „Höhepunkten“ sind konstante Themen in den Medien die Armut, die krassen sozialen Unterschiede, die allgemeine Rückständigkeit, die „mittelalterliche“ Herrschaft der Religion, die sich in Aberglauben, absurden Bräuchen und gewalttätigem Fanatismus niederschlägt. Für die Medien heute scheint Indien geradezu der Inbegriff dieser Negativwerte zu sein. Bei den Freunden Indiens in Deutschland und bei den für Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Stellen in beiden Ländern führt dieses Negativimage immer wieder zu Besorgnis, wenn nicht sogar Empörung. Sind die Medien böswillig oder zumindest in unbedachter und sträflicher Weise sensationslüstern? Wird hier bewußt oder un-

bewußt ein einseitiges, wenn nicht sogar „falsches“ Bild von Indien verbreitet, indem Einzelheiten ungebührlich aufgebaut werden? Gerade in Deutschland stößt dieses Negativbild Indiens auf Widerspruch. Gibt es doch hierzulande seit je ein sehr positives Indienbild, geradezu eine Verehrung Indiens, ja eine wahre Indienschwärmerei ist verbreitet. Ist nicht Deutschland das Land mit der längsten und breitesten Tradition indologischer Studien? Werden in Deutschland nicht seit je Sanskrit und die altindische Kultur gepflegt? Haben nicht die deutschen Dichter und Denker immer ein geradezu hymnisches Bild von Indien gemalt? Gilt nicht Indien seit Jahrhunderten in Deutschland als Inbegriff uralter Weisheit und hoher Kultur, ja als „heile Welt“ schlechthin? Indische Musik, Tanz, Joga und nicht zuletzt die indische Küche sind allseits beliebt. Dieses Indien übt immerhin eine solche Anziehungskraft aus, daß jedes Jahr Tausende von jungen Leuten nach Indien reisen, um das „Wunderland“ aus eigener Anschauung zu erleben. Andererseits hört man aber in jüngerer Zeit selbst in der deutschen Literatur, in der *Hermann Hesse* für das positive Indienbild steht, kritische Töne: z.B. bei *Günter Grass* in der Schilderung Kalkuttas in seinem Roman *Der Butt* und in seinem Reisebericht *Zunge zeigen*. Gerade diese beiden Bücher haben in Indien Enttäuschung und Empörung hervorgerufen, war man doch aus Deutschland andere Töne gewöhnt.

Die Suche nach dem „wahren“ Indienbild

Wie sollen wir nun diesen Widerspruch zwischen zwei ganz konträren Indienbildern erklären? Wer hat recht, was ist richtig? Gibt es überhaupt ein wahres Bild von Indien? Diese Frage ist nicht nur für diejenigen relevant, die sich mit den Beziehungen zwischen Deutschland und Indien befassen. Das Thema des „Bildes“, das ein Land oder eine Kultur von der anderen hat, ist im Zeitalter der Globalisierung, da sich immer mehr Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen begegnen, von praktischer Bedeutung. In der akademischen Welt ist ein eigener Wissenschaftszweig entstanden: die *Imagologie*, die Wissenschaft vom „Image“, vom „Bild“, oder auch die *Xenologie*, die Wissenschaft vom Fremden, die sich mit dem Problem der „Alterität“, der „Andersheit“, beschäftigt. Im folgenden soll untersucht werden, was die historischen Wurzeln der beiden so

gegensätzlichen Bilder von Indien sind. Seit etwa 200 Jahren stehen sie nebeneinander und repräsentieren zwei grundverschiedene Sichtweisen der Welt und der Weltgeschichte. Um es gleich zu sagen: Das gewählte Indienbild hängt von der jeweiligen Selbsteinschätzung Europas ab. Es gab durchaus beide Indienbilder in jedem Land Europas, aber das eine hat sich hauptsächlich im deutschsprachigen Bereich Mitteleuropas ausgebreitet (es soll im folgenden das romantische Indienbild heißen), das andere ist in England zuhause und soll das utilitaristische genannt werden. Das eine ist nur im Kontrast zum anderen zu verstehen.

Von Anfang an das Land der Wunder und Absonderlichkeiten

Um die Voraussetzungen für die Entstehung des romantischen wie des utilitaristischen Indienbildes zu verstehen, muß kurz etwas weiter ausgeholt werden: Indien hat für Europa von den Anfängen seiner Geschichte an eine besondere Rolle gespielt. Schon bei den ältesten griechischen Autoren, die über Indien berichtet haben, erscheinen bestimmte *Topoi* über dieses Land, die bis weit in die Neuzeit lebendig geblieben sind:

Von Anfang an war Indien das Land der Wunder und der Absonderlichkeiten. Die griechischen Schriftsteller berichten über die Existenz sog. Fabelvölker: Schattenfüßler, Mundlose, Hundsköpfige, Menschen mit nur einem Auge, mit Spinnenbeinen, mit Füßen, die nach hinten gebogen sind, Pans mit eckigen Köpfen, Menschen, die ihre großen Ohren benutzen, um sich darin zum Schlafen einzuwickeln; dazu kommen die Gold grabenden Ameisen.

Seit das Heer *Alexanders des Großen* aus Indien einen „nackten Weisen“ (also einen *Yogi*) mit sich führte, der eines Tages vor ihren Augen den Scheiterhaufen bestieg und sich selbst verbrannte, ist Indien das Land der Todesverachtung, der Abgeklärtheit, der Weisheit schlechthin. Schon in der Antike war Indien das Herkunftsland wertvoller Luxuswaren wie Seide, Perlenschmuck und Duftstoffe. Diese Waren mußten teuer mit Gold und Silber bezahlt werden. Indien war daher der Inbegriff des Reichtums. Und schließlich war Indien das Land des orgiastisch-mystischen Rausches, als dessen Verkörperung den Griechen der Gott Bacchus/Dionysos galt.

Durch die Textgattung des *Alexanderromans* wurden diese antiken *Topoi* des Indienbildes dem christlichen Mittelalter überliefert. Das christliche Mittelalter selbst steuerte zwei weitere *Topoi* bei:

1. Die Vorstellung von einem christlichen Reich in Indien mit dem Priesterkönig *Johannes* an der Spitze.
2. Indien als das *Paradies*, wo Milch und Honig fließen.

Die eigentliche Entdeckung Indiens begann mit der Ostindien-Kompanie

Als *Vasco da Gama* Indien entdeckte, genauer gesagt, den Seeweg von Europa nach Indien eröffnete, war die Kenntnis

der Europäer von Indien kaum über den Wissensstand der Antike hinausgelangt. Das änderte sich erst grundlegend, als die britische Ostindienkompanie in der Mitte des 18. Jahrhunderts von Bengalen aus in Indien Fuß zu fassen begann und sich zur dominierenden Territorialmacht entwickelte. Erst jetzt wurde eine genauere Kenntnis der indischen Kultur, genauer gesagt der hinduistischen Kultur, möglich, es kam zu einer zweiten Entdeckung Indiens, man kann auch sagen, zur eigentlichen Entdeckung Indiens.

Mit der Herrschaft der britischen Ostindienkompanie kam eine größere Zahl ihrer Angestellten in engeren Kontakt mit der indischen bzw. hinduistischen Bevölkerung und deren Kultur. Es waren zunächst praktische Gründe, durch die die Engländer auf die alte Literatur stießen, aber allmählich bekamen sie eine Ahnung von der Fülle und Bedeutung der überlieferten Literatur der Hindus. Die Hindu-Kultur mit ihrer uralten Vergangenheit erschloß sich den staunenden Blicken der Engländer.

Kein Geringerer als der erste Generalgouverneur *Warren Hastings* war die treibende Kraft bei der Entdeckung und Erschließung der altindischen Literatur. Er war es auch, der dafür sorgte, daß einer der angesehensten Gelehrten des damaligen Englands nach Bengalen berufen wurde, um dort den Posten eines Richters am neugegründeten *High Court* in Kalkutta zu bekleiden: *Sir William Jones*. Dieser gründete im Jahre 1784 die erste indologische Gesellschaft der Welt: die *Asiatic Society of Bengal*. In ihr versammelten sich die wissenschaftlich interessierten Angestellten der Ostindien-Kompanie, trafen sich regelmäßig und trugen ihre neuesten Forschungsergebnisse vor, die dann in der Zeitschrift *Asiatic Researches* veröffentlicht wurden. In den nächsten Jahren erschienen die Werke in englischer Übersetzung, die heute jedem auch nur oberflächlichen Kenner der altindischen Literatur vertraut sind: 1784 die *Bhagavad Gita*, übersetzt von *Charles Wilkins*, 1787 das *Hitopadesha*, ebenfalls von *Charles Wilkins* übersetzt; 1789 Kalidasas *Schakuntala* in der Übersetzung von *Sir William Jones* und 1792 *Gita Govinda*, ebenfalls von *Jones* übersetzt.

Die Begeisterung über die neuen literarischen Schätze aus Indien war ungeheuer. *Hastings* schrieb, die Hindu-Schriften würden die britische Herrschaft sicherlich weit überdauern. Für *Sir William Jones* hatte die Kultur des alten Indiens in vieler Hinsicht den gleichen Rang wie die des alten Griechenland, in einigen Fällen sei sie ihr sogar überlegen.¹

Herder zeichnete das Bild eines edlen Volkes mit einer hohen Kultur in einer idyllischen Landschaft

Die Kenntnis von diesen Vorgängen in Indien und die ersten englischen Übersetzungen von Sanskrit-Werken erreichten das übrige Europa und vor allem Deutschland Ende der achtziger Jahre des 18. Jahrhunderts, die erste deutsche Übersetzung (die noch von einer englischen Übersetzung angefertigt worden war) im Jahre

1791: Kalidasas *Schakuntala*. Die Reaktion darauf war ungewöhnlich lebhaft. Die Neuigkeiten aus Indien wurden als ein intellektuelles Ereignis ersten Ranges empfunden. Es gibt entsprechende Äußerungen von *Goethe* und den meisten Geistesgrößen der damaligen Zeit. Aber es waren die Romantiker, die ihr besonderes Augenmerk auf Indien richteten und in der Kultur Indiens zu finden glaubten, was sie schon lange gesucht hatten.

Eine wichtige Voraussetzung für die lebhaftige Rezeption der indischen Kultur in Deutschland war der Einfluß *Johann Gottfried Herders*. Er war es, der den geistigen Boden für die romantische Indienbegeisterung bereitet hatte. Um *Herders* Porträt der Inder und ihres Landes zu verstehen, muß man seine Quellen und seinen Ausgangspunkt kennen. Er hatte für die Abfassung seines Werkes noch nicht die neuen Kenntnisse der englischen Beamten aus Indien benutzt, sondern einerseits die alten Topoi über Indien, die seit der Antike und dem Mittelalter tradiert worden waren, darunter auch den Topos des Paradieses, und zusätzlich dazu einige neuere Berichte von europäischen Reisenden. Andererseits ist es wichtig zu wissen, daß *Herder* in seiner Weltanschauung von *Rousseau* geprägt war. *Herder* war sozusagen der deutsche *Rousseau* und formulierte das neue Lebensgefühl, das damals offenbar eine ganze Generation von Mitteleuropäern erfaßt hatte. Es bestand in einer erneuerten religiösen und philosophischen Auffassung der Natur, einer Auffassung, die die Entgötterung der Welt beklagte und sie durch eine neue Religiosität wieder beseelen wollte.

Herder schildert die Hindus als ein Volk mit herausragenden Geistesgaben und vollendeter körperlicher Schönheit.² Als ihre charakteristischen Eigenschaften nennt er Sanftmut, Höflichkeit, Mäßigung und Keuschheit. *Herder* zeichnet das Portrait eines edlen Volkes mit einer hohen Kultur, das in einem idyllischen Lande lebt. Das *Herdersche* Bild von Indien muß man im Kopf behalten, wenn man die Reaktion der literarischen Öffentlichkeit Deutschlands auf das Erscheinen des Dramas *Schakuntala* in der *Jones'schen* Übersetzung von 1789, deutsch 1791 von *Georg Forster*, verstehen will. Wie das Mädchen *Schakuntala* und die altindische Welt da geschildert werden, machte nämlich deshalb einen so ungeheuren Eindruck im deutschen Kulturbereich, weil es genau dem Bild zu entsprechen schien, das *Herder* vorher von Indien entworfen hatte: ein Bild der Harmonie des Menschen mit der Natur.

Indienlob und Europakritik gehören bei den Romantikern zusammen

Bei *Herder* ist der Kern des Indienbildes, das man das romantische nennen kann, bereits vorhanden, aber vollständig wird es erst bei den Brüdern *Schlegel* und einigen anderen sogenannten Frühromantikern. Bei ihnen wird deutlich und klar eine Verbindung zwischen Indienbegeisterung und einer harschen Kritik an Europa gezogen.³

Die Romantik war bekanntlich eine Geistesströmung, die sich gegen die Aufklärung und die damit verbundenen im 18. Jahrhundert vorherrschenden Bildungsideale richtete. *August Wilhelm Schlegel* veröffentlichte im Jahre 1803 in seiner Zeitschrift *Europa* eine Polemik gegen bestimmte Ideale der Aufklärung. Vor allem wandte er sich darin gegen die „ausschließliche Richtung auf das Nützliche“, gegen das absolute Vorherrschen des „ökonomischen Prinzips“:

„Unser Zeitalter verkennt die Ideen; ... man hat Kunst und Poesie zur bloßen Verstandesprosa gemacht, indem man Nachahmung der Natur, richtiger der äußeren Welt, zu ihrem letzten Ziele setzte: so hat man die Philosophie auf Erfahrung zurückführen wollen, da doch echte Spekulation es mit einem absoluten Wissen zu tun hat, gegen welches sich alle Erfahrung bloß beschränkend negativ verhält; so hat man die Sittlichkeit aus dem Hange zum Vergnügen, dem Eigennutz erklärt, und sie damit gänzlich vernichtet; die Moral hat man in eine bloße Klugheitslehre verwandelt. Der Religion ist es noch am allerschlimmsten ergangen; man hat sie, weil ihre Anschauungen ihrer Natur nach keine wissenschaftlichen Demonstrationen zulassen, weil sie auch nicht irdisch nutzbar sein will, als leeres, abgeschmacktes Phantom verworfen...“

Diese Kritik zielt eindeutig, ohne Namen zu nennen, auf bestimmte Richtungen der englischen Philosophie, besonders auf den sog. Utilitarismus, auf deutsch auch „Nützlichkeitslehre“ genannt, die von *Jeremy Bentham* begründet worden ist. Seine Hauptwerke waren 1776, 1787 und 1789 erschienen. Wahrscheinlich hat *August Wilhelm Schlegel* diese Schriften in der französischen Übersetzung gelesen, die 1802 in Genf erschien. Bei *August Wilhelm Schlegels* Bruder *Friedrich* finden wir ähnliche Äußerungen in dessen Briefen aus Frankreich. *Friedrich Schlegel* verurteilt vor allem die Abkehr von der Religion, seine Kritik richtet sich also gegen Säkularisierung und Fortschrittsglauben.

Er beklagt an Europa „die gänzliche Unfähigkeit zur Religion, ... die absolute Erstorbenheit der höheren Organe. Tiefer kann der Mensch nun nicht sinken; das ist nicht möglich“. Ferner geißelt er „diese absolute Unbekanntheit mit der eigenen Bestimmung, die unendliche Schreibseligkeit und Geschwätzigkeit, und dabei die törichte Einbildung von sich selbst, und das absolute Nichtgefühl für alles Große, was schon wirklich auf Erden war; alles das zusammen muß den denkenden Mann mit einer Verachtung gegen sein Zeitalter erfüllen.“

Diesem Europa des Utilitarismus, des Säkularismus und des Fortschrittsglaubens wird nun Indien als positiven Gegenbild entgegengehalten.

In den zitierten Briefen aus Frankreich schreibt *Friedrich Schlegel*, er möchte „demjenigen, der Religion sehen will, raten, er solle, wie man nach Italien geht um die Kunst zu lernen, ebenso zu seinem Zwecke nach Indien reisen, wo er gewiß sein darf, wenigstens noch Bruchstücke von dem zu finden, wonach er sich in Europa zuverlässig vergeblich umsehen würde.“

Ähnliche Äußerungen finden wir bei anderen Dichtern der romantischen Schule, vor allem auch bei *Novalis*, von dem der Ausspruch stammt: das Morgenland ist das eigentliche Vaterland der Menschheit. Indienlob und Europakritik gehören also bei den Romantikern zusammen. Das Indienlob ist zugleich eine Kritik an dem durch die Aufklärung geprägten Europa, eine Kritik an der Moderne schlechthin. Das ist die geistige Grundlage der Indienbegeisterung, die sich in den folgenden Jahrzehnten vor allem in Deutschland, aber auch in den Nachbarländern, zeitweilig übrigens auch in Frankreich, in Literatur, Philosophie und Wissenschaft niederschlagen sollte. Auch die Wissenschaft der Indologie verdankt dieser geistigen Strömung ihre Entstehung. 1818 wurde *August Wilhelm Schlegel* erster Professor auf einem indologischen Lehrstuhl in Europa, nämlich in Bonn. Bis heute ist Deutschland das Land mit den meisten Sanskrit-Lehrstühlen in der Welt außerhalb Indiens.

Die Kritik der englischen Utilitaristen bestimmte die britische Indienpolitik

Es ist wohl nur scheinbar ein Zufall, daß fast zur selben Zeit, als in Deutschland die Indienbegeisterung ihren Niederschlag in der Gründung eines Lehrstuhls für Indologie fand, in England das Indienbild ins Negative umschlug, und zwar durch das Erscheinen des Werkes *The History of British India* von *James Mill* im Jahre 1817. In ausdrücklicher Abwendung vom bisherigen Indienbild von *Sir William Jones* und seinen Kollegen stellt *James Mill* Indien als ein Land der zivilisatorischen Rückständigkeit dar, als ein Land des Aberglaubens, des „Priesterbetrugs“ und der sozialen Unterdrückung.⁴

James Mill war von den Ideen *Jeremy Benthams* geprägt, des Begründers eben jenes Utilitarismus, gegen den sich die oben zitierten Attacken der Brüder *Schlegel* gerichtet hatten. Laut *Bentham* habe das Hauptziel einer jeden Regierung zu sein, das größte Wohl für die größte Zahl (von Bürgern) zu erreichen (*the greatest good for the greatest number*). Zur Erreichung dieses Ziels bedürfe es „vernünftiger Gesetze“, „vernünftiger Besteuerung“, kurz: vernünftiger Regierung.

Als Schüler *Benthams* versucht *James Mill* nun, die Prinzipien des Utilitarismus auf Indien und seine Geschichte anzuwenden. Auf einer „Stufenleiter der Zivilisation“ (*scale of civilisation*) sucht *Mill* den angemessenen Ort für Indien. Das Bild von der Stufenleiter zeigt, wie sich *Mill* den Gang der Menschheitsgeschichte vorstellt: als Aufstieg von unten nach oben, nicht wie die Romantiker: als Abstieg. Für Indien kommt *Mill* zu dem Schluß, daß es erst einige der ersten Schritte auf dem Wege zivilisatorischer Entwicklung hinter sich gebracht habe:

„Der Fortschritt des Wissens und der Zwang der Beobachtung machen die Notwendigkeit deutlich, den tatsächlichen Zustand der Hindus als wenig entfernt vom Status halbzivilisierter Nationen anzusehen.“

Immerhin fragt sich *Mill*, warum die Europäer seit den Griechen ein überwiegend positives Bild von Indien gehabt hätten. Er nennt ausdrücklich die Jesuiten und *Sir William Jones*. Seine Antwort in bezug auf die Jesuiten lautet: Mit der Größe des beschriebenen Gegenstandes wuchs ihr eigenes Prestige, d.h. er wirft ihnen Eitelkeit vor. *Sir William Jones* dagegen habe keine klare Vorstellung vom Begriff Zivilisation gehabt.

Die traditionelle indische Regierung war für *Mill* der Inbegriff des Despotismus; sein Gerichtswesen sei ungerecht, seine führenden Eliten selbstherrlich. Auf Indien die utilitaristischen Prinzipien anzuwenden, hieß, alles, was sogenannten vernünftigen Gesetzen widersprach, abzuschaffen, also nicht nur die sogenannten barbarischen Sitten wie die Witwenverbrennung, sondern die meisten religiösen Sitten und Gebräuche, ja die ganze Sozialstruktur, das Kastenwesen.

James Mill wurde auf Grund seines Buches zu einem der höchsten Beamten der Ostindien-Kompanie in London ernannt und konnte in den folgenden Jahren maßgeblich an der britischen Politik in Indien mitwirken. Sein Werk *The History of British India* wurde zum Schulbuch für die zukünftigen britischen Beamten in Indien, zunächst im *Haleybury College*, später an der Universität *Cambridge*. Generationen von Indienbeamten sind also vom Geiste dieses Werkes geprägt worden.

Einer von *Benthams* Schülern, *William Bentinck*, wurde General-Gouverneur in Indien. Als er nach Indien ausreiste, schrieb er an seinen Lehrer *Bentham*:

„I am going to British India, but I shall not be Governor General, it is you that will be Governor General.“⁵

James Mill, *William Bentinck* und eine ganze Reihe anderer hochgestellter Briten prägten seit den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts die sog. Reformära in Indien, in der versucht wurde, Indien nach den Vorstellungen der Utilitaristen umzuwandeln.

Für die Evangelikalen lag das Heil in der Bekehrung Indiens

Es gab noch eine andere geistige Strömung im damaligen England, die ebenfalls ein negatives Bild von Indien propagierte: die *Evangelicals*, eine Erweckungsbewegung im englischen Protestantismus, verwandt mit dem Pietismus in Deutschland. Die Evangelikalen betrachteten das hinduistische Indien als den Inbegriff des Götzendienstes und des Heidentums schlechthin. Sie kritisierten die englische Regierung dafür, daß sie das „Heidentum“ toleriere und sogar fördere (indem sie von den Hindu-Gläubigen die Pilgersteuer einziehe), statt es zu bekämpfen. Die Rechtfertigung für die britische Herrschaft über Indien liege allein darin, ganz Indien zum Christentum zu bekehren.

Seit 1793 versuchte eine pietistische Lobby im britischen Parlament, Britisch-Indien für christliche Missionare zu öffnen. Die Ostindien-Kompanie hatte jede Missionstätigkeit auf ihrem Territorium verboten, da sie dadurch Störungen ihrer Geschäfte befürchtete. Zwischen 1806 und

1808 tobte eine wahre Kampagne in der britischen Öffentlichkeit zur Erreichung dieses Ziels (der sog. *pamphlet war*). 1813 war es schließlich soweit: Britisch-Indien wurde für die christliche Mission geöffnet, und als Folge strömten ganze Scharen christlicher Missionare ins Land, die sich vor den „heidnischen Götzen“ aufstellen und gegen sie predigten.

Der als Sklavenbefreier bekannte *William Wilberforce* bezeichnete im britischen Parlament den Hinduismus als Greuel, als *one grand abomination*.⁶

Utilitarismus und Evangelikalismus verbanden sich in der Person des englischen Historikers, Politikers, Juristen und Publizisten *Thomas Babington Macaulay*. Er wurde Justizminister in Indien und stellte 1835 die Weichen für eine Erziehungspolitik in Britisch-Indien, wonach Englisch zur Sprache der höheren Bildung und Verwaltung gemacht wurde. In seiner berühmten Denkschrift von 1835 steht (sinngemäß) der berühmte Satz: ein Regal Bücher in einem englischen Mädchenpensonat ist mehr wert als die gesamte orientalische Literatur.⁷

Auch für Hegel und Marx stand Indien „ganz unten“

Das utilitaristische Indienbild blieb in England während der gesamten Kolonialzeit das dominante. Es ist bezeichnend, daß an englischen Universitäten kaum Sanskrit- bzw. Indologiestudien betrieben wurden. Die wenigen Indologieprofessoren in Oxford, Cambridge oder Edinburgh waren häufig Deutsche, wie der berühmte *Max Müller*. Auch als die aktive Reformpolitik nach der Niederschlagung des Indischen Aufstandes von 1857/58 abgebrochen wurde, bestand das Bild vom allenfalls halbzivilisierten Indien als eine der ideologischen Rechtfertigungen der britischen Herrschaft weiter. Immerhin impliziert es die Verbesserungsfähigkeit Indiens: Mit Hilfe von *Good Government*, mit dem noch 1935 *Churchill* die britische Herrschaft über Indien rechtfertigte, wollte man den Zustand Indiens „heben“, heute würden wir sagen: entwickeln. (Im „Zeitalter des Imperialismus“, also in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg, herrschte in England ein anderes Indienbild vor: das der naturgegebenen Unwandelbarkeit und zugleich der festgeschriebenen Unfähigkeit der Inder, sich selbst zu regieren.)

Das utilitaristische Indienbild war jedoch viel mehr als nur Herrschaftslegitimation: Es war Ausdruck des Überlegenheitsgefühls der modernen europäischen Zivilisation und war natürlich nicht auf England beschränkt. Wir finden es auch in Deutschland neben dem dominanten Indienbild der Romantiker, z.B. bei *Georg Wilhelm Friedrich Hegel* und bei *Karl Marx*. Auch *Hegel* und *Marx* entwerfen ein Geschichtsbild, in dem der Gang der Weltgeschichte von unten nach oben geht, und Indiens Platz ist dabei ganz unten. Bei *Hegel*⁸ repräsentiert Indien ein Stadium vor der eigentlichen Weltgeschichte; *Marx* und *Engels* sehen Indien durch die „Asiatische Produktionsweise“ charakterisiert, wonach es unfähig sei, seine „Stagnation“

von sich aus zu beenden. Die Kolonialherrschaft sei das Werkzeug der Geschichte, um Indiens Stagnation von außen aufzubrechen.⁹

Zwei Grundpositionen europäischen Selbstverständnisses auf Indien projiziert

In den beiden Indienbildern, dem romantischen und dem utilitaristischen, spiegeln sich zwei antagonistische Grundpositionen des europäischen Selbstverständnisses wider. Wir finden beide in allen europäischen Ländern nebeneinander, aber in zwei Ländern dominierte jeweils das eine: in Deutschland das romantische, in England das utilitaristische.

Im romantischen Indienbild verkörpert die indische Kultur das, was das moderne Europa verloren zu haben glaubt: die ursprüngliche Vollkommenheit und Ganzheitlichkeit der menschlichen Existenz, die Harmonie von Mensch, Natur und Gott, die religiöse Geborgenheit, die poetische, göttlich beseelte Welt.

Das utilitaristische Indienbild, das in der Tradition der Aufklärung steht, weist Indien auf der Stufenleiter der Weltgeschichte einen Platz ganz unten zu, während Europa ganz oben steht. Im Gegensatz zu den Romantikern, für die die Geschichte ein einziger Abstieg von den Höhen eines in der Vergangenheit liegenden Goldenen Zeitalters ist, sehen die Utilitaristen die Menschheitsentwicklung als konstante Aufwärtsbewegung: von dunklen, primitiven Anfängen zum Licht, zu Aufklärung, Vernunft und Fortschritt. Europas Aufgabe sei es, den anderen zu helfen, auf der Stufenleiter weiter nach oben zu klettern. Für die Briten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ergab sich daraus die Folgerung, sie hätten die indische Gesellschaft zu reformieren, umzuwandeln, zu modernisieren, zu verwestlichen. Als die Briten nach dem Indischen Aufstand von 1857/58 diese Politik abbrachen, wurde diese Aufgabe von der neu entstandenen, aus den englischen Schulen hervorgegangenen indischen Elite übernommen, von den *Kindern Macaulays*, deren Nachkommen noch heute das Land regieren.

Diese beiden Grundpositionen mit ihren entsprechenden Indienbildern haben sich etwa in dem Zeitraum zwischen 1784 und 1817 herausgebildet und existieren in den westlichen Ländern bis heute nebeneinander weiter.

Vor allem in Krisenzeiten der Moderne wird die „Heile Welt“ in Indien gesucht

Immer wieder hat es seitdem Wellen der Indienbegeisterung in westlichen Ländern gegeben, vor allem, scheint es, in Krisenzeiten der Moderne. Sie sind Ausdruck des Zweifels und des Unbehagens am Weg, den Europa mit der Moderne eingeschlagen hat. Zur Moderne gehört offenbar von Anfang an der Widerspruch dazu, der sich in der Suche nach der vormodernen, der „heilen“ Welt niederschlägt. Ein Ort (neben anderen) dieser Heilen Welt ist seit der Romantik Indien.

Vor allem in Deutschland lassen sich in der Zeit der Romantik viele Belege in Literatur und Philosophie für das romantische Indienbild finden.¹⁰ Von einer neuen Indienwelle wurde Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg erfaßt, vom „Aufbruch nach Asien“ ist die Rede.¹¹ Schriftsteller wie *Hermann Hesse*, *Max Dauthendey* und *Stefan Zweig*,¹² Philosophen wie *Graf Hermann Keyserling* und *Hans-Hasso von Veltheim-Ostrau* zogen nach Indien und den benachbarten Ländern, um der unbefriedigenden europäischen Gegenwart zu entfliehen. Nach dem Ersten Weltkrieg zeigte der enthusiastische Empfang, der dem indischen Dichter *Rabindranath Tagore* in Deutschland bereitet wurde, eine neue Welle der romantischen Indienbegeisterung.

Theosophen und Anthroposophen

Aber auch in England, in dem eigentlich das utilitaristische Indienbild dominierte, gab es schließlich doch eine Welle der Indienbegeisterung, wenn auch weniger unter Dichtern und Philosophen, als vielmehr im subkulturellen Milieu, getragen von der *Theosophischen Gesellschaft*, die 1875 von einer Russin und einem Amerikaner in New York gegründet worden war. Die Theosophen glaubten, im Hinduismus und Buddhismus uralte Weisheit entdecken zu können, die im Westen verloren gegangen sei und wiederbelebt werden müsse. Die *Theosophische Gesellschaft* breitete sich in allen europäischen Ländern einschließlich Rußlands aus. Im deutschen Bereich kam es kurz vor dem Ersten Weltkrieg unter der Führung *Rudolf Steiners* zu einer Abspaltung von der Theosophie in Gestalt der *Anthroposophischen Gesellschaft*, deren subtile Auswirkungen in alle möglichen Bereiche der Gesellschaft (Waldorf-Schulen!) bis heute spürbar sind.

Ja auch nach dem Zweiten Weltkrieg hat es eine romantische Indienwelle gegeben, diesmal ausgehend von den USA, ausgelöst unter anderem durch die Schriften *Hermann Hesses*, nämlich die sogenannte Hippie-Kultur, in Amerika auch *Counter-Culture*, *Youth-Culture* genannt. Die Schriften *Hermann Hesses*, die in Deutschland in den fünfziger Jahren schon als „Kitsch“ abgetan worden waren, kehrten in den sechziger Jahren mit der Hippie-Bewegung triumphal nach Deutschland zurück. Tausende von Jugendlichen aus den USA und den anderen „westlichen“ Ländern (einschließlich Australien und Japan) zogen mit *Hermann Hesses Steppenwolf* und *Siddharta* im Rucksack – oft auf dem Landweg – nach Indien und Nepal, um dort das Gegenstück zur modernen westlichen Zivilisation zu finden. Dabei kam es häufig zu komischen, manchmal schmerzlichen Mißverständnissen zwischen diesen westlichen Jugendlichen und den Einheimischen in Indien. Die Führungsschichten Indiens wünschten ja nichts sehnlicher, als ihr Land möglichst schnell auf den Weg Europas und Amerikas zu bringen, mit anderen Worten: es nach westlichem Vorbild zu modernisieren. Sie konnten es nicht verstehen, daß nun Europäer ins Land kamen, um gerade

das zu suchen, was sie selbst als „Rückständigkeit“ überwinden wollten. Der Zulauf, den die sogenannten Gurus mit ihren Heilslehren in westlichen Ländern finden, gehört ebenfalls in diese Indienwelle, die seit den sechziger Jahren in westlichen Ländern rollt. Ihre Auswirkungen reichen bis in die Musik und in die Medizin (*Ayurveda*).

Das utilitaristische Indienbild lebt in der Entwicklungshilfe fort

Das utilitaristische Indienbild dagegen lebt fort in allen Bemühungen, Indien zu modernisieren. Am stärksten werden diese Bemühungen von der indischen Elite selbst getragen, die entsprechend, wie immer wieder zu beobachten ist, ein sehr ambivalentes, gespaltenes Verhältnis zur eigenen Tradition hat. Soweit die traditionelle indische Kultur nationale Vergangenheit ist und ihre Zeugnisse zahlungskräftige Touristen (zu denen die Hippies in der Regel nicht gehören) anlocken, ist man gerne stolz auf sie, aber wenn das heutige (und das zukünftige) Indien darauf festgelegt werden soll, dann reagiert man empört.

International ist der Hauptträger des utilitaristischen Indienbildes die Entwicklungshilfe. Diese impliziert, daß die einheimische Kultur überholt ist, ja, ein Hindernis der Entwicklung, etwas zu Überwindendes, und tatsächlich hat die Entwicklungsökonomie viel Energie auf die Frage verwendet, wie man diese „Hindernisse“ in Gestalt der traditionellen Kultur überwinden könne.

Vom „Spiegel“ bis Günter Grass: in der Folge der britischen Kolonialherren

In Deutschland dominierte das romantische Indienbild bis in die fünfziger Jahre, bis eben die Entwicklungspolitik begann. Seitdem haben wir in Deutschland beide Indienbilder nebeneinander: das romantische, aus dem die Verehrung und das Studium des traditionellen Indiens erwächst, und das utilitaristische, das von den Entwicklungsökonomien, von den Politikern und vor allem von den Medien, voran dem *Spiegel*, dem *Stern* und ähnlichen Presseerzeugnissen, vertreten wird. Der *Spiegel* veröffentlichte Anfang der siebziger Jahre eine Serie über Indien, in der nur von Armut und Elend, von Leichen im Ganges, von Ratten, die in Tempeln gefüttert werden, und ähnlichen Schrecknissen die Rede war. Das hätte auch schon von *James Mill* oder von einem evangelikalen Missionar im frühen 19. Jahrhundert so beschrieben werden können. Und während die deutsche Literatur seit je der Hauptträger des romantischen Indienbildes gewesen ist, ist auch hier das utilitaristische Indienbild im Vordringen, z.B. bei *Günter Grass*, der in seinem Roman *Der Butt* und in seinem Reisebericht *Zunge zeigen* jenes Bild von Indien zeichnet, das schon bei Utilitaristen und Evangelikalen zu finden gewesen ist.

Daß sich in Deutschland das utilitaristische Indienbild immer mehr gegen das roman-

tische Indienbild durchsetzt, hat sicher auch etwas mit dem Bruch von 1945 zu tun. Im Zuge der „Vergangenheitsbewältigung“ ist von einigen die Romantik zu einer Wegbereiterin des „Faschismus“ erklärt worden, sind die aufklärungskritischen, antimodernistischen Strömungen für den „deutschen Sonderweg“, der in die Katastrophe gemündet sei, verantwortlich gemacht worden. Dem entspricht die rigorose Forcierung einer „vernünftigen“ Sicht der Welt nach 1945, eben auch Indiens.

Indien selbst wandelt sich immer mehr zu einem modernen Industriestaat, während das traditionelle Indien, das die Romantiker suchen, auf dem Rückzug begriffen ist.

Das jeweilige Indienbild hängt also nicht vom guten oder bösen Willen oder von der Ignoranz oder Sachkunde des jeweiligen Journalisten oder Redakteurs ab, sondern von der jeweiligen Einstellung zur Moderne, zur modernen westlichen Zivilisation. Wie man den Gang der Weltgeschichte sieht und entsprechend Indiens Platz darin – das prägt das Indienbild und entscheidet darüber, welche Ereignisse und welchen Aspekt Indiens man für mitteilenswert hält. Das romantische Indienbild impliziert, bewußt oder unbewußt, eine kritische Einstellung zur Moderne, ist letztlich antimodernistisch, das utilitaristische Indienbild hingegen folgt aus dem Glauben an den westlichen Fortschritt.¹³

Anmerkungen

- ¹ Peter J. Marshall: Problems of Empire: Britain and India 1757–1813. London 1968. S. 71.
- ² Siehe Johann Gottfried Herder: Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit. Mit einem Vorwort von Gerhart Schmidt. Textausgabe. Darmstadt 1966, passim.
- ³ Diese These und die folgenden Zitate der Brüder Schlegel bei Ernst Behler: Das Indienbild der deutschen Romantik. In: Germanisch-Romanische Monatsschrift. Hrsg. von Franz Rolf Schröder. Neue Folge, Bd. XVIII, 1968, S. 21–37.
- ⁴ James Mill: The History of British India. 5th Edition with Notes and Continuation by H. H. Wilson. Vol. II, London 1858, passim.
- ⁵ Eric Stokes: The English Utilitarians and India. Oxford 1959, S. 51.
- ⁶ Dito, S. 31.
- ⁷ Gekürzter Abdruck in: Sources of Indian Tradition. Comp.: Theodore de Bary u.a., New York 1958, S. 596–601.
- ⁸ G. W. F. Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Werke Bd. 12, Frankfurt/M. 1970, S. 174 ff.
- ⁹ K. Marx: Die britische Herrschaft in Indien. In: MEW, Bd. 9, Berlin (Ost) 1959, S. 127 ff.
- ¹⁰ Das Standardwerk dazu: A. Leslie Willson: A Mythical Image: The ideal of India in German Romanticism. Durham, N. C. 1964.

- ¹¹ Vridhagiri Ganeshan: Das Indienbild deutscher Dichter um 1900. Dauthendey, Bonsels, Mauthner, Gjellerup, Hermann Keyserling und Stefan Zweig. Bonn 1975. Christiane C. Günther: Aufbruch nach Asien. Kulturelle Fremde in der deutschen Literatur um 1900. München 1988.
- ¹² Catherina Hinz: Das koloniale Indien im Werk Max Dauthendey's, Hermann Hesses und Stefan Zweig's. Unveröffentlichte Magisterarbeit der Universität Hamburg 1992.
- ¹³ Weitere wichtige Werke zum Thema: Helmuth von Glasenapp: Das Indienbild deutscher Denker. Stuttgart 1960; Walter Leifer: India and the Germans. 500 Years of Indo-German Contact. Bombay 1971; Vridhagiri Ganeshan: Das Indienerlebnis Hermann Hesses. Bonn 1974; Wilhelm Halbfass: Indien und Europe: Perspektiven ihrer geistigen Begegnung. Basel und Stuttgart 1981. Englische, überarbeitete Version: India and Europe. An Essay in Understanding. Albany 1988; Dietmar Rothermund: The German Intellectual Quest for India. New Delhi 1986. Utopie – Projektion – Gegenbild: Indien in Deutschland. Hrsg. von Nikolaus Klein, Anil Bhatti und Jürgen Lütt. Zeitschrift für Kulturaustausch, 37. Jg. 1987/3. Vj., Stuttgart.



Demokratie verstehen

Die neueste Arbeitshilfe der Landeszentrale – **Bilder- und Folienmappe Demokratie sehen und verstehen** – enthält Folien sowie gleich viele Papierbilder, auf denen zehn demokratische Grundbegriffe wie Beteiligung, Gewaltenteilung, Menschenrechte, Sozialstaat oder Volkssouveränität anhand von Cartoons, Fotos oder Collagen sinnlich erfahrbar werden. Die Mappe kostet 19,90 DM (außerhalb Baden-Württembergs 39,80 DM) und kann bei der LpB, Referat IV/6, Haus auf der Alb, Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach, Fax 0 71 25/15 21 00 bestellt werden. Die Lieferung erfolgt ab Ende April.

Ab 1998 „Der Bürger im Staat“ abonnieren!

Ihr ganz persönliches Exemplar bekommen Sie für nur 25,- DM viermal im Jahr zugeschickt, brandneu, frei Haus, immer lesenswert, mit einer Fülle von Informationen, die Sie Politik bei uns und das Weltgeschehen draußen besser verstehen lassen. Sie brauchen nur den Abschnitt hier auszufüllen und an uns zurückzuschicken!

Übrigens: Sie können auch unsere andere Zeitschriften abonnieren – „Politik und Unterricht“ und „Deutschland und Europa“.

Selbstverständlich schicken wir Ihnen gerne Probehefte.

----- bitte hier abtrennen -----

Hiermit bestelle ich die Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ zum Jahresbezugspreis von 25,- DM. Sollte ich jeweils drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres nicht abbestellt haben, bitte ich um weitere Lieferung der Zeitschrift für ein Jahr.

Name, Vorname bzw. Organisation

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Hiermit erteile ich widerruflich die Abbuchungsermächtigung für den Jahresbezugspreis in Höhe von 25,- DM.

Geldinstitut

Konto-Nummer

BLZ

Datum, Unterschrift

Rechtlicher Hinweis:

Ich kann diese Bestellung binnen 14 Tagen widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung (Poststempel) an: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann mbH, Postfach 12 07, D-70773 Filderstadt.

Datum, Unterschrift (für Widerrufsrecht)



Indien – ein ausbaufähiger Absatzmarkt

In Abhängigkeit von der indischen Entwicklung

Im Jahr 1996 wurden nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Landesamtes Waren im Wert von 708 Millionen DM von Baden-Württemberg nach Indien exportiert. Damit spielte Indien mit einem Anteil von 0,5 Prozent an den Gesamtausfuhren für die Exportwirtschaft des Landes nur eine untergeordnete Rolle und rangierte in der Liste der wichtigsten Bestimmungsländer hinter Indonesien und Malaysia auf Platz 34. Trotzdem bietet Indien als potentieller Absatzmarkt für die heimische Wirtschaft durchaus Chancen. Dafür sprechen die 1991 eingeleiteten Liberalisierungsmaßnahmen in der indischen Wirtschaft, ein hohes Wirtschaftswachstum in den vergangenen Jahren von mehr als fünf Prozent pro Jahr und die große Bevölkerung Indiens, die inzwischen schon fast die Milliardengrenze erreicht. Verschiedene Faktoren bergen jedoch auch Gefahren für die Fortsetzung des Wirtschaftsaufschwungs. Wachstumshemmend wirkten sich die Infrastrukturdefizite, insbesondere in den Bereichen Energie und Gütertransport, die hohen Geldbeschaffungskosten für die Privatwirtschaft mit einem Zinsniveau von 16 Prozent, innenpolitische Auseinandersetzungen und die Sparpolitik des Staates zur Reduzierung des Haushaltsdefizites aus.

Die Entwicklung der indischen Wirtschaft der letzten Jahre spiegelt sich in den Ausfuhrergebnissen Baden-Württembergs deutlich wider. So nahmen die Warenlieferungen in den Subkontinent nach Einläutung der Liberalisierungsmaßnahmen zwischen 1992 und 1995 mit zweistelligen Zuwachsraten von bis zu 56 Prozent zu, so daß sich das Ausfuhrvolumen in diesem Zeitraum fast verdreifachte. 1996 brachen die Exporte jedoch wegen der geschilderten Probleme jäh um -11,9 Prozent ein. Wie ein Blick auf die ersten acht Monate des vergangenen Jahres zeigt, scheint sich dieser Negativtrend auch 1997 fortzusetzen, denn die Ausfuhren gingen erneut um 15,4 Prozent zurück.

Aus der Sicht Indiens ist Deutschland ein wichtiger Partner

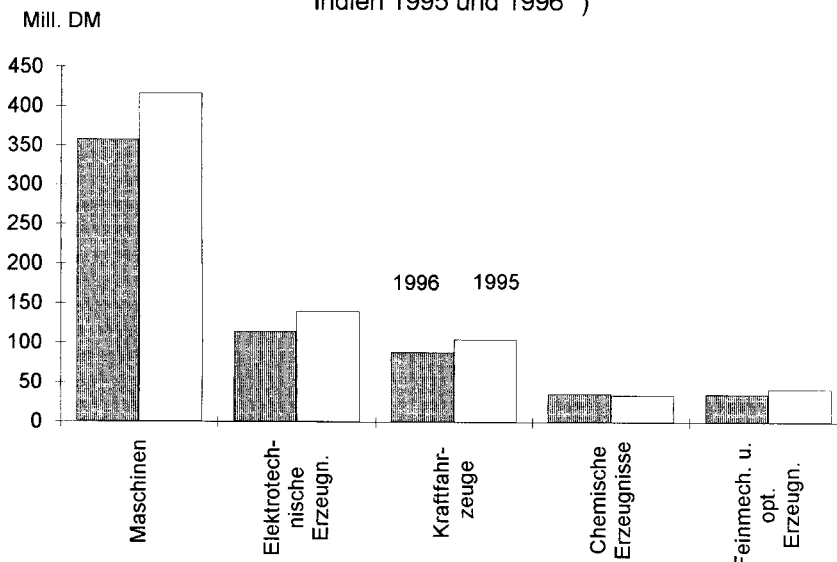
Auch auf Bundesebene läßt sich eine ähnliche Entwicklung, wenn auch weniger stark ausgeprägt, feststellen. Die Zunahme der grenzüberschreitenden Versendungen gingen von 36,9 Prozent im Jahr 1995 auf 2,4 Prozent im Jahr 1996 zurück. Mit einem Ausfuhrwert von 4,7 Milliarden DM wurde hier ebenfalls nur ein bescheidener Anteil von 0,6 Prozent am Gesamtexport erreicht. Aus der Sicht Indiens jedoch ist Deutschland ein wichtiger Handelspartner. Die Bundesrepublik war 1996

beim Export der viert- und beim Import der zweitwichtigste Handelspartner von Indien und übertraf damit beim Import sogar noch die frühere Kolonialmacht Großbritannien.

Die Exporteure Deutschlands konnten 1996 mit Indien einen Ausfuhrüberschuß von 728 Millionen DM erzielen, der in den vorigen Jahren allerdings nicht immer in dieser Höhe zu beobachten war. So wurden beispielsweise in den Jahren 1993 und 1994 sogar Defizite von 227 bzw. 154 Millionen DM im Handel mit Indien erwirtschaftet.

Die von Baden-Württemberg nach Indien ausgeführten Waren entsprachen 1996 in ihrer Zusammensetzung weitgehend dem Warenkorb für die Ausfuhren insgesamt. Bei weitem das wichtigste Exportgut waren Maschinen, auf die allein schon rund die Hälfte der Warenlieferungen entfielen. Besonderes Interesse zeigten die Inder dabei an Werkzeugmaschinen. An zweiter und dritter Stelle folgten elektrotechnische Erzeugnisse (16,2 Prozent) und Kraftfahrzeuge (12,5 Prozent). Weiterhin bedeutend waren chemische Erzeugnisse mit 5,2 Prozent Anteil. Von der allgemeinen Einbuße des Jahres 1996 waren drei der vier wichtigsten Warenarten mit Minusraten von mehr als 14 Prozent betroffen. Nur die chemischen Erzeugnisse konnten noch ein Plus von 6,7 Prozent verbuchen.

Ausfuhr ausgewählter Waren Baden-Württembergs nach Indien 1995 und 1996 *)



	1996	1995
	Exporte	
Maschinen	357,6	416,4
Elektrotechnische Erzeugnisse	114,7	140,5
Kraftfahrzeuge	88,2	104,5
Chemische Erzeugnisse	36,5	34,2
Feinmech. und opt. Erzeugn.	35,4	42,2

*) 1996 vorläufige Ergebnisse

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Staffenbergstraße 38
70184 Stuttgart
Telefax (0711) 2371 496
Mailbox (071 25) 152 138
Internet lpB online: <http://www.lpb.bwue.de>

Telefon (0711) 2371-30

Durchwahlnummern

Direktor: Siegfried Schiele-385
Assistenz: Sabine Keitel-387
Öffentlichkeitsarbeit: Joachim Lauk-484

Abteilung I Verwaltung (Günter Georgi)

Fachreferate

I/1 Partnerfragen: Günter Georgi-379
I/2 Organisation und Haushalt: Jörg Harms-383
I/3** Haus auf der Alb: Erika Höhne(071 25)152 -109
I/4 DV-Organisation Stuttgart: Wolfgang Herterich-492
I/4* DV-Organisation Stuttgart: Cynthia Bertazzoni-499
I/4** DV-Organisation Bad Urach:
Siegfried Kloske(071 25)152 -137

Abteilung II Adressaten (Karl-Ulrich Templ, stellv. Direktor)

Fachreferate

II/1 Medien: Karl-Ulrich Templ-390
II/2** Frieden und Sicherheit: Wolfgang Hesse (071 25)152 -140
II/3 Lehrerfortbildung: Karl-Ulrich Templ-390
II/4* Schule, Hochschule, Schülerwettbewerb:
Reinhard Gaßmann, Ass. Monika Greiner-373
II/5 Außerschulische Jugendbildung: Wolfgang Berger-369
II/6** Öffentlicher Dienst: Eugen Baacke (071 25)152 -136

Abteilung III Schwerpunkte (Konrad Pflug)

Fachreferate

III/1* Landeskunde/Landespolitik:
Dr. Angelika Hauser-Hauswirth-392
III/2 Frauenbildung: Christine Herfel-487
III/3** Zukunft und Entwicklung:
Gottfried Böttger(071 25)152 -139
III/4** Ökologie: Dr. Markus Hug (071 25)152 -146
III/5* Freiwilliges Ökologisches Jahr: Konrad Pflug-495
III/6 Deutschland und Europa: Dr. Thomas Weber-488
III/7* Gedenkstättenarbeit: Konrad Pflug-501

Abteilung IV Publikationen (Prof. Dr. Hans-Georg Wehling)

Fachreferate

IV/1 Wissenschaftliche Publikationen
Redaktion „Der Bürger im Staat“:
Prof. Dr. Hans-Georg Wehling-371
IV/2 Redaktion „Politik und Unterricht“: Otto Bauschert-380
IV/3 Redaktion „Deutschland und Europa“:
Dr. Walter-Siegfried Kircher-391
IV/4 Didaktik politischer Bildung: Siegfried Frech-482
IV/6** Arbeitshilfen: Werner Fichter (071 25)152 -147

Abteilung V Regionale Arbeit (Hans-Joachim Mann)

Fachreferate

V/1 Außenstelle Freiburg: Dr. Michael Wehner (0761) 207 73 77
V/2 Außenstelle Heidelberg: Dr. Ernst Lüdemann (062 21) 60 78-14
V/3* Außenstelle Stuttgart: Hans-Joachim Mann (0711) 2 371 3 74
V/4 Außenstelle Tübingen: Rolf Müller (070 71) 200 29 96

Dienststellen

Zentrale in Stuttgart s. o.

* 70178 Stuttgart, Sophienstraße 28-30,
Telefax (0711) 2371 498
** Haus auf der Alb
72574 Bad Urach, Hanner Steige 1,
Telefon (071 25)152-0, Telefax (071 25)152-100

Außenstelle Freiburg

Friedrichring 29, 79098 Freiburg,
Telefon (0761)2077 30, Telefax (0761)20773 99

Außenstelle Heidelberg

Friedrich-Ebert-Anlage 22-24, 69117 Heidelberg,
Telefon (06221) 6078-0, Telefax (06221) 6078-22

Außenstelle Stuttgart

Sophienstraße 28-30, 70178 Stuttgart,
Telefon (0711)2371 375, Telefax (0711)2371 498

Außenstelle Tübingen

Herrenberger Straße 36, 72070 Tübingen,
Telefon (07071)20029 96, Telefax (07071)200 29 93

Bibliothek

Bibliothek/Mediothek Haus auf der Alb, Bad Urach
Gordana Schumann, Tel. (071 25)152-121

Publikationsausgabe

Stuttgart, Staffenbergstraße 38
Dienstag 9.00–12.00 Uhr
Donnerstag 14.00–17.00 Uhr

Nachfragen

„Der Bürger im Staat“

Ulrike Hirsch, Telefon (0711)2371 371

„Deutschland und Europa“

N.N., Telefon (0711)2371 378

„Politik und Unterricht“

Verena Richter, Telefon (0711)2371 378

Publikationen (außer Zeitschriften)

Ulrike Weber, Telefon (0711)2371 384

Bestellungen

bitte schriftlich an die zuständigen Sachbearbeiterinnen (s.o.):
Staffenbergstr. 38, 70184 Stuttgart, Telefax (0711) 2371 496

Im nächsten Heft:
**Nachhaltige
Entwicklung**